

# RECHTSETHISCHE RECHTFERTIGUNG DER SEZESSION VON STAATEN

Gabriele Dördelmann

## DISSERTATION

zur Erlangung des Grads einer Doktorin der Rechtswissenschaft (Dr. iur.)

der Universität Erfurt, Staatswissenschaftliche Fakultät

2002

urn:nbn:de:gbv:547-200200398

[<http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn=nbn%3Ade%3Agbv%3A547-200200398>]

Betreuer: Prof. Dr. Dr. Dietmar von der Pfordten

Erster Gutachter: Prof. Dr. Dr. Dietmar von der Pfordten

Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Hermann-Josef Blanke

Eingereicht am: 25. Januar 2002

Datum der Disputation: 23. Oktober 2002

**Abstract:**

Viele Krisen internationaler Politik im 20. Jahrhundert sind auf Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeit von Völkern zurückzuführen. Der Wunsch eines Volkes, einen eigenen Staat zu gründen, stößt häufig auf den erbitterten Widerstand des von der territorialen Abtrennung betroffenen Staates. Blutige Kriege markieren deshalb historische wie gegenwärtige Sezessionsbestrebungen. Als prominente Beispiele seien nur der nordamerikanische Sezessionskrieg und die gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Kaukasus-Republik Tschetschenien genannt.

Die völkerrechtsdogmatische Lösung der Sezessionsproblematik verharret in dem schier unauflösbar scheinenden Spannungsverhältnis zwischen Souveränität der Staaten und Selbstbestimmungsrecht der Völker. Beherrscht von der Befürchtung, der Durchbruch des Selbstbestimmungsrechts in Gestalt eines ungezügelten Sezessionsrechts werde zur Instabilität der universellen Friedensordnung führen, hat die Völkerrechtsdogmatik ein ausgesprochen restriktives Sezessionsrecht hervorgebracht. Die aktuellen politischen Entwicklungen zeigen jedoch, dass das Beharren auf dem territorialen Status quo zu einer bloß scheinbaren Stabilität führt und in vielen Fällen nicht zur Bewahrung des Friedens beitragen kann.

Nur die Anerkennung rechtsethisch gerechtfertigter Sezessionen kann die Stabilität des Weltfriedens befördern. Doch: Unter welchen Voraussetzungen ist eine Sezession rechtsethisch gerechtfertigt?

Zur Beantwortung dieser Frage werden verschiedene Theorien zur Rechtfertigung von Sezessionen, die teilweise kollektivistisch, teilweise individualistisch geprägt sind, vorgestellt und diskutiert. Anschließend wird eine „normativ-individualistische Theorie der Sezession von Staaten“ entwickelt, auf deren Basis Voraussetzungen für ein Sezessionsrecht, das in Hinblick auf die Sicherung des Friedens und den Schutz der Menschenrechte rechtsethisch gerechtfertigt ist, formuliert werden können.

**Schlagworte:**

Sezession, Sezessionsrecht, Staat, Volk, Selbstbestimmungsrecht, normativer Individualismus, normativer Kollektivismus, Rechtsphilosophie, Rechtsethik, politische Philosophie, Völkerrecht, Gruppenrechte

**Abstract:**

Many political crises in the 20<sup>th</sup> century have been grounded in quarrels concerning the independence of states. The wish of a people to establish their own state clashes with the territorial integrity of the original state.

There seems to be an insurmountable gap in international law between the sovereignty of states and the self-determination of peoples. "The fear of Balkanization" dominates the discussion of a right to secede: It would be impossible to stabilize international freedom, if peoples could have a valid claim to secede.

Insisting on the territorial status quo will not solve the problem either. Only a right to secede which is ethically justified can protect our international freedom. So the question has to be asked: Under which conditions is it ethically permissible to secede?

In answer to this question I firstly discuss different theories of secession before developing the "Normative-Individualistic Theory of Secession" which connects a right to secede with the idea of freedom and human rights.

**Keywords:**

Secession, right of secession, state, people, right of self-determination, normativ-individualistic theory, normativ-collectivistic theory, philosophy of law, political philosophy, international law, group rights

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>7</b>
<b>1 Begriff der Sezession von Staaten.....</b>	<b>12</b>
<b>2 Zur Historie der Sezession von Staaten .....</b>	<b>14</b>
2.1 Beispiele erfolgreicher Sezessionen: Bangladesh und Eritrea: .....	15
2.2 Beispiele erfolgloser Sezessionsbestrebungen: Katanga und Biafra .....	17
2.3 Beispiele gegenwärtiger Sezessionsbestrebungen: West Sahara und Quebec.....	20
<b>3 Sezession von Staaten in der Rechtsdogmatik.....</b>	<b>24</b>
3.1 Völkerrechtliche Zulässigkeit von Sezessionen .....	24
3.1.1 Sezession als faktischer Vorgang .....	24
3.1.2 Sezessionsrecht als Teil des Selbstbestimmungsrechts der Völker .....	25
3.1.2.1 Rechtsgrundlagen des Selbstbestimmungsrechts der Völker.....	25
3.1.2.2 Materiell-rechtlicher Gehalt des Selbstbestimmungsrechts der Völker .....	28
3.1.2.3 Rechtsträger des Selbstbestimmungsrechts der Völker .....	30
3.1.2.4 Konsumtion des Selbstbestimmungsrechts der Völker.....	36
3.1.3 Ius secedendi .....	38
3.1.3.1 Sezessionsrecht im globalen Kontext .....	38
3.1.3.2 Sezessionsrecht im europäischen Kontext .....	43
3.1.4 Zusammenfassung: Völkerrechtliche Zulässigkeit von Sezessionen .....	49
3.2 Verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Sezessionen.....	50
3.2.1 Verstoß gegen die Pflicht zu bundestreuem Verhalten.....	51
3.2.2 Verstoß gegen die Pflicht zur Treue .....	55
3.3 Zusammenfassung: Sezession von Staaten in der Rechtsdogmatik .....	57
<b>4 Sezession von Staaten in der politischen Philosophie der Gegenwart.....</b>	<b>58</b>
4.1 Kollektivistische Sezessionstheorie: Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts.....	61
4.1.1 Kollektivistische Version: Das komunitäre Argument.....	62
4.1.1.1 Inhalt und Begründung .....	62
4.1.1.2 Kritik.....	64
4.1.2 Gemischt kollektivistisch-individualistische Version .....	66
4.1.2.1 Argument distributiver Gerechtigkeit.....	66
4.1.2.1.1 Inhalt und Begründung .....	66
4.1.2.1.2 Kritik .....	69
4.1.2.2 Argument vom Wohlergehen (der Mitglieder) des Volkes.....	72
4.1.2.2.1 Inhalt und Begründung .....	72
4.1.2.2.2 Kritik .....	76
4.1.2.3 Argument des Kulturerhalts.....	78

4.1.2.3.1	Inhalt und Begründung .....	78
4.1.2.3.2	Kritik .....	81
4.1.3	Zusammenfassung: Kollektivistische Sezessionstheorie .....	84
4.2	Individualistische Sezessionstheorien .....	85
4.2.1	Unrechtstheorie .....	86
4.2.1.1	Territoriale Version .....	87
4.2.1.1.1	Inhalt .....	87
4.2.1.1.2	Kritik .....	89
4.2.1.2	Personale Version .....	91
4.2.1.2.1	Inhalt .....	91
4.2.1.2.2	Kritik .....	95
4.2.2	Wahltheorie .....	96
4.2.2.1	Liberal-demokratische Version .....	97
4.2.2.1.1	Inhalt und Begründung .....	97
4.2.2.1.2	Kritik .....	102
4.2.2.2	Teleologisch-restringierte Version .....	107
4.2.2.2.1	Inhalt und Begründung .....	107
4.2.2.2.2	Kritik .....	109
4.2.2.3	Kantianische Version .....	110
4.2.2.3.1	Inhalt und Begründung .....	110
4.2.2.3.2	Kritik .....	114
4.2.2.4	Libertär-kontraktualistische Version .....	116
4.2.2.4.1	Inhalt und Begründung .....	116
4.2.2.4.2	Kritik .....	117
4.2.3	Zusammenfassung: Individualistische Sezessionstheorien .....	118
4.3	Zusammenfassung: Sezession von Staaten in der politischen Philosophie der Gegenwart .....	121
<b>5</b>	<b>Normativ-individualistische Theorie der Sezession von Staaten .....</b>	<b>124</b>
5.1	Vorüberlegungen .....	125
5.1.1	Ideale Theorie? .....	125
5.1.2	Normativer Individualismus .....	126
5.2	Grundsatz der Sezessionsfreiheit .....	128
5.2.1	Freiheit zur Veränderung bestehender Staaten .....	129
5.2.1.1	Reale Notwendigkeit .....	129
5.2.1.2	Normative Notwendigkeit .....	131
5.2.1.3	Schutz- und Wohlfahrtsinteressen .....	132
5.2.2	Freiheit zur Veränderung eines Staates durch Sezession .....	134
5.2.2.1	Austrittsrecht .....	134
5.2.2.2	Recht auf territoriale Abspaltung .....	138
5.3	Einschränkungen der Sezessionsfreiheit .....	140
5.3.1	Interne Perspektive .....	141

5.3.1.1	Primäre Interessen.....	142
5.3.1.2	Sekundäre Interessen .....	149
5.3.2	Externe Perspektive.....	157
5.3.2.1	Friedenssicherung.....	160
5.3.2.2	Schutz elementarer Menschen- und Bürgerrechte .....	163
5.4	Ausübung der Sezessionsfreiheit als Gruppenrecht .....	169
5.4.1	Sezessionsrecht als Gruppenrecht .....	169
5.4.2	Träger des Sezessionsrechts .....	171
5.4.3	Verfahren.....	175
5.5	Zusammenfassung: Normativ-individualistische Theorie der Sezession von Staaten .....	178
<b>6</b>	<b>Rechtsdogmatische Adaption der normativ-individualistischen Theorie der Sezession von Staaten</b>	<b>179</b>
6.1	Positivierung eines Sezessionsrechts .....	180
6.2	Normativ-individualistisches Sezessionsrecht .....	181
6.2.1	Völkerrechtliche Perspektive.....	181
6.2.2	Verfassungsrechtliche Perspektive .....	183
6.3	Prozedurale Möglichkeiten .....	184
6.4	Zusammenfassung: Rechtsdogmatische Adaption der normativ-individualistischen Theorie der Sezession von Staaten .....	187
	<b>SCHLUSSBEMERKUNG .....</b>	<b>188</b>

## Einleitung

Seit der Existenz von Staaten und staatsähnlichen Gemeinschaften gibt es auch Sezessionsbestrebungen. Der Wunsch nach Unabhängigkeit in einem eigenen Staat ist der stärkste Ausdruck politischer Selbstbestimmung eines Volkes. Das Ziel, einen eigenen Staat zu gründen, stößt jedoch häufig auf den Widerstand des von der territorialen Abspaltung betroffenen Staates. Blutige Kriege markieren deshalb zahlreiche historische Sezessionsbestrebungen. Als prominentes Beispiel sei nur der nordamerikanische Sezessionskrieg (1861-65) genannt. Gleichwohl gab es in der Vergangenheit auch friedliche Sezessionen, wie die Abspaltung Norwegens von Schweden (1905), Singapurs von Malaysia (1965) oder die Selbstauflösung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik in die Slowakei und die Tschechische Republik (1993).

Dennoch sind etliche Krisen internationaler Politik im 20. Jahrhundert durch Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeit von Völkern entstanden:

- Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie und des Zarenreiches entstanden in Europa teilweise fragile Staatsgebilde, deren Grenzen bis heute durch Sezessionsbestrebungen in Frage gestellt werden. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien sind hierauf zurückzuführen.
- In Afrika entstanden nach dem zweiten Weltkrieg unabhängige Staaten infolge der Dekolonisierung. Die nach dem Uti-possidetis-Prinzip<sup>1</sup>, also dem Prinzip der Unantastbarkeit bestehender kolonialer Grenzen, gezogenen Staatsgrenzen führten bereits in der Vergangenheit zu Sezessionskriegen, z. B. des Volkes Katangas gegen die Demokratische Republik Kongo, und bergen weiteres Konfliktpotential für die Zukunft.

---

<sup>1</sup> Das Uti-possidetis-Prinzip ist eine Ausprägung des Effektivitätsgrundsatzes. Seit der Dekolonisierung in Südamerika wird das Uti-possidetis-Prinzip als Besitzstandsgarantie im Sinne einer Garantie der Fortgeltung früherer Kolonialgrenzen verstanden, siehe C. Gloria, Das Staatsgebiet, in: K. Ipsen (Hg.), *Völkerrecht*, § 23, Rn. 73. J. Fisch bezeichnet es als „*Prinzip der Heiligkeit der Kolonialgrenzen*“, Das Selbstbestimmungsrecht – Opium für die Völker, in: E. Reiter (Hg.), *Grenzen des Selbstbestimmungsrechts*, S. 23. Ausführlich zum Uti-possidetis-Prinzip S. T. Bernárdez, The „Uti Possidetis Juris Principle“ in Historical Perspective, in: *FS Karl Zemanek*, S. 417 ff.; F. Wooldridge, EPIL 10, S. 529 ff.

Die Unabhängigkeit der Staaten Bangladesh und Singapur sind Beispiele erfolgreich abgeschlossener Sezessionen, ebenso die der drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen sowie einer Vielzahl weiterer Staaten, die nach dem Zerfall der UdSSR ihr Selbstbestimmungsrecht geltend machten.

Konflikte im Zusammenhang mit Sezessionsbestrebungen – überwiegend mit militärischer Gewalt ausgetragen und von blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen gekennzeichnet – beherrschen die internationale Politik auch gegenwärtig: Neben der Befreiung Osttimors von der Herrschaft Indonesiens und den Kampfhandlungen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und in Kaschmir sind die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Russland und der nach Unabhängigkeit strebenden Kaukasus-Republik Tschetschenien zu nennen. Weitere Sezessionsbestrebungen führen zu politischen Krisen innerhalb eines Staates, wie in der kanadischen Provinz Quebec, dem Baskenland Spaniens sowie in Nordirland und dem Kurdengebiet, oder zu internationalen Spannungen, wie die um Tibet und um Taiwan, das gegenüber der Weltgemeinschaft einen Anspruch auf Anerkennung als unabhängiger Staat geltend macht.

Die zahlreichen Sezessionsbestrebungen lassen sich nach folgenden Gesichtspunkten unterscheiden:

### *Gründe*

Der Wunsch eines Volkes nach Unabhängigkeit kann in unterschiedlichster Weise motiviert sein: Ethnische, ökonomische, historische, ökologische, kulturelle, religiöse und viele andere Gründe werden angeführt, um eine Sezession zu rechtfertigen.

### *Mittel*

Sezessionsbestrebungen verlaufen selten friedlich. Die Auseinandersetzungen zwischen dem sezedierenden Volk und dem betroffenen Staat werden mit politischen, ökonomischen, terroristischen, militärischen und anderen Mitteln ausgetragen.



## *Ziele*

Sezessionswillige Gruppen verfolgen nicht in jedem Fall das Ziel, einen souveränen und unabhängigen Staat zu errichten. Einige Völker streben mit der Sezession die Integration in einen anderen Staat oder die (Wieder)Vereinigung mit einem anderen Staat an. Eine Sezession kann auch die Auflösung des Gesamtstaates in mehrere einzelne Staaten bezwecken.

## *Beanspruchtes Territorium*

Das von dem sezedierenden Volk beanspruchte Territorium befindet sich – sofern es sich überhaupt um ein zusammenhängendes Gebiet handelt – nicht immer an der Peripherie des betroffenen Staates, sondern ist möglicherweise eingebettet in dessen Staatsgebiet (sogenannte „hole-of-the-donut“<sup>2</sup> Sezession).

## *Protagonisten*

Die Protagonisten von Sezessionen sind Völker, Teile von Völkern und manchmal nur Individuen aus der Mitte eines Volkes. Sie können die Minderheit oder Mehrheit in einem Staat bilden, sie können die ökonomisch Besser- oder Schlechtergestellten innerhalb des Staates sein.

Das Völkerrecht trägt diesem Facettenreichtum des Phänomens Sezession in keiner Weise Rechnung. Beherrscht von der Befürchtung, der Durchbruch des Selbstbestimmungsrechts in Gestalt eines ungezügelten Sezessionsrechts werde zur Instabilität der universellen Friedensordnung führen,<sup>3</sup> hat die Völkerrechtsdogmatik ein ausgesprochen restriktives Sezessionsrecht hervorgebracht. Die aktuellen politischen Entwicklungen zeigen jedoch, dass die im Völkerrecht vorherrschende Präferenz des Souveränitätsgedankens Sezessionsbestrebungen in der realen Welt nicht zu unterbinden vermag. Das

---

<sup>2</sup> Zur Terminologie vgl. A. Buchanan, Secession, S. 14.

<sup>3</sup> Vgl. beispielsweise B. B. Ferencz, Wege zum Weltfrieden, S. 96 f.: „Die Selbstbestimmung zum Beispiel – ein Grundsatz, der von Artikel 1, Absatz 2 der Charta unterstützt wird – ein edles Konzept, das viele Herzen entzündet, aber ihm volle Geltungskraft zu verleihen würde zu einem Konflikt mit der ebenso geheiligten Doktrin zum Schutz der territorialen Integrität von Staaten führen. Fast alle Länder haben große kulturelle, religiöse und ethnische Minderheiten [...]. Wenn sie alle das Recht auf Selbstbestimmung geltend machen würden, wäre keine nationale Grenze sicher, und die in internationalen Angelegenheiten herrschende Anarchie würde noch verstärkt.“

Insistieren auf dem territorialen Status quo kann in vielen Fällen nicht zur Bewahrung des Friedens beitragen.

Weder der Anspruch auf Souveränität noch der Anspruch auf Sezession sind Selbstzweck: *Beide* stehen im Dienst der Friedenssicherung und der Menschenrechte.

Durch Anerkennung eines dem Weltfrieden und den Menschenrechten verpflichteten Sezessionsrechts droht nicht notwendig ein Zerfall der internationalen Staatengemeinschaft. Einerseits stellt die Unabhängigkeit in einem eigenen Staat für viele Völker schon aus praktischen, z. B. ökonomischen Gründen kein erstrebenswertes Ziel dar, andererseits könnte die völkerrechtliche Anerkennung *gerechtfertigter* Sezessionen die Stabilität des Weltfriedens und den Schutz der Menschenrechte befördern. Doch: *Unter welchen Voraussetzungen ist eine Sezession gerechtfertigt?*

Mit dieser Frage haben sich neben Praktikern auch Völkerrechtler, Verfassungsrechtler, Politologen und Philosophen aus der Perspektive ihrer jeweiligen Disziplin befasst. Ihre Antworten reichen von völliger Ablehnung bis zu relativ weitgehender Akzeptanz des Sezessionsrechts. Angesichts der Vielzahl von Sezessionsbestrebungen, mit der die internationale Politik konfrontiert ist, kann dieses Resultat nicht befriedigen. Die Weltgemeinschaft ist schließlich gezwungen, gegenüber kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen einem sezedierenden Volk und dem betroffenen Staat Position zu beziehen. Nicht nur die Entscheidung, mit politischen, ökonomischen oder militärischen Mitteln auf die Kriegsparteien einzuwirken, ist im Hinblick auf die Bewahrung des Weltfriedens von erheblicher Tragweite. Auch das bloße Verharren in der Beobachterrolle signalisiert, welchen Standpunkt die internationale Staatengemeinschaft einnimmt und welche Konsequenzen ihres passiven Verhaltens sie dabei in Kauf nimmt.

Vor dem Hintergrund der weltpolitischen Relevanz der Sezessionsproblematik stellt sich die Frage, ob nicht doch *allgemeingültige* Aussagen über die Rechtfertigung von Sezessionen getroffen werden können. Diese Frage lässt sich nur mit einem Rekurs auf die Rechtsethik beantworten. Die rechtsethische Untersuchung zielt darauf ab, die Gerechtigkeitskonzeptionen, die hinter den verschiedenen Lösungsansätzen der Sezessionsproblematik stehen, aufzudecken. Anschließend können die unterschiedlichen Gerechtigkeitskonzeptionen verglichen und bewertet werden. Die Bewertung führt

zur Favorisierung einer bestimmten Theorie. Auf der Grundlage dieser Theorie ist die Formulierung mehr oder weniger plausibler Argumente für oder gegen Sezessionen möglich.

Ziel dieser Arbeit ist, eine *normative Theorie der Sezession von Staaten* zu entwickeln und auf deren Basis Voraussetzungen für ein Sezessionsrecht zu formulieren, das in Hinblick auf die Sicherung des Friedens und den Schutz der Menschenrechte rechtsethisch gerechtfertigt ist.

Zu diesem Zweck erfolgt nach einer terminologischen Vorklärung des Begriffs Sezession (A.) und einigen Anmerkungen zur Historie der Sezession von Staaten (B.) im dritten Teil der Untersuchung eine kritische Auseinandersetzung mit den *rechtsdogmatischen* Lösungsansätzen der Sezessionsproblematik (C.). Da bestehende Normensysteme selbst bestimmte Gerechtigkeitskonzeptionen implizieren, fließen häufig bereits rechtsethische Argumente in die dogmatische Begründung des Sezessionsrechts ein. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die Beleuchtung der Sezessionsproblematik aus rechtsdogmatischer Perspektive nur einen Überblick verschaffen kann. Allein die *völkerrechtsdogmatische* Diskussion ist so komplex, dass eine detaillierte Darstellung des Themas ein eigenes Buch füllen würde. Für den mit dieser Arbeit verfolgten Zweck genügt eine komprimierte Zusammenfassung des Streitstands (C.I.). Die Untersuchung der *verfassungsrechtlichen* Zulässigkeit einer Sezession ist beschränkt auf eine exemplarische Prüfung der Vereinbarkeit der Abspaltung eines Teils des Bundesgebiets mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (C.II.).

Der vierte Teil beleuchtet die Sezessionsproblematik aus *rechtsethischer* Sicht: Hier werden verschiedene Theorien zur Rechtfertigung von Sezessionen, die teilweise kollektivistisch und teilweise individualistisch geprägt sind, vorgestellt und diskutiert (D.).

Vor diesem Hintergrund wird im fünften Teil eine eigene Sezessionstheorie entwickelt. Die *normativ-individualistische Theorie der Sezession von Staaten* verbindet die Vorstellung legitimer Ausübung eines Sezessionsrechts mit der Idee der Menschenrechte und dem Ziel der Friedenssicherung (E.).

Abschließend stellt sich die Frage, wie einerseits das Verfassungsrecht und andererseits das Völkerrecht auszugestalten sind, um der normativ-individualistischen Theorie der Sezession von Staaten zur Geltung zu verhelfen.

Dieser sechste Teil enthält zudem Vorschläge für ein Verfahren, das der Durchsetzung gerechtfertigter Sezessionsbestrebungen dienen könnte (F.).

## 1 Begriff der Sezession von Staaten

Um die Sezession von Staaten rechtsdogmatisch und rechtsethisch erfassen zu können, muss der konkrete Untersuchungsgegenstand feststehen. Deshalb ist eine distinkte Bestimmung des Sezessionsbegriffs, der der nachfolgenden Untersuchung zugrunde liegt, erforderlich.

Eine einheitliche Definition des Begriffs *Sezession* findet sich nicht. Ebenso wenig existiert eine Legaldefinition. Demgegenüber hat insbesondere die völkerrechtliche Literatur eine Vielzahl von Definitionen hervorgebracht:

*H.-J. Heintze* versteht beispielsweise unter „Sezession (Abtrennung) [...] einen Fall der Staatennachfolge, bei dem ein Teilgebiet unabhängig wird und der alte Staat – wenn auch mit nunmehr verkleinertem Staatsgebiet – als Völkerrechtssubjekt fortbesteht. [...] Sie geht nicht vom gesamten Staatsvolk des von der Sezession betroffenen Staates, sondern notwendigerweise von einer kleineren Einheit, nämlich in der Regel von einem Volk im ethnischen Sinne, aus.“<sup>4</sup>

Nach *C. Haverland* ist eine Sezession „the separation of part of the territory of a State carried out by the resident population with the aim of creating a new independent State or acceding to another existing State [...] in the absence of consent of the previous sovereign“.<sup>5</sup>

Diese exemplarischen Definitionen enthalten die folgenden kumulativ-notwendigen Voraussetzungen für das Vorliegen einer Sezession:

1. Die Sezession setzt einen bestehenden Staat voraus.
2. Die Sezession wird nicht vom gesamten, sondern nur von Teilen des Staatsvolkes betrieben.<sup>6</sup>
3. Die Sezession bewirkt eine Abtrennung eines Teils des Staatsgebiets.<sup>7</sup>

---

<sup>4</sup> H.-J. Heintze, Äußeres Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: K. Ipsen (Hg.), *Völkerrecht*, § 29, Rn. 8.

<sup>5</sup> C. Haverland, EPIL 10, S. 384.

<sup>6</sup> Die weiterführende Frage, welche Anforderungen an die „Teile des Staatsvolkes“ zu stellen sind, betrifft das umstrittene Problem, wer Träger eines Sezessionsrechts ist. Siehe hierzu die nachfolgenden Ausführungen unter C. I. 2. c).

Darüber hinaus werden weitere, divergierende Kriterien genannt:

Nach *H.-J. Heintze* bleibt bei einer Sezession der alte Staat als Völkerrechtssubjekt bestehen. Dieses Kriterium dient der Abgrenzung der Sezession von der *Dissolution*. „Bei der Dissolution zerfällt der alte Gesamtstaat und neue Staaten entstehen auf seinem vormaligen Gebiet, so dass er als Völkerrechtssubjekt untergeht.“<sup>8</sup> Ein Fall der Dissolution, die auch als *Dismembration*<sup>9</sup> bezeichnet wird, lag beispielsweise bei der Auflösung der UdSSR im Jahre 1992 vor.<sup>10</sup> Die Differenzierung zwischen Sezession und Dissolution ist für völkerrechtsdogmatische Fragen der Rechtsnachfolge (*Staatensukzession*) relevant.<sup>11</sup> Da sich die nachfolgende Untersuchung nicht mit Problemen der Staatensukzession befassen wird, kann auf die trennscharfe Unterscheidung zwischen Sezession und Dissolution verzichtet werden. Der hier verwendete Begriff der Sezession erfasst demnach auch Fälle von Dissolutionen.

*C. Haverlands* Definition geht insoweit über die von *H.-J. Heintze* hinaus, als das Ziel der Abtrennung nicht zwingend die Unabhängigkeit des Teilgebiets sein muss, sondern auch dessen Verbindung mit einem anderen Staat sein kann. Das mit der Separation verfolgte Ziel ist für die Annahme einer Sezession nicht entscheidend und kann allenfalls bei der Frage der rechtsethischen Rechtfertigung eine Rolle spielen.

Schließlich ist nach *C. Haverlands* Definition erforderlich, dass die Abtrennung ohne Zustimmung des verbleibenden Staates erfolgt. Es gibt leider nur selten das Phänomen einer einvernehmlichen oder zumindest unblutigen Staatenabspaltung, wie z. B. die Trennung Singapurs von Malaysia im Jahr 1965 oder die der Slowakei von der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik im Jahr

---

<sup>7</sup> C. Haverland weist ausdrücklich darauf hin, dass „[t]he concept of secession is not limited to the separation of certain kinds of State territory from the mother country, but rather includes the separation of any sort of territory from the remaining territory, whatever its legal status under international law or constitutional law may be“, EPIL 10, S. 385. Damit erfasst die Definition auch die Fälle der Dekolonisierung, was der allgemeinen Auffassung im völkerrechtlichen Schrifttum entspricht.

<sup>8</sup> H.-J. Heintze, Äußeres Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: K. Ipsen (Hg.), *Völkerrecht*, § 29, Rn. 8.

<sup>9</sup> I. v. Münch, Das Recht auf Sezession, in: J. Furkes/K.-H. Schlarp, *Jugoslawien: Ein Staat zerfällt*, S. 194; ders., Verselbständigung von Staatsteilen, in: H.-J. Schlochauer, *Wörterbuch des Völkerrechts*, Bd. 3, S. 523.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu T. Schweisfurth, AVR 32 (1994), S.102.

1993. In diesen Fällen stellen sich ebenso rechtsdogmatische und rechtsethische Fragen wie bei weniger friedlich verlaufenden Sezessionen, so dass der hier zugrunde gelegte Sezessionsbegriff auch konsensuale Sezessionen beinhaltet.

Zusammenfassend ist der Sezessionsbegriff wie folgt zu bestimmen:

Sezession ist die von Teilen eines Staatsvolkes betriebene Abtrennung eines bestimmten Territoriums von dem Territorium eines bestehenden Staates. Es wird weder zwischen Dissolutionen und Sezessionen noch zwischen friedlichen und gewaltsamen Sezessionen unterschieden. Die mit der so verstandenen Sezession verfolgten Ziele sind für die Begriffsbestimmung irrelevant.

## **2 Zur Historie der Sezession von Staaten**

Die überwiegende Zahl der gegenwärtig existierenden Staaten hat eine Sezessionsvergangenheit. Allein im 20. Jahrhundert sind infolge der Dekolonisierung etliche Staaten entstanden. Auch das europäische Staatsgefüge hat sich erst nach zahlreichen Sezessionen herausgebildet:<sup>12</sup> So spaltete sich Portugal im Jahre 1640 von Spanien ab, Griechenland vom Osmanischen Reich (1829/30), Belgien von den Niederlanden (1830), Norwegen von Schweden (1905), Finnland von Russland (1917) und Irland von Großbritannien (1921). In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg kommt es zunächst zu keinen weiteren Staatenabspaltungen. Erst nach Auflösung der UdSSR erlebt Europa eine Renaissance der Sezession von Staaten: Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen werden unabhängig (1990/91), Jugoslawien zerfällt 1991/92 nach blutigen Kriegen in die Staaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Jugoslawien, Kroatien, Slowenien und die Tschechoslowakei im Jahre 1993 in die Slowakische und die Tschechische Republik. Auch gegenwärtig gibt es in Europa zahlreiche Sezessionisten, die ihre Ziele auf politischem Wege verfolgen, wie z. B. die Friesen in den Niederlande oder die Färingier in Dänemark, oder mit terroristischen Mitteln auf sich aufmerksam machen, wie z. B. die Basken in Spanien.

---

<sup>11</sup> V. Epping unterscheidet zwischen „partieller“ und „vollständiger“ Staatensukzession, Die Staatennachfolge, in: K. Ipsen (Hg.), *Völkerrecht*, § 25, Rn. 5.

<sup>12</sup> U. Schneckener, Das Recht auf Selbstbestimmung, S. 118.

Nicht nur in Europa waren und sind Staaten mit Sezessionsbestrebungen konfrontiert. Weltweit gab und gibt es Konflikte um Unabhängigkeitswünsche von Völkern, die wie in Quebec friedlich oder wie in Berg-Karabach und Tschetschenien unfriedlich verlaufen.<sup>13</sup>

Aufgrund dieser Vielzahl von bereits erfolgten und noch erstrebten Sezessionen kann in diesem Teil der Arbeit kein Rückblick oder auch nur Überblick über die Geschichte der Sezession von Staaten geleistet werden. Im Rahmen einer Untersuchung, die der abstrakten, vom Einzelfall losgelösten Frage nachgeht, wann eine Sezession rechtsethisch gerechtfertigt ist, genügt der Hinweis auf einige konkrete Sezessionsfälle, die sich in der Vergangenheit zugetragen haben oder die gegenwärtige internationale Politik beschäftigen. Da jede einzelne Sezession in komplexe historische, ökonomische, religiöse, ethnische usw. Zusammenhänge eingebettet ist, bleibt die nachfolgende Erläuterung exemplarischer Sezessionsfälle kursorisch.<sup>14</sup>

## **2.1 Beispiele erfolgreicher Sezessionen: Bangladesh und Eritrea:**

*Bangladesh.*<sup>15</sup> Bangladesh wurde als Ostpakistan zusammen mit Westpakistan im Jahr 1947 von Indien unabhängig. Pakistan als von Indien abgespalterter Staat blieb – räumlich durch Indien geteilt – selbst gespalten. Die Probleme Ost- und Westpakistans waren allerdings nicht nur geographischer Natur. Während die Bevölkerung Ostpakistans relativ homogen war, beinhaltete Westpakistan mehrere große ethnische Gruppen. Die Bengalen als Bewohner Ostpakistans mit eigener Sprache konnten die meisten Sprachen der Westpakistani nicht verstehen. Darüber hinaus konzentrierte sich die politische und wirtschaftliche

---

<sup>13</sup> Im Rahmen des *International Crisis Behaviour Project* wurden allein in der Zeit von 1945 bis 1981 127 Sezessionskonflikte festgestellt, vgl. D. Carment, *Journal of Peace Research* 30 (1993), S. 137 ff.

<sup>14</sup> In der Literatur finden sich zahllose Arbeiten, die sich mit konkreten Sezessionsbewegungen auseinandersetzen, z. B. H. E. Asenbauer, *Zum Selbstbestimmungsrecht des armenischen Volkes von Berg-Karabach*; F.-F. Seifert, *Das Selbstbestimmungsrecht der Sri Lanka-Tamilen zwischen Sezession und Integration*.

<sup>15</sup> Ein Überblick über die Sezession Bangladeshs von Pakistan findet sich bei L. C. Buchheit, *Secession*, S. 198 ff., und A. Heraclides, *The self-determination of minorities in international politics*, S. 147 ff. Weiterführende Literatur z. B. J. Castellino, *The secession of Bangladesh in international law*; R. Sission/L. E. Rose, *War and secession: Pakistan, India, and the creation of Bangladesh*.

Macht in Westpakistan. Korruption und gezielte Benachteiligung führten dazu, dass sich die Ökonomie Ostpakistans ungleich schlechter entwickelte als die Westpakistans. Versuche, dieses Ungleichgewicht durch politische Maßnahmen zu mildern, scheiterten. Die Polarisierung verschärfte sich nach den Parlamentswahlen im Jahr 1970. Die politischen Auseinandersetzungen um die Einführung einer föderalen Struktur für Pakistan mündeten in die Unabhängigkeitserklärung Ostpakistans vom 25. März 1971. Ihr schloss sich ein blutiger Sezessionskrieg zwischen Ost- und Westpakistan an, in den Indien im Dezember 1971 eintrat. Wenngleich Bangladesh innerhalb von vier Monaten nach der Unabhängigkeitserklärung von vierzig Staaten anerkannt worden war, wäre die Sezession angesichts der militärischen Übermacht Westpakistans ohne die Intervention Indiens erfolglos geblieben.

Bangladesh hat seit Dezember 1972 eine Verfassung und ist seit dem 17. September 1974 Mitglied der Vereinten Nationen.

*Eritrea*.<sup>16</sup> Äthiopien wurde ab 1885 von Italien okkupiert und Eritrea 1890 italienische Kolonie. Als Italien 1947 alle Kolonialansprüche in Afrika aufgab, entschieden die vier Mächte Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA, dass Eritrea eine Föderation mit Äthiopien bilden solle. Entgegen der in Britisch-Togo und Britisch-Kamerun geübten Praxis, wurde in Eritrea kein Plebiszit durchgeführt. Strategische und politische Erwägungen schienen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Eritrea zu überwiegen. Die Föderation Äthiopiens und Eritreas wurde 1952 etabliert. In den folgenden zehn Jahren wurde die Autonomie Eritreas fortwährend ausgehöhlt, bis es schließlich 1962 zu einem Anschluss Eritreas an das unitaristisch strukturierte Äthiopien kam. Diese Entwicklungen wurden von Unabhängigkeitsbewegungen der Eritreer begleitet, die schließlich in einen Guerillakrieg gegen Äthiopien mündeten. Nach Auffassung des Volkes von Eritrea handelte es sich bei der erzwungenen Union mit Äthiopien um eine Annektion.

---

<sup>16</sup> Ein Überblick über die Sezession Eritreas von Äthiopien findet sich bei A. Cassese, *Self-determination of peoples*, S. 218 ff., und A. Heraclides, *The self-determination of minorities in international politics*, S. 177 ff. Weiterführende Literatur z. B. A. Fenet, *Erythrée – Le droit pour une indépendance*, in: A. Fenet/Cao-Huy-Thuan/Tran-Van-Minh (Hg.), *La question de l'Erythrée*, S. 11 ff.; T. Negash, *Eritrea and Ethiopia. The federal experience*; R. Pateman, *Eritrea: Even the Stones Are Burning*; D. Pool, *Eritrean Nationalism*, in: I. M. Lewis (Hg.), *Nationalism and Self-Determination in the Horn of Africa*, S. 175 ff.



Nunmehr machten die Eritreer ihren Anspruch auf Selbstbestimmung geltend und forderten die Unabhängigkeit in einem eigenen Staat. Äthiopien nahm den Standpunkt ein, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Eritrea sei bereits durch die Entscheidung zur Föderation mit Äthiopien im Jahre 1952 verbraucht. Darüber hinaus habe Äthiopien einen territorialen Anspruch auf Eritrea, da es in der Vergangenheit Teil Äthiopiens gewesen sei. Daran ändere auch die künstliche Kreation einer abgesonderten italienischen Kolonie nichts.

Eritrea erlangte 1987 nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg einen Autonomiestatus und nach einem Referendum im Jahr 1993 die Unabhängigkeit. Seit dem 28. Mai 1993 ist Eritrea UN-Mitglied.

## **2.2 Beispiele erfolgloser Sezessionsbestrebungen: Katanga und Biafra**

*Katanga.*<sup>17</sup> Die Demokratische Republik Kongo (bis 1971 *Kongo*, von 1971 bis 1998 *Zaire*) war bis 1960 belgische Kolonie. Unmittelbar nach der von Unruhen begleiteten Entkolonisierung Kongos erklärte das Volk der Provinz Katanga seine Unabhängigkeit. Katanga bat die Belgische Regierung um Unterstützung. Daraufhin intervenierten Belgische Truppen in Katanga und Kongo. Die Regierung Kongos forderte die Vereinten Nationen auf, gegen die Intervention Belgiens vorzugehen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen rief die Belgische Regierung in seiner Resolution vom 14. Juli 1960 auf, sich aus dem Gebiet zurückzuziehen, und autorisierte den Generalsekretär zu militärischer und technischer Unterstützung der Kongolesischen Regierung.<sup>18</sup> Am 15. Juli 1960 begann die Opération des Nations Unies au Congo (ONUC) mit einem Einsatz von UN-Truppen, der bis zum 30. Juni 1964 andauerte. In einer weiteren Resolution vom 22. Juli 1960 bekräftigte der Sicherheitsrat seine frühere Resolution und fordert alle Staaten auf, Maßnahmen zu unterlassen, die die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit Kongos unterminieren könnten.<sup>19</sup> Dennoch gab

---

<sup>17</sup> Ein Überblick über die erfolglose Sezessionsbestrebung Katangas findet sich bei L. C. Buchheit, *Secession*, S. 141 ff., sowie bei A. Heraclides, *The self-determination of minorities in international politics*, S. 58 ff. Weiterführende Literatur z. B. C. C. O'Brian, *To Katanga and back: A UN case history*; J. Gerard-Libois, *Katanga secession*; C. Young, *Politics in the Congo: Decolonization and Independence*.

<sup>18</sup> 15 U. N. SC OR, Supp. July-Sept. 1960, at 16, U. N. Doc. S/4387 (1960).

<sup>19</sup> 15 U. N. SC OR, Supp. July-Sept. 1960, at 34-35, U. N. Doc. S/4405 (1960).

sich Katanga am 4. August 1960 eine Verfassung, wählte einen Präsidenten und ersuchte die internationale Gemeinschaft um Anerkennung Katangas als Staat. Obwohl das Volk Katangas einen Anspruch auf Selbstbestimmung geltend machte und die Kriterien der Staatlichkeit – Territorium, Bevölkerung und Regierung – erfüllt waren, erkannte kein Staat Katanga an.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, starb am 18. September 1961 bei Vermittlungsversuchen zwischen der Zentralregierung Kongos und dem Präsidenten Katangas. Seine Politik der Wiederherstellung der Ordnung und Abwendung der Gefahr für den internationalen Frieden, die er mit der Politik der Nichteinmischung zu verbinden versuchte, scheiterte. Gestützt auf eine weitere Resolution des Sicherheitsrates vom 24. November 1961<sup>20</sup> verfolgte der neue Generalsekretär U Thant ein Programm zur Beendigung der Sezession. Diese Entscheidung war von den Überlegungen geleitet, keinen Präzedenzfall schaffen und die äußerst schwache Ökonomie Kongos mit Hilfe der wohlhabenden Provinz Katanga, die reich an Kupfererz und Gold war, aufrechterhalten zu wollen. Darüber hinaus vermutete man, dass der Sezessionswunsch der Regierung Katangas nicht vom Volk getragen, sondern von westlichen Geschäftsinteressen genährt wurde.

*Ibo-Volk in Biafra.*<sup>21</sup> Die britische Kolonie Nigeria einschließlich der südöstlichen Region Biafra wurde 1960 in die Unabhängigkeit entlassen. Zu diesem Zeitpunkt beinhaltete Nigeria drei große ethnische Gruppen, die geographisch getrennt und sprachlich sowie kulturell divergent waren. Darüber hinaus unterschieden sich ihre Religionen: Während die Völker im Norden Nigerias überwiegend muslimischen Glaubens waren, bestand die Mehrheit der Ibos in Biafra aus Christen. Überdies herrschte ein wirtschaftliches Ungleichgewicht zwischen den Regionen Nigerias, denn Biafra war ökonomisch besser entwickelt als der Norden. Problematisch war schließlich, dass innerhalb der großen Regionen Nigerias viele kleinere ethnische Gruppen lebten, die wiederum eine andere Sprache und Kultur pflegten.

---

<sup>20</sup> 16 U. N. SC OR, Supp. Oct.-Dec. 1961, at 148, U. N. Doc. S/5002 (1961).

<sup>21</sup> Ein Überblick über die erfolglose Sezessionsbestrebung Biafras findet sich bei L. C. Buchheit, *Secession*, S. 162 ff., sowie bei A. Heraclides, *The self-determination of minorities in international politics*, S. 80 ff. Weiterführende Literatur z. B. P. Antonello, *Nigeria gegen Biafra?*; T. Zülch/K. Gürcke (Hg.), *Soll Biafra überleben?*; A. H. M. Kirk-Greene, *Crisis and Conflict in Nigeria, A Documentary Sourcebook 1966-1969*.

Insgesamt war Nigeria als politische Union eine sehr fragile Konstruktion. Belegt wird dies durch frühere Sezessionsdrohungen verschiedener Hauptgruppen, die vor allem eingesetzt wurden, um konkrete politische Ziele zu erreichen und damit die anderen Gruppen zu dominieren. Nicht zuletzt dadurch war in Nigeria ein ethnisch feindseliges Klima entstanden, das zu der Entstehung der Sezessionsbestrebung in Biafra beigetragen hat.

Nachdem Nigeria gut fünf Jahre unabhängig war, kam es am 15. Januar 1966 zu einem Militärputsch, der überwiegend von Ibos durchgeführt wurde und bei dem fast ausschließlich Nordnigerianer starben. Die neue Regierung schaffte mit Dekret vom Mai 1966 den Föderalismus ab und etablierte eine unitaristische Struktur in Nigeria. Die Unzufriedenheit mit dem Regime wuchs sowohl im Norden als auch im Süden des Landes und entlud sich in gewaltsamen Übergriffen auf Ibos. Der Präsident wurde am 29. Juli 1966 bei einem zweiten Militärputsch, diesmal von Offizieren des Nordens durchgeführt, getötet und durch einen neuen Präsidenten ersetzt. Dieser beabsichtigte, entweder die Vorherrschaft des Nordens wiederherzustellen oder vom Süden zu sezedieren. Unter diplomatischem Druck der USA und Großbritanniens musste er von den Sezessionsplänen Abstand nehmen. Zwischen September und Oktober 1966 kam es im Norden Nigerias zu Massakern an Ibos. Um das Land vor der drohenden Anarchie zu retten, trafen sich Vertreter aller Regionen zu einer Konferenz über die nigerianische Verfassung. Man einigte sich zunächst darauf, jeder Region ein Sezessionsrecht zuzubilligen, solange die Zukunft Nigerias hierdurch nicht beeinträchtigt würde. Später änderte der Präsident seine Auffassung und trat für ein vereinigtes Nigeria mit einer starken Zentralregierung ein. Weitere Verhandlungen, fortwährend von gewaltsamen Übergriffen auf Ibos begleitet, führten zu keiner Einigung, so dass Biafra schließlich am 30. Mai 1967 seine Unabhängigkeit erklärte. Der sich anschließende blutige Bürgerkrieg in Nigeria wurde von manchen Beobachtern als ein versuchter Genozid an den Ibos bezeichnet.

Gleichwohl befassten sich die Vereinten Nationen, unter dem Eindruck des Debakels der Kongolesischen Krise stehend, nicht mit dem Krieg in Nigeria. Fünf Staaten (Tansania, Gabun, Elfenbeinküste, Sambia und Haiti) anerkannten Biafra nach dessen Unabhängigkeitserklärung, weil sie angesichts der Grausamkeiten des Bürgerkrieges keine Zukunft für eine politische Union Biafras mit Nigeria

sahen. Unterstützung erfuhren die Ibos insbesondere durch Frankreich, China und Portugal, während Großbritannien und die UdSSR den Norden durch Waffenverkäufe stärkten.

Der Bürgerkrieg endete am 12. Januar 1970 mit der Niederlage Biafras, das in den nigerianischen Staat reintegriert wurde.

Die erfolglosen Sezessionsbestrebungen Katangas und Biafras in den Jahren 1960-1970 stellen insofern „Anomalien der UN Praxis“<sup>22</sup> dar, als das Volk sowohl Katangas als auch Biafras einen Anspruch auf Selbstbestimmung geltend machen konnten. Gleichwohl dienen sie in der Völkerrechtsdogmatik noch heute als Ausweis der Sezessionsfeindlichkeit des Völkerrechts.<sup>23</sup>

### **2.3 Beispiele gegenwärtiger Sezessionsbestrebungen: West Sahara und Quebec**

*West Sahara.*<sup>24</sup> West Sahara war seit 1884 spanische Kolonie. Spanien verband mit seiner Kolonie zunächst weder politische noch ökonomische Interessen. Erst als 1947 Bodenschätze (Phosphate) entdeckt wurden, begann Spanien mit der wirtschaftlichen Ausbeutung, die in den 60er Jahren ihren Höhepunkt erreichte. In der Zwischenzeit entstanden Unabhängigkeitsbewegungen und unter dem Druck von Guerillakämpfen und der Vereinten Nationen, war Spanien gezwungen, West Sahara immer mehr Autonomie einzuräumen. Schließlich forderte die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 2229 (XXI) von 1966 Spanien auf, in West Sahara ein Referendum unter Aufsicht der UN abzuhalten. Ungeachtet der Proteste Marokkos und Mauretaniens, die Ansprüche

---

<sup>22</sup> A. de Zayas, Selbstbestimmungsrecht und Vereinte Nationen, in: H.-J. Heintze (Hg.), *Selbstbestimmungsrecht der Völker – Herausforderung der Staatenwelt*, S. 154.

<sup>23</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen unter C. I. 3. a).

<sup>24</sup> Ein Überblick über die Sezessionsbestrebung West Saharas findet sich bei A. Cassese, *Self-determination of peoples*, S. 214 ff. Weiterführende Literatur z. B. S. Oeter, *Die Entwicklung der Westsahara-Frage unter besonderer Berücksichtigung der völkerrechtlichen Anerkennung*, ZaöRV 46 (1986), S. 48 ff.; K. Rössel, *Wind, Sand und (Mercedes-)Sterne. Westsahara. Der vergessene Kampf für die Freiheit*; W. von Tabouillot, *Der Grüne Marsch im Lichte des Völkerrechts. Ein Beitrag zum territorialen Status der ehemaligen spanischen Sahara*.

auf das Territorium West Saharas geltend machten, wiederholte die Generalversammlung diese Position in weiteren Resolutionen.<sup>25</sup>

Im Jahr 1974 bewirkten Marokko und Mauretanien eine Befassung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) mit folgenden Fragen:

I. Was Western Sahara (..) at the time of colonization by Spain a territory belonging to no one (terra nullius)? If the answer to the first question is in the negative, II. What were the legal ties between this territory and the Kingdom of Morocco and the Mauritanian entity?<sup>26</sup>

Der IGH gab in seinem Gutachten zur West Sahara vom 16. Oktober 1975 auf die erste Frage eine negative und auf die zweite Frage folgende Antwort:

The materials and information presented to the Court show the existence, at the time of Spanish colonization, of legal ties of allegiance between the Sultan of Morocco and some of the tribes living in the territory of Western Sahara. They equally show the existence of rights, including some rights relating to the land, which constituted legal ties between the Mauritanian entity, as understood by the Court, and the territory of Western Sahara. On the other hand, the Court's conclusion is that the materials and information presented to it do not establish any tie of territorial sovereignty between the territory of Western Sahara and the Kingdom of Morocco or the Mauritanian entity. Thus the Court has not found legal ties of such a nature as might affect the application of resolution 1514 (XV)<sup>27</sup> in the decolonization of Western Sahara and, in particular, of the principle of self-determination through the free and genuine expression of the will of the peoples of the Territory (...).<sup>28</sup>

Infolge des IGH-Gutachtens vereinbarten Spanien, Marokko und Mauretanien eine gemeinsame Interimsverwaltung West Saharas und das Ende der spanischen Präsenz für den 28. Februar 1976. Der Bevölkerung garantierten sie ein

---

<sup>25</sup> Z. B. Resolution 2428 (XXIII) oder 2711 (XXV).

<sup>26</sup> ICJ Reports 1975, 6, para 1.

<sup>27</sup> Sog. Dekolonisierungsresolution, siehe hierzu unten C. I. 2. a).

<sup>28</sup> ICJ Reports 1975, 68, para 162.

Mitspracherecht in Angelegenheiten der Gesetzgebung. Die Übereinkunft führte jedoch nicht zu dem erhofften Frieden: Am 11. Dezember 1975 marschierten marokkanische und mauretanische Truppen in West Sahara ein. Erst im August 1979 zog sich das kriegsmüde Mauretanien unter Aufgabe seiner Ansprüche aus dem Gebiet zurück, während Marokkos Truppen in West Sahara verblieben. Unter Protest Marokkos erkannte die Mehrheit der Mitglieder der Organization of African Unity (OAU) im Jahr 1980 die Demokratische Arabische Republik Sahara, die am 27. Februar 1976 ausgerufen worden war, als rechtmäßige Regierung West Saharas an. Wenngleich bereits 1991 die Zahl der anerkennenden Staaten auf 74 angewachsen war, ist bis heute die Situation West Saharas ungeklärt.

Die Vereinten Nationen bemühen sich auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker weiter um eine Lösung der West Sahara-Frage. Danach sollte sich das Volk von West Sahara im Rahmen eines Referendums für die Unabhängigkeit in einem eigenen Staat oder den Anschluss an Marokko entscheiden. Die praktische Durchführung des Referendums bereitet nicht nur wegen der schwierigen Erfassung der Stimmen der Nomadenstämme in der Sahara Probleme, sondern auch wegen der starken Besiedelung des Gebiets West Saharas durch Marokkaner. Da die Ermittlung der Abstimmungsberechtigten für den Ausgang des Referendums von großer Bedeutung sein kann, ist sie für die Lösung der West Sahara-Frage entscheidend.

*Quebec.*<sup>29</sup> Nach ständigen Rivalitäten zwischen französischen und britischen Siedlern, die schließlich in einem Krieg gipfelten, wurde Quebec 1763 durch den Vertrag von Paris zur britischen Kolonie. Seit der Gründung Kanadas im Jahr 1867 bildet Quebec eine von zehn Provinzen dieses föderalen Staates. Innerhalb Kanadas prosperierte Quebec als Industriemacht. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ging in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts eine Zunahme des kulturellen Selbstbewusstseins der Bevölkerung einher (sog. „Stille

---

<sup>29</sup> Ein Überblick über die Sezessionsbestrebung Quebecs findet sich bei A. Cassese, *Self-determination of peoples*, S. 248 ff. Weiterführende Literatur z. B. R. Scowen, *Time to say good bye. The case for getting Quebec out of Canada*; C. E. Taucar, *Canadian federalism and Quebec sovereignty*; R. A. Young, *The struggle for Quebec. From referendum to referendum?*; ders., *The secession of Quebec and the future of Canada*.

Revolution“). Das öffentliche Leben wurde säkularisiert, und der Wunsch nach staatlicher Unabhängigkeit wurde laut.

Die Art und Weise der Durchsetzung der Interessen der französischsprachigen Mehrheit gegenüber der englischsprachigen Minderheit war bisweilen fragwürdig, so z. B. das Verbot der englischen Sprache in der kommerziellen Werbung oder die Verpflichtung der Franko-Quebecer, eine französischsprachige Schule zu besuchen. Darüber hinaus lehnen die Quebecer eine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts für andere Gruppen innerhalb der Provinz wie die indigene Bevölkerung ab, obwohl sie ihr eigenes Unabhängigkeitsstreben auf das Selbstbestimmungsrecht stützen.

Die Furcht vor dem Untergang der französischen Tradition Quebecs führte 1980 zu einer ersten Volksabstimmung über Souveränitätsverhandlungen mit Kanada, die jedoch scheiterte. 1995 folgte ein zweites Plebiszit, das die Mehrheit für die Sezession Quebecs von Kanada wiederum knapp (49,4%) verfehlte. Weitere Referenden über die Frage der Unabhängigkeit Quebecs sind zu erwarten. Für den Fall eines positiven Ausgangs eines derartigen Plebiszits hat der Oberste Gerichtshof Kanadas am 20. August 1998 entschieden, dass weder kanadisches noch internationales Recht eine einseitige Abspaltung Quebecs von Kanada erlauben würde.<sup>30</sup> Aus völkerrechtlicher Perspektive seien die Voraussetzungen eines auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegründeten Sezessionsrechts nicht erfüllt. Aus verfassungsrechtlicher Perspektive verbiete das Zusammenspiel der vier Prinzipien Föderalismus, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Minderheitenschutz eine einseitige Sezession. Aufgrund der gewichtigen Folgen für den Staat Kanada sei eine derartige Abspaltung abzulehnen. Vielmehr bedürfe es hierzu einer Verfassungsänderung. Allerdings ergebe sich aus dem Prinzip des Föderalismus in Verbindung mit dem Demokratieprinzip ebenso, dass sowohl die Bundesregierung als auch die übrigen Provinzen Kanadas gehalten seien, mit Quebec in Unabhängigkeitsverhandlungen einzutreten, sofern sich eine klare Mehrheit der Bevölkerung Quebecs für die Sezession aussprechen sollte. Bei den Verhandlungen seien die Interessen Kanadas und aller Provinzen sowie insbesondere die Rechte von Minderheiten zu berücksichtigen.

---

<sup>30</sup> Die Supreme Court Decision: Reference re Secession of Quebec vom 20. August 1998 hat das Kanadische Justizministerium im Internet veröffentlicht unter: [http://www.exum.unmontreal.ca/csc-scc/en/pub/1998/vol2/html/1998scr2\\_0217/html](http://www.exum.unmontreal.ca/csc-scc/en/pub/1998/vol2/html/1998scr2_0217/html)

### 3 Sezession von Staaten in der Rechtsdogmatik

Eine Sezession wirft sowohl völkerrechtliche als auch verfassungsrechtliche Fragen auf. Territoriale Abspaltungen führen zu Neugründungen oder Veränderungen von Staaten als Völkerrechtssubjekten und sind schon deshalb völkerrechtlich relevant. Gleichzeitig stellt die Sezession einen innerstaatlichen Vorgang dar, der als solcher den verfassungsrechtlichen Vorgaben des jeweiligen Staates unterliegt. Diese „Doppelnatur der Sezessionsproblematik“ ist in der rechtsdogmatischen Untersuchung der Sezession von Staaten zu berücksichtigen.<sup>31</sup>

#### 3.1 Völkerrechtliche Zulässigkeit von Sezessionen

##### 3.1.1 Sezession als faktischer Vorgang

Die Sezession ist ein rechtlich neutraler Akt und als solcher weder völkerrechtswidrig noch völkerrechtsgemäß.<sup>32</sup> Die mit dem faktischen Vorgang einer Sezession verbundenen Konsequenzen zwingen jedoch dazu, Aussagen über die völkerrechtliche Zulässigkeit von Sezessionen zu treffen.<sup>33</sup>

In einem Sezessionsfall ist die Völkergemeinschaft aufgerufen, über die Frage der Anerkennung des sezedierenden Teils als Staat zu entscheiden. Wenn die Sezession als „völkerrechtswidrig“ zu qualifizieren ist, wird die Völkergemeinschaft die Anerkennung verweigern. Die Abtrennung des Territoriums ist in einem solchen Fall unzulässig, so dass durch eine gleichwohl ausgesprochene Anerkennung die Souveränität des von der Abspaltung betroffenen Staates und damit das Interventionsverbot missachtet würde.<sup>34</sup>

---

<sup>31</sup> Ähnlich A. Peters, Das Gebietsreferendum im Völkerrecht, S. 36 f.

<sup>32</sup> C. Haverland, EPIL 10, S. 385.

<sup>33</sup> T. Marauhn, Anspruch auf Sezession?, in: H.-J. Heintze (Hg.), *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, S. 106; S. Oeter, ZaöRV 52 (1992), S. 767; O. Schachter, Micronationalism and Secession, in: *FS Rudolf Bernhardt*, S. 184.

<sup>34</sup> Ein anschauliches Beispiel für diese Problematik stellt die als „vorzeitig“ kritisierte Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die EG und einige europäische Staaten im Jahr 1991 dar, siehe hierzu S. Oeter, ZaöRV 52 (1992), S. 742; A. de Zayas, Selbstbestimmungsrecht und Vereinte Nationen, in: H.-J. Heintze (Hg.), *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, S. 163.



Eine völkerrechtliche Bewertung der Sezession ist deshalb geboten.<sup>35</sup>

### 3.1.2 Sezessionsrecht als Teil des Selbstbestimmungsrechts der Völker

Um die Fragen nach der Existenz und den Voraussetzungen einer völkerrechtlich zulässigen Sezession beantworten zu können, ist der rechtliche Kontext, in den die Sezessionsproblematik eingebettet ist, darzustellen. Zu diesem Zweck erfolgt die Herleitung des Sezessionsrechts aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker: Zunächst wird die Entwicklung des Selbstbestimmungsprinzips als unmittelbar anwendbare Norm des Völkerrechts nachgezeichnet (a), um anschließend das Sezessionsrecht innerhalb des Selbstbestimmungsrechts zu verorten (b). Da ein Recht ohne Subjekt nicht zur Geltung gelangen kann, sind die Rechtsträger des Selbstbestimmungsrechts zugleich als Rechtsträger eines Sezessionsrechts nachzuweisen (c). Abschließend ist eine etwaige Einschränkung des Sezessionsrechts durch Konsumtion nach einmaliger Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zu diskutieren (d).

#### 3.1.2.1 Rechtsgrundlagen des Selbstbestimmungsrechts der Völker

Die Frage nach den Rechtsgrundlagen des Selbstbestimmungsrechts ist eng verknüpft mit dessen historischer Genese, die deshalb kurz skizziert werden soll.<sup>36</sup>

Als *ideelles und politisches Prinzip* stand die Selbstbestimmung in der Zeit der Aufklärung in engem Zusammenhang mit dem Konzept der Volkssouveränität. Praktische Bedeutung erlangte der Selbstbestimmungsgedanke erstmals sowohl in der amerikanischen als auch in der französischen Revolution. Die Prinzipien der Volkssouveränität und der Selbstbestimmung verliehen den nordamerikanischen Staaten die Kraft, ihre Unabhängigkeit von Großbritannien durchzusetzen, und wurden als liberale Ideen in der Französischen Revolution gegen die Monarchie angeführt.

---

<sup>35</sup> A. A. P. Hilpold, ZöR 54 (1999), S. 564: „Bezogen auf den Fall der Sezession ist zusammenfassend also festzuhalten, dass dieser Vorgang grundsätzlich ein regelungsfreies Faktum bleibt und dass der konkrete Ausgang dieses Prozesses über das Effektivitätsprinzip Recht schafft.“; ders., Jura 2000, 120 ff.

<sup>36</sup> Ausführlich dazu D. Brühl-Moser, Die Entwicklung des Selbstbestimmungsrechts der Völker; A. Cassese, Self-determination of peoples.

Erst nach dem ersten Weltkrieg wurde die Selbstbestimmungsidee auch völkerrechtlich relevant. Der amerikanische Präsident *Woodrow Wilson* hat mit seinem *Programm für den Weltfrieden in vierzehn Punkten vom 8. Januar 1918*<sup>37</sup> diese Entwicklung maßgeblich geprägt. Zur Lösung der Kolonialfrage formulierte Wilson in Punkt V bereits ein sehr weitgehendes Selbstbestimmungsprinzip:

V. A free, open-minded, and absolutely impartial adjustment of all colonial claims, based upon a strict observance of the principle that in determining all such questions of sovereignty, the interests of the populations concerned must have equal weight with the equitable claims of the government whose title is to be determined.<sup>38</sup>

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden Gleichheit und Selbstbestimmung der Völker trotz kontroverser Diskussionen zwischen den beteiligten Staaten schließlich in *Art. 1 Ziffer 2 (und Art. 55) der Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945* aufgenommen:

Art. 1 [Ziele der Vereinten Nationen] Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

[...]

2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;

[...].<sup>39</sup>

Die Formulierung der Charta war allerdings nicht darauf ausgerichtet, dem Selbstbestimmungsprinzip Rechtscharakter zu verleihen.<sup>40</sup> Der „Grundsatz der

---

<sup>37</sup> Vgl. hierzu K. J. Partsch, Selbstbestimmung, in: R. Wolfrum (Hg.), *Handbuch Vereinte Nationen*, 101., Rn. 2 ff.; A. Rustemeyer, EPIL 7, S. 539 ff.

<sup>38</sup> Zitiert nach A. Rustemeyer, EPIL 7, S. 540.

<sup>39</sup> BGBl 1973 II S. 431; 1974 II S. 770; 1980 II S. 1252.

Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker“ erscheint vielmehr als bloßes Vertragsziel.

Erst durch die nachfolgende Staatenpraxis<sup>41</sup> hat sich der Rechtsnormcharakter des Selbstbestimmungsprinzips herausgebildet:

Das Recht der Völker auf Selbstbestimmung wurde erstmals explizit in Ziffer 2 der *Resolution der Generalversammlung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker vom 14. Dezember 1960* (sog. „Dekolonisierungsresolution“) genannt:

2. All peoples have the right to self-determination; by virtue of that right they freely determine their political status and freely pursue their economic, social and cultural development.<sup>42</sup>

In der *Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten vom 24. Oktober 1970* (sog. „Friendly-Relations-Declaration“) formulierte die Generalversammlung das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie folgt:

The principle of equal rights and self-determination of peoples

By virtue of the principle of equal rights and self-determination of peoples enshrined in the Charter of the United Nations, all peoples have the right freely to determine without external interference their political status and to pursue their economic, social and cultural development, and every State has the duty to respect this right in accordance with the provisions of the Charta.<sup>43</sup>

---

<sup>40</sup> Siehe hierzu H. Armbruster, Selbstbestimmungsrecht, in: H.-J. Schlochauer (Hg.), *Wörterbuch des Völkerrechts*, Bd. 3, S. 253; K. J. Partsch, Selbstbestimmung, in: R. Wolfrum (Hg.), *Handbuch Vereinte Nationen*, 101., Rn. 11; D. Thürer, EPIL 8, S. 471 f.

<sup>41</sup> Die Berücksichtigung der Staatenpraxis ist eine objektive Auslegungsmethode anhand der späteren Übung gemäß Art. 31 Abs. 3 lit. a, b des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge, R. Bernhardt, EPIL 7, S. 323. Sie orientiert sich vorwiegend an den Resolutionen der Organe der Vereinten Nationen, wenngleich diese grundsätzlich keine Bindungswirkung entfalten (Ausnahme: Resolutionen des Sicherheitsrates gemäß Art. 25 VN-Charta).

<sup>42</sup> GA Res. 1514 (XV), UNYB 1960, S. 49.

<sup>43</sup> GA Res. 2625 (XXV), *Friendly-Relations-Declaration*, UNYB 1970, S. 788.

Schließlich bekräftigen die jeweiligen *Art. 1 Abs. 1, 3 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte* sowie des *Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19.12.1966* (sog. „Menschenrechtspakte“) den normativen Gehalt des Selbstbestimmungsprinzips:

Art. 1. (1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

[...]

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<sup>44</sup>

Inzwischen ist das Selbstbestimmungsrecht Bestandteil des *Völkergewohnheitsrechts* geworden<sup>45</sup> und wird sogar überwiegend als Norm des *ius cogens* im Sinne des Art. 53 WÜRV charakterisiert<sup>46</sup>.

### 3.1.2.2 Materiell-rechtlicher Gehalt des Selbstbestimmungsrechts der Völker

Nach den zuvor genannten Formulierungen stellt sich das Selbstbestimmungsrecht als einheitliches Recht dar. In der Staatenpraxis und der

---

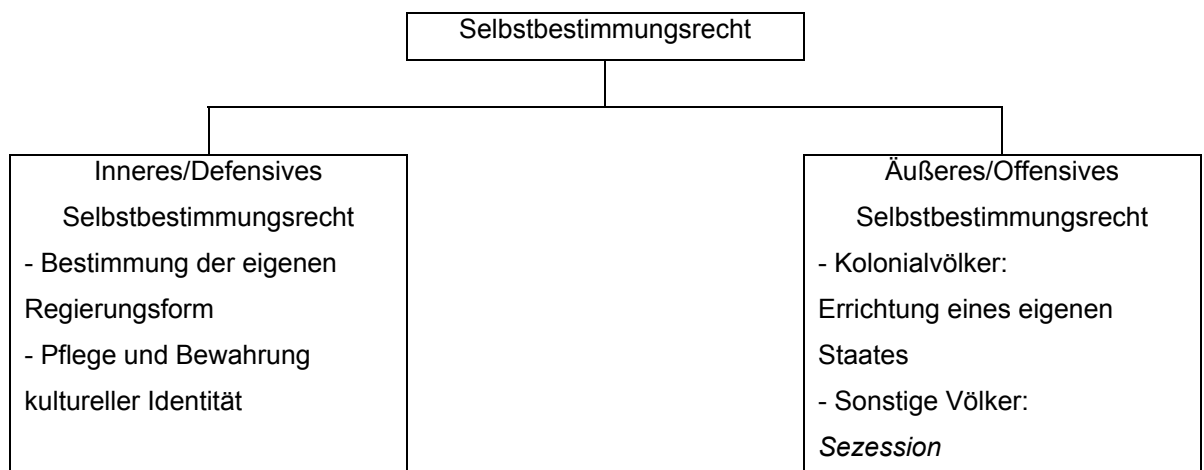
<sup>44</sup> BGBl. 1973 II S. 1534 sowie S. 1570.

<sup>45</sup> Die Allgemeinverbindlichkeit des Selbstbestimmungsrechts aufgrund allgemeiner, durch eine *opinio iuris* getragener Übung ergibt sich insbesondere aus den folgenden Urteilen des IGH: IGH ICJ Reports 1971, S. 31, *Namibia*; IGH ICJ Reports 1975, S. 31 ff., *Western Sahara*; ausdrücklich anerkannt wurde die gewohnheitsrechtliche Geltung des Selbstbestimmungsrechts in IGH ICJ Reports 1986, S. 14 ff., *Nicaragua*.

<sup>46</sup> H. E. Asenbauer, Zum Selbstbestimmungsrecht des armenischen Volkes von Berg-Karabach, S. 107; D. Brühl-Moser, Die Entwicklung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, S. 92; A. Cassese, The Self-Determination of Peoples, in: L. Henkin (Hg.), *The International Bill of Rights*, S. 111; ders., Self-determination of peoples, S. 130 ff.; J. Crawford, Some Conclusions, in: Ders. (Hg.), *The Rights of Peoples*, S. 166; K. Doebling, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: B. Simma (Hg.), *Charta der VN*, S. 30, Rn. 57 ff.; T.

völkerrechtlichen Literatur wird jedoch ganz überwiegend zwischen *innerem bzw. defensivem* und *äußerem bzw. offensivem* Selbstbestimmungsrecht differenziert:<sup>47</sup> „Die innere Selbstbestimmung beinhaltet einerseits das Recht eines (Staats)volkes, frei über die eigene Regierungsform zu bestimmen, und andererseits das Recht einer Minderheit in einem Staat, ihre Eigenarten zu bewahren und zu pflegen.“<sup>48</sup> Demgegenüber ist das äußere Selbstbestimmungsrecht durch Veränderung des Territorialstatus gekennzeichnet. Kolonialvölker streben mit der Ausübung des äußeren Selbstbestimmungsrechts die Errichtung eines eigenen Staates auf dem Kolonialgebiet an, während das äußere Selbstbestimmungsrecht sonstiger Völker auf Sezession gerichtet ist.<sup>49</sup>

Tabelle 1: Materiell-rechtlicher Gehalt des Selbstbestimmungsrechts der Völker



Das Sezessionsrecht ist folglich Bestandteil des äußeren bzw. offensiven Selbstbestimmungsrechts.<sup>50</sup>

---

Marauhn, HuV I 4 (1991), S. 108; T. Veiter, Die Entwicklung des Selbstbestimmungsrechts, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), *Das Selbstbestimmungsrecht und die deutsche Frage*, S. 9 und 30.

<sup>47</sup> M. Mohr ist anderer Auffassung und kritisiert die begriffliche Differenzierung als „*Etikettierung*“ des Selbstbestimmungsrechts, Abgrenzung von Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz, in: H.-J. Heintze (Hg.), *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, S. 136. Ähnlich O. Kimminich, VN 41 (1993), S. 6 f.

<sup>48</sup> T. Marauhn, HuV I 4 (1991), S. 109.

<sup>49</sup> T. Marauhn, HuV I 4 (1991), S. 109.

<sup>50</sup> Mit dieser Feststellung ist für die Frage, unter welchen Voraussetzungen eine Gruppe berechtigt ist zu sezedieren, noch nichts gewonnen. Siehe hierzu die nachfolgenden Überlegungen unter C. I. 3.

### 3.1.2.3 Rechtsträger des Selbstbestimmungsrechts der Völker

Träger des Selbstbestimmungsrechts sind die Völker. Es findet sich allerdings weder in der Charta der Vereinten Nationen noch in den beiden Menschenrechtspakten eine Definition des Begriffs „Völker“. In der völkerrechtlichen Literatur wird die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Kollektiv als Volk zu qualifizieren ist, kontrovers diskutiert.<sup>51</sup> Da die Problematik des Volksbegriffs eine der umstrittensten in der Völkerrechtsdogmatik ist, würde es den Rahmen dieser Untersuchung sprengen, die Diskussion detailliert darzustellen. Mit Blick auf den Gegenstand der Arbeit genügt eine kursorische Zusammenfassung des Streitstands, um allgemeine Aussagen darüber treffen zu können, welche Kollektive Träger des äußeren bzw. offensiven Selbstbestimmungsrechts sind.<sup>52</sup>

Ausgehend vom Wortlaut der jeweiligen Art. 1 Abs. 1 S. 1 der beiden Menschenrechtspakte können sich „[a]lle Völker“ auf das Selbstbestimmungsrecht berufen. Als denkbare Kollektive kommen neben Staatsvölkern auch staatlich nicht organisierte Völker in Betracht, also Kolonialvölker und sonstige als Volk identifizierbare Kollektive<sup>53</sup>.

Gegen diese Wortlautinterpretation wird teilweise vorgebracht, dass sie zu weitgehend sei. Bemühungen in der völkerrechtlichen Literatur, die weite Auslegung des Begriffs „Völker“ einzuschränken, haben zu der sehr restriktiven Auffassung geführt, dass hierunter nur Staatsvölker und Staatsvölker im Werden

---

<sup>51</sup> Die Kontroverse um die Definition des Begriffs „Volk“ führte zu der berühmt gewordenen Äußerung Ivor Jennings: „*On the surface, it [das Selbstbestimmungsprinzip] seemed reasonable: let the people decide. It was in fact ridiculous because the people cannot decide until somebody decides who are the people.*“, *The Approach to Self-Government*, Cambridge 1956, S. 56.

<sup>52</sup> Ausführliche Überlegungen zum Volksbegriff finden sich in B. R. Elsner, Die Bedeutung des Volkes im Völkerrecht – unter besonderer Berücksichtigung der historischen Entwicklung und der Praxis des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

<sup>53</sup> Zur Terminologie vgl. D. Frey, Selbstbestimmungsrecht, Sezession und Gewaltverbot, in: I. Seidl-Hohenveldern/H. J. Schrötter (Hg.), *Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik*, S. 38.

zu verstehen seien.<sup>54</sup> Insbesondere die einleitende Sentenz der Präambel der Charta der Vereinten Nationen: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen“<sup>55</sup> indiziere, dass ausschließlich die Völker der Vertragsparteien, also die Völker der Staaten, Träger des Selbstbestimmungsrechts seien. Kolonien hätten sich als Staatsvölker im Werden auf das Selbstbestimmungsrecht berufen können, da sie nicht bloße Teilmölder der Kolonialmächte, sondern von diesen deutlich getrennt und dadurch als Subjekt des Selbstbestimmungsrechts identifizierbar gewesen seien.

Dieser Auffassung ist zum einen entgegenzuhalten, dass Art. 73 der Charta der Vereinten Nationen<sup>56</sup> sowie die jeweiligen Art. 1 Abs. 3 der beiden Menschenrechtspakte<sup>57</sup> auf Völker bzw. Gebiete ohne Selbstregierung Bezug nehmen. Die Qualifizierung eines Kollektivs als Volk ist demnach auch dann möglich, wenn dieses nicht staatlich organisiert ist. Das wird auch durch die Entstehungsgeschichte der Menschenrechtspakte belegt: Der Begriff „nations“ wurde gestrichen, so dass allein der Begriff „peoples“ im Text des Selbstbestimmungsartikels verblieb.<sup>58</sup>

Zum anderen dürfen Praktikabilitätsgründe nicht dazu führen, dass das Selbstbestimmungsrecht auf Kolonialvölker beschränkt und dadurch potentiellen Rechtssubjekten, deren Identifikation problematischer ist, per se vorenthalten wird.<sup>59</sup> Bei dem Begriff Volk handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff,<sup>60</sup> der ausfüllungsbedürftig und ausfüllungsfähig ist. Anstatt potentielle Rechtsträger von vornherein auszugrenzen, ist nach Kriterien zu

---

<sup>54</sup> C. Gusy, AVR 30 (1992), S. 390 ff.; M. Mohr, Abgrenzung von Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz, in: H.-J. Heintze (Hg.), *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, S. 126; K. J. Partsch, Selbstbestimmung, in: R. Wolfrum (Hg.), *Handbuch Vereinte Nationen*, 101., Rn. 21 ff.

<sup>55</sup> BGBl. 1973 II S. 430; 1974 II S. 769; 1980 II S. 1252.

<sup>56</sup> „Art. 73 [Förderung von Hoheitsgebieten ohne Selbstregierung] Mitglieder der Vereinten Nationen, welche die Verantwortung für die Verwaltung von Hoheitsgebieten haben oder übernehmen, deren Völker noch nicht die volle Selbstregierung erreicht haben, bekennen sich zu dem Grundsatz, dass die Interessen der Einwohner dieser Hoheitsgebiete Vorrang haben; [...]“

<sup>57</sup> Zum Wortlaut der jeweiligen Art. 1 Abs. 3 der beiden Menschenrechtspakte siehe oben, C. I. 2. a).

<sup>58</sup> Vgl. zum einen den Entwurf von 1952, UN Bulletin 12 (1952), S. 373, und zum anderen die Fassung von 1955, GA OR, 10th Session, Doc. A/2929, Annexes, Part II (1955), Agenda item 28, S. 13.

<sup>59</sup> So auch D. Frey, Selbstbestimmungsrecht, Sezession und Gewaltverbot, in: I. Seidl-Hohenveldern/H. J. Schröter (Hg.), *Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik*, S. 42.

<sup>60</sup> D. Murswiek, *Der Staat* 23 (1984), S. 526.

suchen, die eine Begriffsbestimmung und damit die Identifikation eines Kollektivs als Volk ermöglichen.

Auch die Auslegung anhand der nachfolgenden Staatenpraxis sowie der Travaux Préparatoires zu den beiden Menschenrechtspakten<sup>61</sup> stützen die Auffassung, dass nicht nur Staats- und Kolonialvölker Träger des Selbstbestimmungsrechts sein können:

- Insbesondere die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen<sup>62</sup> belegt die Existenz eines über den kolonialen Kontext hinausgehenden Selbstbestimmungsrechts staatlich nicht organisierter Völker.<sup>63</sup>
- Während der Vertragsverhandlungen zu den Menschenrechtspakten hat Indien den Vorbehalt formuliert, „that the words ‘the right of self-determination’ [...] apply only to the peoples under foreign domination and that these words do not apply to sovereign independent States or to a section of a people or nation – which is the essence of national integrity”.<sup>64</sup> Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande haben hiergegen Widerspruch eingelegt, den die Niederlande wie folgt begründete: „Any attempt to limit the scope of this right or to attach conditions [...] would undermine the concept of self-determination itself and would thereby seriously weaken its universally acceptable character.”<sup>65</sup> Diese Staaten sind damit einer Reduzierung der Rechtssubjektivität von staatlich nicht organisierten Völkern auf Kolonialvölker entgegengetreten.

---

<sup>61</sup> Die Berücksichtigung der Travaux Préparatoires entspricht der ergänzenden Auslegung im Sinne des Art. 32 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge, G. Ress, Auslegung der Charta, in: B. Simma (Hg.), *Charta der Vereinten Nationen*, S. LIX, Rn. 24.

<sup>62</sup> GA Res. 2649 (XXV), GA OR, 25th Session, Suppl. 28 [A/8029], S. 73.

<sup>63</sup> So auch I. Brownlie, *International Law in the Second Half of the Twentieth Century*, in: *FS Taslim Olawale Elias*, Vol. I, S. 5: „‘Bridge cases’ began to appear (the Palestinians, for example), and it soon became apparent that self-determination was no mere reflection of the process of decolonization.”; K. Doehring, Formen und Methoden der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die deutsche Frage*, S. 43 f.; H.-J. Heintze, Träger des Selbstbestimmungsrechts der Völker, in: K. Ipsen (Hg.), *Völkerrecht*, § 28, Rn. 4.

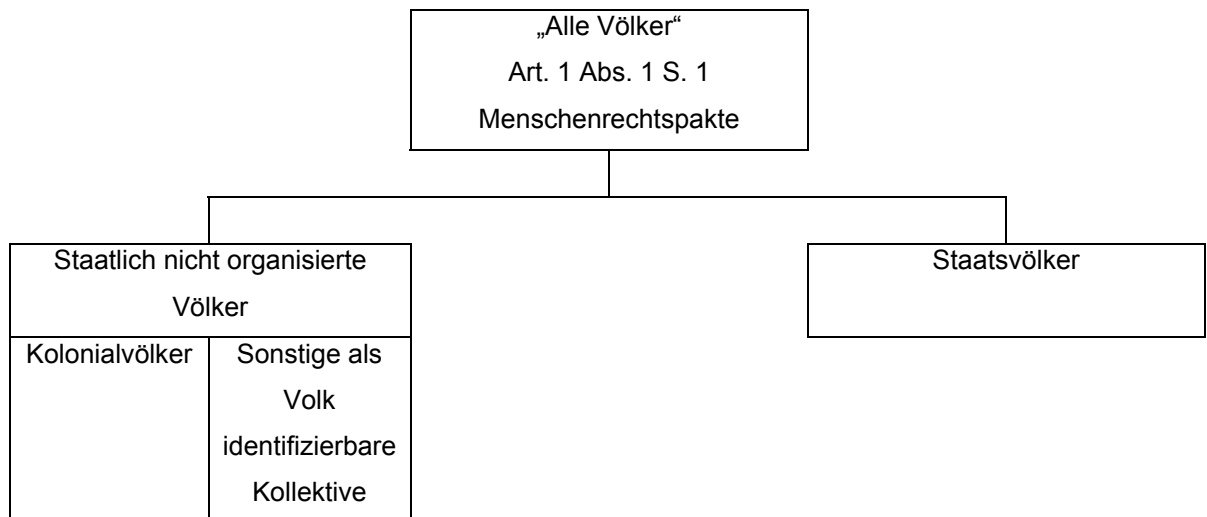
<sup>64</sup> Multilateral Treaties, Status as of 31 December 1991, UN Doc ST/LEG/SER.E/10, S. 124 f.

<sup>65</sup> Multilateral Treaties, Status as of 31 December 1991, UN Doc ST/LEG/SER.E/10, S. 128.



Als Zwischenergebnis ist festzuhalten, dass staatlich nicht organisierte Völker auch außerhalb des kolonialen Kontextes Träger des Selbstbestimmungsrechts sein können.

Tabelle 2: Rechtsträger des Selbstbestimmungsrechts der Völker



Allein die Feststellung, dass nicht nur Kolonialvölker, sondern auch andere staatlich nicht organisierte Völker Träger des Selbstbestimmungsrechts sein können, besagt noch nichts darüber, unter welchen Voraussetzungen ein Kollektiv als Volk zu qualifizieren ist. Die Frage, wann ein Kollektiv als Volk identifizierbar ist und wann es nur den Status einer Minderheit<sup>66</sup> hat, wird in der völkerrechtlichen Literatur heftig diskutiert.<sup>67</sup> Es gibt zwei Meinungsgruppen, die diese Frage auf unterschiedliche Weise beantworten.

<sup>66</sup> Ein Volk kann zugleich eine numerische Inferiorität in einem multinationalen Staat bilden, so dass sich insofern die Begriffe Volk und Minderheit überschneiden. Hier soll der Begriff Minderheit jedoch in Abgrenzung zum Begriff Volk nur diejenigen Kollektive bezeichnen, die nicht als Volk qualifiziert werden und deshalb nur Minderheitenrechte im Sinne von Art. 27 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte geltend machen können.

<sup>67</sup> Einigkeit besteht lediglich insofern, als eine abschließende Definition des Volksbegriffs nicht möglich ist, vgl. statt vieler nur P. Thornberry, *The Democratic or Internal Aspect of Self-Determination with some remarks on Federalism*, in: C. Tomuschat (Hg.), *Self-Determination*, S. 124: „Periodic agonizing about a definition of people has not produced consensus. This is not a question of intellectual failure to understand the (Platonic?) Form or Idea of the people. The meaning of people is distilled from changing complexities of political and diplomatic processes.“

Teilweise wird vertreten, dass ein Volk durch zwei Merkmale gekennzeichnet sei: Neben der größenmäßigen Vergleichbarkeit des Kollektivs mit einer anderen Gruppe innerhalb eines multinationalen Staats sei dessen verfassungsrechtliche Anerkennung erforderlich.<sup>68</sup> Gegen beide Merkmale bestehen gewichtige Bedenken. Während das Merkmal der numerischen Gleichheit als bloß quantitativer Aspekt qualitative Faktoren vernachlässigt, birgt das zweite Merkmal die Gefahr in sich, dass multinationale Staaten willkürlich die verfassungsrechtliche Anerkennung versagen könnten. Deshalb ist diese Auffassung abzulehnen.

Vorzugswürdig ist die Qualifizierung eines Volkes anhand anderer objektiver und subjektiver Kriterien.<sup>69</sup> Eine internationale Expertengruppe der UNESCO hat die nachfolgenden *objektiven Kriterien* aufgestellt, die die Beschreibung eines Volkes ermöglichen sollen:

- (a) a common historical tradition;
- (b) racial or ethnic identity;
- (c) cultural homogeneity;
- (d) linguistic unity;
- (e) religious or ideological affinity;
- (f) territorial connection;
- (g) common economic life.<sup>70</sup>

---

<sup>68</sup> A. Cassese, The Self-Determination of Peoples, in: L. Henkin (Hg.), *The International Bill of Rights*, S. 95; Ramcharan, IJGR 1993, S. 37.

<sup>69</sup> So auch L. C. Buchheit, Secession, S. 9 f.; D. Frey, Selbstbestimmungsrecht, Sezession und Gewaltverbot, in: I. Seidl-Hohenveldern/H. J. Schrötter (Hg.), *Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik*, S. 44 ff.; H.-J. Heintze, Träger des Selbstbestimmungsrechts der Völker, in: K. Ipsen (Hg.), *Völkerrecht*, § 28, Rn. 9 f.; A. Kiss, HRLJ 7 (1986), S. 173; D. Murswiek, Der Staat 23 (1984), S. 538 f.; ders., AVR 31 (1993), S. 328; D. Thürer, Entwicklung, Inhalt und Träger des Selbstbestimmungsrechts, in: E. Reiter (Hg.), *Grenzen des Selbstbestimmungsrechts*, S. 41. Ähnlich K. Doehring, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundsatz des Völkerrechts, S. 21 ff.

<sup>70</sup> International Meeting of Experts on Further Study of the Concept of the Rights of Peoples, convened by UNESCO, Paris 27 - 30 November 1989, SHS-89/CONF.602/7, para. 27.

Liegen alle oder zumindest einige dieser Merkmale vor, muss als *subjektives Kriterium* die Selbstidentifikation<sup>71</sup> hinzutreten. Ein Kollektiv kann nur dann als ein Volk qualifiziert werden, wenn es sich durch eine gewisse Gruppenidentität zusammengehörig fühlt.<sup>72</sup>

Zu beachten ist schließlich, dass das *Kriterium der Gebietsbezogenheit* für die Rechtssubjektivität konstitutiv ist: Sofern eine Gruppe nicht über ein traditionelles Siedlungsgebiet verfügt, kann sie nicht Träger des Selbstbestimmungsrechts sein, selbst wenn alle anderen Merkmale vorliegen.<sup>73</sup> Das Selbstbestimmungsrecht ist gebietsbezogen, was insbesondere das mit territorialen Ansprüchen verbundene Sezessionsrecht als Ausfluss des Selbstbestimmungsrechts veranschaulicht. Eine Gruppe kann sich folglich nur dann auf das Selbstbestimmungsrecht berufen, wenn sie traditionell auf einem bestimmten Gebiet siedelt, auf das sich dieses Recht beziehen kann.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sowohl Staatsvölker als auch staatlich nicht organisierte Völker – nämlich Kolonialvölker und sonstige, anhand objektiver und subjektiver Kriterien als Volk identifizierbare Kollektive – Träger des Selbstbestimmungsrechts sein können.

Für die Sezessionsproblematik ist entscheidend, dass es neben Staats- und Kolonialvölkern weitere Subjekte des Selbstbestimmungsrechts gibt. Andernfalls bliebe für ein Sezessionsrecht kein Raum: Staatsvölker verfügen über eigene Staaten und sind deshalb per definitionem nicht Träger des *offensiven* Selbstbestimmungsrechts,<sup>74</sup> während sich die Kolonialvölker bereits erfolgreich auf dieses Recht berufen haben und nunmehr selbst Staatsvölker darstellen. Nach Abschluss der Dekolonisierung gäbe es folglich keine Rechtssubjekte mehr, die

---

<sup>71</sup> Zur Terminologie vgl. H.-J. Heintze, Träger des Selbstbestimmungsrechts der Völker, in: K. Ipsen (Hg.), *Völkerrecht*, § 28, Rn. 9.

<sup>72</sup> Ähnlich D. Thürer, *Politische Studien*, Sonderheft 6/1993, S. 32.

<sup>73</sup> So auch H. E. Asenbauer, Zum Selbstbestimmungsrecht des armenischen Volkes von Berg-Karabach, S. 108; D. Murswiek, *Der Staat* 23 (1984), S. 529; ders., *AVR* 31 (1993), S. 328; F.-F. Seifert, Das Selbstbestimmungsrecht der Sri Lanka-Tamilen zwischen Sezession und Integration, S. 70 f., 78; D. Thürer, *Politische Studien*, Sonderheft 6/1993, S. 32.

Die Gebietsbezogenheit ist folglich ein notwendiges, aber nicht hinreichendes Kriterium für die Rechtssubjektivität.

sich auf das äußere bzw. offensive Selbstbestimmungsrecht berufen könnten. Mit der Anerkennung sonstiger identifizierbarer Kollektive als Völker existieren jedoch weiterhin Träger des Selbstbestimmungsrechts, die ihr äußeres bzw. offensives Selbstbestimmungsrecht geltend machen können.

#### 3.1.2.4 Konsumtion des Selbstbestimmungsrechts der Völker

Wenn sich ein Volk freiwillig entscheidet, einem bereits bestehenden Staat beizutreten oder sich mit einem anderen Volk zur Bildung eines neuen Staates zu vereinigen, macht es durch diese Entscheidung von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch.

In der völkerrechtlichen Literatur wird teilweise angenommen, dass in solchen Fällen das Selbstbestimmungsrecht konsumiert werde.<sup>75</sup> Die einmalige Ausübung des Selbstbestimmungsrechts müsse zum Schutz der Rechtssicherheit und zur Bewahrung des Rechtsfriedens den Verbrauch des Selbstbestimmungsrechts bewirken. Folgt man der Auffassung, dass nur Staatsvölker Träger des Selbstbestimmungsrechts sind, ist es konsequent, die Konsumtion zu bejahen. Nach Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch Beitritt oder Vereinigung wird das Volk zu einem Teil des Staatsvolkes, das nach dieser Auffassung nicht Träger des Selbstbestimmungsrechts ist und sich deshalb auch nicht mehr darauf berufen kann.

Ist man hingegen der Ansicht, dass auch Teile von Staatsvölkern unter bestimmten Voraussetzungen Träger des Selbstbestimmungsrechts sind, ist die Konsumtion mit der ganz überwiegenden Auffassung im völkerrechtlichen Schrifttum zu verneinen.<sup>76</sup> Wenn das Selbstbestimmungsrecht nach einmaliger

---

<sup>74</sup> So auch H.-J. Heintze, Träger des Selbstbestimmungsrechts der Völker, in: K. Ipsen (Hg.), *Völkerrecht*, § 28, Rn. 7; D. Murswiek, *Der Staat* 23 (1984), S. 533.

<sup>75</sup> K. Doehring, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: B. Simma (Hg.), *Charta der VN*, S. 30, Rn. 59; ders., *Politische Studien*, Sonderheft 6/1993, S. 45; C. Gusy, *AVR* 30 (1992), 401.

Praktische Bedeutung erlangte die Konsumtionstheorie in Jugoslawien: Als Slowenien im Rahmen einer Verfassungsänderung im Jahr 1989 das Recht auf Selbstbestimmung des slowenischen Volkes einführen wollte, haben sich Gegner dieses Verfassungszusatzes darauf berufen, dass das Selbstbestimmungsrecht der jugoslawischen Völker bei Gründung Jugoslawiens konsumiert worden sei; siehe hierzu I. Kristan, *Zerfall der jugoslawischen Föderation*, in: J. Kramer (Hg.), *Föderalismus zwischen Integration und Sezession*, S. 78 ff.

<sup>76</sup> O. Kimminich, *VN* 41 (1993), S. 7; ders., *Einführung in das Völkerrecht*, S. 120 f.; ders., *Die Renaissance des Selbstbestimmungsrechts nach dem Ende des Kolonialismus*, *FS Boris Meissner*, S. 614; ders.,

Ausübung erlöschte, könnten souveräne Staaten ungestraft grobe Menschenrechtsverletzungen begehen, ohne dass das betroffene Volk durch das Selbstbestimmungsrecht geschützt wäre. Die „absolute Verpflichtung der Völker auf den Grundsatz *pacta sunt servanda* als Folge der Konsumtion des Selbstbestimmungsrechts [hätte – im Gegensatz zu der zuvor genannten Auffassung – gerade] die Gefährdung des Rechtsfriedens zur Folge”.<sup>77</sup> Die Ablehnung der Konsumtion des Selbstbestimmungsrechts durch dessen einmalige Ausübung wird durch die Formulierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in der *Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, Helsinki, 1. August 1975* (sogenannte „Prinzipienerklärung der Schlussakte von Helsinki“) bestätigt:

#### VIII. Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker

[...]

Kraft des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker haben alle jederzeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen.<sup>78</sup>

Das Selbstbestimmungsrecht stellt demnach ein dynamisches, dem Rechtsträger als solchem auf Dauer zustehendes Recht dar.

---

Rechtscharakter und Inhalt des Selbstbestimmungsrechts, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), *Das Selbstbestimmungsrecht und die deutsche Frage*, S. 41; E. Klein, Vereinte Nationen und Selbstbestimmungsrecht, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), *Das Selbstbestimmungsrecht und die deutsche Frage*, S. 117; ders., Politische Studien 34 (1983), S. 642; T. Marauhn, HuV I 4 (1991), S. 109; H. Neuhold, Die völkerrechtliche Dimension des Zerfalls Jugoslawiens, in: E. Reiter (Hg.), *Grenzen des Selbstbestimmungsrechts*, S. 150; S. Oeter, ZaöRV 52 (1992), S. 754 f.

<sup>77</sup> D. Frey, Selbstbestimmungsrecht, Sezession und Gewaltverbot, in: I. Seidl-Hohenveldern/H. J. Schrötter (Hg.), *Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik*, S. 46.

<sup>78</sup> Abgedruckt in H. Neuhold/H. Hummer/C. Schreuer, Österreichisches Handbuch des Völkerrechts, Bd. 2, S. 335; Hervorhebung durch Verfasserin.

### 3.1.3 *Ius secedendi*

Aus der grundsätzlichen Feststellung, dass das Sezessionsrecht Bestandteil des Selbstbestimmungsrechts ist und auch Rechtsträger existieren, die sich auf dieses Recht berufen können, folgt nicht die uneingeschränkte Akzeptanz eines Rechts auf Sezession für alle Völker. Mit Rücksicht auf die Souveränität der Staaten und insbesondere das Prinzip der territorialen Integrität kommt ein unbedingtes Sezessionsrecht nicht in Betracht.

Da die Sezessionsproblematik im Spannungsverhältnis zwischen Souveränität der Staaten und Selbstbestimmung der Völker angesiedelt ist, kann ein Recht auf Sezession nur unter Berücksichtigung beider Prinzipien Anerkennung finden. Unter welchen Voraussetzungen ein Volk berechtigt ist, eine Sezession anzustreben, hängt folglich davon ab, wie das Spannungsverhältnis zwischen Souveränität der Staaten und Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgelöst wird. Die Konturen der von der Völkerrechtsdogmatik gegenwärtig vorgenommenen Abwägung der Prinzipien sind im Folgenden nachzuzeichnen. Aufgrund der divergierenden Staatenpraxis wird zwischen einem *Sezessionsrecht im globalen Kontext* (a) und einem *Sezessionsrecht im europäischen Kontext* (b) zu unterscheiden sein.<sup>79</sup>

#### 3.1.3.1 *Sezessionsrecht im globalen Kontext*

In der internationalen Staatengemeinschaft ist heftig umstritten, ob ein Recht auf Sezession überhaupt existiert.

Die völkerrechtliche Diskussion um die Anerkennung eines Sezessionsrechts wird noch heute von der bereits von Platon<sup>80</sup> zum Ausdruck gebrachten Furcht vor dem Zerfall des Staates beherrscht. Das Prinzip der territorialen Integrität als Ausdruck der Souveränität der Staaten nimmt einen unangefochten hohen Stellenwert im universellen Völkerrecht ein, was angesichts einer Völkerrechtsordnung, die durch souveräne Staaten konstituiert ist, nicht überraschen kann. Es ist offenkundig,

---

<sup>79</sup> So auch D. Frey, Selbstbestimmungsrecht, Sezession und Gewaltverbot, in: I. Seidl-Hohenveldern/H. J. Schrötter (Hg.), *Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik*, S. 46 und 54. Ähnlich T. Marauhn, *HuV* 14 (1991), S. 111.

<sup>80</sup> Platon, *Der Staat*, 462a9 - 462b2: „Gibt es nun wohl ein größeres Übel für einen Staat als das, welches ihn zerreißt und zu vielen macht anstatt zu einem? Oder ein größeres Gut als das, was ihn zusammenbindet und zu einem macht?“

dass ein Sezessionsrecht als *der* Teil des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der mit der Geltendmachung von Territorialansprüchen verbunden und insofern dynamisch ist, im Widerspruch zu einer eher statischen Konzeption der internationalen Staatenordnung steht.<sup>81</sup>

„The fear of Balkanization“<sup>82</sup> spiegelt sich in einem Teil der völkerrechtlichen Literatur wider: Die Gefahr, dass sich die Staaten und Staatsgrenzen massiv verändern würden und infolgedessen die Sicherung des internationalen Friedens nicht mehr gewährleistet sei, könne nur durch den grundsätzlichen Vorrang der territorialen Integrität gebannt werden.<sup>83</sup> Es handele sich um das ältere und verfestigtere Prinzip und schließe deshalb das Sezessionsrecht generell aus. Die Akzeptanz eines Sezessionsrechts im Zuge der Entkolonisierung stelle eine Ausnahmesituation dar. Außerhalb des kolonialen Kontextes bestehe kein Sezessionsrecht, was auch die *Dekolonisierungs-Resolution* unterstreiche:

Any attempt aimed at the partial or total disruption of the national unity and the territorial integrity of a country is incompatible with the purposes and principles of the Charta of the United Nations.<sup>84</sup>

Darüber hinaus zeige die Staatenpraxis, z. B. in den Fällen Katangas oder Biafras, dass ein Sezessionsrecht abgelehnt werde.<sup>85</sup>

Dieser Auffassung ist entgegenzuhalten, dass bei Kollision zweier Prinzipien grundsätzlich eine Güterabwägung erforderlich ist, soll nicht die Negierung des

---

<sup>81</sup> Diese Situation ist in der häufig zitierten Redewendung, die Staatengemeinschaft sei kein Selbstmörderclub, treffend erfasst.

<sup>82</sup> Zur Terminologie vgl. L. C. Buchheit, *Secession*, S. 28.

<sup>83</sup> H. Armbruster, Selbstbestimmungsrecht, in: H.-J. Schlochauer (Hg.), *Wörterbuch des Völkerrechts*, Bd. 3, S. 253; C. Gusy, AVR 30 (1992), S. 407; F. J. Hampson, Staatsbürgerschaft, Ethnizität, Nationalität: Haben Nationen ein Recht auf Staatenbildung?, in: H.-J. Heintze (Hg.), *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, S. 63 f., 66 und 69 f.; K. J. Partsch, EuGRZ 18 (1991), S. 474.

<sup>84</sup> GA Res. 1514 (XV), UNYB 1960, S. 49.

<sup>85</sup> Als Biafra versuchte, sich von Nigeria abzuspalten, bezog der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen U Thant eindeutig zugunsten des Souveränitätsprinzips Stellung: „[...] as far as the question of secession of a particular section of Member State is concerned, the United Nations' attitude is unequivocal. As an international organization the United Nations has never accepted and does not accept and I do not believe it will ever accept the principle of secession of a part of its Member State.“, UN Monthly Chronicle 1970/2, S. 36.

einen Prinzips zur Aushöhlung des anderen führen und umgekehrt. Deshalb kommt es nicht darauf an, wie alt ein Rechtsprinzip ist, sondern darauf, welche Bedeutung ihm im Vergleich mit dem anderen zukommt.<sup>86</sup> Um die Frage nach einem Sezessionsrecht beantworten zu können, ist folglich die Herstellung praktischer Konkordanz zwischen den widerstreitenden Prinzipien erforderlich, die beiden Grenzen ziehen und eine angemessene Relation finden soll.

Anhaltspunkte für ein neben dem Souveränitätsprinzip bestehendes Sezessionsrecht bietet die *Friendly-Relations-Declaration*:

The establishment of a sovereign and independent State, the free association or integration with an independent State or emergence into any other political status freely determined by a people constitute modes of implementing the right of self-determination by that people.<sup>87</sup>

Diese Formulierung weist zwar auf ein recht weites Sezessionsrecht hin, wird jedoch in einem späteren Absatz der *Friendly-Relations-Declaration* zugunsten des Prinzips der territorialen Integrität eingeschränkt:

Nothing in the foregoing paragraphs shall be construed as authorizing or encouraging any action which would dismember or impair, totally or in part, the territorial integrity or political unity of sovereign and independent States conducting themselves in compliance with the principle of equal rights and self-determination of peoples as described above and thus possesses of a government representing the whole people belonging to the territory without distinction as to race, creed or colour.<sup>88</sup>

Wenngleich der Absatz eine starke Reduktion des Sezessionsrechts bewirkt, hat der letzte Halbsatz die Funktion einer Schranken-Schranke.<sup>89</sup> Als argumentum e

---

<sup>86</sup> So auch O. Luchterhand, AVR 31 (1993), S. 57 mit konkretem Bezug auf Selbstbestimmungsrecht und Souveränität der Staaten.

<sup>87</sup> GA Res. 2625 (XXV), *Friendly-Relations-Declaration*, UNYB 1970, S. 791.

<sup>88</sup> GA Res. 2625 (XXV), *Friendly-Relations-Declaration*, UNYB 1970, S. 791.

<sup>89</sup> Zur Terminologie vgl. S. Oeter, ZaöRV 52 (1992), S. 757.



contrario kann aus dieser Passage ein Sezessionsrecht hergeleitet werden, sofern das Volk diskriminiert wird.<sup>90</sup>

Das Sezessionsrecht ist auch nicht auf die Entkolonialisierung beschränkt. Vielmehr ist innerhalb der Staatenpraxis, z. B. im Fall Bangladeshs, die indirekte Akzeptanz eines über den kolonialen Kontext hinausgehenden Sezessionsrechts durch Anerkennung der infolge von Sezessionen entstandenen Staaten festzustellen.<sup>91</sup>

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass dieses Sezessionsrecht ausgesprochen restriktiv ausgelegt wird. Ein Volk kann sich nur dann auf ein Sezessionsrecht berufen, wenn dessen Angehörige eklatanten und evidenten Verletzungen fundamentaler Menschenrechte ausgesetzt sind.<sup>92</sup> Das in dieser Weise ausgestaltete Sezessionsrecht stellt sich als eine Art Notwehrrecht dar.<sup>93</sup> Doebling nennt als beispielhafte Situationen, in denen ein Volk das Recht hat, sich von

---

<sup>90</sup> Dieser Umkehrschluss wurde ursprünglich von K. Doebling, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: B. Simma (Hg.), *Charta der VN*, S. 25, Rn. 37 gezogen und ist inzwischen weitgehend anerkannt: D. Frey, Selbstbestimmungsrecht, Sezession und Gewaltverbot, in: I. Seidl-Hohenveldern/H. J. Schrötter (Hg.), *Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik*, S. 50; G. Gornig, Politische Studien, Sonderheft 6/1993, S. 36; H.-J. Heintze, Äußeres Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: K. Ipsen (Hg.), *Völkerrecht*, § 29, Rn. 10; O. Kimminich, Rechtscharakter und Inhalt des Selbstbestimmungsrechts, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die deutsche Frage*, S. 40 f.; T. Marauhn, Anspruch auf Sezession?, in: H.-J. Heintze (Hg.), *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker*, S. 111 f.; ders., *HuV* I 4 (1991), S. 110; S. Oeter, *ZaöRV* 52 (1992), S. 759; D. Thürer, Politische Studien, Sonderheft 6/1993, S. 36. Anderer Auffassung sind C. Gusy, *AVR* 30 (1992), S. 406 f. und M. Mohr, Abgrenzung von Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz, in: H.-J. Heintze (Hg.), *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, S. 134 ff.

<sup>91</sup> So auch D. Frey, Selbstbestimmungsrecht, Sezession und Gewaltverbot, in: I. Seidl-Hohenveldern/H. J. Schrötter (Hg.), *Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik*, S. 52; A. de Zayas, Selbstbestimmungsrecht und Vereinte Nationen, in: H.-J. Heintze (Hg.), *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, S. 175.

<sup>92</sup> K. Doebling, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: B. Simma (Hg.), *Charta der VN*, S. 25, Rn. 40; ders., Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundsatz des Völkerrechts, S. 32 ff.

<sup>93</sup> L. C. Buchheit, Secession, S. 220 ff. („*remedial secession*“ bzw. „*ultimate remedy*“); K. Doebling, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: B. Simma (Hg.), *Charta der VN*, S. 25 f., Rn. 36 ff.; ders., Formen und Methoden der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die deutsche Frage*, S. 67 ff.; A. Heraclides, Self-Determination, S. 29 f.; D. Murswiek, *AVR* 31 (1993), S. 312 ff.; D. Thürer, *AVR* 22 (1984), S. 127 f.; ders., Entwicklung, Inhalt und Träger des Selbstbestimmungsrechts, in: E. Reiter (Hg.), *Grenzen des Selbstbestimmungsrechts*, S. 48 („*ultima ratio*“); C. Tomuschat, Self-Determination in a Post-Colonial World, in: Ders. (Hg.), *Self-Determination*,

einem souveränen Staat zu lösen, „Hinrichtung oder unbegrenzte Einsperrung ohne Gerichtsverfahren, Auseinanderreißung von Familien, Enteignung ohne Rücksicht auf das Existenzminimum, Verbot der Religion oder der Sprache und die Durchsetzung dieser Verbote mit brutalen Mitteln”.<sup>94</sup> In diesen Fällen führt die Bewahrung des territorialen Status quo zu bloß scheinbarer Stabilität, die nicht zur Friedenssicherung beitragen kann.<sup>95</sup>

Weitere Fälle von Sezessionen, in denen weder der Souveränitätsanspruch eines Staates überwiegt noch eine Friedensgefährdung droht, sind vor dem Hintergrund dieser Ausführungen völkerrechtlich zulässig:

- Wenn sich ein Staat noch nicht endgültig etabliert hat, herrscht Unklarheit über die Territorialhoheit. Da die Souveränität des Staates nicht voll entwickelt ist, hat das Sezessionsrecht Vorrang, sofern dies dem Willen des Volkes entspricht.<sup>96</sup>
- Ähnlich verhält es sich bei dem Zerfall eines Vielvölkerstaates. Die Souveränität des Staates endet mit dessen Auflösung, so dass sich das Sezessionsrecht durchsetzen kann.<sup>97</sup>
- Daneben wird ein Recht auf Sezession ohne weiteres anerkannt, wenn das Spannungsverhältnis zum Souveränitätsprinzip dadurch aufgelöst wird, dass der von der Sezession betroffene Staat auf das Recht der territorialen Integrität verzichtet.<sup>98</sup>

---

S. 11, 16; G. Zieger, Gebietsveränderungen und Selbstbestimmungsrecht, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die deutsche Frage*, S. 86 f.

<sup>94</sup> K. Doehring, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: B. Simma (Hg.), *Charta der VN*, S. 25, Rn. 40.

<sup>95</sup> So auch H.-J. Heintze, Äußeres Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: K. Ipsen (Hg.), *Völkerrecht*, § 29, Rn. 12; T. Maruhn, Anspruch auf Sezession?, in: H.-J. Heintze (Hg.), *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, S. 115.

<sup>96</sup> O. Luchterhand, AVR 31 (1993), S. 59 f.; D. Thürer, AVR 22 (1984), S. 127; ders., Entwicklung, Inhalt und Träger des Selbstbestimmungsrechts der Völker, in: E. Reiter (Hg.), *Grenzen des Selbstbestimmungsrechts*, S. 49. Die praktische Relevanz dieser Fallgruppe ist allerdings ausgesprochen gering.

<sup>97</sup> C. Gusy, AVR 30 (1992), S. 401.

<sup>98</sup> J. Crawford, *The Creation of States in International Law*, S. 248 ff. („*Metropolitan recognition*“); T. Maruhn, in: HuV I 4 (1991), S. 111.

(Bei den ersten beiden Fallgruppen handelt es sich genaugenommen nicht um Sezessionen, da diese nach der hier vertretenen Auffassung einen bestehenden Staat voraussetzen.<sup>99)</sup>

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Voraussetzungen des universellen Sezessionsrechts nach dem geltenden Völkerrecht äußerst restriktiv sind. Dieses Sezessionsrecht hat in der internationalen Staatenwelt grundsätzlich geringeres Gewicht als das Souveränitätsprinzip. Der Grund für die zurückhaltende Akzeptanz des Sezessionsrechts liegt auf der Hand: Die Akteure des Völkerrechts sind souveräne Staaten, die ein Interesse an der Bewahrung ihrer territorialen Integrität haben. Sie dulden die Sezession nur als Ausnahmetatbestand. Im Zweifel hat die Souveränität Vorrang.

### *3.1.3.2 Sezessionsrecht im europäischen Kontext*

In der neueren völkerrechtlichen Literatur zeichnet sich die Anerkennung eines regionalen Sezessionsrechts ab, das durch weniger restriktive Voraussetzungen gekennzeichnet ist.<sup>100</sup> Die politischen Entwicklungen in Europa hätten zu einer Modifikation des universellen Sezessionsrechts beigetragen. Danach werde zwar die grundsätzliche Vorrangstellung der territorialen Integrität weiterhin anerkannt, zugleich aber auch das innere Selbstbestimmungsrecht als allgemeines Rechtsprinzip. Die nachhaltige Verletzung dieses Prinzips durch einen souveränen Staat könne in ein äußeres Selbstbestimmungsrecht umschlagen. Voraussetzung sei, dass der souveräne Staat die Verhandlungslösungen der sezessionswilligen Gruppe durch den Einsatz von Gewalt zurückweist.

Bevor auf die Herleitung des in dieser Weise ausgestalteten Sezessionsrechts eingegangen werden kann, stellt sich die Frage, in welcher Weise politische

---

<sup>99</sup> Zur Definition des Begriffs „Sezession“ vgl. Teil A.

<sup>100</sup> D. Frey, Selbstbestimmungsrecht, Sezession und Gewaltverbot, in: I. Seidl-Hohenveldern/H. J. Schrötter (Hg.), *Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik*, S. 63; T. Marauhn, HuV I 4 (1991), S. 110; ders., Anspruch auf Sezession?, in: H.-J. Heintze (Hg.), *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, S. 116 ff.; wohl auch H. Neuhold, Die völkerrechtliche Dimension des Zerfalls Jugoslawiens, in: E. Reiter (Hg.), *Grenzen des Selbstbestimmungsrechts*, S. 165; S. Oeter, ZaöRV 52 (1992), S. 766; A. de Zayas, Selbstbestimmungsrecht und Vereinte Nationen, in: H.-J. Heintze (Hg.), *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, S. 163.

Entwicklungen Veränderungen des Völkerrechts bewirken. Über den Einfluss der Politik auf bereits bestehendes Völkerrecht schreibt *K. Ipsen*:

Die mithin schon bei der Entstehung völkerrechtlicher Normen deutlich werdende Wechselbeziehung zwischen Politik und (bereits geltendem) Völkerrecht setzt sich in abgewandelter Weise auch dann fort, wenn der Rechtserzeugungsprozess abgeschlossen und damit neues Recht entstanden ist. Denn der Völkerrechtssatz, selbst ein Ergebnis der Verrechtlichung politischer Tatbestände, bleibt nach seiner Entstehung dem Politischen weiterhin verhaftet. Als Norm dem 'Sein' ein 'Sollen' gegenüberstellend, gebietet er die Gestaltung der von ihm betroffenen internationalen Beziehungen gemäß der Regelung, die er verkörpert. Diese Regelung bleibt prinzipiell unbeschadet eines in der Folgezeit eintretenden politischen oder sozialen Wandels rechtsverbindlich. Ein solcher Wandel aber vermag einen – dem Geltungsanspruch der Regel entgegengesetzten – Prozess der 'Repolitisierung' des rechtlich geregelten Bereichs auszulösen, der die Effektivität der fraglichen Rechtsnorm mindert oder gar annullieren kann.<sup>101</sup>

Demzufolge ist es grundsätzlich möglich, dass Staaten einer bestimmten Region ihre sich vom internationalen Völkerrecht unterscheidende Rechtsüberzeugung politisch zum Ausdruck bringen und dadurch regionale Rechtsgrundsätze schaffen. Der Übergang von nur politischen Absichtserklärungen zu bindenden Rechtssätzen ist allerdings fließend.<sup>102</sup> Inwieweit die politischen Entwicklungen in Europa zur Bildung eines Sezessionsrechts im europäischen Kontext beigetragen haben könnten, ist nachfolgend zu untersuchen.

Infolge des Zerfalls der UdSSR und der mit Waffengewalt ausgetragenen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien haben sich die Teilnehmerstaaten des KSZE-Prozesses verstärkt mit Fragen politischer Selbstbestimmung beschäftigt. Es wurde eine Reihe von Dokumenten verabschiedet, die Aussagen über die Rechtsauffassung der beteiligten Staaten treffen. Die KSZE stellt zwar (noch) keine internationale Organisation dar, so dass

---

<sup>101</sup> K. Ipsen, Die Funktion des Völkerrechts, in: Ders. (Hg.), *Völkerrecht*, § 3, Rn. 4.

<sup>102</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen von T. Marauhn, *HuV* I 4 (1991), S. 110.

deren Beschlüsse auch keine völkerrechtliche Bindungswirkung entfalten.<sup>103</sup> Gleichwohl sind sie Ausdruck einer *opinio iuris* der beteiligten Staaten und insofern für die Entwicklung regionalen Völkerrechts von Bedeutung.<sup>104</sup>

In Übereinstimmung mit dem universellen Völkerrecht wird in den Dokumenten der KSZE die besondere Bedeutung der territorialen Integrität betont. So heißt es in der *Prinzipienerklärung der Schlussakte von Helsinki*:

#### VIII. Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker

Die Teilnehmerstaaten werden die Gleichberechtigung der Völker und ihr Selbstbestimmungsrecht achten, indem sie jederzeit in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und den einschlägigen Normen des Völkerrechts handeln, einschließlich jener, die sich auf die territoriale Integrität der Staaten beziehen.<sup>105</sup>

Ähnliche Formulierungen finden sich im *Dokument des Kopenhagener Treffens über die Menschliche Dimension der KSZE, Kopenhagen, 29.7.1990* (sogenanntes „Kopenhagener Abschlusssdokument“)<sup>106</sup> sowie in der *Charta von Paris für ein neues Europa, Treffen der Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der KSZE, Paris, 21.11.1990* (sogenannte „Charta von Paris“)<sup>107</sup>.

---

<sup>103</sup> V. Epping, Regionale Internationale Organisationen, in: K. Ipsen (Hg.), *Völkerrecht*, § 34, Rn. 15.

<sup>104</sup> So D. Frey, Selbstbestimmungsrecht, Sezession und Gewaltverbot, in: I. Seidl-Hohenveldern/H. J. Schrötter (Hg.), *Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik*, S. 55; T. Marauhn, *HuV* I 4 (1991), S. 111.

<sup>105</sup> Abgedruckt in H. Neuhold/H. Hummer/C. Schreuer, *Österreichisches Handbuch des Völkerrechts*, Bd. 2, S. 335.

<sup>106</sup> Kopenhagener Abschlusssdokument, *EuGRZ* 17 (1990), S. 239 ff. Unter IV., Ziff. 37 heißt es: „Keine dieser Verpflichtungen darf so ausgelegt werden, dass sie das Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die in Widerspruch zu den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen oder den Bestimmungen der Schlussakte einschließlich des Prinzips der territorialen Integrität der Staaten steht.“

<sup>107</sup> Charta von Paris, *EuGRZ* 17 (1990); S. 517 ff. Der Abschnitt über „Freundschaftliche Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten“ enthält folgende Passage: „Wir bekräftigen die Gleichberechtigung der Völker und ihr Selbstbestimmungsrecht in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen und den einschlägigen Normen des Völkerrechts, einschließlich jener, die sich auf die territoriale Integrität der Staaten beziehen.“

Gleichzeitig bringen die Teilnehmerstaaten mit Bekenntnissen zu Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechten zum Ausdruck, dass sie jedenfalls das innere Selbstbestimmungsrecht anerkennen.<sup>108</sup> Dieses Selbstbestimmungsrecht korrespondiert mit der Pflicht der beteiligten Staaten, Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte für alle Bürger und Gruppen zu gewähren. Kommt ein Staat dieser Pflicht nicht nach, verletzt er das innere Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Gruppe. Da es sich aber um einen souveränen Staat handelt, der Teilen seiner Bevölkerung ein Recht vorenthält, ist das Verhalten des Staates zunächst auf den innerstaatlichen Raum begrenzt.

In weiteren Dokumenten der KSZE gibt es allerdings Anhaltspunkte dafür, dass die Beachtung des inneren Selbstbestimmungsrechts nicht nur als innere Angelegenheit eines souveränen Staates betrachtet wird. In diesem Zusammenhang ist die Charta von Paris insofern von besonderer Bedeutung, als die vereinbarten Ziele der Demokratisierung Europas und des Menschenrechts- sowie Minderheitenrechtsschutzes nicht ausschließlich auf die zwischenstaatlichen Beziehungen beschränkt sind. Neben der Verpflichtung der Teilnehmerstaaten,

---

<sup>108</sup> Kopenhagener Abschlussdokument, EuGRZ 17 (1990), S. 245: „IV. 30. Die Teilnehmerstaaten erkennen an, dass die Fragen der nationalen Minderheiten nur in einem demokratischen politischen Rahmen, der auf Rechtsstaatlichkeit beruht, [...] gelöst werden können. [...] Sie bekräftigen ferner, dass die Achtung der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten als Teil der international anerkannten Menschenrechte ein wesentlicher Faktor für Friede, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie in den Teilnehmerstaaten ist. 31. Angehörige nationaler Minderheiten haben das Recht, ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz voll und wirksam auszuüben. Die Teilnehmerstaaten werden, wo dies erforderlich ist, besondere Maßnahmen ergreifen, um die volle Gleichheit von Angehörigen nationaler Minderheiten mit anderen Bürgern bei der Ausübung und dem Genuss der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten.“

Charta von Paris, EuGRZ 17 (1990), S. 519: „Wir bekräftigen unsere tiefe Überzeugung, dass freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Völkern sowie Friede, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie den Schutz der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten und die Schaffung von Bedingungen für die Förderung dieser Identität erfordern. Wir erklären, dass Fragen in bezug auf nationale Minderheiten nur unter demokratischen Bedingungen befriedigend gelöst werden können. Ferner erkennen wir an, dass die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten als Teil der allgemein anerkannten Menschenrechte uneingeschränkt geachtet werden müssen.“

die Demokratie als die einzige Regierungsform [...] aufzubauen, zu festigen und zu stärken,<sup>109</sup>

wird ein allgemeiner Gewaltverzicht proklamiert. In einigen Passagen klingt an, dass dies auch für den innerstaatlichen Raum gelten solle.<sup>110</sup>

Auf der Grundlage dieser Vereinbarungen hat die EG die Situation in Jugoslawien nicht als eine innere Angelegenheit eines souveränen Staates behandelt. Die Mitgliedstaaten der EG fühlten sich aufgerufen, zu einer friedlichen Lösung des Konflikts beizutragen. Jugoslawien akzeptierte diese Haltung, indem die damalige Regierung die Ministertroika der EG zu Verhandlungen über die Sezessionsbestrebungen Sloweniens und Kroatiens nach Brioni einlud. Nach Abschluss des Europäischen Rates in Luxemburg erklärte der deutsche Bundeskanzler:

Wir waren uns auf diesem Gipfel einig, dass dies vor allem ein Thema ist, in dem die europäische Gemeinschaft gefordert ist, ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen, um zu einer friedlichen Lösung des Konflikts beizutragen.

[...]

Die Einheit Jugoslawiens kann nicht mit Waffengewalt aufrechterhalten werden. Nur wirklich ernsthafte Verhandlungen über die Neugestaltung der staatlichen Strukturen können eine dauerhafte Lösung bringen.

Hierbei müssen die in der KSZE-Schlussakte sowie in der Charta von Paris niedergelegten Prinzipien Anwendung finden. Und hierzu gehör[t ...] auch das Selbstbestimmungsrecht.<sup>111</sup>

---

<sup>109</sup> Charta von Paris, EuGRZ 17 (1990), S. 517.

<sup>110</sup> Charta von Paris, EuGRZ 17 (1990), S. 520: „In dem Bewusstsein, dass die friedliche Beilegung von Streitfällen eine wesentliche Vervollständigung der Pflicht der Staaten ist, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten, und dass beide wesentlichen Faktoren für die Aufrechterhaltung und Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sind, werden wir nicht nur darum bemüht sein, nach wirksamen Verfahren zur Verhütung immer noch möglicher Konflikte durch politische Mittel suchen, sondern im Einklang mit dem Völkerrecht auch geeignete Mechanismen zur friedlichen Beilegung eventueller Streitfälle festzulegen.“

<sup>111</sup> Erklärung des Bundeskanzlers vom 29. Juni 1991, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 78 vom 9. Juli 1991, S. 635.

Das *Dokument des Moskauer Treffens der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE, Moskau, 3.10.1991* (sogenanntes „Moskauer Dokument“) bestätigt,

dass Fragen der Menschenrechte, Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein internationales Anliegen sind, da die Achtung dieser Rechte und Freiheiten eine der Grundlagen der internationalen Ordnung darstellt. [Die Teilnehmerstaaten] erklären, mit großem Nachdruck und unwiderruflich, dass die im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und eine nicht ausschließlich innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen. Sie bekunden ihre Entschlossenheit, alle ihre Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension zu erfüllen und alle damit zusammenhängenden Fragen einzeln und gemeinsam auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und Zusammenarbeit mit friedlichen Mitteln zu lösen.<sup>112</sup>

Die Verletzung des inneren Selbstbestimmungsrechts stellt demnach nicht eine ausschließlich innere Angelegenheit eines souveränen Staates dar, sondern hat grenzüberschreitende Bedeutung. Die Erklärung eines allgemeinen Gewaltverzichts und der Absicht, durch Verhandlungen zur Lösung von Konfliktfällen beizutragen, macht allerdings deutlich, dass die Teilnehmerstaaten keineswegs ein uneingeschränktes Sezessionsrecht befürworten. Hierfür spricht auch die sich in allen Dokumenten wiederholende Betonung des besonderen Gewichts der territorialen Integrität. Vielmehr erscheint auch das Sezessionsrecht im europäischen Kontext als eine Art „means of last resort“<sup>113</sup>. Allerdings genügt als Voraussetzung für die Geltendmachung dieses Sezessionsrechts der Nachweis, dass ein Volk in seinem inneren Selbstbestimmungsrecht verletzt ist und Verhandlungslösungen in absehbarer Zeit nicht zum Erfolg führen werden, da der Staat diese mit Gewalt beantwortet. In derartigen Fällen missachtet der Staat nicht nur die Pflicht, Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte zu schützen,

---

<sup>112</sup> Moskauer Dokument, EuGRZ 18 (1991), S. 496.

<sup>113</sup> Zur Terminologie vgl. S. Oeter, ZaöRV 52 (1992), S. 764.



sondern verstößt auch gegen die erklärte Absicht, auf Gewalt zu verzichten. Dadurch verliert der Anspruch des Staates auf territoriale Integrität sein Gewicht.<sup>114</sup> Bestätigt wird die Herleitung dieses Sezessionsrechts durch Ziffer 5 des *Helsinki-Dokument der KSZE, Helsinki, 10.7.1992* (sogenanntes „Helsinki-Dokument“):

Das Streben der Völker, ihren inneren und äußeren politischen Status frei zu bestimmen, hat zur Ausbreitung der Demokratie geführt und jüngst seinen Ausdruck in der Entstehung einer Reihe souveräner Staaten gefunden.<sup>115</sup>

#### 3.1.4 Zusammenfassung: Völkerrechtliche Zulässigkeit von Sezessionen

Die Situationen, in denen ein *ius secedendi* für völkerrechtlich zulässig erachtet wird, lassen sich in folgende Fallgruppen zusammenfassen:

Sezessionen im globalen Kontext:

- Entkolonisierung
- Eklatante und evidente Verletzung von Menschenrechten
- (Fehlen einer ausgeformten Staatlichkeit)
- (Zerfall eines Vielvölkerstaates)
- Gegenseitiges Einvernehmen

Sezessionen im europäischen Kontext (kumulative Voraussetzungen):

1. Vorenthaltung des inneren Selbstbestimmungsrechts
2. Betroffenes Volk strebt Verhandlungslösung an
3. Staat beantwortet diese mit Gewalt (Schlagwort: „Verletzung des inneren Selbstbestimmungsrechts schlägt in ein äußeres Selbstbestimmungsrecht um“)<sup>116</sup>

---

<sup>114</sup> So D. Frey, Selbstbestimmungsrecht, Sezession und Gewaltverbot, in: I. Seidl-Hohenveldern/H. J. Schrötter (Hg.), *Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik*, S. 62.

<sup>115</sup> Helsinki-Dokument, EA 47 (1992), D533.

<sup>116</sup> T. Marauhn, HuV I 4 (1991), S. 111 fordert als weitere Voraussetzung eine Friedensgefährdung, z. B. durch Flüchtlingsströme in Nachbarstaaten. Dem ist allerdings entgegenzuhalten, dass bereits die Verletzung des inneren Selbstbestimmungsrechts und die Gewaltanwendung friedensgefährdend sind. Wie festgestellt,

### 3.2 Verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Sezessionen

Da die Verfassungen von Staaten stark divergieren und sich daraus unterschiedliche Anforderungen an die Verfassungsmäßigkeit von Sezessionen ergeben, wird nachfolgend lediglich exemplarisch die Zulässigkeit von Sezessionen am Maßstab des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland geprüft.

Bei der Bundesrepublik Deutschland handelt es sich um einen Bundesstaat, so dass Sezessionen nicht nur in Gestalt externer Gebietsänderungen, sondern auch als interne Neugliederungen möglich sind.

Die *Gebietsänderung innerhalb eines Bundesstaates* kann – sofern die übrigen in Teil A enumerierten Voraussetzungen erfüllt sind – ebenso als Sezession qualifiziert werden wie die im Außenverhältnis, denn „ungeachtet ihrer Einbindung in den Bundesstaat [kommt den Bundesländern] eine eigene Staatsqualität zu“<sup>117</sup>.

Allerdings ist die Binnengliederung lediglich eine interne Angelegenheit des jeweiligen Bundesstaates, die keinen völkerrechtlichen Begrenzungen unterliegt.<sup>118</sup>

Aufgrund dieser Einschränkung der Sezessionsproblematik auf den innerstaatlichen Bereich wird der spezielle Fall einer Sezession, die zu einer Neugliederung der Bundesländer führt, als Besonderheit des Bundesstaates nicht näher erläutert.<sup>119</sup>

---

handelt es sich hierbei nicht nur um eine innere Angelegenheit, so dass eine darüber hinausgehende Friedensgefährdung nicht vorliegen muss.

<sup>117</sup> P. Kunig, Jura 18 (1996), S. 161.

<sup>118</sup> P. Kunig, Jura 18 (1996), S. 161.

<sup>119</sup> Es sei lediglich angemerkt, dass Art. 79 Abs. 3, 1. Var. GG keine Existenzgarantie für die gegenwärtig bestehenden Länder enthält und deshalb die Neugliederung der Länder nur ausnahmsweise wegen Verstoßes gegen Art. 79 Abs. 3, 1. Var. GG verfassungswidrig wäre, nämlich dann, wenn ein einziges Bundesland übrig bliebe und damit der Bundesstaat als solcher aufgehoben wäre, K.-G. Meyer-Teschendorf, Art. 29, in: H. v. Mangoldt/F. Klein/C. Starck (Hg.), *Bonner Grundgesetz-Kommentar*, Bd. 2, Art. 29, Rn. 1; T. Maunz/G. Dürig, Art. 79, in: Dies. (Hg.), *Grundgesetz-Kommentar*, Bd. 4, Art. 79, Rn. 34; a. A. H. Dreier, der die Existenz von mindestens drei Ländern für erforderlich hält, Art. 79 Abs. 3, in: Ders. (Hg.), *Grundgesetz-Kommentar*, Bd. 2, Art. 79 Abs. 3, Rn. 16.

Zur Neugliederung des Bundesgebietes vgl. Art. 29 GG. Andere Bundesstaaten enthalten ähnliche Regelungen, siehe z. B. Art. 53 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Art. 3 Abs. 2 Bundesverfassungsgesetz Österreichs.

*Externe Gebietsänderungen* sind solche, die im Außenverhältnis zu anderen Staaten wirksam und deshalb auch völkerrechtlich relevant werden.<sup>120</sup> Sie erfüllen nicht zwingend den Tatbestand der Sezession, wie die Beispiele der Gebietsabtretung an einen anderen Staat (sog. Zession)<sup>121</sup> oder bloßer Gebietskorrekturen an den Bundesgrenzen zeigen. Die nachfolgenden Überlegungen zur Verfassungsmäßigkeit von Sezessionen beschränken sich auf den Fall der Änderung des Bundesgebiets infolge des Austritts eines Teils des Staatsvolkes unter „Mitnahme“ eines Territoriums. Da das Grundgesetz keine Bestimmungen über Sezessionen enthält, muss zur Beurteilung ihrer Verfassungsmäßigkeit auf die allgemeinen Regeln zurückgegriffen werden.

### 3.2.1 Verstoß gegen die Pflicht zu bundestreuem Verhalten

Der Austritt eines Teils des Staatsvolkes unter „Mitnahme“ eines Gebiets der Bundesrepublik Deutschland könnte gegen die Pflicht zu bundestreuem Verhalten<sup>122</sup> verstoßen.

Die Bundestreue ist im Grundgesetz nicht explizit geregelt. Sie kommt jedoch in zahlreichen Vorschriften zum Ausdruck, z. B. in Art. 32 Abs. 2 GG (Anhörung eines Landes, dessen besondere Verhältnisse durch den Abschluss eines Vertrages mit auswärtigen Staaten berührt werden), Art. 35 Abs. 1 GG (gegenseitige Rechts- und Amtshilfe), Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG (Rechte und Pflichten des Bundes und der Länder). In der Literatur ist der Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens prinzipiell anerkannt.<sup>123</sup> Ursprünglich wurde die Bundestreue als ungeschriebenes Verfassungsrecht qualifiziert.<sup>124</sup> Nach

---

<sup>120</sup> Ausführlich zu externen Gebietsänderungen P. Kunig, Jura 18 (1996), S. 160 ff.

<sup>121</sup> Bei der Zession handelt es sich nicht um eine Sezession, da die Abtrennung des Gebiets nicht *von* einem bestehenden Staat, sondern *durch* einen bestehenden Staat erfolgt. Vgl. die Definition der Sezession von Staaten in Teil A.

<sup>122</sup> Die Begriffe „Pflicht zu bundestreuem Verhalten“, „Grundsatz des bundestreuen Verhaltens“ und „Bundestreue“ werden nachfolgend synonym verwendet.

<sup>123</sup> Z. B. R. Herzog, Art. 20, in: T. Maunz/G. Dürig, *Kommentar zum Grundgesetz*, Art. 20, IV., Rn. 61 ff.; T. Maunz/R. Zippelius, *Deutsches Staatsrecht*, S. 108; K. Stern, *Staatsrecht*, Band I, S. 699 ff. m. w. N. Ausführliche Abhandlungen über die Bundestreue einschließlich ihrer historischen Grundlagen finden sich bei H.-W. Bayer, *Die Bundestreue*, und H. Bauer, *Die Bundestreue*.

<sup>124</sup> H.-W. Bayer, *Die Bundestreue*, S. 31 ff., 126; R. Smend, *Ungeschriebenes Verfassungsrecht im monarchischen Bundesstaat*, in: *FS Otto Mayer*, S. 245 ff.; H. von Mangoldt, *Ungeschriebenes*

Auffassung *H. Bauers* handelt es sich bei der bundesstaatlichen Treuepflicht hingegen um eine Ausprägung des Grundsatzes von Treu und Glauben.<sup>125</sup> Treu und Glauben sei ein allgemeiner Rechtsgrundsatz, der nicht nur im Zivilrecht, sondern als ungeschriebenes Recht in der gesamten Rechtsordnung gelte.<sup>126</sup> Weitgehende Einigkeit besteht über die rechtsdogmatische Einbindung der Bundestreue in das Bundesstaatsrecht: *H.-W. Bayer* vertrat bereits in der ersten monographischen Untersuchung der Bundestreue die Auffassung, „Bundestreue [sei] das Prinzip, ohne das der Fortbestand eines Bundesstaates nicht gedacht werden kann“.<sup>127</sup> In einer neueren Abhandlung über die Bundestreue bezeichnet *H. Bauer* bundesfreundliches Verhalten als bundesstaatliche Grundpflicht. Als solche beherrsche die Bundestreue das gesamte verfassungsrechtliche Verhältnis zwischen Bund und Ländern.<sup>128</sup>

Die Bundestreue verpflichtet sowohl den Bund als auch jedes Land, so zu handeln, dass die Interessen aller Beteiligten möglichst gewahrt bleiben.<sup>129</sup> Die aus dem Bundesstaatsrecht resultierende Bundestreue richtet sich folglich an den Bund und die Länder, wobei letztere auch untereinander zur Treue verpflichtet sind.<sup>130</sup> Demnach kommt eine Verletzung der Pflicht zur Bundestreue durch eine Sezession nur dann in Betracht, wenn es sich bei den Sezessionisten um das Volk eines Bundeslandes handelt, das das Gebiet dieses Bundeslandes von dem Gebiet der Bundesrepublik abspalten will. Die Pflicht zu bundestreuem Verhalten wirkt hingegen nicht zwischen dem Bund und sonstigen Gruppen, die von der Bundesrepublik Deutschland sezedieren wollen.

Doch unter welchen Umständen kann eine Verletzung der Bundestreue durch die Sezession eines Bundeslandes angenommen werden? Soweit ersichtlich, ist diese Frage in der verfassungsrechtsdogmatischen Literatur bislang unbeachtet

---

Verfassungsrecht, VVDStRL 10 (1952), S. 58 f.; A. Voigt, Ungeschriebenes Verfassungsrecht, VVDStRL 10 (1952), S. 43.

<sup>125</sup> H. Bauer, Die Bundestreue, S. 243 ff.

<sup>126</sup> H. Bauer, Die Bundestreue, S. 245.

<sup>127</sup> H.-W. Bayer, Die Bundestreue, S. 43.

<sup>128</sup> H. Bauer, Die Bundestreue, S. 305.

<sup>129</sup> H.-W. Bayer, Die Bundestreue, S. 126; C. Degenhart, Staatsrecht I, S. 84. Siehe auch die Leitentscheidungen zum Gebot des bundesfreundlichen Verhaltens BVerfGE 8, 122 (137 ff.) 12, 205 ff. (254 ff.); 92, 203 ff. (243 ff.).

<sup>130</sup> H. Bauer, Die Bundestreue, S. 294 f.; H.-W. Bayer, S. 55, 59.

geblieben. Eine Antwort<sup>131</sup> könnte sich aus dem Sinn und Zweck der Bundestreue ergeben. Als dem Bundesstaatsrecht immanenter Grundsatz dient die Bundestreue dem Ausgleich von Spannungen zwischen den verschiedenen Elementen des Bundesstaates. Der Bund und die einzelnen Länder haben teilweise divergierende Interessen, die zum Zwecke der Funktionsfähigkeit des Gesamtgefüges in Einklang zu bringen sind. Das setzt voraus, dass alle Teile in einem Bundesstaat ihr Verhalten unter das Gebot der Rücksichtnahme stellen und insoweit den gemeinsamen Interessen Rechnung tragen.<sup>132</sup> Damit geht keinesfalls eine Gleichschaltung von Bund und Ländern einher.<sup>133</sup> Vielmehr wird unter Beachtung der Eigenständigkeit der einzelnen Teile des Bundesstaates der Gefahr eines Ungleichgewichts entgegengewirkt. Zusammenfassend „sichert [die Bundestreue] ‘Einheit und Pluralismus’, verpflichtet zum Zusammenwirken, aber auch zur Achtung der Eigenständigkeit, versperrt sowohl prononcierter Unitarisierung als auch prononcierter Partikularisierung den Weg“.<sup>134</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen ist denkbar, dass die Sezession eines Bundeslandes stets gegen die Bundestreue verstößt, da durch die Abspaltung das „bundesstaatliche Grundverhältnis“<sup>135</sup> angetastet wird. Mit einer Sezession bezweckt ein Bundesland gerade die Auflösung der bundesstaatlichen Bindungen, die die Bundestreue zu schützen versucht. Dieser Überlegung ist jedoch entgegenzuhalten, dass die Bundestreue gebietet, widerstreitende Interessen auszugleichen.<sup>136</sup> Deshalb dürfen auch Interessen, die wie das Sezessionsinteresse eines Bundeslandes das bundesstaatliche Grundverhältnis betreffen, nicht grundsätzlich unberücksichtigt bleiben. Schließlich könnte das Sezessionsinteresse eines Bundeslandes auch mit den Interessen des Bundes und der übrigen Bundesländer übereinstimmen. In diesem Fall würde es sich um eine konsensuale Sezession handeln, für deren Verbot aus bundesstaatlicher

---

<sup>131</sup> Die nachfolgenden Ausführungen sind als erste, skizzenhafte Überlegungen zu einer komplexen verfassungsrechtsdogmatischen Problematik zu verstehen. Eine umfassende Untersuchung der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit von Sezessionen würde ein eigenes Buch füllen und kann deshalb an dieser Stelle nicht geleistet werden.

<sup>132</sup> Vgl. H.-W. Bayer, Die Bundestreue, S. 52.

<sup>133</sup> H.-W. Bayer, Die Bundestreue, S. 73: „Die Bundestreue ist kein Gleichschaltungsgebot.“

<sup>134</sup> H. Bauer, Die Bundestreue, S. 306.

<sup>135</sup> Zur Terminologie vgl. H. Bauer, Die Bundestreue, S. 304.

<sup>136</sup> Ähnlich H.-W. Bayer, Die Bundestreue, S. 73.

Perspektive kein Grund ersichtlich ist. Die Sezession eines Bundeslandes verstößt mithin nicht per se gegen die Pflicht zu bundestreuem Verhalten. Sie ist aber auch nicht uneingeschränkt, sondern nur nach Abwägung mit entgegenstehenden Interessen des Bundes und der übrigen Länder zulässig.<sup>137</sup>

Als dem Sezessionsinteresse eines Bundeslandes entgegenstehendes Bundesinteresse wird das an der Aufrechterhaltung der Staatlichkeit genannt.<sup>138</sup>

Der Austritt eines Bundeslandes aus der Bundesrepublik Deutschland tangiert die Gebietshoheit des Bundes und damit ein Element seiner Staatlichkeit. Da jedes Gebiet eines Bundeslandes zugleich Bundesgebiet ist,<sup>139</sup> betrifft jede territoriale Abspaltung Bundesinteressen. Anschaulich wird dies am Beispiel des Art. 11 GG: Spaltet sich ein Bundesland von der Bundesrepublik Deutschland ab, gilt die Freizügigkeit der Bundesbürger nicht länger für dieses Gebiet, das zum „Ausland“ wird.

Darüber hinaus berührt eine Sezession das Selbstbestimmungsrecht des Bundesstaatsvolkes, das als allgemeine Regel des Völkerrechts gemäß Art. 1 Ziffer 2 der Charta der Vereinten Nationen zwar nicht als Verfassungsrecht gilt, aber gleichwohl über Art. 25 GG anerkannt ist. Danach hat das Bundesstaatsvolk das Recht, frei über sein politisches Schicksal zu entscheiden.<sup>140</sup>

---

<sup>137</sup> Zu der Möglichkeit rechtsbeschränkender Wirkung der Bundestreue vgl. H. Bauer, Die Bundestreue, S. 355 ff.

<sup>138</sup> Vgl. hierzu den Lösungsvorschlag zum Saarheimer Fall „Sezessionskrieg“, <http://www.jura.uni-sb.de/FB/LS/Grupp/Faelle/sezession-fall.htm>, mit Stand der Bearbeitung vom 15. Juni 1999.

<sup>139</sup> T. Maunz/R. Zippelius, Deutsches Staatsrecht, S. 18.

<sup>140</sup> Demgegenüber könnte sich das Volk eines Bundeslandes nicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen, da es lediglich einen Teil des deutschen Volkes bildet (vgl. hierzu die völkerrechtsdogmatische Definition des Begriffs „Volk“ als Rechtsträger des Selbstbestimmungsrechts der Völker, C. II. 2. c)). Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch in seiner Entscheidung 1, S. 14 ff. (S. 50) über eine interne Gebietsänderung aus dem verfassungsrechtlichen Demokratieprinzip ein Selbstbestimmungsrecht des Staatsvolkes eines Bundeslandes hergeleitet: *„Dass ein Volk über seine staatliche Grundordnung und damit auch über das Fortbestehen seines Staates grundsätzlich selbst zu bestimmen hat, ergibt sich allerdings aus dem demokratischen Prinzip.“* und *„Dieses Staatsvolk (des Landes Baden, Anm. der Verfasserin) – ein Begriff, der wohl zu unterscheiden ist vom soziologisch-ethnologisch-politischen Volksbegriff – besitzt in der Demokratie jenes Selbstbestimmungsrecht.“* Dieses demokratische Selbstbestimmungsrecht gelte jedoch nicht uneingeschränkt, sondern sei mit dem föderalistischen Prinzip in Einklang zu bringen: *„In gewissem Umfange widerstreiten sich in der Stellung des Gliedstaates im Bundesstaat das föderalistische und das demokratische Prinzip. Der Ausgleich zwischen ihnen kann nur gefunden werden, wenn beide gewisse Einschränkungen erleiden.“* Der Austritt eines Bundeslandes wäre

Die Sezession eines Bundeslandes muss unter Berücksichtigung der Bundesinteressen durchgeführt werden. Eine Sezession, die einseitig, das heißt ohne oder gegen den Willen des Bundesstaatsvolkes durchgeführt wird, genügt diesen Anforderungen nicht. Erforderlich ist eine tatsächliche Beteiligung des Bundes an dem Sezessionsprozess, der die Berücksichtigung der Interessen des Bundes und der übrigen Bundesländer ermöglicht.<sup>141</sup> Einer formellen Zustimmung des Bundes bedarf es allerdings nicht.<sup>142</sup> Die Bürger können ihre Interessen zwar schützen, indem sie einer Sezession nicht zustimmen. Bei einem Zustimmungserfordernis besteht aber die Gefahr, dass die Bürger das Sezessionsinteresse der Separatisten zu Unrecht überstimmen, indem sie eine Sezession auch dann subjektiv ablehnen, wenn ihre Interessen objektiv nicht gefährdet sind.

Die Sezession eines Bundeslandes verletzt die Bundestreue, wenn sie ohne Rücksicht auf die Interessen des Bundes oder der anderen Bundesländer durchgeführt wird.

### 3.2.2 Verstoß gegen die Pflicht zur Treue

Die territoriale Abspaltung einer Gruppe von der Bundesrepublik Deutschland könnte gegen die Pflicht der Bürger zur Treue verstoßen.

Im Grundgesetz existiert keine Bestimmung, die eine Treuepflicht der Bürger regelt.<sup>143</sup> Es finden sich lediglich spezielle Treuegebote in Art. 5 Abs. 3, 33 Abs. 4 GG. Der Herrenchiemseer Verfassungsentwurf enthielt allerdings in Art. 19 eine Vorschrift, die die Pflicht der Bürger zur Verfassungstreue festschrieb:

Jeder hat die Pflicht der Treue gegen die Verfassung und hat Verfassung und Gesetz zu achten und zu befolgen.<sup>144</sup>

---

folglich auch dann nicht uneingeschränkt zulässig, wenn man dem Staatsvolk eines Bundeslandes ein demokratisches Selbstbestimmungsrecht zuerkennen würde.

<sup>141</sup> Zur Möglichkeit pflichtenbegründender Wirkung der Bundestreue vgl. H. Bauer, Die Bundestreue, S. 342 ff.

<sup>142</sup> A. A. im Lösungsvorschlag zum Saarheimer Fall „Sezessionskrieg“, <http://www.jura.uni-sb.de/FB/LS/Grupp/Faelle/sezession-fall.htm>, mit Stand der Bearbeitung vom 15. Juni 1999.

<sup>143</sup> Anders ist dies in einigen Landesverfassungen, z. B. Art. 9 Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, Art. 20 Landesverfassung Rheinland-Pfalz, Art. 8 Abs. 1 Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt.

Diese Bestimmung wurde jedoch nicht in das Grundgesetz übernommen, weil man sie für eine Selbstverständlichkeit hielt.<sup>145</sup>

In der Literatur findet sich wenig darüber, wie eine Treuepflicht der Bürger herzuleiten ist und welchen Platz sie in der Verfassungsrechtsdogmatik einnimmt. O. Luchterhand führt eine „Gehorsamspflicht“ der Bürger auf die der Verfassung vorangehende Existenz des Staates zurück. Sie stelle „keine verfassungstheoretische, sondern [...] eine staatsrechtliche Grundkategorie“ dar.<sup>146</sup> Ähnlich argumentiert H. A. Wolff, der sich ausführlich mit dem Verhältnis Staat – Verfassung auseinandersetzt und die Gehorsamspflicht der Bürger als Beispiel einer ungeschriebenen Staatskonstitutionsnorm nennt.<sup>147</sup>

Diese staatsrechtlichen Überlegungen helfen jedoch nicht bei der dogmatischen Placierung einer etwaigen Treuepflicht der Bürger. Auch hinsichtlich dieser Frage kann nur auf wenige Überlegungen in der verfassungsrechtsdogmatischen Literatur zurückgegriffen werden. Nach Auffassung R. Stobers erlegt ein „freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat, der seinen Bürgern Grundrechte einräumt, diesen auch entsprechende Grundpflichten“ auf. O. Luchterhand sieht in Art. 1 Abs. 1 GG die Legitimationsbasis der Grundpflichten im Grundgesetz: „Die materialen staatsbezogenen Grundpflichten als Rechtspflichten leiten sich aus Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG her. Sie legitimieren sich aus der 'Verpflichtung' des Staates, die Menschenwürde 'zu schützen'.“<sup>148</sup> H. Hofmann leitet Grundpflichten aus dem Gegenseitigkeitsprinzip ab und verankert dieses in Art. 2 Abs. 1, 3 Abs. 1 GG.<sup>149</sup> Diese Überlegungen sind für die Sezessionsproblematik wenig aufschlussreich, da sie sich auf Grundpflichten als Pendant zu Grundrechten beziehen. Es ist nicht ersichtlich, wie sie für eine Pflicht des Bürgers zur Beibehaltung eines bestehenden Staates fruchtbar gemacht werden können. Sinnvoller erscheint es hingegen, eine derartige Pflicht aus dem Demokratieprinzip herzuleiten. Ähnliches

---

<sup>144</sup> Der Parlamentarische Rat, S. 226.

<sup>145</sup> Vgl. R. Stober, Grundpflichten und Grundgesetz. Ausführlich zu Art. 19 des Herrenchiemseer Verfassungsentwurfs als Gegenstand der Diskussion allgemeiner Grundpflichten im Parlamentarischen Rat O. Luchterhand, Grundpflichten als Verfassungsproblem in Deutschland, S. 395 ff.

<sup>146</sup> O. Luchterhand, Grundpflichten als Verfassungsproblem in Deutschland, S. 434.

<sup>147</sup> H. A. Wolff, Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz, S. 320 ff.

<sup>148</sup> O. Luchterhand, Grundpflichten als Verfassungsproblem in Deutschland, S. 462.

<sup>149</sup> H. Hofmann, VVDStRL 41, S. 74 f.



klingt bei A. Bleckmann an, der im Zusammenhang mit dem Demokratieprinzip die Existenz eines Sezessionsverbotes auf „gemeindeutsches Verfassungsrecht“ zurückführt, „das etwa mit dem Staatsbegriff selbst verbunden ist und deshalb der konkreten Verfassung vorangeht“.<sup>150</sup>

Die Entscheidung, wie eine Treuepflicht zu begründen und dogmatisch zu placieren ist, bedarf einer ausführlichen Untersuchung, die für äußerst lohnenswert gehalten wird, den Rahmen dieser Arbeit aber sprengen würde. Festzuhalten bleibt, dass in der verfassungsrechtsdogmatischen Literatur die Existenz einer Treuepflicht der Bürger angenommen wird. Wie auch immer man diese Treuepflicht herleitet oder ausfüllt, in jedem Fall dürfte ebenso wie bei der Abspaltung eines Bundeslandes die Abwägung des Sezessionsinteresses mit gegenläufigen Interessen geboten sein.<sup>151</sup> Folglich ist die Sezession einer Gruppe von der Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlich weder generell verboten noch uneingeschränkt zulässig. Nur eine Sezession, die gegen oder ohne den Willen der übrigen Bürger des Bundesstaates durchgeführt wird, stellt eine Verletzung der Treuepflicht dar. Erfolgt die Abspaltung nach Ausgleich aller widerstreitenden Interessen, bestehen aus verfassungsrechtlicher Perspektive gegen die Sezession keine Bedenken.

### **3.3 Zusammenfassung: Sezession von Staaten in der Rechtsdogmatik**

Weder das Völkerrecht noch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthalten ausdrückliche Bestimmungen über Sezessionen. Auch die Verfassungen anderer Staaten sehen in der Regel kein Sezessionsrecht vor.<sup>152</sup>

Da die völkerrechtliche Diskussion der Sezessionsproblematik durch einen starken Souveränitätsbegriff geprägt ist, hat die Völkerrechtsdogmatik ein ausgesprochen restriktives Sezessionsrecht hervorgebracht. In der verfassungsrechtlichen Literatur finden sich keine rechtsdogmatisch fundierten Aussagen über die

---

<sup>150</sup> A. Bleckmann, Staatsrecht I, S. 120, Rn. 252.

<sup>151</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen oben, C. II. 1.

<sup>152</sup> Es gibt sehr wenige Ausnahmen, in denen die Verfassung eines Staates ein Sezessionsrecht enthielt, z. B. die Präambel sowie Art. 1 Abs. 2 des Verfassungsgesetzes über die tschechoslowakische Föderation vom 27. Oktober 1968, Teil I der Präambel der jugoslawischen Verfassung vom 21. Februar 1974 oder Art. 72 der Verfassung der UdSSR vom 7. Oktober 1977.

Zulässigkeit einer Sezession von der Bundesrepublik Deutschland. Erste Überlegungen zur Sezessionsproblematik aus verfassungsrechtlicher Perspektive führen zu dem Ergebnis, dass eine Abspaltung nur dann für zulässig gehalten wird, wenn sie mit Rücksicht auf die Interessen der anderen Bürger im Staat erfolgt.

In der sich anschließenden rechtsethischen Untersuchung wird zu prüfen sein, ob diese Begrenzung des Sezessionsrechts gerechtfertigt ist.

#### **4 Sezession von Staaten in der politischen Philosophie der Gegenwart**

Aufgabe der politischen Philosophie ist herauszuarbeiten, unter welchen Voraussetzungen die Sezession von Staaten *rechtsethisch* gerechtfertigt ist. Die *Rechtsethik*<sup>153</sup> befasst sich – anders als die Rechtsdogmatik – nicht mit der Interpretation positiven Rechts, sondern mit dessen normativer Rechtfertigung. Das Recht wird aus einer externen Perspektive, nicht aus der Anwenderperspektive betrachtet und bewertet. Ziel der rechtsethischen Untersuchung ist die Beurteilung bestehenden Rechts als gerecht oder ungerecht. Vereinzelt wird in der völkerrechtlichen Literatur die Auffassung vertreten, eine ethische Bewertung von Staatsgrenzen sei grundsätzlich ausgeschlossen, so dass es auch keinen Gerechtigkeitsmaßstab für die Sezession von Staaten gebe.<sup>154</sup> Die Beurteilung bestehender Grenzen als gerecht oder ungerecht setzt – sofern sie überhaupt für möglich gehalten wird – eine Aufarbeitung der Genese konkreter

---

<sup>153</sup> Zum Begriff der „*Rechtsethik*“ vgl. D. von der Pfordten, *Rechtsethik*, S. 31 ff.; ders., *Rechtsethik*, in: J. Nida-Rümelin (Hg.), *Angewandte Ethik*, S. 200 ff.

Die Begriffe „moral“ und „morally“ in der von mir herangezogenen englisch-sprachigen Literatur übersetze ich – in Abgrenzung zu „Moral“ bzw. „moralisch“ – mit „Ethik“ bzw. „ethisch“, sofern sie im Kontext der normativen Rechtfertigung verwendet werden.

<sup>154</sup> Vgl. H. Armbruster, Selbstbestimmungsrecht, in: H. Schlochauer (Hg.), *Wörterbuch des Völkerrechts*, S. 254: „*Es gibt keine Maßstäbe, nach denen sich beurteilen ließe, ob ein Staat gezwungen werden kann, auf ein bestimmtes Gebiet oder einzelne Hoheitsrechte zu verzichten, [...]*“ und J. Fisch, Das Selbstbestimmungsrecht – Opium für die Völker, in: E. Reiter (Hg.), *Grenzen des Selbstbestimmungsrechts*, S. 32: „*Das wiederum heißt, dass Grenzen, insgesamt gesehen, notwendig stets auch irrational, ungerecht und absurd sind. Wer ihre Anerkennung davon abhängig macht, dass sie rational und gerecht sind, der beschwört, ob er es will oder nicht, Konflikte herauf. Solange für die Anerkennung einer Grenze Gründe erforderlich sind, stehen immer auch Gegengründe zur Verfügung, und damit bleibt die Grenze umstritten.*“

Staatsgrenzen voraus.<sup>155</sup> Die historische Betrachtung einzelner Sezessionsfälle ist jedoch nicht Gegenstand dieser Arbeit. In diesem Abschnitt werden vielmehr allgemeine, das heißt vom Einzelfall abstrahierte Auffassungen über die rechtsethische Rechtfertigung der Sezession von Staaten vorgestellt. Da Sezessionen mit dem Untergang (und gegebenenfalls auch der Neubegründung) von Herrschaftsansprüchen des Staates über seine Bürger und sein Territorium verbunden sind, befasst sich deren rechtsethische Untersuchung insbesondere mit den normativen Grundlagen legitimer Herrschaft. Im Folgenden geht es also um die abstrakte Beurteilung der Herrschaftsansprüche einer politischen Gemeinschaft als gerecht oder ungerecht, nicht um die Legitimität konkreter Staatsgrenzen.<sup>156</sup>

Vorwiegend angloamerikanische Vertreter der politischen Philosophie haben sich mit der Sezessionsproblematik aus rechtsethischer Perspektive befasst und eine Vielzahl von Sezessionstheorien formuliert, die mehr oder weniger stark divergieren: Teilweise wird die Sezession von Staaten als Ausnahmetatbestand behandelt, teilweise – unter gewissen Einschränkungen – für grundsätzlich zulässig erachtet. Im Vordergrund der rechtsethischen Auseinandersetzung mit der Sezessionsproblematik stehen folgende *Grundfragen*:

- Welche *Gruppen* dürfen sezedieren?
- Welche *Gründe* können eine Sezession rechtfertigen?
- Welche *Mittel* dürfen eingesetzt werden, um eine Sezession durchzusetzen bzw. zu verhindern? Darf *Gewalt* angewendet werden?
- Welche *Ziele* sind rechtsethisch gerechtfertigt?

---

*Grenzen funktionieren nicht nach dem Prinzip von Rationalität und Gerechtigkeit; Grenzen funktionieren vielmehr nach dem Prinzip des credo quia absurdum, indem sie um ihrer selbst willen anerkannt werden.*”

<sup>155</sup> Siehe auch C. Chwaszcza, Selbstbestimmung, Sezession und Souveränität, in: Dies./W. Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, S. 467.

<sup>156</sup> Die abstrakte Beurteilung legitimer Herrschaft eines Staates über seine Bürger und sein Territorium lässt allerdings Rückschlüsse auf praktische Grenzziehungsfragen zu.

Ziel dieses Abschnitts ist eine systematische Darstellung des gegenwärtigen Diskussionsstandes.<sup>157</sup> Zu diesem Zweck erfolgt eine Erfassung der wichtigsten Sezessionstheorien bei gleichzeitiger Einordnung in das Theorienspektrum zwischen den Polen *normativer Kollektivismus* und *normativer Individualismus*.<sup>158</sup> Für das Gegensatzpaar *normativer Kollektivismus* versus *normativer Individualismus* werden folgende Definitionen eingeführt:

*Normativer Kollektivismus:*

Alle politischen Entscheidungen finden ihre letzte Rechtfertigung in der Zustimmung, den manifesten Interessen oder Belangen eines politischen oder zumindest politische Legitimität verleihenden Kollektivs, d.h. des Staats, der Nation, des Volks, der Gesellschaft, der Gemeinde, der Ethnie, der Sprach- und/oder Kulturgemeinschaft etc.<sup>159</sup>

*Normativer Individualismus:*

Alle politischen Entscheidungen finden ihre letzte Rechtfertigung in der Zustimmung, den manifesten Interessen oder den Belangen der von der jeweiligen Entscheidung betroffenen Individuen, d.h. [...] der betroffenen Menschen.<sup>160</sup>

Die Termini *normativer Kollektivismus* und *normativer Individualismus* markieren keine exklusiven Kategorien. Zwischen den Extrempositionen eines ausschließlich individualistischen oder kollektivistischen Rechtfertigungsprogramms findet sich ein breites Theorienspektrum, das mehr oder weniger kollektivistisch bzw. individualistisch geprägt ist. Die nachfolgende Systematisierung der

---

<sup>157</sup> Dieser Abschnitt ist auf einen „westlichen“ Kontext beschränkt, da nur die Auffassungen europäischer sowie nordamerikanischer Philosophen dargestellt werden. Der Blick in die „östliche“ politische Philosophie wird für äußerst lohnenswert gehalten, würde den Rahmen dieser Arbeit jedoch überschreiten.

<sup>158</sup> Zur Terminologie vgl. D. von der Pfordten, Zeitschrift für Philosophische Forschung 54 (2000), S. 491 ff.; ders., Rechtsethische Rechtfertigung – material oder prozedural?, in: L. Schulz (Hg.), *Verantwortung zwischen materialer und prozeduraler Zurechnung*, S. 17 ff. H. Hastedt differenziert zwischen „*normativem Holismus*“ und „*normativem Individualismus*“, *Der Wert des Einzelnen*, S. 21 ff.

<sup>159</sup> D. von der Pfordten, Zeitschrift für Philosophische Forschung 54 (2000), S. 500; ähnlich ders., *Rechtsethische Rechtfertigung – material oder prozedural?*, in: L. Schulz (Hg.), *Verantwortung zwischen materialer und prozeduraler Zurechnung*, S. 19.

<sup>160</sup> Ebd.

Sezessionstheorien als kollektivistisch oder individualistisch ist deshalb nicht als trennscharfe Unterscheidung zwischen den Theoriealternativen zu verstehen. Im ersten Teil (I.) wird vielmehr eine Sezessionstheorie vorgestellt, die zumindest gemischt kollektivistisch-individualistisch begründet ist, während der zweite Teil (II.) primär individualistisch geprägte Sezessionstheorien beinhaltet.

#### **4.1 Kollektivistische Sezessionstheorie: Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts**

Eine kollektivistische Sezessionstheorie ist dadurch gekennzeichnet, dass die letzte Rechtfertigung der Sezession von Staaten in der Zustimmung, den manifesten Interessen oder den Belangen eines politischen oder zumindest politische Legitimität verleihenden Kollektivs gesehen wird. Hierunter fällt eine Theorie, deren Rechtfertigungsprogramm auf das *nationale Selbstbestimmungsrecht*<sup>161</sup> gegründet ist. Ausgangspunkt dieser Theorie ist die Überlegung, dass das aus dem kollektiven Selbstbestimmungsrecht hergeleitete Sezessionsrecht ein *Gruppenrecht* darstellt und als solches mit Bezug auf ein *Kollektiv* zu legitimieren ist. Vertreter einer kollektivistischen Sezessionstheorie beschäftigen sich folglich primär mit den Fragenkreisen:

- Was kennzeichnet *Gruppenrechte*, und wie sind sie rechtsethisch zu begründen?
- Welche *Kollektive* können sich auf Gruppenrechte berufen?

Aus ihren teilweise divergierenden Antworten leiten die Vertreter der Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts unterschiedliche Voraussetzungen für die rechtsethische Rechtfertigung der Sezession von Staaten ab.

---

<sup>161</sup> Die Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts rekurriert auf Nationen. Es gibt jedoch Vertreter dieser Theorie, die das Selbstbestimmungsrecht auf andere Kollektive als Nationen ausdehnen, so dass die Bezeichnung als „national“ in einem weiten Sinne zu verstehen ist. Der Begriff wurde gewählt, um die Abgrenzung der kollektivistischen von den individualistischen Theorien zu ermöglichen, die das Sezessionsrecht häufig ebenfalls im Selbstbestimmungsrecht verankern. Die Terminologie entspricht im übrigen der im anglo-amerikanischen Raum verbreiteten, wo zumindest gemischt kollektivistisch-individualistisch geprägte Sezessionstheorien im Kontext von „national self-determination“ diskutiert werden.

Wenngleich die Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts auf Kollektive rekurriert, bedeutet dies nicht, dass sie ausschließlich kollektivistisch geprägt ist. In der politischen Philosophie der Gegenwart gibt es nur wenige Vertreter der *kollektivistischen* Auffassung, dass bestimmte Gruppen einen intrinsischen ethischen Wert hätten, also Träger originärer und nicht nur von den Individuen abgeleiteter ethischer Rechte seien (1.). Überwiegend wird die Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts *gemischt kollektivistisch-individualistisch* begründet und folglich auch auf Individualinteressen zurückgeführt: Die Zugehörigkeit zu einer näher definierten Gruppe, zum Beispiel einem Volk oder einer Nation, vermittele dem Individuum Sinn und sei für die Eigeninterpretation und das Selbstverständnis des Einzelnen konstitutiv. Diese Auffassung markiert den Übergang von einer normativ-kollektivistischen zu einer normativ-individualistischen Theorie und könnte deshalb auch im Rahmen der individualistischen Sezessionstheorien vorgestellt werden. Aus Gründen der einheitlichen Darstellung der Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts wird sie nachfolgend als kollektivistische Sezessionstheorie behandelt (2.).

#### 4.1.1 Kollektivistische Version: Das komunitäre Argument

##### 4.1.1.1 Inhalt und Begründung

Ein Vertreter der im Folgenden als *komunitäres Argument*<sup>162</sup> bezeichneten Auffassung ist *Vernon van Dyke*.<sup>163</sup> Aus seinen Überlegungen zu der ethischen Fundierung von Gruppenrechten leitet er unter anderem die Möglichkeit eines

---

<sup>162</sup> Zur Terminologie vgl. S. Caney, *The Journal of Political Philosophy* 5 (1997), S. 358 („*A Communitarian Argument*“); C. Chwaszcza, Selbstbestimmung, Sezession und Souveränität, in: Dies./W. Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, S. 484 („*Das komunitäre Argument pro Sezession*“); dies., Sezession und Selbstbestimmung, in: P. Koller/K. Puhl (Hg.), *Justice in Society and World Order*, S. 335 („*Das komunitäre Argument*“). In Abgrenzung zu der hier vorgenommenen Einteilung wählt C. Chwaszcza die Überschrift „komunitäres Argument“ als Sammelbezeichnung für kollektivistische Sezessionstheorien.

A. Buchanan und F. R. Tesón diskutieren die kollektivistische Version der Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts unter der Überschrift „*The Nationalist Argument*“ bzw. „*The Nationalist Thesis*“, A. Buchanan, *Secession*, S. 48 ff.; F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 135 f.

<sup>163</sup> V. van Dyke, *The Journal of Politics* 44 (1982), S. 21 ff.; ders., *World Politics* 29 (1976/77), S. 343 ff.; ders., *The American Political Science Review* 69 (1975), S. 607 ff.

Sezessionsrechts ab.<sup>164</sup> V. van Dyke entwickelt dieses Argument aus seiner Kritik an liberalen Theorien im Allgemeinen<sup>165</sup> und J. Rawls' „Theory of Justice“<sup>166</sup> im besonderen<sup>167</sup>. Eine Gerechtigkeitstheorie dürfe nicht nur Individuen in den Blick nehmen, sondern müsse auch Gruppen als kollektive Entitäten berücksichtigen: Sie sollten in der „original position“ repräsentiert sein.<sup>168</sup>

Gruppen im Sinne des kommunitären Arguments sind souveräne Staaten, Nationen, Völker sowie ethnische Gemeinschaften und als solche abzugrenzen von bloßen Interessengruppen.<sup>169</sup> Ethnische Gemeinschaften („ethnic communities“) werden primär subjektiv definiert als eine Mehrzahl von Personen, die sich selbst als eine distinkte Gruppe wahrnehmen. Die Selbstidentifikation basiere auf bestimmten Gemeinsamkeiten wie Rasse, Tradition, Kultur, Sprache oder Religion. Nicht zwingend sei, dass sich die Gruppe für eine Nation mit dem Ziel politischer Autonomie oder Unabhängigkeit hält.<sup>170</sup> Die Zuweisung von Rechten an Gruppen setze nicht voraus, dass diese staatlich verfasst sind. Die Dichotomie Individualrechte – Rechte des Staates würde der Realität nicht gerecht, so dass eine Gerechtigkeitstheorie Zwischenformen in Gestalt von Gruppenrechten anerkennen müsse.<sup>171</sup> Diese Gruppenrechte seien nicht nur juridische, sondern originäre ethische und damit keine von Individuen abgeleitete.<sup>172</sup> Die Zuordnung eines Rechts – entweder zu Individuen oder zu einer Gruppe – sei eine Frage der Praktikabilität.<sup>173</sup>

---

<sup>164</sup> V. van Dyke, The Journal of Politics 44 (1982), S. 36: „*The right of a state to its integrity and to choose a centralized governmental structure should not always be held to override the right of ethnic communities within the state to choose secession or some degree of autonomy.*“

<sup>165</sup> V. van Dyke, The Journal of Politics 44 (1982), S. 21 ff.; ders., World Politics 29 (1976/77), S. 343 ff.

<sup>166</sup> J. Rawls, A theory of justice.

<sup>167</sup> V. van Dyke, The American Political Science Review 69 (1975), S. 607 ff.

<sup>168</sup> V. van Dyke, The American Political Science Review 69 (1975), S. 607.

<sup>169</sup> V. van Dyke, The Journal of Politics 44 (1982), S. 22 f.

<sup>170</sup> V. van Dyke, World Politics 29 (1976/77), S. 344.

<sup>171</sup> V. van Dyke, World Politics 29 (1976/77), S. 343; ders., The American Political Science Review 69 (1975), S. 614.

<sup>172</sup> V. van Dyke, The Journal of Politics 44 (1982), S. 22; ders., World Politics 29 (1976/77), S. 345 f.

<sup>173</sup> V. van Dyke, The Journal of Politics 44 (1982), S. 24. Eine ähnliche, aber erheblich vagere Formulierung findet sich in World Politics 29 (1976/77), S. 360: „*Assuming that self-determination is essentially the moral right of a group – of a collective entity, a unit, a corporate body – what is its basis? Several answers are possible. [...] Both of these answers are compatible with a third possible answer, given earlier: that the*

V. van Dyke formuliert drei spezielle Gerechtigkeitsprinzipien für Gruppen, woraus unter anderem das äußere Selbstbestimmungsrecht resultiert: „Not only is the right of internal self-determination conceded, as Rawls says, but so is the right of ‚peoples‘ to external self-determination and thus to independence.“<sup>174</sup>

Er schränkt das Recht auf Unabhängigkeit allerdings stark ein: Das äußere Selbstbestimmungsrecht sei potentiell explosiv und könne die politische Landkarte weltweit verändern. Politische Instabilität und die Entstehung von Bürgerkriegen wären die zu befürchtenden Folgen eines zu extensiven Selbstbestimmungsrechts.<sup>175</sup> Darüber hinaus könnten Gruppenrechte mit Individualrechten konfliktieren. Keinesfalls dürften Gruppen die individuellen Menschenrechte verletzen. Das Recht auf individuelle Gleichbehandlung solle nicht ignoriert, sondern im Hinblick auf die Rechte ethnischer Gemeinschaften, Staaten, Nationen und Völker interpretiert werden.<sup>176</sup>

#### 4.1.1.2 Kritik

Der kollektivistischen Version der Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts ist insoweit zuzustimmen, als eine politische Theorie die soziale Natur der Individuen, die sich zu einer politischen Gemeinschaft konstituiert haben, berücksichtigen muss. Das bedeutet aber nicht, dass Gruppen einen von den Individuen unabhängigen ethischen Eigenwert haben. Dieser Schluss verbietet sich, weil ein Kollektiv aus einer Vielzahl von Individuen mit ganz unterschiedlichen Identitäten besteht und insofern nicht mit einem Individuum vergleichbar ist. Menschen werden nicht alle in derselben Weise durch die Gruppe geprägt und haben verschiedene Einstellungen, Vorlieben und Abneigungen. Wenn V. van Dyke aus Praktikabilitätsgründen die Zuordnung von ethischen Rechten zu Gruppen vorschlägt, liegt die Annahme eines naturalistischen Fehlschlusses nahe: Warum sollte aus der bloßen Existenz von Kollektiven die Notwendigkeit folgen, sie als Träger ethischer Rechte anzuerkennen? Aus diesen

---

*existence of needs implies a right to act (within limits) to meet them, or that a conception of the good has a corresponding implication.“*

<sup>174</sup> V. van Dyke, The American Political Science Review 69 (1975), S. 613.

<sup>175</sup> V. van Dyke, The Journal of Politics 44 (1982), S. 37.

<sup>176</sup> V. van Dyke, World Politics 29 (1976/77), S. 368.



Gründen ist die Existenz eines intrinsischen ethischen Rechts für Kollektive und damit die zentrale Aussage des kommunitären Arguments abzulehnen.<sup>177</sup>

Die Vernachlässigung der Tatsache, dass Kollektive heterogen sind, birgt außerdem die Gefahr der übermäßigen Einschränkung von Individualrechten in sich. V. van Dyke hat zwar eine Verletzung individueller Menschenrechte zugunsten von Gruppenrechten explizit ausgeschlossen.<sup>178</sup> Offen bleibt allerdings die Frage, wie in allen anderen Fällen der Kollision von Individual- und Gruppenrechten zu entscheiden ist.

Ein weiteres Problem der kollektivistischen Auffassung besteht darin, dass eine distinkte Definition der Kollektive, die Träger originärer ethischer Rechte sein können, nicht existiert. Es gibt weder die „Idee einer Kooperation“ noch eine „Gruppenperson“ mit menschlichen Qualitäten wie Bewusstsein oder Vernunft, die als Bezugspunkt ethischer Rechte in Betracht kommt. Die Gruppe bleibt eine fiktive Entität.

Entsprechend lehnt auch A. Buchanan ein aus dem nationalen Selbstbestimmungsrecht abgeleitetes Recht auf Unabhängigkeit für alle Völker aufgrund der Unbestimmtheit des Begriffs „Volk“ und den daraus resultierenden Gefahren ab: Definiere man „Volk“ auf der Grundlage von gemeinsamer Sprache, Tradition und Kultur, stelle sich die Frage, wie diese Kriterien zu verstehen seien. Gehe man zudem davon aus, dass die Anzahl ethnischer oder kultureller Gruppen beziehungsweise Völker nicht feststehend, sondern ansteigend sei, führe dies unweigerlich zu einer endlosen politischen Fragmentierung. Dadurch entstünden, abgesehen von Instabilität und ökonomischen Kosten, vor allem ethisch unerwünschte Folgen wie Vertreibung und Genozid, die die Implementierung der Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts verbieten würden.<sup>179</sup> V. van Dyke hat dieses Problem erkannt und ist deshalb für eine gewisse Restriktion des nationalen Selbstbestimmungsrechts eingetreten, merkte aber zugleich an, dass die Aufrechterhaltung der Einheit und der innere Frieden jedes existierenden Staates keine absoluten Werte seien.<sup>180</sup> Explizit nennt er zwei Fälle eines rechtsethisch gerechtfertigten Sezessionsrechts: Eine Gruppe dürfe sezedieren,

---

<sup>177</sup> So auch S. Caney, *The Journal of Political Philosophy* 5 (1997), S. 358 f.

<sup>178</sup> V. van Dyke, *World Politics* 29 (1976/77), S. 368. Siehe oben, C. I. 1. a).

<sup>179</sup> A. Buchanan, *Secession*, S. 49. Ebenso F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 135 f.

<sup>180</sup> V. van Dyke, *The Journal of Politics* 44 (1982), S. 38.

wenn ihre Überlebensfähigkeit gefährdet sei<sup>181</sup> und ihre Rechte als Minorität verletzt würden<sup>182</sup>. Dennoch bleibt letztlich unklar, wo die Grenze zwischen einem angemessenen und einem exzessiven nationalen Selbstbestimmungsrecht verläuft.

#### 4.1.2 Gemischt kollektivistisch-individualistische Version

##### 4.1.2.1 *Argument distributiver Gerechtigkeit*

###### 4.1.2.1.1 Inhalt und Begründung

Nach *David Miller* hat eine Gruppe ein prima facie Recht auf Sezession, wenn sie die folgenden Kriterien erfüllt: „The first is that the group should form a nation with an identity that is clearly separate from that of the larger nation from which they wish to disengage. The second is that the group should be able to validate its claim to exercise authority over the territory it wishes to occupy.”<sup>183</sup> *D. Miller* gründet seine Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts auf ein *Argument distributiver Gerechtigkeit*.<sup>184</sup> Vor dem Hintergrund einer partikularistischen Interpretation seien nationale Grenzen ethisch bedeutsam, da Nationen die Verteilungsgerechtigkeit beförderten: Die Pflichten, die wir unseren Landsleuten schulden, seien größer als diejenigen, die wir Fremden schulden.<sup>185</sup> Nationalität sei de facto die Hauptquelle der Solidarität innerhalb großer, anonymer Staaten. In marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaften gebe es die Tendenz zur Atomisierung, jeder strebe nur nach der Befriedigung eigener Interessen mit der Folge, dass die Bürger nur noch schwer zur Umverteilung mobilisiert werden

---

<sup>181</sup> V. van Dyke, *The American Political Science Review* 69 (1975), S. 612.

<sup>182</sup> V. van Dyke, *The Journal of Politics* 44 (1982), S. 38.

<sup>183</sup> D. Miller, *Secession and the Principle of Nationality*, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 69.

<sup>184</sup> D. Miller, *On Nationality*, S. 81 ff.; ders., *Secession and the Principle of Nationality*, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 62 ff.; ders., *In Defence of Nationality*, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 15 ff.; ders., *Ethics* 98 (1987/88), S. 647 ff. Zur Terminologie vgl. S. Caney, *The Journal of Political Philosophy* 5 (1997), S. 356 („*Distributive Justice*“).

A. Buchanan bejaht im Falle diskriminierender Umverteilung ein stärker individualistisch begründetes Sezessionsrecht, *Secession*, S. 38 ff. („*Escaping Discriminatory Redistribution*“). Siehe hierzu die Ausführungen unter C. II. 1. b).

<sup>185</sup> D. Miller, *In Defence of Nationality*, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 18; ders., *Ethics* 98 (1987/88), S. 647.

könnten. Diese Probleme würden vermieden, wenn eine Solidarität bestehe, die in dem Zugehörigkeitsgefühl zu einer überwölbenden Gemeinschaft – der Nation – gründet.<sup>186</sup>

D. Miller definiert „Nation“ wie folgt: „[...] a group of people who recognize one another as belonging to the same community, who acknowledge special obligations to one another, and who aspire to political autonomy – this by virtue of characteristics that they believe they share, typically a common history, attachment to a geographical place, and a public culture that differentiates them from their neighbours.“<sup>187</sup> Die Definition von Nationen anhand objektiver Kriterien wie Sprache, Rasse oder Religion hält er für inadäquat. Nationalität sei ein subjektives Phänomen, das sich auf gemeinsame historische und fortdauernde Vorstellungen gründet. Diese Vorstellungen müssten weder notwendig der Wahrheit entsprechen<sup>188</sup> noch auf Unabhängigkeit in einem eigenen Staat gerichtet sein, was den klassischen Nationalismus auszeichne; es genüge der Wunsch nach politischer Autonomie<sup>189</sup>.

Wenn eine Nation ein Sezessionsrecht geltend machen wolle, müsse sie einen Anspruch auf das von der Abtrennung betroffene Territorium haben, da Staaten per definitionem Hoheit über ein bestimmtes Gebiet ausüben. Ein derartiger Anspruch ergebe sich nicht aus der Aggregation von Eigentümerrechten. Durch Gewohnheit und Übung sowie explizite politische Entscheidungen forme ein Volk unter anderem die physikalische Erscheinung des Territoriums. Es beerdige seine Toten an bestimmten Orten, errichte Denkmäler etc. mit der Folge, dass im Laufe der Zeit eine symbolische Bedeutung des Territoriums entstehe, die die fortdauernde Ausübung politischer Herrschaft über das Gebiet rechtfertige und rein historische Ansprüche rivalisierender Gruppen, die sich auf die Gebietshoheit

---

<sup>186</sup> D. Miller, In Defence of Nationality, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 22. Ähnlich W. Kymlicka, *States, Nations and Cultures*, S. 28: „*This sort of solidarity required by a welfare state requires that citizens have a strong sense of common identity and common membership, so that they will make sacrifices for each other [...].*“

<sup>187</sup> D. Miller, Secession and the Principle of Nationality, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 65.

<sup>188</sup> D. Miller bezeichnet dies treffend als „*mythical aspects of national identity*“, In Defence of Nationality, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 21.

<sup>189</sup> D. Miller, *Ethics* 98 (1987/88), S. 648.

ihrer Vorfahren berufen, überwiege.<sup>190</sup> Doch wann könne der bestehende Staat die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft über das von der Sezession betroffene Territorium beanspruchen? Die Antwort auf diese Frage hänge von der historischen Entwicklung der Beziehung zwischen den beiden Gruppen ab. Wenn es nie eine wirkliche politische Gemeinschaft gegeben hätte, weil beispielsweise die eine Gruppe das Territorium der anderen gewaltsam okkupierte, dürfte die Herrschaft des Staates über das betreffende Gebiet nicht legitim sein. Sofern die eine Gruppe Investitionen in dem von der anderen Gruppe besiedelten Gebiet getätigt hat, wären allerdings Kompensationszahlungen zu leisten. Für den Fall, dass beide Gruppen als freie und gleichberechtigte Partner die politische Gemeinschaft bildeten, müssten die legitimen Forderungen der Gruppen abgewogen werden. Sollte eine Kompromisslösung nicht möglich sein, gebe es gute Gründe, eine Lösung zu finden, die der sezessionswilligen Gruppe eine Form von Autonomie kurz vor der Unabhängigkeit gewährt.<sup>191</sup>

Einschränkungen des Sezessionsrechts ergeben sich nach *D. Millers* Auffassung aus den Anforderungen des Minderheitenschutzes (1) und der Verteilungsgerechtigkeit (2).

(1) *Minderheitenschutz*. Häufig führe eine Sezession zu einer Verschärfung von Minderheitenkonflikten. Die Vorstellung, eine national homogene Gruppe spalte sich von einer heterogenen Gemeinschaft ab, sei unrealistisch. Jede Gruppe beinhalte Minderheiten, und eine Sezession bedeute, eine heterogene Gemeinschaft durch zwei in gewisser Weise ebenfalls heterogene Gemeinschaften zu ersetzen.

Dieses Problem ließe sich nicht dadurch lösen, dass jede Sezession schon dann erlaubt sei, wenn eine Mehrheit der Bewohner eines bestimmten Gebietes die Abspaltung anstrebt. Stattdessen müsse eine Sezession unter Berücksichtigung des Nationalitätsprinzips qualitativ bewertet werden, was keinesfalls die Bildung absolut homogener Staaten impliziere. Vielmehr sei zu prüfen, ob die

---

<sup>190</sup> D. Miller, *Secession and the Principle of Nationality*, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 68; ders., *In Defence of Nationality*, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 20.

<sup>191</sup> D. Miller, *Secession and the Principle of Nationality*, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 68 f.

sezedierende Gruppe die Gewähr dafür bietet, die Rechte von Minderheiten zu schützen. Eine diesbezüglich positive Prognose bestehe, wenn die nationale Identität der Sezessionisten Raum für kulturelle Differenzen ließe. Ein bloßes Bekenntnis zur Beachtung von Minderheitenrechten sei hingegen unzureichend.<sup>192</sup> Auch die Rechte der Minderheiten des Reststaates müssten gewahrt bleiben. Eine Sezession dürfe nicht zu einer Zerstörung der politischen Balance führen und auf diese Weise Minderheiten in eine sehr schwache Position bringen.<sup>193</sup>

Ausnahmsweise müsse die Schaffung national homogener Gruppen in Betracht gezogen werden: Wenn zwei Nationen nicht friedlich miteinander auf einem gemeinsamen Territorium leben könnten und ihre Kulturen radikal inkompatibel seien, dürfte die Umsiedlung und Bildung zweier mehr oder weniger national homogener Staaten notwendig sein.<sup>194</sup>

(2) *Distributive Gerechtigkeit.* Im Falle einer Sezession seien Probleme ökonomischer Verteilungsgerechtigkeit zu lösen. Ein Staat dürfe durch eine Sezession nicht in einen Zustand versetzt werden, in dem die Befriedigung der Grundbedürfnisse seiner Bürger unmöglich ist. Sowohl der Reststaat als auch der durch die Sezession neu entstehende Staat müssten als politische Gemeinschaften überlebensfähig sein.<sup>195</sup>

Wenngleich *D. Miller* nationale Selbstbestimmung grundsätzlich positiv bewertet, wendet er sich wegen der damit verbundenen Gefahren explizit gegen ein unbegrenztes Sezessionsrecht.<sup>196</sup>

#### 4.1.2.1.2 Kritik

Das Argument distributiver Gerechtigkeit leidet ebenso wie das kommunitäre Argument an dem ungeklärten Verhältnis zwischen dem Recht auf nationale

---

<sup>192</sup> D. Miller, *Secession and the Principle of Nationality*, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 69 ff.

<sup>193</sup> D. Miller, *In Defence of Nationality*, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 27.

<sup>194</sup> D. Miller, *Secession and the Principle of Nationality*, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 72; ders., *In Defence of Nationality*, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 27.

<sup>195</sup> D. Miller, *On Nationality*, S. 116; ders., *Secession and the Principle of Nationality*, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 73 ff.; ders., *In Defence of Nationality*, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 27.

<sup>196</sup> D. Miller, *In Defence of Nationality*, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 27.

Selbstbestimmung als Gruppenrecht und den Individualrechten der Gruppenmitglieder. Es besteht der Verdacht, dass in Kollisionsfällen durch die Betonung der ethischen Bedeutung von Nationalität der Vorrang des nationalen Selbstbestimmungsrechts vor Individualrechten präjudiziert sein könnte. Dabei sind gegen die These, nationale Selbstbestimmung fördere die distributive Gerechtigkeit und sei deshalb ethisch bedeutsam, durchgreifende Bedenken anzumelden:

Wenn Nationen ethisch bedeutsam wären und besondere Pflichten zwischen Landsleuten existierten, gleichzeitig aber nicht konkrete Praktiken, sondern sentimentale Bande und historisches Verständnis die Basis der nationalen Identität darstellten, würde Gerechtigkeit zu einer bloß subjektiven Idee.<sup>197</sup>

Gegen diesen Einwand argumentiert *D. Miller*, dass die Verpflichtungen nicht von den Gefühlen zwischen den Landsleuten als Personen abhingen. Entscheidend sei vielmehr die Rolle der politischen Kultur innerhalb nationaler Identität. Man empfinde Gruppenzugehörigkeit durch eine bestimmte Art zu Leben, die durch öffentliche Kultur zum Ausdruck komme. Der Inhalt der Verpflichtungen rühre unmittelbar aus dieser Kultur. So würde ein Schwede extensivere Pflichten anerkennen als ein Nordamerikaner, weil die schwedische Kultur solidarisch sei, die nordamerikanische hingegen individualistisch.<sup>198</sup>

Fraglich bleibt allerdings, wie der Gehalt einer Kultur festgestellt werden kann. Da der Begriff der Kultur sehr unbestimmt ist, erscheint die unmittelbare Herleitung spezieller Pflichten aus einer öffentlichen Kultur problematisch. Im Übrigen vernachlässigt *D. Miller* mit seiner Argumentation, dass Menschen innerhalb eines kulturellen Kontextes ganz unterschiedliche Interessen haben können, die sich in der politischen Kultur möglicherweise nicht widerspiegeln. Es dürfte Schweden geben, die nur geringe Pflichten gegenüber ihren Landsleuten anerkennen, ebenso wie es Nordamerikaner gibt, die sich eine solidarischere politische Gemeinschaft wünschen. Warum diese Interessen geringeres Gewicht haben sollen als die der anderen Bürger, wird nicht begründet.

---

<sup>197</sup> So führt *D. Miller* den Einwand des Subjektivismus selbst ein, In *Defence of Nationality*, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 28.

<sup>198</sup> *D. Miller*, In *Defence of Nationality*, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 28 f.

*D. Miller* ist insoweit beizupflichten, als nicht die Aggregation von Eigentümerrechten, sondern eine tatsächliche Beziehung zu dem betreffenden Territorium über die Legitimität von Gebietshoheit entscheidet. Eine darüber hinausgehende Abwägung zwischen dem Interesse des Staates, seine Gebietshoheit aufrechtzuerhalten, und dem Interesse der Sezessionisten an der Neubegründung politischer Herrschaft über das Territorium, ist entgegen *D. Millers* Auffassung aber nicht mit Blick auf die historische Entwicklung der Beziehung zwischen den beiden Gruppen vorzunehmen, sondern allein mit Bezug auf die gegenwärtigen Besonderheiten des Territoriums, z. B. die Existenz von Kollektivgütern und Bodenschätzen, die geographische Lage oder die naturräumlichen Grundlagen wie Klima, Geologie, Böden usw. Das Verhältnis einer Gruppe zu einem bestimmten Gebiet kann nur rein tatsächlicher Art sein, entweder dadurch, dass sie es seit längerer Zeit besiedelt, oder durch sonstige, z. B. strategische, landwirtschaftliche oder industrielle Nutzung. Historisch begründete Verhältnisse zu einem bestimmten Territorium suggerieren hingegen die Existenz eigentumsähnlicher Ansprüche, die aufgrund der Begrenztheit des bewohnbaren Territoriums auf der Erde und der Zufälligkeit des Lebensraums abzulehnen sind (und die auch *D. Miller* zutreffend abgelehnt hat): Bewohnbares Land ist eine Grundbedingung menschlichen Lebens. Da das bewohnbare Territorium ein knappes Gut ist und es für Menschen – zumindest derzeit noch – keine anderen Lebensräume gibt, muss sich die Weltbevölkerung das zur Verfügung stehende Land teilen. Es ist kein Grund ersichtlich, aus dem eine ungleiche Verteilung des bewohnbaren Territoriums gerechtfertigt wäre, so dass alle Menschen ein gleiches Anrecht auf das bewohnbare Land haben. Folglich kann ein Eigentumsrecht lediglich an bestimmten Grundstücken bestehen, nicht aber an Territorien als Orte des menschlichen (Zusammen-)Lebens.

Die Einschränkung des Sezessionsrechts aus Gründen des Minderheitenschutzes vermag den Einwand, der bereits gegen die kollektivistische Version der Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts geltend gemacht wurde, nicht zu entkräften: Die Betonung nationaler Identität wirkt exkludierend und birgt die

Gefahr der Diskriminierung Fremder in sich.<sup>199</sup> Die Integration anderer Gruppen in eine politische Gemeinschaft, die sich auf ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl gründet, wird unabhängig von der nach *D. Millers* Auffassung erforderlichen Prognoseentscheidung, ob die Sezessionisten die Gewähr dafür bieten, in Zukunft die Minderheitenrechte zu schützen, problematisch bleiben.

Die weitere Einschränkung, dass die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bürger sowohl des Reststaates als auch des neu entstehenden Staates durch die Sezession nicht gefährdet sein dürfe, erscheint plausibel. Allerdings macht *D. Miller* nicht deutlich, warum die Sezessionisten auf die ökonomische Situation der Bürger des Reststaates Rücksicht nehmen müssen und warum das Sezessionsrecht nur dann abzulehnen ist, wenn die Grundbedürfnisse der Bürger nicht mehr gesichert sind, und nicht schon dann, wenn aus der Sezession erhebliche ökonomische Nachteile resultieren.

#### *4.1.2.2 Argument vom Wohlergehen (der Mitglieder) des Volkes*

##### *4.1.2.2.1 Inhalt und Begründung*

Als *Argument vom Wohlergehen des Volkes* wird die Auffassung von *Simon Caney* vorgestellt.<sup>200</sup> Nationale Selbstbestimmung fördere das Wohlergehen des Volkes mit der Folge, dass – unter Beachtung interner und externer Bedingungen – auch ein nationales Sezessionsrecht zu rechtfertigen sei.<sup>201</sup> *S. Caney* entwickelt sein Argument, nationale Selbstbestimmung sei *ceteris paribus* wertvoll, in drei Schritten: (1) Politische Institutionen, die das Wohlergehen des Volkes fördern, seien alles in allem wertvoll. (2) Die Mitgliedschaft in einer Nation fördere das

---

<sup>199</sup> Siehe oben, C. I. 1. b). Ebenso M. Freeman, Nationalism, Liberalism and Democracy, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 89.

<sup>200</sup> S. Caney, National Self-Determination and National Secession, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 151 ff.; ders., *The Journal of Political Philosophy* 5 (1997), S. 351 ff. S. Caney selbst bezeichnet seine Position als „*well-being argument*“.

<sup>201</sup> S. Caney, National Self-Determination and National Secession, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 174 f.; ders., *The Journal of Political Philosophy* 5 (1997), S. 372.



Wohlbefinden eines Individuums. (3) Ein Nationalstaat könne am besten die Kultur einer Nation fördern.<sup>202</sup>

(1) Die erste Annahme sei ohne weiteres plausibel, da Menschen sich generell um ihr Wohlergehen und ihre Lebensqualität sorgen und dies in einem politischen System vernünftigerweise berücksichtigt werden sollte.<sup>203</sup>

(2) Zur Verteidigung der zweiten Annahme führt S. Caney zwei Argumente an: Zum einen setze individuelle Freiheit voraus, dass Individuen die Wahl zwischen unterschiedlichen Konzeptionen des Guten hätten. Eine nationale Kultur sei reich und vielfältig und insofern eine wichtige Quelle derartiger Konzeptionen.<sup>204</sup> Zum anderen sei die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft Bestandteil eines erfüllten Lebens. Teil einer Gemeinschaft zu sein, empfänden alle als wertvoll, und für viele sei die Mitgliedschaft in einer Nation eine wichtige Quelle des Wohlbefindens.<sup>205</sup>

(3) Die dritte Annahme würde ebenfalls durch zwei Überlegungen gestützt: Einerseits sei die nationale Selbstregierung der institutionelle Rahmen, in dem die Interessen der Menschen an ihrer nationalen Kultur am besten vertreten würden und politische Maßnahmen zum Schutz dieser Kultur ergriffen werden könnten. Andererseits sei ein Nationalstaat von symbolischer Bedeutung für eine nationale Kultur, die ein multinationaler Staat nicht gewährleisten könne.<sup>206</sup> Die Dichotomie dieses Arguments beruht auf der von A. Margalit und J. Raz eingeführten Unterscheidung zwischen einem „*instrumental argument*“ und einem „*argument for the intrinsic value of self-government*“. Mit Hilfe des instrumentellen Arguments wird begründet, dass die Mitglieder einer Gruppe die Möglichkeit zu politischer Partizipation haben müssen. Hält man Selbstbestimmung darüber hinaus für

---

<sup>202</sup> S. Caney, National Self-Determination and National Secession, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 163; ders., *The Journal of Political Philosophy* 5 (1997), S. 361.

<sup>203</sup> Ebd.

<sup>204</sup> S. Caney verweist unter anderem auf Ausführungen von W. Kymlicka, siehe z. B. *States, Nations and Cultures*, S. 34: „*But what does individual choice involve? People make choices about the social practices around them, based on their beliefs about the value of these practices. And to have a belief about the value of a practice is, in the first instance, a matter of understanding the meanings attached to it by our culture.*“

<sup>205</sup> S. Caney, National Self-Determination and National Secession, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 163; ders., *The Journal of Political Philosophy* 5 (1997), S. 361 f.

<sup>206</sup> S. Caney, National Self-Determination and National Secession, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 163 f.; ders., *The Journal of Political Philosophy* 5 (1997), S. 362.

intrinsisch wertvoll, ist sogar die Übereinstimmung politischer Grenzen mit denen der Gruppe erforderlich.<sup>207</sup>

Ähnlich begründen *Avishai Margalit* und *Joseph Raz* die rechtsethische Rechtfertigung des nationalen Selbstbestimmungsrechts mit dem *Wohlergehen der Mitglieder des Volkes*.<sup>208</sup> Im Gegensatz zu *S. Caney*, der sein Argument ausschließlich auf Nationen bezieht,<sup>209</sup> dehnen *A. Margalit* und *J. Raz* ihre Auffassung auch auf andere Gruppen aus. Die Kombination mehrerer Charakteristika mache aus bestimmten Gruppen („encompassing groups“)<sup>210</sup> geeignete Kandidaten für die Selbstregierung. Entscheidende Kriterien seien eine gemeinsame Kultur, die viele wichtige Aspekte des Lebens berührt und die in der Gruppe Aufwachsenden prägt, und ein hoher sozialer Stellenwert der Mitgliedschaft für das individuelle Selbstverständnis.<sup>211</sup> Der ethische Wert der Selbstbestimmung erkläre sich aus der Bedeutung der Gruppe für das individuelle Wohlergehen. Daraus folge allerdings nicht, dass Gruppeninteressen unmittelbar auf Individualinteressen reduzierbar seien. So könne die Gruppe prosperieren, ohne dass sich die Situation des Einzelnen hierdurch zwingend verbessere.<sup>212</sup> Das Interesse der Mitglieder an der Prosperität der Gruppe begründe auch nicht ohne weiteres ein Recht auf Selbstbestimmung. Es bedürfe vielmehr einer instrumentellen Verbindung zwischen beiden in dem Sinne, dass politische Unabhängigkeit zur Förderung der eigenen Angelegenheiten nützlich und bisweilen notwendig sei. Ein darüber hinausgehendes intrinsisches Argument, für das die öffentliche Manifestation der Mitgliedschaft essentiell ist und damit letztlich zugleich die politische Dimension der Gruppe, lehnen *A. Margalit* und *J. Raz* im

---

<sup>207</sup> A. Margalit/J. Raz, *The Journal of Philosophy* 87 (1990), S. 450 ff. Im Gegensatz zu *S. Caney* lehnen A. Margalit und J. Raz letzteres jedoch ab. Siehe hierzu die nachfolgenden Ausführungen.

<sup>208</sup> A. Margalit/J. Raz, *The Journal of Philosophy* 87 (1990), S. 439 ff.

<sup>209</sup> *S. Caney* definiert eine Nation gemischt subjektiv-objektiv als eine Gruppe von Individuen, die sich selbst als Nation verstehen und eine gemeinsame Kultur und Geschichte teilen, *National Self-Determination and National Secession*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 152; ders., *The Journal of Political Philosophy* 5 (1997), S. 352.

<sup>210</sup> A. Margalit/J. Raz, *The Journal of Philosophy* 87 (1990), S. 447 f.

<sup>211</sup> A. Margalit und J. Raz nennen insgesamt sechs Charakteristika, die in ihrer Relevanz für die Selbstbestimmung der Gruppe ausführlich begründet werden, *The Journal of Philosophy* 87 (1990), S. 442 ff.

<sup>212</sup> A. Margalit/J. Raz, *The Journal of Philosophy* 87 (1990), S. 449.

Gegensatz zu *S. Caney* ab. Ausreichend sei die Möglichkeit zur politischen Partizipation, die auch multinationale Staaten gewährleisten könnten. Die Übereinstimmung der politischen Grenzen mit denen der Gruppe sei daher nicht erforderlich.<sup>213</sup>

Wenngleich *A. Margalit* und *J. Raz* hedonistisch-utilitaristisch argumentieren, indem sie auf das Wohlbefinden der Gruppenmitglieder rekurrieren, und damit das Selbstbestimmungsrecht jedenfalls mittelbar auf Individualinteressen zurückführen, handelt es sich bei dem von ihnen postulierten Selbstbestimmungsrecht um ein gemischt kollektivistisch-individualistisch begründetes Gruppenrecht: Gruppen werden vorwiegend nichtvoluntaristisch definiert und die nationale Selbstbestimmung als ein Gruppenrecht vorgestellt, über das nicht individuelle Meinungen, sondern der kollektive Wille der Gruppe entscheidet.<sup>214</sup> Eine kontraktualistisch-individualistische Theorie lehnen *A. Margalit* und *J. Raz* explizit ab: „The right to self-determination derives from the value of membership in encompassing groups. It is a group right, deriving from the value of a collective good, and as such opposed in spirit to contractarian-individualistic approaches to politics or to individual well-being. It rests on an appreciation of the great importance that membership in and identification with encompassing groups has in the life of individuals, and the importance of the prosperity and self-respect of such groups to the well-being of their members.“<sup>215</sup>

Weder *S. Caney* noch *A. Margalit* und *J. Raz* treten für ein unbegrenztes nationales Selbstbestimmungsrecht ein,<sup>216</sup> sie lehnen insbesondere ein uneingeschränktes Sezessionsrecht ab:

Nach *S. Caney*s Auffassung rechtfertigt die nationale Selbstbestimmung die Sezession einer Nation von einem multinationalen Staat nur unter Berücksichtigung anderer Werte und Völker. Eine Sezession könne demnach nur dann legitim sein, wenn die sich abspaltende Nation weitere Kriterien erfülle. *S. Caney* bezeichnet diese zusätzlichen Bedingungen als „internal constraint“ und

---

<sup>213</sup> *A. Margalit/J. Raz*, *The Journal of Philosophy* 87 (1990), S. 450 ff.

<sup>214</sup> So auch *F. R. Tesón*, *A Philosophy of International Law*, S. 137.

<sup>215</sup> *A. Margalit/J. Raz*, *The Journal of Philosophy* 87 (1990), S. 456 f.

<sup>216</sup> *S. Caney*, *National Self-Determination and National Secession*, in: *P. Lehning* (Hg.), *Theories of Secession*, S. 164; *A. Margalit/J. Raz*, *The Journal of Philosophy* 87 (1990), S. 461.

„external constraint“: Während erstere die gerechte Behandlung der Bürger durch den neuen Staat einfordert, verlangt letztere die Einhaltung internationaler Verpflichtungen und die gerechte Behandlung von Nicht-Bürgern. Ausreichend sei allerdings, dass sich die Situation der Bürger und Nicht-Bürger im Vergleich zu der in dem bisher bestehenden multinationalen Staat nicht verschlechtere.<sup>217</sup> Darüber hinaus müsse der durch die Sezession entstehende Staat überlebensfähig sein. Andernfalls sei er nicht dazu in der Lage, das Wohlergehen des Volkes zu fördern.<sup>218</sup>

Ebenso lehnen A. Margalit und J. Raz Sezessionen ab, die zu Rechtsverletzungen der Bürger und der Bewohner anderer Länder führen.<sup>219</sup> Voraussetzung einer gerechtfertigten Sezession sei im Übrigen, dass die sezedierende Gruppe die substantielle Mehrheit in dem von der Abspaltung betroffenen Gebiet bildet. Die Anwendung des einfachen Mehrheitsprinzips reflektiere eine kontraktualistische Position, dem die Konzeption der nationalen Selbstbestimmung als Gruppenrecht zuwiderlaufe.<sup>220</sup>

#### 4.1.2.2.2 Kritik

Wie gegen die vorgenannten Argumente wird auch gegen das Argument vom Wohlergehen (der Mitglieder) des Volkes eingewandt, dass nationale Selbstbestimmung zu Rechtsmissbrauch gegenüber der eigenen Bevölkerung führen und außerdem die internationale Ordnung und Stabilität gefährden kann.

Hinsichtlich des ersten Einwands konzediert S. Caney, dass einige nationale Regierungen ihre Völker zwar schlecht behandelten, dieser Umstand aber keineswegs zur völligen Ablehnung der nationalen Selbstbestimmung führen sollte. Wenn man nationale Selbstbestimmung nur in den Fällen verteidige, in denen die fragliche Nation Individualrechte respektiert, wäre dennoch eine Vielzahl von Unabhängigkeitsbestrebungen gerechtfertigt.<sup>221</sup>

---

<sup>217</sup> S. Caney, *The Journal of Political Philosophy* 5 (1997), S. 370 f.

<sup>218</sup> S. Caney, *National Self-Determination and National Secession*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 173.

<sup>219</sup> A. Margalit/J. Raz, *The Journal of Philosophy* 87 (1990), S. 457, 459 f.

<sup>220</sup> A. Margalit/J. Raz, *The Journal of Philosophy* 87 (1990), S. 456, 458.

<sup>221</sup> S. Caney, *National Self-Determination and National Secession*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 172.

Die Befürchtung, die Stabilität der internationalen Ordnung würde durch nationale Sezessionen gefährdet, hält S. Caney für unbegründet. Sezessionen hätten in der Vergangenheit nicht dazu geführt, dass neue Unabhängigkeitsbestrebungen entstanden wären. Selbst wenn andere Nationen durch eine Sezession zu entsprechenden Unabhängigkeitsbewegungen inspiriert würden, sei die Instabilität der internationalen Ordnung keine zwingende Folge. Im Übrigen solle man die bestehende internationale Ordnung nicht überbewerten. Die Stabilität dieser Ordnung sei nur dann erhaltenswert, wenn andernfalls faire und gerechte Staaten gefährdet wären. Schließlich führe häufig erst die Aufrechterhaltung eines multinationalen Staates, in dem eine Nation dominiere, zu Unruhen der Minderheitennationen.<sup>222</sup>

S. Caneys Replik verdient Zustimmung. Nicht die Anerkennung einer gerechtfertigten Sezession, sondern deren ungerechtfertigte Ablehnung bedroht den inneren Frieden eines Staates und zugleich die Stabilität der internationalen Ordnung. Im Übrigen stellt die Unabhängigkeit in einem eigenen Staat für viele Gruppen bereits aus praktischen Gründen kein erstrebenswertes Ziel dar, z. B. weil keine handlungsfähige Regierung etabliert ist oder die wirtschaftliche Lage eine Staatsgründung nicht erlaubt.

Die von A. Margalit und J. Raz vorgeschlagene Definition der Träger des Rechts auf Selbstbestimmung („encompassing groups“) ist insofern problematisch, als Gruppen weder territorial noch personal ohne weiteres abgrenzbar sind. Gruppen sind nicht homogen, sondern beinhalten andere Gruppen, so dass Minderheitenkonflikte entstehen könnten.<sup>223</sup> Im Übrigen gibt es keinen Grund, ausschließlich kulturelle Gruppen als Nationen anzuerkennen. Zählte man ethnische und solidarische Gruppen dazu, wären konfligierende Kriterien nicht zu vermeiden mit der Folge, dass eine Gruppe Teil mehrerer Nationen sein könnte.<sup>224</sup>

---

<sup>222</sup> S. Caney, National Self-Determination and National Secession, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 172 f.

<sup>223</sup> So auch H. Beran, der die konfligierenden Rechte für entweder unlösbar oder nur willkürlich lösbar hält, *History of European Ideas* 16 (1993), S. 481.

<sup>224</sup> D. George hält die instrumentelle Rechtfertigung des Selbstbestimmungsrechts vor dem Hintergrund dieser Unbestimmtheiten nicht für gut begründet, *The ethics of national self-determination*, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 78 ff.

Schließlich ist die kommunitäre These von der kulturellen Determiniertheit individueller Ziele und Beziehungen abzulehnen. Die Zugehörigkeit zu einer Kultur mag eine große Bedeutung für den einen oder anderen haben, ist dem einzelnen aber nicht von vornherein unwiderruflich auferlegt. Sie kann vielmehr aufgekündigt werden, selbst wenn dies mit Unannehmlichkeiten verbunden sein sollte, und ist insofern frei wählbar. Für *F. R. Tesón* zeigt sich an diesem Punkt die fundamentale Meinungsverschiedenheit zwischen Liberalen und Kommunitaristen: Die Möglichkeit des Individuums, jede kulturelle Praxis zu hinterfragen, sie gegebenenfalls zu verwerfen und sich von ihr loszusagen, sei eine der wichtigen Grundannahmen des Liberalismus. Insofern müsse eine liberal-demokratische Gemeinschaft auf irgendeiner Form von Zustimmung beruhen. Eine nichtvoluntaristische Fundierung von Gruppenzugehörigkeit sei hiermit unvereinbar.<sup>225</sup>

#### 4.1.2.3 *Argument des Kulturerhalts*

##### 4.1.2.3.1 Inhalt und Begründung

Im Vergleich zu den beiden vorhergehenden Varianten wird durch das *Argument des Kulturerhalts*<sup>226</sup> ein erheblich schwächeres Sezessionsrecht begründet. Nach Auffassung von *Allan Buchanan* ist eine Sezession zum Zwecke des Erhalts einer Kultur unter folgenden restriktiven Voraussetzungen gerechtfertigt: „(1) The culture in question must in fact be imperiled. (2) Less disruptive ways of preserving the culture (e. g., special minority group rights within the existing state) must be unavailable or inadequate. (3) The culture in question must meet minimal standards of justice (unlike Nazi culture or the culture of the Khmer Rouge). (4) The seceding cultural group must not be seeking independence in order to establish an illiberal state, that is, one which fails to uphold basic individual civil and political rights, and from which free exit is denied. (5) Neither the state nor any third party can have a valid claim to the seceding territory.“<sup>227</sup>

Das Argument des Kulturerhalts basiert – ebenso wie das Argument vom Wohlergehen der Mitglieder des Volkes – auf der Annahme, dass eine Kultur für

---

<sup>225</sup> F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 138.

<sup>226</sup> A. Buchanan, *Secession*, S. 52 ff. („*Preserving Cultures*“).

<sup>227</sup> A. Buchanan, *Secession*, S. 61.

das Leben der ihr angehörenden Individuen wertvoll und deshalb schützenswert ist. Die Kulturgemeinschaft bilde einen wertvollen Kontext für die Wahlfreiheit des einzelnen.<sup>228</sup> Auf diese Weise schaffe Kultur eine angemessene Struktur für individuelles Streben nach einem guten Leben. Die Partizipation an einer Gemeinschaft sei aber nicht nur eine strukturelle Bedingung für das erfolgreiche Streben nach anderen Gütern, sondern bereits an sich wichtiger Bestandteil im Verständnis der meisten Individuen von einem guten Leben und insofern ein fundamentales intrinsisches Gut.<sup>229</sup> Fraglich sei allerdings, ob aus diesen Überlegungen ohne weiteres ein Recht auf Kulturerhalt resultiere, das Sezessionen rechtfertige. Selbst wenn dieses Recht existieren würde, könne es jedenfalls keinen Anspruch auf fortdauernde Existenz einer speziellen Kultur generieren. Ein Individuum müsse lediglich die Möglichkeit haben, irgendeiner Kultur anzugehören. Problematisch sei, dass Individuen häufig an ihrer untergehenden Kultur festhalten wollten, selbst wenn ihnen dies schade. Daraus ergebe sich ein Dilemma: Sollte man die Wünsche der Mitglieder auf Erhalt ihrer Kultur respektieren und ihnen Hilfe anbieten, die den Individuen letztlich abträglich ist, oder sollte man ihr Wohlergehen steigern, selbst wenn dies bedeute, ihre Wahl zurückzuweisen?<sup>230</sup> Im Übrigen müsse das Argument des Kulturerhalts ein solches Gewicht haben, dass es einen Anspruch auf Territorium generiert. Das sei nur dann der Fall, wenn autonome Kontrolle über das Territorium praktisch notwendig sei, das heißt der einzige effektive Weg, die Kultur zu erhalten. Folglich stelle sich die Frage, ob eine Gruppe andere Formen der Kontrolle über das Territorium als volle Souveränität erlangen könnte und ob diese Alternative ausreichen würde, die gefährdete Kultur zu schützen. In Betracht kämen vertraglich zugesicherte beziehungsweise die Erfindung neuer kollektiver Eigentümerrechte, Sprachenrechte oder verfassungsrechtliche Vetorechte für die Gruppe. Eine andere Möglichkeit wäre die Bevollmächtigung der Gruppe, Hindernisse für das Betreten ihres Territoriums durch Nichtmitglieder zu schaffen sowie Mitgliedern, die das Gebiet verlassen wollen, Kosten aufzuerlegen. Unter der Voraussetzung, dass diese speziellen Gruppenrechte unter Beachtung des Mehrheitsprinzips

---

<sup>228</sup> Vgl. W. Kymlicka, *State, Nations and Cultures*, S. 37: „[...] and that participation in one's societal culture provides the primary context for the exercise of individual freedom.“

<sup>229</sup> A. Buchanan, *Secession*, S. 53 f.

<sup>230</sup> A. Buchanan, *Secession*, S. 54 f.

implementiert würden, könnten sie als Beispiel für die Selbstbindung der Gruppe – das heißt die Einschränkung der Freiheit der Mitglieder zugunsten des kollektiven Gutes des Kulturerhalts – gesehen werden. Es gebe also eine Vielzahl milderer Mittel als die Sezession, um gefährdete Kulturen zu schützen. Aus diesem Grund sei das Argument des Kulturerhalts von begrenzter Aussagekraft.<sup>231</sup> Schließlich sei eine Sezession ausgeschlossen, wenn der Staat oder ein Dritter einen Anspruch auf das von der erstrebten Abspaltung betroffene Territorium hat.<sup>232</sup>

Das Sezessionsrecht, das mit dem Argument des Kulturerhalts gerechtfertigt wird, unterliegt starken Einschränkungen:

Weil der Wert kultureller Mitgliedschaft nicht auf die Mitgliedschaft in einer bestimmten Kultur beschränkt sei und Individuen, deren Kultur beschädigt ist, erfolgreich eine andere Kultur annehmen könnten, sei eine Bestandsgarantie für jede einzelne Kultur abzulehnen. Für die Notwendigkeit einer Begrenzung des Rechts auf Kulturerhalt führt A. Buchanan zwei weitere Gründe an: Zum einen gebe es nicht genügend Raum und andere Ressourcen, um die Autonomie aller Kulturen gewährleisten zu können. Zum anderen verdienten unmoralische wie beispielsweise nazistische Kulturen keinen Schutz.<sup>233</sup>

Darüber hinaus könne eine ansonsten gerechtfertigte Sezession unzulässig sein, wenn mit ihr das Ziel verfolgt werde, einen illiberalen Staat zu gründen. Die Separatisten wollten zwar freiwillig in einer derartigen politischen Gemeinschaft leben und auf ihre liberalen Rechte jedenfalls teilweise verzichten, gleichzeitig aber auch für spätere Generationen oder Mitglieder, die nicht wählen dürften, mitentscheiden. Das gelte allerdings nur dann, wenn das Verlassen des illiberalen Staates verboten sei, nicht aber, wenn jeder Bürger über seinen Verbleib in dieser politischen Gemeinschaft frei entscheiden könne. Daraus resultiere ein liberales Paradox: Im ersteren Fall sei die Sezession – notfalls mit illiberalen Mitteln wie Gewalt – zu verhindern, im letzteren Fall die Gründung des illiberalen Staates zu akzeptieren. Im Rahmen einer liberalen politischen Theorie müsse folglich entweder die Anwendung illiberaler Mittel oder die Verfolgung eines illiberalen

---

<sup>231</sup> A. Buchanan, *Secession*, S. 57 ff.

<sup>232</sup> A. Buchanan, *Secession*, S. 60 f.

<sup>233</sup> A. Buchanan, *Secession*, S. 55 f.



Zwecks gerechtfertigt werden. Eine andere Entscheidung würde den Rahmen einer liberalen Theorie sprengen oder wäre streng paternalistisch.<sup>234</sup>

#### 4.1.2.3.2 Kritik

Die Bedingungen, die nach A. *Buchanans* Argument des Kulturerhalts für eine rechtsethisch gerechtfertigte Sezession notwendig erfüllt sein müssen, sind problematisch:

Hinsichtlich der ersten Voraussetzung stellt sich die Frage, warum für die Anerkennung eines Sezessionsrechts die Ausrottung der Kultur drohen muss. Wenn eine Kultur für das Leben der Individuen wertvoll ist, gilt dies ebenso für eine politische Gemeinschaft, die diese Kultur in einem größeren Umfang als eine andere politische Gemeinschaft fördert. Folglich müsste als Voraussetzung eines gerechtfertigten Sezessionsrechts genügen, dass mit der Abspaltung die Gründung eines Staates, der die Kultur stärker unterstützt als der bisher bestehende multikulturelle Staat, bezweckt wird.<sup>235</sup>

Fraglich ist auch, weshalb eine Sezession nur dann gerechtfertigt sein soll, wenn kein milderes Mittel zur Verfügung steht, das ebenso den Erhalt der Kultur gewährleisten würde. Warum soll eine Sezession ausgeschlossen sein, wenn die Kultur auf diese Weise am einfachsten und sichersten bewahrt werden könnte oder deren Mitglieder diesen Weg statt anderer politischer Mechanismen bevorzugen?

Darüber hinaus ist nicht klar, warum eine Sezession unzulässig sein soll, wenn der Staat oder eine dritte Partei einen Anspruch auf das von der Abspaltung betroffene Territorium hat. Diese Bedingung impliziert, dass die etablierte Herrschaft über ein Territorium grundsätzlich sakrosankt ist. Mit Hilfe des Arguments des Kulturerhalts soll aber gerade herausgefunden werden, ob nicht ausnahmsweise ein Aufbrechen der territorialen Souveränität gerechtfertigt ist, weil die unabhängige Herrschaft über das Gebiet die einzige Möglichkeit darstellt, eine Kultur zu erhalten. Die Frage nach dem Anspruch auf das von der Sezession betroffene Territorium ist demzufolge an dieser Stelle unzulässig.<sup>236</sup>

---

<sup>234</sup> A. Buchanan, *Secession*, S. 60. Das liberale Paradox entfaltet A. Buchanan im Rahmen seines Arguments „*Soft Paternalism*“ contra Sezessionen, *Secession*, S. 101 f.

<sup>235</sup> Ähnlich S. Caney, *The Journal of Political Philosophy*, 5 (1997), S. 365.

<sup>236</sup> So auch S. Caney, *The Journal of Political Philosophy*, 5 (1997), S. 366 f.

Abgesehen davon ist ohnehin zweifelhaft, ob eine Sezession ein geeignetes Mittel für den Erhalt einer Kultur darstellt. So ist *Keith Dowding* der Ansicht, dass der Erhalt einer Kultur nicht lediglich politische Separation, sondern sogar Isolation erfordere.<sup>237</sup> Wo auch immer Kulturen in unmittelbarer Konkurrenz stünden, würde die Minderheitenkultur im umfassenderen kulturellen Kontext verschwinden. Nur eine territorial distinkte Gemeinschaft mit relativ undurchlässigen Grenzen könne die Erosion kultureller Identität verhindern. Mit Hilfe eines auf das Kulturgut Sprache angewandten Modells werde dies anschaulich. Danach würde sich die Sprache der Mehrheit aufgrund ihrer Nützlichkeit – das ist die Fähigkeit, mit einer größeren Gruppe zu kommunizieren – gegenüber der Sprache einer Minderheit durchsetzen. Dieses Ergebnis sei paradigmatisch für andere Aspekte der Kultur. Die Bedeutung des Modells liege in der Erkenntnis, dass eine Minderheitenkultur ihre Identität durch die individuelle Wahl ihrer Mitglieder verlieren könne, selbst wenn diese über den kulturellen Verlust bekümmert seien. Daraus erhellte sich auch das Erfordernis eines distinkten Territoriums. Die Nützlichkeit, eine fremde Sprache zu lernen, hänge vom Grad der Interaktion mit den Fremdsprachen-Sprechenden ab. Dies werde wiederum nicht nur davon beeinflusst, wie viele Fremdsprachen-Sprechende es gebe, sondern auch von der Wahrscheinlichkeit, diese zu treffen. In einem gemischt-sprachlichen Territorium mit offenen Grenzen sei die Wahrscheinlichkeit erheblich höher als in homogenen Territorien mit relativ undurchlässigen Grenzen. Das Modell demonstrierte folglich, dass Sezession nicht ausreiche, um eine Kultur zu erhalten: Isolation sei hierfür erforderlich.<sup>238</sup>

Da die Isolation einer Kultur in einer Welt, die durch zunehmende Globalisierung gekennzeichnet ist, wenig realistisch sein dürfte, bleiben Zweifel, ob der Erhalt einer untergehenden Kultur überhaupt möglich ist. Regelmäßig werden Individuen gute Gründe dafür haben, sich von einer bestimmten Kultur abzuwenden. Selbst wenn der Verlust der Kultur letztlich gegen ihre eigenen Interessen verstieße, beruht dies auf der freien Wahl der Individuen. Der Erhalt der unerwünschten

---

<sup>237</sup> K. Dowding, *Secession and Isolation*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 71.

<sup>238</sup> K. Dowding, *Secession and Isolation*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 83 ff. Das Modell, das K. Dowding – vereinfacht und leicht modifiziert – zur Illustration heranzieht, basiert auf einer rational-choice Analyse von Mike Nicholson, *Language and communication: a rational choice analysis of the learning of second languages*, PSA Rational Choice Group, 13 June, Brian Barry's flat, Bloomsbury, London 1994.

Kultur wäre in einer solchen Situation nur durch Anwendung erheblichen politischen Zwangs denkbar.<sup>239</sup>

Die Gefahr, dass Selbstbestimmung und spezielle Gruppenrechte, die dem Erhalt einer Kultur dienen, zu übermäßig repressiver Politik führen, besteht auch nach Einschätzung von *Fernando R. Tesón*. Der Untergang einer Kultur beruhe darauf, dass deren Mitglieder eine andere Kultur präferierten. Wenn die Menschen ihre Wahl gegen die originäre Kultur treffen würden, sei diese auch durch das Recht auf Selbstbestimmung nicht zu schützen. Gegen den Willen der Bürger könnte eine neue souveräne Regierung die gefährdete Kultur nur durch Einsatz staatlicher Gewalt erhalten. Selbstbestimmung und spezielle Gruppenrechte als Lösung gegen den Untergang einer Kultur würden deshalb häufig die Anwendung von Gesetzesrecht rechtfertigen, das die frei Wahl der Gruppenmitglieder in einer Art einschränke, die mit der Autonomie der Person nicht vereinbar sei.<sup>240</sup> Das Argument des Kulturerhalts ließe sich auch nicht als Lösung des Dilemmas öffentlicher Güter rechtfertigen. Die politische Ökonomie versteht unter öffentlichen Gütern solche, die nicht individuell parzelliert werden und vom Subjekt her gesehen niemanden ausschließen.<sup>241</sup> Das Dilemma entstehe, wenn Menschen durch eine bestimmte individuelle Wahl, die andere in ähnlicher Weise treffen, bisweilen unbewusst ein unerwünschtes kollektives Ergebnis erzielen.<sup>242</sup> In der Literatur über öffentliche Güter werde die Auffassung vertreten, in Fällen derartigen Marktversagens sei staatliche Intervention erforderlich, um Menschen dabei zu helfen, das zu tun, was sie eigentlich tun wollten. Danach wäre eine Sezession zur Bildung einer Regierung nötig, die ein Marktversagen korrigieren und der Präferenz der Mitglieder für das öffentliche Gut (Erhalt der Kultur) Gesetzeskraft verleihen könnte. Diese Auffassung beruhe auf der Prämisse, dass alle Gruppenmitglieder das fragliche öffentliche Gut wollten, entweder mit oder

---

<sup>239</sup> Häufig dürften die in diesem Fall notwendigen Zwangsmaßnahmen gegen Individualrechte verstoßen. So würde beispielsweise A. Buchanans Vorschlag, Mitgliedern, die ein Gebiet verlassen wollen, Kosten aufzuerlegen, mit dem Recht auf Emigration aus Art. 12 Abs. 2 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966 kollidieren.

<sup>240</sup> F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 139.

<sup>241</sup> O. Höffe, *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, S. 386.

<sup>242</sup> Als Beispiel nennt F. R. Tesón die von vielen Menschen individuell gewählte Sprache, die auf diese Weise eine andere Sprache verdränge, *A Philosophy of International Law*, S. 139 f. Vgl. auch das von K. Dowding skizzierte Modell.

ohne ihren Beitrag. Die Annahme sei jedoch falsch, da es Menschen gebe, die weder an der Produktion noch an dem Konsum des Gutes interessiert seien. Im Übrigen genüge für die Rechtfertigung staatlicher Zwangsmaßnahmen zur Unterstützung eines öffentlichen Gutes nicht die Feststellung, dass das Gut „öffentlich“ ist. Wenn man einige Menschen zwingen wolle, das Projekt anderer Menschen mitzutragen, müsse man darüber hinaus zeigen, dass es sich hierbei auch tatsächlich um ein „Gut“ handelt.<sup>243</sup>

Das Argument des Kulturerhalts ist demnach mit zahlreichen Unklarheiten behaftet: Wie stark werden Individuen durch eine bestimmte Kultur geprägt? Was bedeutet Kultur? Welche kulturellen Werte und Praktiken können akzeptiert werden? Schließlich bleibt zweifelhaft, ob die Aufrechterhaltung einer speziellen Kultur für das Wohlergehen von Individuen möglich und erforderlich ist. Nicht zuletzt deshalb ist ein auf das Argument des Kulturerhalts gegründetes Sezessionsrecht abzulehnen.

#### 4.1.3 Zusammenfassung: Kollektivistische Sezessionstheorie

Wenngleich die Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts im Einzelnen sehr unterschiedlich begründet wird, weisen die genannten Argumente einige Gemeinsamkeiten bzw. Ähnlichkeiten auf:

- Das Sezessionsrecht ist ein spezielles Gruppenrecht, dessen rechtsethische Rechtfertigung entweder gar nicht (kollektivistische Version) oder nur mittelbar (gemischt kollektivistisch-individualistische Version) auf den Interessen der Gruppenmitgliedern basiert. Es ist folglich nicht unmittelbar auf Individualinteressen reduzierbar.<sup>244</sup>
- Die weitaus größere Gruppe der Vertreter einer gemischt kollektivistisch-individualistischen Position nennt die Förderung der distributiven Gerechtigkeit bzw. das Wohlergehen (der Mitglieder) des Volkes als Interessen der Gruppenmitglieder, die das Sezessionsrecht vermitteln. Geht man davon aus,

---

<sup>243</sup> F. R. Tesón, A Philosophy of International Law, S. 139 ff.

<sup>244</sup> Diese Differenzierung markiert hier den Unterschied zwischen kollektivistischen und individualistischen Sezessionstheorien. Es wäre allerdings auch vertretbar, die gemischt kollektivistisch-individualistische Version der Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts bereits als normativ-individualistische Theorie anzuerkennen, da deren Rechtfertigung jedenfalls mittelbar auf Individualinteressen beruht.

dass durch Förderung der distributiven Gerechtigkeit gleichermaßen das Wohlergehen der Gruppenmitglieder gesteigert wird, stellt letzteres das umfassendere Interesse dar. Pointiert – und zugleich simplifiziert – lässt sich die gemischt kollektivistisch-individualistische Version der Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts dahingehend zusammenfassen, dass ein prima facie Recht auf Sezession besteht, wenn es dem Wohlergehen (der Mitglieder) der sezedierenden Gruppe dient.

- Sowohl die Vertreter der Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts als auch ihre Kritiker treten für eine Einschränkung des Sezessionsrechts ein: Gründe, die das prima facie Recht auf Sezession überwiegen, sind insbesondere die Gefahr der Zersplitterung der internationalen Staatengemeinschaft mit ihren befürchteten nachteiligen Folgen und drohende Rechtsverletzungen gegenüber Bürgern des neuen Staates, beispielsweise Minderheiten, wie auch des Reststaates.
- Gruppen, die sich auf ein Sezessionsrecht berufen können, werden teilweise unterschiedlich bezeichnet und definiert. Übereinstimmung besteht insofern, als souveräne Staaten stets, bloße Interessengruppen nie als Träger von Gruppenrechten anerkannt sind. Des Weiteren werden Nationen als Gruppen mit eigenen Rechten identifiziert („nationales“ Selbstbestimmungsrecht). Eine einheitliche Definition des Begriffs „Nation“ findet sich allerdings nicht. Dasselbe gilt für „Völker“, „ethnic communities“ und „encompassing groups“, die darüber hinaus als Träger von Gruppenrechten zur Diskussion stehen. Die Definitionsversuche weisen allerdings zahlreiche Gemeinsamkeiten auf. Dabei überwiegt ein subjektives Kriterium, wie Selbstidentifikation, das allerdings in den meisten Fällen durch objektive Kriterien, wie Sprache, Religion, Tradition, Kultur, Rasse, ergänzt wird.

#### **4.2 Individualistische Sezessionstheorien**

Das Rechtfertigungsprogramm individualistischer Sezessionstheorien rekurriert auf die Zustimmung, manifesten Interessen oder Belange der von der Sezession betroffenen Menschen. Vertreter individualistisch geprägter Theorien nähern sich der Sezessionsproblematik aus verschiedenen Richtungen:

In einem Teil der Literatur liegt der Schwerpunkt der Diskussion auf der ethischen Bewertung der für ein Sezessionsrecht denkbaren Gründe. Die Gründe, die zur Rechtfertigung von Sezessionsbestrebungen angeführt werden, sind ganz unterschiedlicher Natur. A. Buchanan diskutiert beispielsweise praktische Gründe für ein Sezessionsrecht, wie „Erleichterung des Eintritts in eine politische Union“ oder „Effizienzsteigerung“.<sup>245</sup> Im Rahmen einer rechtsethischen Untersuchung sind praktische gegenüber ethischen Gründen allerdings von untergeordneter Bedeutung. Der erste Teil dieses Abschnitts (1) ist deshalb auf die Darstellung der *Unrechtstheorie*, die ethische Gründe für ein Sezessionsrecht zum Inhalt hat, beschränkt.

Nach einer anderen in der Literatur vertretenen Auffassung sind die für ein Sezessionsrecht vorgebrachten Gründe irrelevant. Entscheidend für die rechtsethische Rechtfertigung sei in erster Linie, dass sich eine Gruppe für die Sezession ausgesprochen hat. Da ein ausuferndes Sezessionsrecht nicht gerechtfertigt erscheint, werden diverse Einschränkungen definiert. Diese als *Wahltheorie* bezeichnete Auffassung wird im zweiten Teil (2) vorgestellt.

#### 4.2.1 Unrechtstheorie

Eine Sezession ist nach der Unrechtstheorie dann rechtsethisch gerechtfertigt, wenn die Mitglieder der sezedierenden Gruppe Unrecht entweder gegenwärtig erleiden oder in der Vergangenheit erlitten haben. Es gibt zwei Versionen dieser Theorie, die sich in der Art des Unrechts unterscheiden: Nach der *territorialen Version* muss es sich um ein historisches Unrecht handeln, das in allen Fällen illegitimer Herrschaft über das von der sezedierenden Gruppe rechtmäßig beanspruchte Territorium durch den von der Sezession betroffenen Staat vorliegt (a). Die *personale Version* setzt hingegen voraus, dass die Gruppenmitglieder als solche Opfer einer fortwirkenden ungerechten Behandlung sind (b). Demnach wird das Sezessionsrecht in der ersten Version primär mit dem Verlust legitimer Herrschaft eines Staates über sein Territorium begründet, während die zweite Version das Sezessionsrecht auf den Verlust legitimer Herrschaft eines Staates über seine Bürger stützt.

---

<sup>245</sup> A. Buchanan, Secession, S. 37 f. („*Making Entry Easier*“), 45 ff. („*Enhancing Efficiency*“).

#### 4.2.1.1 Territoriale Version

##### 4.2.1.1.1 Inhalt

Hauptvertreterin der territorialen Version der Unrechtstheorie ist *L. Brilmayer*.<sup>246</sup> Ausgangspunkt ihrer Argumentation ist die Überlegung, dass Sezessionsforderungen immer mit Ansprüchen auf bestimmte Territorien verbunden sind, die grundsätzlich mit dem Prinzip der territorialen Integrität der betroffenen Staaten konfliktieren. Nur ausnahmsweise seien Sezessionen mit diesem Prinzip kompatibel: Ein Staat könne sich dann nicht auf seine territoriale Integrität berufen, wenn die sezedierende Gruppe einen Anspruch auf das von ihr besiedelte Territorium hat. Ein derartiger Anspruch bestehe, wenn die Gruppe Opfer eines historischen Unrechts ist. Als historisches Unrecht gelten Annexion, Kolonisation oder die unfreiwillige Verbindung der Territorien zweier Staaten durch einen dritten.

*L. Brilmayer* wendet sich mit ihrer Theorie gegen die rechtsdogmatische Konzeption des Selbstbestimmungsrechts der Völker, aus dem das Sezessionsrecht hergeleitet wird. Die völkerrechtliche Diskussion der Sezessionsproblematik leide unter einer Überbetonung der ethnischen Frage. Dadurch gerate das Sezessionsrecht in ein unauflösbares Spannungsverhältnis zum Prinzip der territorialen Integrität. Schließlich könne die ethnische Unterscheidbarkeit einer Gruppe von der übrigen Bevölkerung des Staates allein keinen Anspruch auf ein bestimmtes Territorium generieren. Die Sezession als Rechtsmittel, das auf Abtrennung eines bestimmten Territoriums gerichtet ist, müsse durch einen Anspruch auf das betreffende Territorium gerechtfertigt werden. Deshalb stehe statt der ethnischen die territoriale Frage im Vordergrund. Die Kontroverse um den Volksbegriff sei für die Feststellung eines Anspruchs auf ein bestimmtes Territorium allerdings keineswegs irrelevant. Vielmehr bestehe der Anspruch nur dann, wenn das historische Unrecht, das diesen begründet, fortwirkt. Das setze eine weitgehende ethnische Identität der das Territorium gegenwärtig besiedelnden Gruppe mit derjenigen, die das historische Unrecht erlitten hat, voraus. Nur unter diesen Umständen kann eine Gruppe glaubhaft machen, von vergangenen Ereignissen bis in die Gegenwart betroffen zu sein.

---

<sup>246</sup> *L. Brilmayer*, *Yale Journal of International Law* 16 (1991), S. 177 ff. Zur territorialen Version der Unrechtstheorie siehe auch *S. Joseph*, *The International Journal of Human Rights* 3 (1999), S. 40 ff.

L. Brilmayer schränkt das Sezessionsrecht ein, weil sie erkennt, dass die territoriale Version der Unrechtstheorie in praxi auf Probleme stoßen kann: Historisches Unrecht und damit der Anspruch auf das betreffende Territorium könnte in einigen Fällen schwer nachzuweisen sein. Selbst wenn der Nachweis gelänge, wären möglicherweise entgegenstehende Interessen schützenswert und deshalb zu berücksichtigen, so dass der Anspruch nicht durchsetzbar sein dürfe.<sup>247</sup> Aus diesen Gründen schlägt sie einige Kriterien vor, die bei widerstreitenden Interessen die Bewertung einer Sezessionsforderung als rechtsethisch gerechtfertigt erlauben sollen.<sup>248</sup> Das Sezessionsrecht sei umso stärker,

- je kürzer das historische Unrecht zurückliegt,<sup>249</sup>
- je gravierender das historische Unrecht ist,
- je nachdrücklicher die betroffene Gruppe die Rechtsverletzung in der Vergangenheit gerügt hat und
- je geringer die Fremdbesiedelung des betroffenen Territoriums ist.

L. Brilmayer gibt allerdings zu bedenken, dass die Gefahr der Manipulation durch den Staat bestehe und die letzten beiden Kriterien insofern von geringerer Aussagekraft seien: Zum einen könne die Rüge des historischen Unrechts durch Androhung staatlicher Sanktionen unterdrückt werden, zum anderen sei eine gezielte Fremdbesiedelung des Territoriums möglich.

---

<sup>247</sup> Vgl. hierzu auch A. Buchanan's erstes Argument gegen ein Sezessionsrecht „*Protecting Legitimate Expectations*“, *Secession*, S. 87 ff.

<sup>248</sup> L. Brilmayer diskutiert diese Kriterien unter dem Stichwort „*adverse possession*“, *Yale Journal of International Law* 16 (1991), S. 199. Nach A. Buchanan geht der territoriale Anspruch analog dieses im common law existierenden Rechtsinstituts unter folgenden Voraussetzungen unter: „*A claim of adverse possession is valid if and only if these conditions are satisfied. 1. Possession or occupation (by the nonowner) is open- that is to say, easily knowable by anyone in the vicinity. 2. The owner has the opportunity freely to protest the other's possession or occupation of the property, or otherwise to seek to validate his own title to it, but does not do so. 3. The possession or occupation by the nonowner is continuous for some period of time (usually specified by statute). 4. The possession or occupation is exclusive. (A plurality of distinct claimants to title by adverse possession defeats the claim of any one of them.)*“, *Secession*, S. 90. Allerdings konzidiert er, dass dies in realen Sezessionsfällen aufgrund der restriktiven Voraussetzungen äußerst unwahrscheinlich ist. Ebenso verhielte es sich bei analoger Anwendung der im deutschen BGB (§§ 938 ff.) geregelten „*Ersitzung*“, die regelmäßig wegen fehlender Gutgläubigkeit des Besitzers scheitern würde.

<sup>249</sup> A. Buchanan bezeichnet das Kriterium als „*pragmatic premise*“: In Fällen dieser Art bestehe ein Sezessionsrecht, das aber nicht durchsetzbar sei, *Secession*, S. 88 f.



#### 4.2.1.1.2 Kritik

Der Grundgedanke der territorialen Version der Unrechtstheorie verdient Zustimmung.<sup>250</sup> Kolonisation, Annexion bzw. die unfreiwillige Verbindung zweier Territorien durch einen dritten sind Unrechtstatbestände, so dass die Retribution grundsätzlich ethisch gerechtfertigt ist.<sup>251</sup> „The right to secede, under these circumstances, is just the right to reclaim what is one’s own.“<sup>252</sup>

Die ausschließlich territoriale Lösung der Sezessionsproblematik ist allerdings aus verschiedenen Gründen abzulehnen: Voraussetzung dieser Theorie ist, dass bestimmte Staatsgrenzen mit Blick auf historische Ereignisse als gerecht oder ungerecht bewertet werden. Nur auf diese Weise kann die Existenz eines unzweifelhaften Titels auf das von der sezedierenden Gruppe beanspruchte Territorium nachgewiesen werden. Die Theorie beruht folglich auf der Vorstellung, es gebe einen „gerechten Status quo ante“, „eine historische Zeit vor dem Sündenfall“.<sup>253</sup> Hiergegen wendet C. Chwaszcza zu Recht ein, dass dies eine Illusion sei, die „unweigerlich in die Aporie (führe), weil sich kein legitimer Anfang finden lässt“.<sup>254</sup> L. Brilmayers Vorschlag, die zeitliche Rückerstreckung des Sezessionsrechts zu begrenzen,<sup>255</sup> ist lediglich pragmatischer Natur und vermag den theoretischen Einwand nicht zu entkräften.

Außerdem basiert die Theorie auf der fehlerhaften Annahme, die Herrschaft über ein bestimmtes Territorium sei eine Art Eigentümerrecht.<sup>256</sup> Wie auch immer man

---

<sup>250</sup> Für die Anerkennung eines Sezessionsrechts in diesen Fällen auch A. Buchanan, *Journal of International Affairs* 45 (1991/92), S. 353; ders., *Ethics* 101 (1991), S. 329 ff.; ders., *Secession*, S. 67 ff.; C. Chwaszcza, *Selbstbestimmung, Sezession und Souveränität*, in: Dies./W. Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, S. 470 ff.; F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 142.

<sup>251</sup> Diese Tatbestände kollidieren mit dem völkerrechtlichen Prinzip der territorialen Integrität und sind deshalb auch rechtsdogmatisch als völkerrechtswidrig zu bewerten. S. Oeter bezeichnet die Sezession nach vorangegangener Annexion als „*unecht*“, da kein wirklicher Titel territorialer Souveränität existiert, der de jure eine staatliche Verselbständigung der Selbstbestimmungseinheit verhindern könnte“, *ZaöRV* 52 (1992), S. 750.

<sup>252</sup> A. Buchanan, *Journal of International Affairs* 45 (1991/92), S. 353; ders., *Ethics* 101 (1991), S. 330; ders., *Secession*, S. 67.

<sup>253</sup> C. Chwaszcza, *Selbstbestimmung, Sezession und Souveränität*, in: Dies./W. Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, S. 474.

<sup>254</sup> Ebd.

<sup>255</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen unter B. II. 1. a) aa).

<sup>256</sup> A. Buchanan, *Secession*, S. 107 ff.; F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 144 f.

die Gebietshoheit eines Staates oder den territorialen Anspruch einer Gruppe qualifiziert: eine eigentumsähnliche Qualität ist aus einer normativ-individualistischen Perspektive jedenfalls abzulehnen, da der Staat oder die Gruppe das Gebiet *für die Bürger* verwaltet und verteidigt. Die territoriale Souveränität ist daher eine Art juristische Macht, nicht aber ein spezielles Eigentümerrecht.<sup>257</sup> F. R. Tesón weist zu Recht darauf hin, dass es sich bei dem territorialen Anspruch einer Gruppe ebenso wenig um die Summe privater Eigentümerrechte handelt. Andernfalls könnte eine Gruppe bereits dann den Anspruch auf ein bestimmtes Territorium geltend machen, wenn deren Mitglieder Eigentümer der entsprechenden Ländereien sind. Dies sei jedoch eine Fehlkonstruktion des Begriffs „Territorium“, das schließlich der Ort zur Ausübung von Hoheitsrechten sei, die durch den Gesellschaftsvertrag der jeweiligen Regierung übertragen wurden.<sup>258</sup>

Darüber hinaus ist der Anspruch auf ein bestimmtes Territorium weder eine hinreichende noch eine notwendige Bedingung für ein rechtsethisch gerechtfertigtes Sezessionsrecht.<sup>259</sup> Eine Sezession berührt nicht nur die Frage der legitimen Herrschaft eines Staates über sein Territorium, sondern auch die der legitimen Herrschaft über seine Bürger. Mit ihrer Theorie wendet sich L. Brilmayer zugleich gegen die Vernachlässigung der ersteren und die Überbetonung der letzteren. Indem sie ausschließlich territoriale Gründe für ein Sezessionsrecht zulässt, begeht sie in umgekehrter Weise denselben Fehler. Von einem ethischen Standpunkt aus ist es beispielsweise äußerst bedenklich, einer Gruppe, deren Mitglieder erheblichen Rechtsverletzungen durch den Staat ausgesetzt sind, ein Sezessionsrecht nur deshalb zu verwehren, weil sie keinen Anspruch auf das Territorium im zuvor beschriebenen Sinne hat.<sup>260</sup> Ebenso ist es fragwürdig, eine Sezession, die zum Zwecke der Rechtsverletzung erstrebt wird, wegen eines bestehenden Anspruchs auf das Territorium für rechtsethisch gerechtfertigt zu

---

<sup>257</sup> So auch A. Buchanan, *Secession*, S. 108.

<sup>258</sup> F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 144.

<sup>259</sup> So auch A. Buchanan, *Ethics* 101 (1991), S. 330; ders., *Secession*, S. 69, 114; F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 143.

<sup>260</sup> Vgl. F. R. Tesón: „*Under the primacy of human rights presupposed by the Kantian thesis, the urgency of escaping oppression may justify special group rights, even secession, notwithstanding the absence of title.*“, *A Philosophy of International Law*, S. 143.

erklären. Zutreffend formuliert *F. R. Tesón*: „Territories are not mere objects of titely; they are loci for rights.“<sup>261</sup>

#### 4.2.1.2 *Personale Version*

##### 4.2.1.2.1 Inhalt

Im Schrifttum wird überwiegend die personale Version der Unrechtstheorie vertreten.<sup>262</sup> Danach ist das Sezessionsrecht wie eine Art Notstandsrecht ausgestaltet.<sup>263</sup> Sezessionen seien nur dann ethisch gerechtfertigt, wenn die Mitglieder der sezedierenden Gruppe Opfer einer massiven Ungerechtigkeit sind und kein anderer Ausweg ersichtlich ist, dem Unrecht zu entgehen. Die Vertreter dieser Theorie diskutieren vorwiegend zwei Varianten der ungerechten Behandlung: die ungerechtfertigte Inkorporation einer Region in eine größere Union sowie die evidente und eklatante Verletzung von Menschenrechten der Gruppenmitglieder.

Die Sezession als Rechtsmittel gegen die ungerechtfertigte Inkorporation einer Region in eine größere Union wurde bereits im Rahmen der territorialen Version dargestellt.<sup>264</sup> Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass Vertreter der personalen Version der Unrechtstheorie die ausschließlich territoriale Interpretation der Sezessionsproblematik ablehnen, da der Anspruch einer Gruppe auf ein

---

<sup>261</sup> Ebd. D. Philpott formuliert noch pointierter: „[...] *self-government, not a legal argument about history of one's land, is the central issue.*“, *Ethics* 105 (1995), S. 376.

<sup>262</sup> A. H. Birch, *Political Studies* 32 (1984), S. 596 ff.; C. Chwaszcza, Selbstbestimmung, Sezession und Souveränität, in: Dies./W. Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der Internationalen Beziehungen*, S. 491 ff.; K. Dowding, *Secession and Isolation*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 71 ff.; R. E. Ewin, *Journal of Applied Philosophy* 11 (1994), S. 225 ff.; V. Hösle, *Moral und Politik*, S. 986 ff.; F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 147 f. A. Buchanan bezeichnet seine Auffassung, die er in *Journal of International Affairs* 45 (1991/92), S. 347 ff.; *Ethics* 101 (1991), S. 322 f., und insbesondere *Secession* entfaltet, als „*Remedial Right Only Theory*“, *Philosophy and Public Affairs* 26 (1997), S. 34 ff. Auf die Explikation der durchaus bestehenden, für den Zweck dieser Darstellung jedoch marginalen Divergenzen zwischen den verschiedenen Beiträgen wird im Folgenden weitgehend verzichtet.

<sup>263</sup> Vgl. §§ 34, 35 StGB. C. Chwaszcza versteht „*Sezession als ultimative Maßnahme gegen politische Ungerechtigkeit als besondere Form des Widerstandsrechts*“, Selbstbestimmung, Sezession und Souveränität, in: Dies./W. Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der Internationalen Beziehungen*, S. 491 ff.

<sup>264</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen unter C. II. 1. a).

bestimmtes Territorium nach ihrer Auffassung weder eine hinreichende noch eine notwendige Bedingung für ein Sezessionsrecht ist.<sup>265</sup>

Fallgruppen der zweiten Variante sind Verletzungen der physischen oder psychischen Integrität, Missachtung grundlegender Bürgerrechte oder Verhinderung der politischen Partizipation sowie ökonomische Diskriminierung.<sup>266</sup>

Die ungerechte Behandlung müsse allerdings massiv sein und systematisch erfolgen.<sup>267</sup> Nicht ausreichend seien beispielsweise Menschenrechtsverletzungen, die in der Vergangenheit begangen wurden und keine Auswirkungen auf die Gegenwart haben, oder eine bloß politische bzw. ökonomische Schlechterstellung der Gruppe. Unerheblich sei, ob der Staat selbst die Rechtsverletzungen aktiv herbeiführt oder wegen Vernachlässigung seiner Schutzpflicht für die Rechtsverletzung durch andere Gruppen oder Staaten verantwortlich ist. Des Weiteren dürfe es kein milderes Mittel als die Sezession geben, das ebenso wirksam die massive Ungerechtigkeit beenden könnte. Die Abspaltung des Territoriums müsse die Ultima ratio sein, denn nur in diesem Fall überwiege das Sezessionsrecht das Recht des Staates auf territoriale Integrität.<sup>268</sup>

Zur Begründung der personalen Version der Unrechtstheorie werden unterschiedliche Argumente angeführt:

Nach *Allan Buchanan* verletzt ein Staat, der sich der diskriminierenden Umverteilung<sup>269</sup> zum Nachteil einer bestimmten Gruppe schuldig macht, den

---

<sup>265</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen unter C. II. 1. a) bb).

<sup>266</sup> A. H. Birch, *Political Studies* 32 (1984), S. 599 f.; A. Buchanan, *Secession*, S. 38 ff.; C. Chwaszca, *Selbstbestimmung, Sezession und Souveränität*, in: Dies./W. Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, S. 492 f.; F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 147 f.

<sup>267</sup> A. H. Birch, *Political Studies* 32 (1984), S. 599; F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 147. A. Buchanan bejaht ein Sezessionsrecht unter dem Stichwort „*Self-Defense*“ unter wesentlich engeren Voraussetzungen. Danach muss die Notwehr- bzw. Notstandslage in einer tödlichen Bedrohung der Gruppenmitglieder bestehen, *Secession*, S. 64 ff. Diese restriktive Interpretation wird von den übrigen Vertretern der personalen Version der Unrechtstheorie zu Recht abgelehnt. Ein Notwehr- bzw. Notstandsrecht auf Angriffe gegen das Leben zu beschränken, ist weder in religiösen noch in säkularen ethischen Systemen üblich, vgl. hierzu nur §§ 32, 34 und 35 StGB.

<sup>268</sup> A. H. Birch, *Political Studies* 32 (1984), S. 599 f.; F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 147.

<sup>269</sup> A. Buchanan definiert „*Discriminatory redistribution*“ wie folgt: „[...] *implementing taxation schemes or regulatory policies or economic programs that systematically work to the disadvantage of some groups, while benefiting others, in morally arbitrary ways.*“, *Secession*, S. 40. Er vertritt die Auffassung, dass diskriminierende Umverteilung auch ohne gleichzeitige Verletzung von bürgerlichen und politischen Rechten

Gesellschaftsvertrag. Dieser werde zum gegenseitigen Vorteil geschlossen, so dass die Ausbeutung einer Gruppe zugunsten einer anderen unzulässig sei. Folglich verliere der Staat die Legitimation, politische Herrschaft über die Mitglieder einer Gruppe auszuüben, die er systematisch und massiv diskriminiert. Wenn es keinen anderen Ausweg gibt, dieser fundamentalen Ungerechtigkeit zu entkommen, erwachse der betroffenen Gruppe ein Anspruch auf das Territorium, das sie besiedelt.<sup>270</sup>

*Anthony H. Birch*, einer der Hauptvertreter der personalen Version der Unrechtstheorie, begründet seine Position damit, dass in liberalen Demokratien ein Sezessionsrecht nicht erforderlich sei, da faire Verfahren den Einfluss aller Gruppen auf politische Entscheidungen sicherten. Sowohl die Freiheit der Meinungsäußerung als auch die Versammlungsfreiheit eröffneten Minderheiten die Möglichkeit, in Zukunft mehr Einfluss zu gewinnen und bei Wahlen gegebenenfalls die Stimmenmehrheit zu erlangen. Wenn sich Gruppen ohne Furcht vor Repressalien auf diese Rechte berufen könnten, gebe es keinen Grund, ihnen darüber hinaus Sezessionsfreiheit zuzubilligen. Im Gegenteil: Ein Sezessionsrecht würde zur Destabilisierung eines ausbalancierten und toleranten Systems führen. Gruppen könnten Sezessionsdrohungen strategisch gegen Entscheidungen der Mehrheit, die sie ablehnen, einsetzen und auf diese Weise das Mehrheitsprinzip aushöhlen. Außerdem wären Minderheiten benachteiligt, die sich wegen fehlender territorialer Konzentration nicht auf ein Sezessionsrecht berufen könnten.<sup>271</sup>

Ähnlich argumentiert *Wayne Norman*: Neben der Gefahr, dass Separatisten mit Hilfe von Sezessionsdrohungen die demokratische Kultur korrumpieren könnten, drohe die Unterdrückung von Minderheiten in dem von der Sezession betroffenen

---

möglich sei, S. 41 f.: „*Although it is no doubt true that where discriminatory redistribution occurs one also usually finds violation of basic individual rights and equality of opportunity and sometimes usurpations of the power of subordinate governmental units as well, this need not be the case. [...] Further, it does not appear that the injustice of discriminatory redistribution can be captured adequately by attempts to reduce it to violations of those individual civil and political rights that are here treated as definitive of the core of liberalism. The members of a group may suffer discriminatory redistribution even when its members' rights to freedom of expression or religion have not been violated, for example.*“ Damit würde bloßes „*losing in the democratic process*“ ein Sezessionsrecht generieren, was im Rahmen der Unrechtstheorie nicht mehr begründbar wäre, vgl. F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 147 f.

<sup>270</sup> A. Buchanan, *Ethics* 101 (1991), S. 331; *Secession*, S. 43 ff.

<sup>271</sup> A. H. Birch, *Political Studies* 32 (1984), S. 598 f.

Gebiet. Darüber hinaus seien Sezessionsbestrebungen regelmäßig mit blutigen Auseinandersetzungen verbunden. Aufgrund dieser hohen „Kosten“ seien Sezessionen nur ausnahmsweise gerechtfertigt, und zwar in den Fällen, in denen die Kosten in gewisser Weise durch Gerechtigkeitserwägungen ausgeglichen würden. Wenn ein Staat nur solange legitime Herrschaft über sein Territorium ausübe, wie er die Bürger innerhalb dieses Gebietes gerecht behandelt, sei dies außerdem ein Anreiz für souveräne Staaten, den Minderheitenschutz zu respektieren.<sup>272</sup>

Allerdings sei – selbst wenn die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt sind – eine Sezession im Einzelfall ethisch dann nicht gerechtfertigt, wenn die von der Rechtsverletzung betroffene Gruppe die ungerechte Behandlung schuldhaft provoziert hat.<sup>273</sup> Außerdem müsse sich die sezedierende Gruppe zu den Menschenrechten bekennen. Werde die Abspaltung des Territoriums erstrebt, um einen Unrechtsstaat zu gründen, bestehe grundsätzlich kein Sezessionsrecht.<sup>274</sup>

---

<sup>272</sup> W. Norman, The ethics of secession as the regulation of secessionist politics, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 41 ff.

<sup>273</sup> Siehe A. Buchanan, der diese Einschränkung im Rahmen der Argumente „*Self-Defense*“ (für ein Sezessionsrecht) bzw. „*Self-Defense (as a Justification for Resisting Secession)*“ anführt, *Secession*, S. 64 ff. (S. 65), 91 ff. (S. 95 f.).

Abstrakt formuliert, handelte es sich hierbei um eine missbräuchliche Ausübung des Sezessionsrechts. Es wäre konsequent, alle denkbaren Formen des Missbrauchs gleichzusetzen mit der Folge, dass die unter diesen Umständen durchgeführten Sezessionen ethisch nicht gerechtfertigt wären. Sofern man die Ausgestaltung des Sezessionsrechts als eine Art Notwehr- bzw. Notstandsrecht akzeptiert, sei hinsichtlich der Fallgruppen der missbräuchlichen Ausübung des Notwehr- bzw. Notstandsrechts auf die in der Strafrechtsdogmatik unter den Stichworten „sozialethische Einschränkung der Notwehr“ oder „Gebotenheit der Notwehr“ geführte Diskussion verwiesen; vgl. hierzu C. Roxin, *Strafrecht AT*, Bd. I, S. 555 ff.

<sup>274</sup> F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 143; A. Buchanan erwähnt diese Einschränkung – systematisch meines Erachtens wenig plausibel – als eine des Arguments „*Preserving Cultures*“, *Secession*, S. 60.

Dieses Sezessionsverbot folgt dem Gebot der Logik, da eine Sezession nicht als Mittel gegen Rechtsverletzungen gerechtfertigt werden kann, wenn sie diese gleichzeitig bezweckt. Deshalb muss eine Sezession im Rahmen der personalen Version der Unrechtstheorie auch dann unzulässig sein, wenn sie selbst eine massive ungerechte Behandlung der Bevölkerung des Reststaates darstellt. Das ist etwa der Fall, wenn die Sezession die konkrete Gefährdung der bürgerlichen und politischen Rechte des betroffenen Staatsvolkes bewirkt. Exemplarisch wäre die Bedrohung des durch die Sezession nicht mehr verteidigungsfähigen Reststaates durch einen dritten Unrechtsstaat. Dasselbe gilt, sofern die Sezession nur durch ungerechtfertigte ökonomische Beanspruchung des betroffenen Staates, die nicht lediglich finanziell belastend, sondern massiv und rechtsverletzend wirkt, realisierbar ist; siehe hierzu auch die ausführliche

Nur in dem wenig realen Fall, dass der Aufenthalt in dem illiberalen Staat, der die Ausreisefreiheit garantiert, von den Bürgern freiwillig gewählt wurde, sei eine Sezession gerechtfertigt.<sup>275</sup>

Zur Durchsetzung eines Sezessionsverbots hält A. Buchanan unter sehr restriktiven Voraussetzungen Gewalt für ein gerechtfertigtes *Mittel*.<sup>276</sup> Die gewaltsame Verhinderung einer Sezession bejaht auch F. R. Tesón für bestimmte Ausnahmefälle, die er jedoch nicht konkretisiert.<sup>277</sup>

#### 4.2.1.2.2 Kritik

Gegen die Prämisse der personalen Version der Unrechtstheorie ist ein fundamentaler Einwand zu erheben: Die grundsätzliche Beschränkung von Sezessionen ist mit einer Theorie, die Freiheit als ultimativen Wert postuliert, nicht zu vereinbaren. Deshalb kommt es für die Anerkennung eines Sezessionsrechts nicht darauf an, ob andere Freiheitsrechte zur Verfügung stehen, die weniger intensiv in die politische Gemeinschaft eingreifen. Vielmehr müssen nicht nur die Rechte innerhalb eines bestehenden Staates, sondern auch die Einheit des Staates als solche freiwillig akzeptiert werden. Selbst wenn eine Gruppe ihren Beitritt zu einem Staat in einem demokratischen Referendum gewählt hat, ist es deshalb abzulehnen, die konsensuale Inkorporation als unwiderruflichen

---

Darstellung von A. Buchanan unter dem Stichwort „*Self-Defense (as a Justification for Resisting Secession)*“, *Secession*, S. 91 ff.

<sup>275</sup> Siehe A. Buchanan unter der Überschrift „*Soft Paternalism*“ als Argument gegen ein Sezessionsrecht, *Secession*, S. 101 f.

<sup>276</sup> A. Buchanan, *Ethics* 101 (1991), S. 332 ff. („*Justifications for Forcibly Restisting Secession*“), insbesondere S. 332 ff. („*The self-defense argument*“) und S. 335 f. („*The soft paternalist argument*“). A. A. V. Höhle, *Moral und Politik*, S. 991: „Selbst wenn eine Sezession nicht gerechtfertigt ist, heißt dies noch nicht, dass zu ihrer Verhinderung Gewalt eingesetzt werden sollte; ein Bürgerkrieg ist ein sehr großes Übel, und es kann sehr wohl gerechter sein, die Teilung eines Staates hinzunehmen, als sich einem Bürgerkrieg auszusetzen.“

<sup>277</sup> F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 128: „*Yet even in cases where, all things considered, the group that democratically wishes to secede is not justified in doing so, it does not follow that the parent state has a right to forcibly resist the secession. The right to use force is reserved for a narrower class of cases.*“

Vertragsschluss anzusehen, zumal auch künftige Generationen hiervon betroffen wären.<sup>278</sup>

L. Brilmayer, Vertreterin der territorialen Version der Unrechtstheorie, wendet gegen die personale Version außerdem ein, dass eine ungerechte Behandlung nicht ein Sezessionsrecht, sondern lediglich einen Anspruch auf Unterlassen der ungerechten Behandlung begründen könne. Schließlich sei das Rechtsmittel Sezession mit einem territorialen Anspruch verbunden und könne deshalb auch nur durch territoriale Argumente gerechtfertigt werden.<sup>279</sup>

Gegen diesen Einwand spricht, dass ein Sezessionsrecht von einem ethischen Standpunkt aus jedenfalls dann bestehen sollte, wenn keine bessere Behandlung zu erreichen ist. In diesem Fall muss das Recht des Staates auf territoriale Integrität zurückstehen.<sup>280</sup> Insoweit verdient die personale Version der Unrechtstheorie Zustimmung.

#### 4.2.2 Wahltheorie

Die Wahltheorie ist dadurch gekennzeichnet, dass die Voraussetzungen gerechtfertigter Sezessionen auf der Basis der *Sezessionsfreiheit* definiert werden. Die Überzeugung, dass jede liberale politische Theorie in der Freiheit der Individuen wurzeln muss, bildet die gemeinsame Grundlage der im Einzelnen mehr oder weniger stark divergierenden Ansätze. In Abgrenzung zur Unrechtstheorie befassen sich die Vertreter der Wahltheorie primär mit *Sezessionen in liberalen Staaten* und – wenn überhaupt – nur sekundär mit Sezessionen als Folge illiberaler Behandlung der Mitglieder bestimmter Gruppen. Sie wollen zeigen, dass die generelle Beschränkung gerechtfertigter Sezessionen auf die Fälle, in denen die Sezessionisten Unrecht erlitten haben, mit einer liberalen politischen Theorie nicht vereinbar ist. Damit bringen sie keineswegs zum Ausdruck, dass sie die Fallgruppen der nach der Unrechtstheorie gerechtfertigten

---

<sup>278</sup> Vgl. hierzu auch H. Beran, *Political Studies* 36 (1988), S. 317 f. Dies ist zugleich ein Argument gegen die territoriale Version und damit gegen die Unrechtstheorie an sich.

<sup>279</sup> L. Brilmayer, *Yale Journal of International Law* 16 (1991), S. 188 f.

<sup>280</sup> So auch F. R. Tesón, *A Philosophy of International Law*, S. 147. Vgl. hierzu auch die Ausführungen unter C. II. 1. a) bb) und b) aa).



Sezessionen ablehnen. Vielmehr intendieren sie die Erweiterung der Unrechtstheorie um Fälle gerechtfertigter Sezessionen in liberalen Staaten.

In praxi setzt die Wahltheorie grundsätzlich voraus, dass eine Sezession von einer Mehrheit der Mitglieder einer Gruppe angestrebt wird: Die Individuen machen von ihrer Freiheit Gebrauch, indem sie die Sezession per Referendum „wählen“. Da jedoch kein Vertreter der Wahltheorie eine unbegrenzte Sezessionsfreiheit für gerechtfertigt hält, ist die Wahl einer Sezession lediglich eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung ihrer rechtsethischen Rechtfertigung. Welche weiteren Bedingungen hinzutreten müssen, hängt davon ab, wie die Grenzen der Sezessionsfreiheit definiert werden. Es werden unterschiedlich starke Restriktionen eingeführt, was wiederum darauf zurückzuführen ist, dass die Legitimationsgrundlage für die Einschränkung der Sezessionsfreiheit kontrovers diskutiert wird.

#### 4.2.2.1 *Liberal-demokratische Version*

##### 4.2.2.1.1 Inhalt und Begründung

Die *liberal-demokratische Version* der Wahltheorie wird von *Harry Beran* vertreten.<sup>281</sup> Nach dessen Auffassung ist eine Sezession gerechtfertigt, wenn sie von einer territorial konzentrierten Gruppe innerhalb eines Staates tatsächlich erwünscht sowie ethisch und praktisch möglich ist.<sup>282</sup> *H. Beran* stützt seine Argumentation auf (1) Freiheit, (2) Souveränität und (3) das Mehrheitsprinzip.

(1) *Freiheit*. Der Liberalismus sei durch die Anerkennung von Freiheit als ultimativem Wert gekennzeichnet. Halte man Individuen für vernunftbegabt und selbstbestimmt, sei Freiheit erforderlich, um deren Entscheidungen über ihre Ziele und Überzeugungen nicht zu restringieren. Anders als Anarchisten akzeptierten Liberale allerdings staatliche Zwänge insoweit, als diese notwendig seien, um größere Einschränkungen, zum Beispiel durch die Natur oder soziale Konflikte, zu

---

<sup>281</sup> H. Beran, *Political Studies* 32 (1984), S. 21 ff. („*A Liberal Theory of Secession*“); ders., *Political Studies* 36 (1988), S. 316 ff.; ders., *History of European Ideas* 16 (1993), S. 479 ff.; ders., *The Place of Secession in Liberal Democratic Theorie*, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 47 ff. („... *secession in liberal democratic theory*“); ders., *A democratic theory of political self-determination for a new world order*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 21 ff. („*A democratic theory of political self-determination ...*“).

<sup>282</sup> H. Beran, *Political Studies* 32 (1984), S. 23.

vermeiden. Die ideale Gesellschaft sei jedoch so freiheitlich wie möglich strukturiert. Auch die Einheit des Staates selbst beruhe auf einer freiwilligen Entscheidung der Individuen, so dass Sezessionen, wenn möglich, erlaubt sein sollten. Die Grundlage der staatlichen Einheit sei folglich Zustimmung. Maßgebend sei jedoch nicht die Zustimmung der Gründungsväter, da diese in einem liberalen Kontext der vorgenannten Art für die nachfolgenden Generationen keine Bindungswirkung entfalten könne. Entgegen der Auffassung *John Lockes* sollte die freiwillige Entscheidung zur Mitgliedschaft in einem Staat auch nicht unwiderruflich sein. Es habe sich gezeigt, dass Individuen nicht wüssten, was ihre langfristigen Interessen seien. Ebenso wenig sei die verfassungsrechtliche Unauflösbarkeit eines liberalen Staates erstrebenswert, da diese Art der Freiheitsausübung jede spätere Freiheitsausübung derselben Art unterdrücke.<sup>283</sup>

(2) *Souveränität*. Gehe man mit dem gegenwärtigen Liberalismus davon aus, dass das Volk die Souveränität habe, müsse politische Herrschaft von der freiwilligen Akzeptanz bestimmter Regeln abgeleitet werden. Autoritäre Beziehungen zwischen vernunftbegabten und selbstbestimmten Individuen seien durch diese selbst geschaffen und keine naturgegebenen Phänomene. Politische Herrschaft hänge demzufolge von der Zustimmung der Regierten ab. Souveränität sei kein kollektives Gut, das nur durch alle Bürger des Staates innerhalb ewig unveränderlicher Grenzen gemeinsam ausgeübt werden könne. Der Liberalismus sei vielmehr eine individualistische Philosophie, so dass die Souveränität auf das ethische Recht der Individuen, ihre politischen Beziehungen selbst zu bestimmen, zurückführbar sein müsse. Deshalb sei einer territorial konzentrierten Gruppe gestattet, ihre Souveränität in Gestalt der Sezession auszuüben.<sup>284</sup>

(3) *Mehrheitsprinzip*. *H. Beran* weist zunächst darauf hin, dass die Anwendung des Mehrheitsprinzips nicht immer legitim sei: So bestehe die Gefahr der „Tyrannei der Mehrheit“<sup>285</sup>, wenn es wegen unüberwindlicher Unterschiede für die Minderheit nicht die Aussicht gebe, zur Mehrheit zu werden. Eine mögliche Reaktion auf die „Tyrannei der Mehrheit“ der Bevölkerung des Gesamtstaates sei die Sezession, sofern die Minderheit über ein geeignetes Territorium verfüge. Darüber hinaus sei hinsichtlich der Legitimität der Anwendung des

---

<sup>283</sup> H. Beran, *Political Studies* 32 (1984), S. 24 f.

<sup>284</sup> H. Beran, *Political Studies* 32 (1984), S. 25 f.

<sup>285</sup> J. S. Mill, *On Liberty*, S. 129.

Mehrheitsprinzips zwischen zwei unterschiedlichen Arten von Entscheidungen zu differenzieren: Entscheidungen über die Frage, ob sich mehrere Individuen als Gruppe konstituieren wollten, könnten nicht in derselben Weise vom Mehrheitsprinzip abhängig gemacht werden wie Entscheidungen über die Frage, welche Regelungen eine bereits konstituierte Gruppe haben sollte. Aus den Argumenten der Freiheit und Souveränität folge, dass Separatisten innerhalb des von der angestrebten Sezession betroffenen Territoriums ein regional begrenztes Referendum abhalten dürften. Denn wenn alle Bürger eines Staates an der Wahl teilnehmen könnten, würden die Separatisten regelmäßig überstimmt mit der Konsequenz, dass die Einheit des Staates nicht mehr auf deren freiwilliger Entscheidung basieren würde und die Separatisten nicht länger ihre Souveränität, das heißt das ethische Recht auf Bestimmung ihrer politischen Beziehungen, ausüben könnten. Ein weiteres Argument für ein regional begrenztes Referendum ergebe sich – unabhängig von den Prinzipien Freiheit und Souveränität – aus folgender Überlegung: Nur unter bestimmten Voraussetzungen könnten alle Bürger in einem Staat, auch diejenigen, die nicht mit der Art und Weise der Durchführung der Wahl einverstanden waren, verpflichtet werden, das Ergebnis der Abstimmung zu akzeptieren. Die Voraussetzungen seien, (a) dass es sich um eine Gruppe handle, die keiner verlassen könne, (b) dass es sich um eine Entscheidung handle, die zwingend alle Mitglieder der Gruppe binde, und (c) dass das Mehrheitsprinzip das faire Verfahren für die Entscheidungsfindung darstelle. Zur Veranschaulichung skizziert *H. Beran* folgende Situation: Angenommen, auf einer Insel verbreite sich eine gefährliche, aber heilbare Infektionskrankheit. Das Verfahren, mit der Krankheit umzugehen, sei von der Inselbevölkerung mehrheitlich beschlossen worden. Selbst wenn eine Minderheit anderer Auffassung sei und die Abstimmung boykottiere, sei sie in diesem Fall aus ethischen Gründen an die Mehrheitsentscheidung gebunden. Abschließend stellt *H. Beran* fest, dass diese Situation in Sezessionsfällen schon wegen Nichterfüllung der ersten Voraussetzung (a) selten gegeben sein dürfte.<sup>286</sup>

---

<sup>286</sup> H. Beran, *Political Studies* 32 (1984), S. 26 ff.

*H. Beran* schränkt die Sezessionsfreiheit allerdings in dreifacher Hinsicht ein: Die Sezession müsse (1) von einer territorial konzentrierten Gruppe angestrebt werden und (2) ethisch sowie (3) praktisch möglich sein.

(1) *Territorial konzentrierte Gruppe*. Zur Begründung der territorialen Einschränkung der Sezessionsfreiheit weist *H. Beran* zunächst auf die territoriale Komponente der Sezession hin, die er mit dem Tatbestand der Emigration vergleicht: Letztere betrifft das Recht, den Staat zu verlassen, erstere hingegen das Recht, den Staat *einschließlich eines Territoriums* zu verlassen. Aus diesem Grund setze eine gerechtfertigte Sezession ein Siedlungsrecht („right of habitation“) voraus. Träger dieses Siedlungsrechts könnten neben Staaten und Nationen auch territorial konzentrierte Gemeinschaften („territorial communities“) sein. Da in einer liberalen Theorie alle Rechte des Staates von Bürgern abgeleitet seien, gelte dies auch für die territoriale Integrität. Gründe, die Ausübung territorialer Rechte ausschließlich und unwiderruflich dem Staatsvolk als Ganzes anzuvertrauen, seien nicht ersichtlich. Territorial konzentrierte Gemeinschaften hätten als kleinste Gruppen ein Siedlungsrecht, da sie für ihr Recht, sich selbst zu behaupten, ihr – rechtmäßig erworbenes – Territorium benötigten. Sie sind wie folgt definiert: „[...] a social group that has a common habitat, consists of numerous families (i.e., is larger and more complex than a family), and is capable of self-perpetuation through time as a distinct entity. Its members have direct and many-sided relations to each other, have some common interests, have a sense of belonging to the group (which can coexist with a sense of belonging to other groups as well), and are conscious of themselves as a distinct group.“<sup>287</sup> Gruppen müssten nicht alle Kriterien erfüllen, um als territorial konzentrierte Gemeinschaft anerkannt zu werden, insofern handele sich weniger um eine distinkte Definition, als vielmehr um ein abgestuftes Konzept. Darüber hinaus sei allerdings erforderlich, dass die territorial konzentrierte Gemeinschaft als eine unabhängige politische Einheit überlebensfähig sei. Neben der grundsätzlichen Fähigkeit, sich selbst zu regieren, gehöre hierzu wohl auch eine gewisse ökonomische Überlebensfähigkeit – was sich auf die Befriedigung der

---

<sup>287</sup> *H. Beran*, A democratic theory of political self-determination for a new world order, in: *P. Lehning* (Hg.), *Theories of Secession*, S. 36.

Grundbedürfnisse der Mitglieder beziehe und eine lebenslängliche Abhängigkeit von der Unterstützung anderer Gemeinschaften ausschließe.<sup>288</sup>

(2) *Ethische Möglichkeit.* H. Beran führt beispielhaft zwei Fälle an, in denen Sezessionen aus ethischen Gründen nicht erlaubt seien: Eine Sezession sei nicht gerechtfertigt, wenn die Sezessionisten einer Untergruppe die Sezession verbietet, obwohl sie ethisch und praktisch möglich ist, oder wenn die Sezessionisten die Mitglieder einer Untergruppe, die nicht sezedieren kann, ausbeuten oder unterdrücken wollen.<sup>289</sup>

(3) *Praktische Möglichkeit.* Exemplarisch für die Einschränkung der Sezessionsfreiheit aus praktischen Gründen nennt H. Beran mit territorialen Problemen verbundene Sezessionen: Entweder läge das von der Sezession betroffene Territorium nicht an der Grenze des Staates, oder es sei über einen besonders hohen Anteil an Ressourcen ausgezeichnet oder kulturell, ökonomisch beziehungsweise militärisch von herausgehobener Bedeutung für den Staat. Er weist allerdings darauf hin, dass diese Probleme durch Umsiedlung, bilaterale Verträge, Ausgleichszahlungen und dergleichen mehr gelöst werden könnten und insofern keine unüberwindlichen Hürden für Sezessionen darstellten.<sup>290</sup>

Schließlich muss die Sezession mit adäquaten politischen *Mitteln* erstrebt werden.<sup>291</sup> Das ist der Fall, wenn die Wahl der Sezession durch ein demokratischen Grundsätzen genügendes Referendum erfolgt.

Während Staaten nach der Völkerrechtsdogmatik sowohl interne als auch externe Angriffe auf ihre territoriale Integrität mit Gewalt beantworten dürfen, ist die staatsinterne Gewaltanwendung zur Verhinderung der Sezession im Rahmen der liberal-demokratischen Version der Wahltheorie unzulässig.<sup>292</sup>

---

<sup>288</sup> H. Beran, A democratic theory of political self-determination for a new world order, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 35 ff. Diese Explikation bezieht sich genau genommen auf das politische Selbstbestimmungsrecht. Beran führt jedoch exemplarisch die Sezession als eine mögliche Äußerung des politischen Selbstbestimmungsrechts an, a. a. O., S. 34.

<sup>289</sup> H. Beran, *Political Studies* 32 (1984), S. 30.

<sup>290</sup> H. Beran, *Political Studies* 32 (1984), S. 30 f.

<sup>291</sup> H. Beran, *Political Studies* 32 (1984), S. 28.

<sup>292</sup> H. Beran, A democratic theory of political self-determination for a new world order, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 42.

#### 4.2.2.1.2 Kritik

A. H. Birch kritisiert H. Berans Auffassung aus der Perspektive der Unrechtstheorie: Solange Gruppen in liberalen Demokratien im Wege der Meinungs- und Versammlungsfreiheit die Möglichkeit hätten, die Politik zu beeinflussen, benötigten sie kein Sezessionsrecht. Aufgrund der nachteiligen Folgen sei es außerdem unvernünftig, Gruppen, die einmal einem bestimmten System zugestimmt hätten, ein Sezessionsrecht zuzubilligen. Nachteilige Folgen seien mangelnde Toleranz und Stabilität des Systems wegen der Gefahr, dass Gruppen gegen unliebsame Mehrheitsentscheidungen mit Sezessionen drohen würden, sowie die Unterdrückung solcher Gruppen, die nicht territorial konzentriert seien und deshalb ihren politischen Forderungen nicht in derselben Weise Nachdruck verleihen könnten.<sup>293</sup>

Dem ist entgegenzuhalten, dass das Recht auf Sezession in einer Gesellschaft, die Freiheit als fundamentalen Wert anerkennt, auch dann nicht redundant ist, wenn bereits das Recht auf politische Partizipation existiert. Schließlich würde man auch nicht behaupten, dass das Individualrecht auf Emigration nicht notwendig sei, da es bereits das auf Partizipation gebe. Die Tatsache, dass eine Gruppe einem bestimmten System zugestimmt hat, kann nicht zu einer lebenslangen Bindung führen. Da tatsächliche und persönliche Veränderungen in der Zukunft nicht vorhersehbar sind, ist die Unwiderruflichkeit von Willensäußerungen abzulehnen.<sup>294</sup>

Zu Recht entgegnet H. Beran außerdem, dass A. H. Birch hinsichtlich der zu befürchtenden Sezessionsdrohungen übertreibe.<sup>295</sup> Eine Gruppe, die jedes Mal, wenn sie eine Wahl verliert, mit Sezession droht, macht sich selbst unglaubwürdig. Positiv gewendet, ist die Sezessionsdrohung ein probates Mittel, sich gegen die „Tyrannei der Mehrheit“ zu wehren.

Die unterschiedliche Behandlung von territorial konzentrierten und anderen Gruppen ist sachgerecht, da eine Sezession definitionsgemäß mit der Änderung

---

<sup>293</sup> A. Birch, *Political Studies* 32 (1984), S. 598 f. Vgl. hierzu auch die Ausführungen unter C. II. 1. b) aa).

<sup>294</sup> So auch H. Beran, *Political Studies* 36 (1988), S. 318; ders., *The place of secession in liberal democratic theory*, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 58 f. Vgl. hierzu auch die Ausführungen unter C. II. 1.b) bb) und 2. a) aa) (1).

politischer Herrschaft über ein bestimmtes Territorium verbunden ist und deshalb für ein Sezessionsrecht an diese Tatsache weitere Anforderungen geknüpft sein können.<sup>296</sup> Unklar bleibt allerdings, weshalb die territoriale Einschränkung der Sezessionsfreiheit in erster Linie durch die Definition der Rechtsträger erfolgt. Warum sollen nur in besonderer Weise ausgezeichnete Gruppen ein Siedlungsrecht haben und damit zugleich Träger der Sezessionsfreiheit sein? Es besteht der Verdacht, dass *H. Beran* mit seiner Definition von territorial konzentrierten Gruppen „durch die Hintertür“ eine ethnische und kulturelle Voraussetzung in die Wahltheorie implementiert, um das Sezessionsrecht zu begrenzen. Die Berücksichtigung ethnischer und kultureller Kriterien birgt die Gefahr der Manipulation in sich, die in geringerem Maße besteht, wenn die Sezessionsberechtigten nach ausschließlich territorialen Gesichtspunkten definiert werden. Deshalb kann *S. Caney* zu Recht bemängeln, dass das Souveränitätsargument, wonach politische Herrschaft von der Zustimmung der Regierten abhängig ist, an der Konturlosigkeit des Volksbegriffs leidet: Die Art und Weise, in der das Volk definiert werde, präjudiziere, ob eine Sezession gerechtfertigt sei oder nicht.<sup>297</sup>

Hinsichtlich des Siedlungsrechts ist außerdem fraglich, warum es den rechtmäßigen Erwerb des Territoriums voraussetzt und wann dieser überhaupt vorliegt. Entscheidendes Kriterium für ein Siedlungsrecht kann allein die tatsächliche Beziehung einer Gruppe zu einem bestimmten Gebiet sein.<sup>298</sup>

Darüber hinaus wird bezweifelt, dass die Zustimmung der Bürger für die legitime Herrschaft eines Staates erforderlich ist:

---

<sup>295</sup> Vgl. *H. Beran*, *Political Studies* 36 (1988), S. 319; ders., *The place of secession in liberal democratic theory*, in: *P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), Nations, Cultures and Markets*, S. 60. Siehe hierzu auch die Ausführungen unter C. II. 2. a) aa) (3).

<sup>296</sup> *H. Beran* argumentiert nicht sehr überzeugend, dass ein Mensch, der unfähig sei, von Bildung zu profitieren, kein Recht auf Bildung habe oder zumindest nicht in der Lage sei, dieses Recht auszuüben. Ähnlich verhielte es sich mit der Sezession: Eine territorial konzentrierte Gruppe dürfte ein Sezessionsrecht haben, nicht aber eine vergleichbare Gruppe, die nicht so konzentriert sei, *Political Studies* 36 (1988), S. 318; ders., *The place of secession in liberal democratic theory*, in: *P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), Nations, Cultures and Markets*, S. 60.

<sup>297</sup> *S. Caney* zieht daraus den Schluss, dass nicht entscheidend sein könne, was ein Volk wolle, *The Journal of Political Philosophy* 5 (1997), S. 354 f.

<sup>298</sup> Vgl. hierzu auch die Überlegungen oben, C. I. 2. a) bb).

Nach S. *Caney* impliziere die Verpflichtung zur Freiheit nicht, dass eine Regierung zwingend auf Zustimmung beruhen müsse. Ein Staat, dem die Individuen nicht zugestimmt hätten, könnte ebenso legitim sein, sofern er die Freiheit der Bürger schütze. Aus dem Wert der Freiheit folge also lediglich die Verpflichtung des Staates, die Freiheit der Bürger zu achten.

Mit dieser Argumentation vermag S. *Caney* allerdings nicht zu begründen, weshalb individuelle Freiheit nur innerhalb eines Staates gelten soll und nicht auch die freie Entscheidung über den Bestand des Staates als solchen einschließt.

L. *Brilmayer* ist der Auffassung, dass aktuelle Zustimmung in Wirklichkeit selten existiere und deshalb regelmäßig als „stillschweigende“ Zustimmung konstruiert werde.<sup>299</sup> Außerdem müsse eine Regierung, die durch die Zustimmung der Regierten legitimiert sei, nicht notwendig ein Sezessionsrecht zulassen. Ausreichend sei vielmehr ein Recht auf Partizipation durch Wahlen.<sup>300</sup>

Wenn die Einheit des Staates auf der freiwilligen Entscheidung der Individuen beruht, kann die Frage, ob die stillschweigende Zustimmung der Bürger zu einer politischen Gemeinschaft nur eine Fiktion ist, dahinstehen. Für den Legitimitätsverlust einer Regierung genügt dann, dass ein Teil der Bürger zum Ausdruck bringt, die politische Herrschaft nicht länger anzuerkennen. Eine Begrenzung der Freiheit auf den staatsinternen Raum ist vor dem Hintergrund einer Theorie, die Freiheit als ultimativen Wert akzeptiert, jedenfalls nicht ohne weiteres zu rechtfertigen. Insofern ist L. *Brilmayers* ebenso wie S. *Caney*s Kritik zurückzuweisen.

Auch für A. *Buchanan* ist Zustimmung keine notwendige Bedingung politischer Verpflichtung. Wenn jeder Bürger zu jeder einzelnen politischen Entscheidung befragt werden und zustimmen müsste, bedeutete dies de facto die Ablehnung der Existenz politischer Herrschaft. Wenn Zustimmung als stillschweigende angenommen würde, solange die Bürger die vom Staat gewährten Vorteile wie persönliche Sicherheit und Freiheit nicht zurückwiesen, bedeutete dies die Ersetzung von Zustimmung durch bloßes Unterlassen, auf Vorteile zu verzichten.

---

<sup>299</sup> So auch C. Wellmann, *Philosophy and Public Affairs* 24 (1995), S. 151: Zustimmung werde auf diese Weise durch die Funktion des Staates, also teleologisch ersetzt.

<sup>300</sup> L. *Brilmayer*, *Yale Journal of International Law* 16 (1991), S. 184 f.



Wäre diese Auffassung korrekt, könnte jeder, der anderen Vorteile gewähre, diese zugleich verpflichten, sofern sie die Vorteile nicht ablehnten.<sup>301</sup>

Selbst wenn Zustimmung eine notwendige Bedingung politischer Verpflichtung wäre, folge allein daraus nicht die Anerkennung des Sezessionsrechts. Zwar könne der Verlust der Personalhoheit durch fehlende Zustimmung begründet werden, nicht aber der Verlust der Gebietshoheit: Man stelle sich eine Gruppe X vor, die illegal und ungerechtfertigt das Territorium einer anderen Gruppe Y besetzt. Die Mitglieder der Gruppe Y stimmten der Regierung der durch den von der Gruppe X etablierten politischen Apparat stillschweigend zu oder wiesen die ihnen durch jene gewährten Vorteile nicht zurück. Welche Verpflichtungen den Mitgliedern der Gruppe Y auch immer entstehen mögen, die Frage, welche der beiden Gruppen einen legitimen Anspruch auf das Territorium habe, bleibe unbeantwortet.<sup>302</sup>

Zustimmung als Bedingung politischer Verpflichtung kann in der Tat nicht bedeuten, dass jeder Bürger zu jeder Einzelentscheidung befragt wird. Hält man die Zustimmung der Bürger für erforderlich, muss sich diese auf das politische Gesamtsystem beziehen. Für die Konstruktion von stillschweigender Zustimmung kann entgegen A. *Buchanans* Auffassung genügen, dass sie jedenfalls nicht explizit widerrufen ist: Eine konkrete oder sogar fiktive Zustimmung besteht nachweislich nicht mehr, wenn sich eine Gruppe für eine Sezession ausspricht.

Im Übrigen ist zweifelhaft, ob für eine Sezession neben dem Verlust der Personalhoheit zusätzlich der Verlust der Gebietshoheit erforderlich ist. Wenn ein Staat die legitime Herrschaft über einen Teil seiner auf einem bestimmten Territorium lebenden Bürger verloren hat, können sich hinsichtlich dieses Gebiets allenfalls praktische Grenzziehungs- oder Kompensationsfragen stellen, z. B. bei besonderer geographischer oder naturräumlicher Beschaffenheit oder bei der Existenz von Kollektivgütern oder Bodenschätzen, nicht aber die Frage nach einem besonderen Anspruch auf das Territorium. Unter der Voraussetzung, dass die Bürger das Territorium bereits seit einer gewissen Zeit besiedeln und in dem Gebiet so verwurzelt sind, dass eine tatsächliche Beziehung der Menschen zu

---

<sup>301</sup> A. Buchanan, *Secession*, S. 71 f.

<sup>302</sup> A. Buchanan, *Secession*, S. 72 f.

dem Territorium in dem von *D. Miller* beschriebenen Sinne entstanden ist, müssen andere territoriale Ansprüche zurückstehen.<sup>303</sup>

Nach *Keith Dowdings* Auffassung gibt es per se keine liberale Sezessionstheorie, da der Liberalismus keine Theorie des Staates oder jedenfalls des optimalen Staates (der richtigen Größe) kenne.<sup>304</sup> Die Zustimmungstheorien bildeten nur scheinbar eine geeignete Methode für eine normative Sezessionstheorie. Zustimmung als Grundlage für die Rechtfertigung politischer Herrschaft impliziere die individuelle Freiheit, Staaten durch Vertragsschluss beizutreten. Dies sei empirisch offensichtlich falsch und auch als Fiktion problematisch. Pflichten gegenüber dem Staat entstünden durch Geburt und Leben innerhalb dieses Staates, da man von Geburt an von dessen Existenz profitiere. Der Grad der Verpflichtung richte sich nach den erbrachten Leistungen des Staates. Was dieser leisten sollte, hänge von einer Gerechtigkeitstheorie ab. Selbst wenn man nicht gefragt worden sei, ob man geboren werden wollte, entbinde dies nicht von den Verpflichtungen gegenüber den Eltern, solange sie einen anständig großzögen. Das Fehlen von Zustimmung zu der Erzeugung schmälere nicht die moralischen Pflichten denen gegenüber, die einen erzeugt und einem geholfen haben. Vor diesem Hintergrund sei fragwürdig, ob die Selbstregierung in irgendeinem Gebiet überhaupt zu rechtfertigen sei. Selbstverständlich solle nicht geleugnet werden, dass sich einige Regionen besser als andere für die Selbstregierung eigneten. Dies hänge allerdings von der Effizienz bestimmter nationaler oder kultureller Gebiete ab.<sup>305</sup>

Zutreffend ist, dass Zustimmung als Grundlage staatlicher Legitimation empirisch nicht nachweisbar ist und sich das Zugehörigkeitsgefühl der Bürger stattdessen regelmäßig auf die Geburt und den dauerhaften Aufenthalt in einem Staat gründen dürfte. Dennoch verdienen die Zustimmungstheorien – jedenfalls in Gestalt der Auffassung, dass die Zustimmung schon dann anzunehmen ist, wenn sie nicht explizit widerrufen ist – Anerkennung. Eine Theorie, die von der Freiheit der Individuen ausgeht, muss den Bürgern grundsätzlich ermöglichen, sich gegen den Staat zu entscheiden, in dem sie leben. Andernfalls wäre beispielsweise auch die Emigration nicht zu rechtfertigen. Durch eine Sezession sind die Belange des

---

<sup>303</sup> Siehe oben, C. I. 2. a) und II. 1. a) bb).

<sup>304</sup> K. Dowding, *Secession and Isolation*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 72.

<sup>305</sup> K. Dowding, *Secession and Isolation*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 77 f.

Staates allerdings erheblich intensiver betroffen als durch eine Emigration. Auf diese Belange muss die Gruppe, die sich zu einer Sezession entscheidet, bisher aber von der Existenz des Gesamtstaates profitiert hat, Rücksicht nehmen. Die Frage, welche Pflichten aufgrund der tatsächlichen Inanspruchnahme staatlicher Leistungen entstanden sind, ist aber eine andere als die, ob eine Pflicht zum Verbleib in dem Gesamtstaat besteht, es sei denn, die vom Staat gewährten Leistungen wären nicht kompensationsfähig. Das hat *K. Dowding* jedoch nicht bewiesen und wird überdies bestritten.

Die Zustimmung der Bürger zu einem Staat erscheint entgegen der vielfältigen Kritik eine geeignete Konstruktion zur Begründung der Legitimation der politischen Herrschaft.<sup>306</sup>

#### 4.2.2.2 *Teleologisch-restringierte Version*

##### 4.2.2.2.1 Inhalt und Begründung

*Christoph Wellmann* skizziert seine Auffassung, die hier als *teleologisch-restringierte Version* der Wahltheorie bezeichnet wird, wie folgt: „...(1) any group able and willing to perform the functions required of a liberal political state has a claim to the territory it occupies and (2) this claim is valid as long as the exercise of the group's right to self-determination will not leave the remainder state in a condition that it has a right not to experience.“<sup>307</sup> Er grenzt die teleologisch-restringierte Version einerseits von der liberal-demokratischen Version der Wahltheorie und andererseits von der Unrechtstheorie ab.<sup>308</sup> Die liberal-demokratische Version der Wahltheorie sei zu weitgehend. Aus der uneingeschränkten Anwendung des Zustimmungmodells folge ein extensives Sezessionsrecht, was auch *H. Beran* erkannt habe. Aus diesem Grund hätte er

---

<sup>306</sup> So auch M. Walzer, *A Philosophy and Public Affairs Reader*, S. 168.

<sup>307</sup> C. Wellmann, *Philosophy and Public Affairs* 24 (1995), S. 164.

<sup>308</sup> C. Wellmann, *Philosophy and Public Affairs* 24 (1995), S. 142 ff. C. Wellmann selbst bezeichnet seine Auffassung als „*hybrid modell*“ zwischen „*consent modell*“ und „*teleological modell*“. Letzteres entspricht in meiner Darstellung weitgehend der Unrechtstheorie, so dass ich die Version von C. Wellmann in Ergänzung zur liberal-demokratischen Version („*consent modell*“) als teleologische bezeichnen kann. Obwohl einige inhaltliche Divergenzen zwischen dem „*teleological modell*“ und der Unrechtstheorie bestehen, verwende ich die Begriffe im folgenden synonym, da die exakte Kongruenz der Theorien für die Explikation der Auffassung C. Wellmanns nicht erforderlich ist.

diverse Restriktionen formuliert, die aber nicht mehr auf der Basis eines reinen Zustimmungmodells begründbar seien. Vielmehr würde es an dieser Stelle teleologisch ergänzt.<sup>309</sup> Die Unrechtstheorie sei hingegen zu restriktiv. Sie beschränke die Sezessionsfreiheit wegen ihrer nachteiligen Wirkungen auf die Fälle, in denen die Bürger ungerecht behandelt werden.<sup>310</sup>

Nicht die Ablehnung von Zustimmung als Grundlage politischer Gemeinschaft führe zu einer Begrenzung der politischen Freiheit, sondern die nachteiligen Konsequenzen ihrer Ausübung.<sup>311</sup> Eine Sezession sei nicht per se schädlich, sondern nur dann, wenn sie die Existenz kleinster politischer Einheiten befördere. Das führe zu unsicheren Grenzen und erhöhter Kriminalität durch Fremde. Sofern eine Sezession diese negativen Auswirkungen habe, sei sie unzulässig. Das sei der Fall, wenn entweder der abgespaltene Teil des Staates oder der verbleibende Staat seine politischen Funktionen nicht wahrnehmen könnte. Daraus folge zum einen, dass eine Gruppe sezedieren dürfe, solange sowohl sie als auch der Reststaat hinreichend groß, wohlhabend und (geographisch) zusammenhängend seien, um eine stabile, Sicherheit und Frieden gewährleistende Regierung zu bilden. Zum anderen habe ein Staat, der nicht in der Lage oder nicht willens ist, diese Voraussetzungen zu erfüllen, gegenüber einem anderen Staat, der diese Voraussetzungen erfüllt, keinen gültigen Anspruch auf territoriale Integrität.<sup>312</sup>

Die Anwendung von Gewalt zur Verhinderung von Sezessionen, die negative Konsequenzen hätten, ist nach dieser Auffassung erlaubt.<sup>313</sup>

---

<sup>309</sup> C. Wellmann, *Philosophy and Public Affairs* 24 (1995), S. 150 ff.

<sup>310</sup> C. Wellmann, *Philosophy and Public Affairs* 24 (1995), S. 156 ff. Darüber hinaus kritisiert C. Wellmann, dass nach dem „*teleological modell*“ auch Annektionen gerechtfertigt werden könnten, da es Sezessionen aus Effizienzgründen zulasse. Diese Variante überschreitet den Rahmen der Unrechtstheorie und wird deshalb hier vernachlässigt.

<sup>311</sup> Eine ähnliche Auffassung vertritt L. C. Buchheit aus rechtsdogmatischer Perspektive, *Secession – The Legitimacy of Self-Determination*.

<sup>312</sup> C. Wellmann, *Philosophy and Public Affairs* 24 (1995), S. 161 ff. Daraus folgt auch, dass eine Abspaltung unzulässig ist, wenn die Separatisten zwar in der Lage, aber nicht willens sind, im Anschluss an die Sezession eine Frieden und Sicherheit gewährleistende Regierung zu bilden.

<sup>313</sup> C. Wellmann, *Philosophy and Public Affairs* 24 (1995), S. 161. Im Umkehrschluss könnte eine Sezession gewaltsam durchgesetzt werden, sofern ihre Verhinderung mit nachteiligen Folgen verbunden wäre.

#### 4.2.2.2.2 Kritik

Die teleologisch-restringierte Version der Wahltheorie verdient insofern Zustimmung, als die Sezessionsfreiheit nicht per se für schädlich gehalten wird, sondern nur dann, wenn die nachteiligen Folgen ihrer Ausübung überwiegen. Fraglich ist allerdings, ob die von *C. Wellmann* skizzierten Konsequenzen, nämlich Unsicherheit und Friedensgefährdung durch die Entstehung kleinster politischer Einheiten, empirisch zutreffen. Selbst wenn das grundsätzlich der Fall wäre, könnten sich die infolge von Sezessionen konstituierenden Kleinstaaten zu Staatengemeinschaften zusammenfinden und bi- oder multilaterale Verträge abschließen, durch die ihre Sicherheit, z. B. im Wege grenzüberschreitender Kriminalitätsbekämpfung, und ökonomische Prosperität gewährleistet würden. Eine Abwägung der Sezessionsfreiheit mit ihren möglicherweise nachteiligen Konsequenzen müsste unter Berücksichtigung aller besonderen Umstände erfolgen, damit die Freiheitsausübung nicht übermäßig eingeschränkt wird.

Im Übrigen ist nicht ohne weiteres plausibel, weshalb eine Sezession unzulässig sein soll, wenn die neu zu gründende politische Gemeinschaft die Funktionen eines liberalen Staates nicht wahrnehmen kann. Solange sich die Sezessionisten freiwillig entscheiden, auf diese Weise leben zu wollen, und keine Auswirkungen auf Dritte zu befürchten sind, muss ihnen das – jedenfalls im Rahmen einer universalistischen Sezessionstheorie – möglich sein, will man sich nicht dem Vorwurf des Paternalismus aussetzen.

Darüber hinaus wird nicht hinreichend begründet, warum und inwieweit die Sezessionisten auf die Bürger des Reststaates Rücksicht nehmen müssen. Ob ein Sezessionsverbot zwingend anzunehmen ist, wenn der Reststaat nicht in der Lage wäre, die Funktionen eines liberalen Staates zu übernehmen, erscheint jedenfalls fragwürdig. Möglicherweise könnte sich der Reststaat mit einem dritten Staat verbinden oder durch bi- oder multilaterale Verträge seine Existenz sichern. Vielleicht haben die Bürger des Reststaates die Sezessionisten auch ungerecht behandelt. Warum sollte die sezedierende Gruppe unter diesen Umständen Rücksicht auf die Bürger des Reststaates nehmen?

Höchst problematisch ist schließlich, dass im Rahmen der teleologisch-restringierten Version der Wahltheorie eine gewaltsame Annektion gerechtfertigt ist, sofern ein Staat seine Funktionen, nämlich die Bildung einer Frieden und Sicherheit gewährleistenden Regierung, nicht mehr wahrnehmen kann oder will.

Bei einer Annexion bleiben die Interessen der Bürger des betroffenen Staates völlig unberücksichtigt. Das ist im Rahmen einer individualistischen Theorie nur dann zu rechtfertigen, wenn gewichtige Gründe bestehen, die das Interesse aller Bürger am Fortbestand des Staates überwiegen. Keinesfalls genügt die bloße Tatsache, dass der Staat nicht willens oder in der Lage ist, die Funktionen eines liberalen Staates zu übernehmen.

#### 4.2.2.3 *Kantianische Version*

##### 4.2.2.3.1 Inhalt und Begründung

Als *kantianische Version* der Wahltheorie wird die Auffassung von *Daniel Philpott* vorgestellt:<sup>314</sup> „(A) candidate group is granted a general right to self-determination within a candidate territory when the group’s likely potential for justice – that is, its degree of liberalism, majoritarianism, and treatment of minorities – is at least as high as the state from which it is gaining self-determination; its claim is enhanced, and more justifiably takes the form of secession, when it suffers threats and grievances; but if its separation limits the autonomy of the larger state’s members, then it must be limited or modified to minimize or compensate for this harm; and, finally, the prospects for war and chaos must be weighted proportionately against the justice of self-determination and any injustice that the group has suffered. Secession, by this formula, truly becomes a last resort; it should be endorsed only when a people would remain exposed to great cruelty if left with a weaker form of self-determination.”<sup>315</sup> Die kantianische Version der Wahltheorie basiert auf einem universellen Autonomiebegriff: Selbstbestimmung gelte traditionell als liberal-demokratisches Recht. Die gemeinsame Quelle des Liberalismus und der Demokratie sei die Autonomie. *D. Philpott* recurriert auf *Immanuel Kants* Interpretation des Autonomiebegriffs, der Individuen als frei und vernunftbegabt vorstellt. Autonomie sei nicht nur durch die Freiheit, unabhängig von äußeren Zwängen agieren zu können, sondern auch durch vernünftiges und verantwortliches Handeln gekennzeichnet. Für politische Institutionen impliziere Autonomie dreierlei: (1) Das Recht sollte die Freiheit schützen – neben der

---

<sup>314</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 352 ff.; ders., Self-determination in practice, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 79 ff.

<sup>315</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 382.

negativen auch die positive Freiheit im demokratischen Sinne, die die beiden Elemente Partizipation und Repräsentation verbinde; (2) Institutionen und Gesetze sollten ermöglichen, dass Bürger partizipieren können sowie repräsentiert werden; (3) die politische Gemeinschaft sollte sich durch verteilende Gerechtigkeit auszeichnen.<sup>316</sup>

Für einen angemessenen Ausgleich widerstreitender Autonomieansprüche in Selbstbestimmungsfällen seien folgende Richtlinien zu beachten: (1) Grundsätzlich könne den Separatisten das Recht, sich selbst zu regieren, nicht von den übrigen Bürgern des Staates abgesprochen werden. Die einen hätten nicht die Autonomie, die Autonomie der anderen zu restringieren, nur weil sie jene regieren wollten. (2) Allerdings habe dieses Recht Grenzen. Die Separatisten müssten die Autonomie der übrigen Bürger des Staates respektieren. Deshalb sei die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts unzulässig, wenn die anderen Bürger hierdurch ungerecht behandelt würden. Eine Sezession als stärkster und folgenreichster Ausdruck der Selbstbestimmung dürfte in den meisten Fällen nicht gerechtfertigt sein, da mit der Abspaltung regelmäßig Unrecht einhergehe.<sup>317</sup>

Fraglich sei, ob die Separatisten über die Beachtung der Autonomie anderer Bürger hinausgehende Verpflichtungen haben. Bringe die Mitgliedschaft in einem Staat selbst nicht bestimmte Verpflichtungen mit sich? Dies führe zu einer Diskussion über die Quelle politischer Verpflichtung. Sei es Zustimmung oder etwas anderes? Könne diese Verpflichtung das Recht auf Selbstbestimmung begrenzen? D. Philpott ist der Ansicht, dass das Selbstbestimmungsrecht von der Entscheidung über die Ursache politischer Verpflichtung unberührt bleibt. Damit stelle er nicht in Abrede, dass Bürger gegenüber ihren Mitbürgern verpflichtet seien. Liberal-demokratische Theorien könnten aber nicht erklären, warum diese Verpflichtungen gegenüber einem bestimmten Staat, innerhalb eines bestimmten Staatsvolkes bestünden.<sup>318</sup> Das Recht der Individuen, den eigenen Staat zu wählen, impliziere allerdings keinen geographischen Libertarismus.<sup>319</sup> Staaten

---

<sup>316</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 355 ff.

<sup>317</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 362 ff. (364): „*Secession, the starkest, most consequential separation, on which injustice is most likely to be parasitic, will in most cases be ruled out.*“ Siehe auch S. 353: „*Secession [...] should be a last resort [...].*“ und S. 382: „*Secession, by this formula, truly becomes a last resort.*“

<sup>318</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 366 ff.

<sup>319</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 368 f.

funktionierten nur durch Kooperation, die notwendig zwischen zusammen lebenden Menschen bestehen müsse. Obwohl das Selbstbestimmungsrecht ein Individualrecht sei, könne es nur kollektiv ausgeübt werden.<sup>320</sup>

Neben diesen Überlegungen sind die über Gruppen und territoriale Ansprüche von untergeordneter Bedeutung:

Die Träger des Selbstbestimmungsrechts seien weder durch Ethnizität noch durch andere objektive Merkmale gekennzeichnet. Entscheidend ist nach *D. Philpotts* Auffassung der Wunsch nach größerer Autonomie, im Falle der Sezession nach Unabhängigkeit (subjektives Kriterium). Fraglich sei lediglich, ob die sezedierende Gruppe eine bestimmte Größe haben müsse. Es gebe keine Gründe, weshalb eine Stadt oder eine kleine Region wie Andorra, Monaco, Hong Kong etc. sich nicht selbstbestimmen könne, aber gelte dies auch für eine Nachbarschaft oder Familie? Ein unabhängiger Staat müsse bestimmte Funktionen erfüllen, z. B. Straßenbau und Erziehung der Kinder. Es sei nicht zu erwarten, dass eine Nachbarschaft oder Familie dies gewährleisten könne.

Territoriale Ansprüche sind nach *D. Philpotts* Auffassung keine Voraussetzung gerechtfertigter Sezessionen. Die territoriale Frage sei nur insofern von Bedeutung, als Menschen unter derselben Regierung notwendig zusammenleben. Die Regierung habe jedoch keine spezielle Beziehung zu dem Territorium: „The state governs, not owns; it's a matter of government, not land.“<sup>321</sup>

Das prima facie Recht auf Selbstbestimmung, das *D. Philpott* aus dem kantischen Autonomiebegriff herleitet, ist eines für eine utopische homogene Gruppe („a minority-less Utopian group“)<sup>322</sup> mit einer besonderen, nach Selbstregierung strebenden Identität<sup>323</sup>. Die meisten Gruppen erfüllten nicht die ideale Definition, sondern seien illiberal, mit Minderheiten durchmischt oder hinsichtlich der Sezessionsfrage gespalten. Selbst wenn sie sich dem Ideal annäherten, könnte die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts nachteilige Folgen, wie Krieg,

---

<sup>320</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 369.

<sup>321</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 370.

<sup>322</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 359.

<sup>323</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 361.



Flüchtlinge oder ökonomisches Chaos, haben. Das Selbstbestimmungsrecht, respektive Sezessionsrecht müsse in derartigen Fällen restringiert werden.<sup>324</sup>

(1) *Illiberale, undemokratische Gruppen.*<sup>325</sup> Im Kontext einer liberal-demokratischen Theorie im zuvor beschriebenen Sinne müsse jede Regierung zumindest basale Menschenrechte, einschließlich fundamentaler politischer und bürgerlicher Freiheitsrechte sowie das Recht auf Existenzminimum, garantieren. Sollte man also jeder Gruppe, die Minderheitenrechte einiger ihrer Mitglieder nicht beachtet, das Sezessionsrecht absprechen? *D. Philpott* beantwortet diese Frage mit Hilfe *John Stuart Mills* Argument, dass ein Volk seine Freiheit unabhängig von der Unterstützung durch andere Staaten entwickeln müsse, da die Unabhängigkeit häufig erst am Anfang eines langen Weges zu der Herausbildung garantierter Menschenrechte stünde.<sup>326</sup> Sofern eine Gruppe jedenfalls minimale Gerechtigkeitsstandards erfülle, sei bei begründeter Aussicht auf eine positive Rechtsentwicklung ihr Sezessionsrecht nicht abzulehnen. Für die Abspaltung einer illiberalen Gruppe von einem liberalen Staat gelte dies jedoch nicht. Vielmehr sei dafür zu sorgen, dass die Mitglieder der Gruppe sich auch in Zukunft auf liberal-demokratische Rechte berufen könnten. Für den Fall, dass die Separatisten einen weniger liberalen Staat gründen wollen, könne die Erhaltung des bisherigen Gerechtigkeitsstandards mit Gewalt von außen durchgesetzt werden.<sup>327</sup>

(2) *Abweichler und Minderheiten.*<sup>328</sup> Während eine Minderheit nicht zu der Gruppe gehöre, sei ein Abweichler zwar Mitglied der Gruppe, stimme der Sezession aber nicht zu. Das Problem der Abweichler sei durch Anwendung des Mehrheitsprinzips zu lösen. Schwieriger gestalte sich das Minderheitenproblem: Das Dilemma bestünde darin, dass nicht die Autonomie aller befriedigt werden könne und außerdem die sorglose Gewährung des Selbstbestimmungsrechts die Rechte der Minderheiten gefährden dürfte. In diesen Fällen müsse das Mehrheitsprinzip Anwendung finden und darüber hinaus der Schutz der Minderheitenrechte garantiert sein. Falls die Minderheit selbst Träger des Selbstbestimmungsrechts

---

<sup>324</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 371.

<sup>325</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 371 ff.

<sup>326</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 372.

<sup>327</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 374.

<sup>328</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 378 ff.

sei, dürfe sie sich darauf berufen und sezedieren („self-determination within self-determination“).<sup>329</sup>

Im Ergebnis ist die kantianische Version der Wahltheorie der teleologisch-restringierten sehr ähnlich. Der entscheidende Unterschied liegt darin, dass *D. Philpott* im Gegensatz zu *C. Wellmann* nicht primär konsequentialistisch argumentiert. Dadurch verlagern sich die Schwerpunkte der ethischen Rechtfertigung von der Frage, wie der durch Sezession entstehende Staat beschaffen sein soll, auf die Frage, wie sich die Abspaltung von einem bestehenden Staat vollziehen soll.

#### 4.2.2.3.2 Kritik

Unzutreffend ist die Auffassung *D. Philpotts*, die Entscheidung über die Ursache politischer Verpflichtung sei für die Frage des Selbstbestimmungsrechts nicht erforderlich. Im Falle einer Sezession ist ein angemessener Ausgleich zwischen den Ansprüchen der sezedierenden Gruppe und denen des Reststaates herbeizuführen. Mit diesen Ansprüchen korrespondieren Pflichten der jeweils anderen Gruppe, wovon auch *D. Philpott* ausgeht. Da aber nur gerechtfertigte Ansprüche ausgeglichen werden müssen, stellt sich die Frage, woher die mit diesen Ansprüchen korrespondierenden legitimen Pflichten gegenüber den Mitbürgern rühren. Folglich ist die Entscheidung über die Ursache politischer Verpflichtung auch für die Frage des Selbstbestimmungsrechts erforderlich.

*Wayne Norman* kritisiert, dass die Wahltheorie in Wirklichkeit eine um das nationale Element verkürzte Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts sei. Auf diese Weise entledigten sich die Vertreter der Wahltheorie des Problems, Gruppen als Nationen definieren zu müssen. Wenn man die ethnischen Komplikationen der Sezessionsfrage außer Betracht lasse, schütte man allerdings

---

<sup>329</sup> D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 380.

das Kind mit dem Bade aus.<sup>330</sup> Eine Sezessionstheorie, die Separatisten als bloße Ansammlung autonomer Individuen behandelt, sei kulturblind.<sup>331</sup>

Ähnlich argumentiert *Margaret Moore*, deren Einwände gegen *D. Philpotts* Auffassung exemplarisch sind für ihre Kritik an der Wahltheorie insgesamt: Zum einen ignoriere die Wahltheorie, dass die überwiegende Zahl der Sezessionsbestrebungen ethnisch fundiert sei. Zum anderen könne sie den territorialen Anspruch, den die Individuen durch Ausübung ihrer Sezessionsfreiheit geltend machen, nicht begründen.<sup>332</sup>

Der Vorwurf, die Wahltheorie übersehe, dass Sezessionsbestrebungen überwiegend ethnisch motiviert sind, ist zurückzuweisen. Keinesfalls werden die tatsächlichen Umstände einer Sezession ignoriert. Die berechtigten Interessen der betroffenen Gruppen finden im Rahmen der Wahltheorie Berücksichtigung und sind gegeneinander abzuwägen, so dass ein angemessener Ausgleich herbeigeführt werden kann. Eine darüber hinausgehende Berücksichtigung von Ethnien erscheint hingegen verfehlt: Ethnien werden mit Hilfe unbestimmter Kriterien wie Kultur oder Rasse definiert. Da zudem keine homogenen Ethnien existieren, handelt es sich hierbei letztlich um eine Fiktion. Ein Sezessionsrecht, das sich auf die ethnische Motivation einer Gruppe gründet, birgt die Gefahr des Ethno-Zentrismus in sich, der zur Exklusion anderer Kollektive und insbesondere zu Minderheitenkonflikten führt.

Entgegen *M. Moores* Auffassung ist ein besonderer Anspruch auf das von der Sezession betroffene Territorium nicht erforderlich.<sup>333</sup>

Die Einschränkung des Sezessionsrechts, die *D. Philpott* für illiberale Gruppen formuliert, verdient nur insofern Zustimmung, als die Verletzung elementarer Menschen- und Bürgerrechte im Rahmen einer Theorie, die auf einem universellen Autonomiebegriff basiert, nicht gerechtfertigt werden kann. Die Ablehnung einer Sezession, mit der die Gründung eines Staates erstrebt wird, der

---

<sup>330</sup> W. Norman, The ethics of secession as the regulation of secessionist politics, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 37.

<sup>331</sup> W. Norman, The ethics of secession as the regulation of secessionist politics, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 39.

<sup>332</sup> M. Moore, The self-determination principle and the ethics of secession, in: Dies. (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 5.

zwar basale Menschenrechte beachten würde, aber dennoch weniger liberal als der bisherige Gesamtstaat wäre, ist hingegen paternalistisch.

#### 4.2.2.4 *Libertär-kontraktualistische Version*

##### 4.2.2.4.1 Inhalt und Begründung

*David Gauthier* gründet die rechtsethische Rechtfertigung von Sezessionen auf zwei Prinzipien: „The weak right to associate with those with whom you want to associate provided they want to associate with you, and the proviso against bettering yourself by worsening your fellows, ...”<sup>334</sup> Seine streng individualistische Auffassung wird im folgenden als *libertär-kontraktualistische Version* der Wahltheorie bezeichnet.<sup>335</sup>

Das erste Prinzip („weak right of association“) folge aus den Ideen der Reziprozität („idea of interaction“) und des Kontraktualismus („contractarian idea“): Jede Person versuche zwar, ihre eigenen Interessen durchzusetzen, sei aber ethisch an die Bedingungen der Gegenseitigkeit gebunden, denen sie vom Standpunkt einer ex ante Situation vernünftigerweise zustimmen würde. Es sei anzunehmen, dass danach solche sozialen Institutionen und Praktiken favorisiert würden, die eine extensive, wenn auch nicht unbegrenzte Freiheit, Verträge zu schließen und Verbindungen einzugehen, gewährleisten. Das Recht, sich mit anderen zu verbinden, sei insofern schwach, als es mit dem anderer Personen in der Weise koordiniert werden müsse, dass sich möglichst viele Personen in gegenseitig erwünschten Verbindungen wiederfinden. Wegen der Reziprozität des „weak right of association“ hätte der einzelne nicht das Recht, eine Verbindung mit einem anderen einzugehen oder fortzusetzen, der dies nicht wünscht.<sup>336</sup>

---

<sup>333</sup> Siehe oben, C. I. 2. a) und II. 1. a) bb).

<sup>334</sup> D. Gauthier, *Canadian Journal of Philosophy* 24 (1994), S. 357 ff. (S. 371).

<sup>335</sup> C. Chwaszcza bezeichnet D. Gauthiers Position als „libertäre(s) Argument“, Sezession und Selbstbestimmung, in: P. Koller/K. Puhl (Hg.), *Current Issues in Political Philosophy*, S. 338 ff.; dies., Selbstbestimmung, Sezession und Souveränität, in: Dies./W. Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, S. 477 ff.

<sup>336</sup> D. Gauthier, *Canadian Journal of Philosophy* 24 (1994), S. 360. Im Gegensatz zur teleologisch-restringierten Version der Wahltheorie ist die Ausübung der Sezessionsfreiheit im Rahmen der libertär-kontraktualistischen Version verboten, wenn hierdurch die Gründung einer Union mit einer anderen Gruppe gegen deren Willen erstrebt wird. Eine Annexion ist folglich nicht zu rechtfertigen.

Das zweite Prinzip verbietet die eigene Besserstellung zu Lasten anderer,<sup>337</sup> wobei *D. Gauthier* den Maßstab für die Feststellung der Verbesserung beziehungsweise Verschlechterung konkretisiert: Der Verlust eines Staates als solcher dürfe nicht als Nachteil gewertet werden. Darüber hinaus müssten die Vorteile, die zwar aufgrund der Existenz des Staates erzielt wurden, aber außerhalb seines eigentlichen Zwecks liegen, unberücksichtigt bleiben. Deren Verlust könne – ähnlich wie bei der Beendigung einer Freundschaft – weder zur Ablehnung einer Sezession noch zu Ausgleichsansprüchen führen.<sup>338</sup>

Folglich ist eine Sezession gemäß der libertär-kontraktualistischen Wahltheorie

- nicht gerechtfertigt, wenn sie eine für die Sezessionisten vorteilhafte, für den Reststaat hingegen nachteilige Verteilung der durch den Staat im Rahmen seiner Funktion erlangten (materiellen sowie immateriellen) Güter bewirkt;
- gerechtfertigt, sofern diese Nachteile gleichmäßig verteilt sind. Ob die Sezessionisten durch die Abspaltung einen anderen, zum Beispiel kulturellen Vorteil erzielen, ist sowohl im Hinblick auf das Sezessionsrecht als auch für Fragen der Kompensation unerheblich.<sup>339</sup>

Schließlich sind nach *D. Gauthiers* Auffassung territoriale Ansprüche des Staates gegenüber denen der Individuen, die auf diesem Gebiet siedeln, untergeordnet. Deshalb hätten die Individuen, die eine politische Gemeinschaft gründen wollen, auf das von ihnen besiedelte Territorium einen Anspruch, der andere territoriale Ansprüche grundsätzlich überwiege.<sup>340</sup>

#### 4.2.2.4.2 Kritik

*Christine Chwaszcza* bemängelt, dass *D. Gauthier* politische Mitgliedschaft in Analogie zu einer Club-Mitgliedschaft, die auf freiwilliger Entscheidung des Individuums beruht, verstehe. Diese Analogie unterschlage, dass zwischen einem Club und einer politischen Gemeinschaft erhebliche qualitative Unterschiede bestünden. Ein Sezessionsrecht sei gegenüber den „fundamentalen Funktionen

---

<sup>337</sup> Sog. *Paretoprinzip*. Siehe hierzu D. von der Pfordten, *Rechtsethik*, S. 341: „Das bedeutet: Die Situation einzelner Individuen darf nur verbessert werden, wenn alle anderen Individuen dadurch zumindest nicht schlechter wegkommen.“ und S. 349 f.

<sup>338</sup> D. Gauthier, *Canadian Journal of Philosophy* 24 (1994), S. 364 f.

<sup>339</sup> D. Gauthier, *Canadian Journal of Philosophy* 24 (1994), S. 365 f.

<sup>340</sup> D. Gauthier, *Canadian Journal of Philosophy* 24 (1994), S. 369.

der Koordination und Kontingenzverminderung<sup>341</sup> staatlicher Institutionen „absolut kontraproduktiv“<sup>342</sup>. Die libertäre Stärkung der Autonomie der individuellen Bürger beruhe letztlich auf einer A-Politisierung und Privatisierung des Gesellschaftsbegriffs.<sup>343</sup>

Die Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft kann in der Tat nicht auf eine Art „Club-Mitgliedschaft“ reduziert werden. Ein beliebiges Ein- oder Austrittsrecht wird weder den innerstaatlichen noch den überstaatlichen Interessen der Individuen, die durch Begründung eines Staates entstehen, gerecht. Allerdings ist *D. Gauthiers* Auffassung auch nicht so zu verstehen, denn er schränkt die Sezessionsfreiheit erheblich ein. Insbesondere das Verbot der eigenen Besserstellung zu Lasten anderer ist Ausdruck eines Gegenseitigkeitsprinzips, das die extensive Ausübung der Sezessionsfreiheit verhindert. Gleichwohl bedarf der Maßstab für die Besser- bzw. Schlechterstellung weiterer Konkretisierung. Eine politische Gemeinschaft ist durch zahlreiche Verpflichtungen und Abhängigkeiten ihrer Mitglieder gekennzeichnet, die im Falle einer Sezession zum Ausgleich gebracht werden müssen. Außerdem versäumt *D. Gauthier*, die berechtigten Interessen der Weltgemeinschaft in die Abwägung einzubeziehen.

#### 4.2.3 Zusammenfassung: Individualistische Sezessionstheorien

Die Sezession von Staaten wird in der Literatur häufig mit der Ehescheidung verglichen.<sup>344</sup> Anhand der Analogie von Staat und Ehe lässt sich – unter Verzicht auf die Darstellung vielfältiger Überschneidungen bzw. Einschränkungen und insofern stark vereinfachend – die allgemeine Struktur der individualistischen Sezessionstheorien veranschaulichen:

---

<sup>341</sup> C. Chwaszcza, Selbstbestimmung, Sezession und Souveränität, in: Dies./W. Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, S. 482.

<sup>342</sup> C. Chwaszcza, Selbstbestimmung, Sezession und Souveränität, in: Dies./W. Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, S. 483.

<sup>343</sup> C. Chwaszcza, Selbstbestimmung, Sezession und Souveränität, in: Dies./W. Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, S. 482 ff.

<sup>344</sup> Z. B. A. Buchanan, Secession, S. 7; D. Gauthier, *Canadian Journal of Philosophy* 24 (1994), S. 359; C. Wellmann, *Philosophy and Public Affairs* 24 (1995), S. 146. Ablehnend H. Aronovitch, *Public Affairs Quarterly* 14 (2000), S. 27 ff.: Die Analogie sei u. a. deshalb verfehlt, weil ein Schluss von der persönlichen, individuellen Ebene auf die öffentliche, kollektive unzulässig sei. Ähnlich R. E. Ewin, *Journal of Applied Philosophy* 11 (1994), S. 225.

- Nach der territorialen Version der Unrechtstheorie ist die Abspaltung eines Gebietes, das durch Annektion, Kolonisation oder auf andere unfreiwillige Weise der Herrschaft des Gesamtstaates unterstellt wurde, rechtsethisch gerechtfertigt. Der hinter dieser Auffassung stehende Gedanke ist, dass keine schutzwürdige politische Gemeinschaft besteht, wenn die Herrschaft des Staates über das von der Sezession betroffene Gebiet von Anfang an illegitim war. Die Abspaltung des Territoriums ist unter dieser Voraussetzung lediglich die Retribution des ursprünglichen Zustands und wird deshalb auch als „unechte“ Sezession<sup>345</sup> bezeichnet.

Vergleicht man den Staat mit einer Ehe, entspricht die nach der territorialen Version der Unrechtstheorie gerechtfertigte Sezession der Annullierung. Eine Annullierung erfolgt, wenn eine Ehe nicht wirksam zustande gekommen ist, weil sie anfängliche Legitimationsmängel aufweist.<sup>346</sup>

- Das Problem der rechtsethischen Rechtfertigung von Sezessionen infolge eines nachträglichen Legitimationsverlustes („echte“<sup>347</sup> Sezession) – das heißt die Legitimation der von einem Staat ausgeübten Herrschaft über das gesamte Gebiet und alle Bürger besteht zunächst, fällt aber später über einen Teil des Gebiets und der Bürger weg – ist Gegenstand der personalen Version der Unrechtstheorie oder der Wahltheorie.

Die Ehe verliert nachträglich ihre Legitimation, wenn sie geschieden wird. Insofern ist eine Scheidung mit einer „echten“ Sezession vergleichbar.

- Vertreter der personalen Version der Unrechtstheorie begründen den Legitimitätsverlust der Herrschaft des Gesamtstaates über einen Teil seiner Bevölkerung und seines Territoriums damit, dass die Mitglieder der sezedierenden Gruppe Opfer einer massiven Ungerechtigkeit geworden sind, der sie nur durch Sezession entgehen konnten. Plakativ formuliert, trägt der Gesamtstaat die Verantwortung für das von einem Teil der Bürger erlittene Unrecht und muss dafür mit einem Teil seines Territoriums bezahlen.

---

<sup>345</sup> S. Oeter, ZaöRV 52 (1992), S. 750.

<sup>346</sup> Die Nichtigkeit von Ehen war bis 1998 in den §§ 16 ff. Ehegesetz vom 6.7.1938 (RGBl. I S. 807) geregelt. Im Rahmen des Gesetzes zur Neuordnung des Eheschließungsrechts (EheSchIRG vom 4.5.1998, BGBl. I S. 833) wurde das Ehegesetz aufgehoben (ebd., S. 841). In den neu in das BGB eingefügten §§ 1303 ff. finden sich Regelungen zur Aufhebung der Ehe (§§ 1313 ff.).

<sup>347</sup> S. Oeter, ZaöRV 52 (1992), S. 753.

Erfolgt die Scheidung nach dem Verschuldensprinzip<sup>348</sup>, sind die Gründe für das Scheitern der Ehe in Hinblick auf die Vermögensteilung von Bedeutung. Nur im weitesten Sinne ist eine Analogie zur personalen Version der Unrechtstheorie erlaubt.

- Nach der Wahltheorie tritt ein Legitimitätsverlust bereits dann ein, wenn ein Teil der Bürger zum Ausdruck bringt, die Herrschaft des bestehenden Staates nicht mehr anzuerkennen. Entscheidet sich eine Gruppe zum Austritt aus dem Gesamtstaat, erlischt damit zugleich die Legitimität der Herrschaft des Staates über das von ihr besiedelte Territorium.

Wird die Ehe nach dem Zerrüttungsprinzip<sup>349</sup> geschieden, sind die Gründe ihres Scheiterns irrelevant. Eine reine Wahltheorie ist ansatzweise mit dem Zerrüttungsprinzip vergleichbar.

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Schaubild:<sup>350</sup>

---

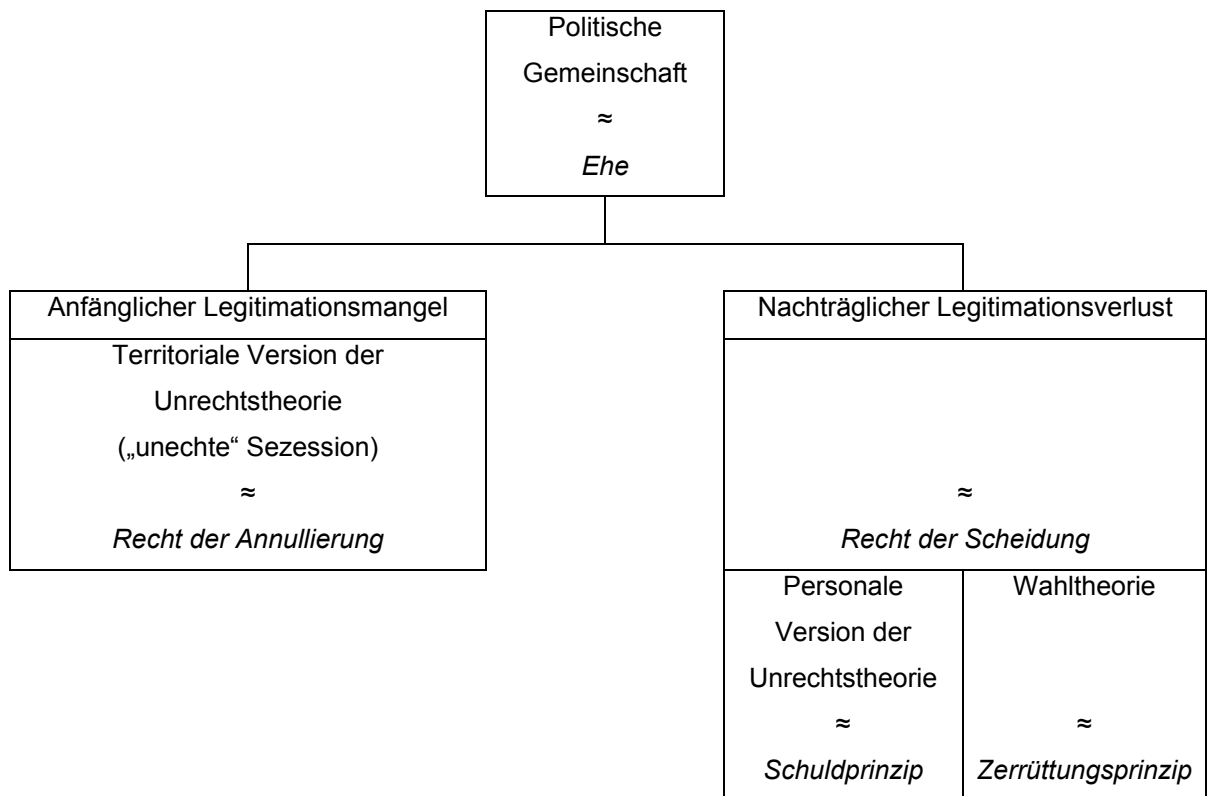
<sup>348</sup> In der Bundesrepublik Deutschland wurde das Verschuldensprinzip mit Einführung des Zerrüttungsprinzips gemäß §§ 1565-1568 BGB durch das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14.6.1976 (BGBl. I S. 1421) abgeschafft.

<sup>349</sup> §§ 1565-1568 BGB.

<sup>350</sup> Die Differenzierung zwischen Annulierung und Scheidung, innerhalb derer wiederum zwei Fälle zu unterscheiden sind, stammt von D. Gauthier, Canadian Journal of Philosophy 24 (1994), S. 359.



Tabelle 3: Vergleich individualistischer Sezessionstheorien - Scheidungsrecht



#### 4.3 Zusammenfassung: Sezession von Staaten in der politischen Philosophie der Gegenwart

Die Frage nach der rechtsethischen Rechtfertigung der Sezession von Staaten wird in der politischen Philosophie der Gegenwart entweder mit Hilfe der zumindest gemischt kollektivistisch-individualistischen Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts oder der primär individualistisch geprägten Unrechts- bzw. Wahltheorie beantwortet. Innerhalb dieser Theorien lassen sich mehrere Versionen unterscheiden, die wiederum stärker oder schwächer kollektivistisch bzw. individualistisch geprägt sind. Die wichtigsten Versionen der Sezessionstheorien im Spektrum zwischen normativem Individualismus und normativem Kollektivismus sind in nachfolgendem Schaubild zusammengefasst:

Kollektivistische Version  
der Theorie des nationalen  
Selbstbestimmungsrechts

Gemischt kollektivistisch-  
individualistische Version  
der Theorie des nationalen  
Selbstbestimmungsrechts

Personale Version  
der Unrechtstheorie

Territoriale Version  
der Unrechtstheorie

Liberal-demokratische Version/  
Teleologisch-restringierte Version  
der Wahltheorie

Kantianische Version  
der Wahltheorie

Libertär-kontraktualistische Version  
der Wahltheorie

Selbst wenn die Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts, die Unrechtstheorie und die Wahltheorie in ihren Voraussetzungen im Einzelnen stark divergieren, ist eine wesentliche Übereinstimmung festzuhalten: In der gegenwärtigen Diskussion findet sich keine Auffassung, die eine rechtsethische Rechtfertigung der Sezession von Staaten kategorisch ablehnt. Jedenfalls als ein letztes Abwehrrecht gegen noch nicht abgeschlossene Unrechtstatbestände wird ein Sezessionsrecht der betroffenen Gruppe anerkannt.

Wenngleich die Sezessionsproblematik philosophiehistorisch nahezu unbedeutend ist, lässt sich dieser Minimalkonsens bereits bei *Johannes*

Althusius<sup>351</sup> und Hugo Grotius<sup>352</sup> nachweisen. Demgegenüber lehnte Samuel Pufendorf<sup>353</sup> Widerstand gegen den Staat selbst dann ab, wenn dieser schwerstes Unrecht beging. Damit ist auch ein Sezessionsrecht als Reaktion auf staatliches Unrecht nicht mehr zu rechtfertigen. Das absolute Sezessionsverbot ist Ausfluss einer hobbesianischen Vertragstheorie, die den einmal eingesetzten Souverän als sakrosankt erklärt.<sup>354</sup>

Ein ähnlich starker Souveränitätsbegriff prägte von Anfang an die völkerrechtsdogmatische Diskussion der Sezessionsproblematik. Allerdings hat sich inzwischen auch im Völkerrecht weitgehend die Auffassung durchgesetzt,

---

<sup>351</sup> J. Althusius, *Politica methodice digesta*, XXXVIII, 76: „*Potest etiam ex optimatibus unus, vel pars una regni, peculiarem regem, aut novam Reipublicae formam sibi deligere, derelicto reliquo corpore, cui adhaerebat, quando vel istius partis totius publica manifestaque salus id omnino suadet, vel leges patriae fundamentales a magistratu non observantur, sed obstinate violantur & insanabiliter, vel verus Dei cultus jussusq; patefactus, id fieri diserte praecipit & postulat. Et tum haec pars statum suum & formam novam ejusmodi adversus reliquas ejusdem regni partes, a quibus descivit, defendere vi & armis potest.*“

<sup>352</sup> H. Grotius, *De jure belli ac pacis*, Buch I, Kapitel IV, Abschnitt XI: „*Viertens, sagt derselbe Barclajus, geht die Herrschaft verloren, wenn der König in feindseliger Absicht das ganze Volk in das Verderben führt. Ich trete dem bei; denn der Wille zu herrschen und der Wille zu verderben können nicht zugleich neben einander bestehen. Wer sich deshalb zum Feind des ganzen Volkes erklärt, der entsagt damit der Herrschaft; doch kann dies kaum bei einem Könige vorkommen, der seiner Sinne mächtig ist und nur über ein Volk herrscht. Wenn er aber über mehrere herrscht, so kann es kommen, dass er zu Gunsten des einen das andere verderben will, um dort Kolonien anzulegen.*“

<sup>353</sup> S. Pufendorf, *De Officio Hominis et Civis Juxta Legem Naturalem*, 2. Buch, Kapitel 9, § 4: „[...] Selbst wenn der Staat schwerstes Unrecht tut, ist es für den einzelnen besser, sein Heil in der Flucht zu suchen und jede Art Not zu ertragen, als das Schwert gegen den Herrscher zu ziehen, der trotz aller Strenge doch immer der Vater des Landes bleibt.“

<sup>354</sup> S. Pufendorf, *De Officio Hominis et Civis Juxta Legem Naturalem*, 2. Buch, Kapitel 6, § 7: „[...] Zuallererst schließt eine im Zustand natürlicher Freiheit lebende Menge von Menschen, sobald sie zur Gründung eines Staates schreitet, untereinander jeder mit jedem einen Vertrag, wonach sie sich für immer zu einer Gemeinschaft zusammenschließen [...].“ (Hervorhebung durch Verf.)

Im Gegensatz zu Pufendorf erkannte Hobbes aber ein Widerstandsrecht an. Dieses sollte allerdings nur dann gelten, wenn die Gehorsamsverweigerung nicht den Zweck der Unterwerfungserklärung gefährdet: „*No man is bound by the words themselves, either to kill himselfe, or any other man; And consequently, that the Obligation a man may sometimes have, upon the Command of the Sovereign to execute any dangerous, or dishonourable Office, dependeth not on the Words of our Submission; but on the Intention; which is to be understood by the End thereof. When therefore our refusall to obey, frustrates the End for which the Sovereignty was ordained; then there is no Liberty to refuse: otherwise there is.*“, T. Hobbes, Chapter 21, S. 151. Da aber durch eine Sezession die Einsetzung des Souveräns jedenfalls teilweise aufgehoben würde und damit der Frieden zwischen den Untertanen und die Verteidigung gegen einen gemeinsamen Feind nach Hobbes' Theorie nicht mehr gewährleistet wäre, kann das Sezessionsrecht nicht als eine Art Widerstandsrecht begründet werden.

dass die Sezession eines Volkes nicht nur im Kontext der Dekolonisierung, sondern darüber hinaus als Reaktion auf die eklatante und evidente Verletzung von Menschenrechten der Gruppenmitglieder rechtmäßig ist. Insoweit besteht Übereinstimmung zwischen der völkerrechtsdogmatischen Lösung und dem Minimalkonsens der rechtsethischen Sezessionstheorien.

Anders als in der völkerrechtlichen Literatur, die nach wie vor in besonderer Weise durch das Souveränitätsdenken geprägt ist, erscheint die Sezessionsproblematik in der politischen Philosophie dogmatisch weniger vorbelastet. Die rechtsethische Diskussion lässt die Geschichte der internationalen Staatengemeinschaft zwar nicht unberücksichtigt, ist aber vorwiegend auf die Beantwortung innerstaatlicher Gerechtigkeitsfragen konzentriert. Folglich bilden die Lösungsansätze für die klassischen Probleme der politischen Philosophie – Was kennzeichnet eine politische Gemeinschaft? Wie sind die Ansprüche einer politischen Gemeinschaft und die damit korrespondierenden Pflichten ihrer Mitglieder zu begründen? Wann ist eine politische Gemeinschaft gerecht? usw. – das Fundament der genannten Sezessionstheorien.

## **5 Normativ-individualistische Theorie der Sezession von Staaten**

Auf der Grundlage der in Teil D diskutierten Auffassungen wird in diesem Abschnitt eine eigene Sezessionstheorie entwickelt. Die *normativ-individualistische Theorie der Sezession von Staaten* verbindet die Vorstellung eines rechtsethisch gerechtfertigten Sezessionsrechts, das seine Grenzen in der Abwägung mit gegenläufigen Interessen findet, mit der Idee der Menschenrechte und dem Ziel der Friedenssicherung.

Weil die Rechtfertigung der Sezession von Staaten mit Blick auf die Interessen der von der Abspaltung betroffenen Individuen erfolgt, handelt es sich um eine normativ-individualistische Theorie (I.). Die normativ-individualistische Theorie der Sezession von Staaten basiert auf dem Grundsatz der Sezessionsfreiheit. Der Grundsatz der Sezessionsfreiheit wird aus der Überzeugung entwickelt, dass Menschen autonome Individuen sind, die letztlich auch über ihre politische Zugehörigkeit frei entscheiden können (II.). Das Interesse der Separatisten, eine Sezession durchzuführen, kollidiert regelmäßig mit Interessen anderer Individuen,

z. B. der Bürger des von der territorialen Abspaltung betroffenen Staates, die die Aufrechterhaltung der politischen Gemeinschaft in der bisherigen Form wünschen, oder der Bürger eines Nachbarstaates, die durch die Sezession eine Störung internationaler Handelsabkommen und infolgedessen ökonomische Nachteile befürchten. Die Sezessionsfreiheit gilt folglich nicht uneingeschränkt, sondern kann durch berechnigte gegenläufige Interessen relativiert werden (III.). Schließlich ist zu berücksichtigen, dass es sich bei dem Sezessionsrecht um ein Gruppenrecht handelt. Daraus ergeben sich vor allem Besonderheiten für die Ausübung der Sezessionsfreiheit (IV.).

## **5.1 Vorüberlegungen**

### **5.1.1 Ideale Theorie?**

In der Literatur wird teilweise auf Unterschiede zwischen idealen und nicht-idealen Sezessionstheorien hingewiesen.<sup>355</sup> Erstere beziehen ihre Überlegungen auf einen utopischen Staat, in dem alle politischen Entscheidungen immer vollkommen gerecht sind. Letztere hingegen gründen ihre Theorie auf reale Gegebenheiten, die durch die Existenz von Ungerechtigkeiten gekennzeichnet sind. Hierzu gehört zwingend die Unrechtstheorie: Im Rahmen einer idealen Theorie wären Sezessionen als Reaktion auf erlittenes Unrecht nicht denkbar.

Sowohl eine ideale als auch eine nicht-ideale Sezessionstheorie als normative Lösung einer Problematik der realen Welt kommt nicht ohne die Berücksichtigung von Fakten aus. Darüber hinaus ist aber die praktische Anwendung der in der rechtsethischen Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse gefordert. Sie verspricht im Sinne der Einzelfallgerechtigkeit nur dann Erfolg, wenn die Besonderheiten der realen Welt – und damit auch ihre Ungerechtigkeiten – berücksichtigt wurden.

Deshalb wird nachfolgend auf eine weitere Berücksichtigung der Differenzierung zwischen idealer und nicht-idealer Theorie verzichtet.

---

<sup>355</sup> Z. B. A. Buchanan, Secession, S. 6 f.; A. Margalit/J. Raz, The Journal of Philosophy 87 (1990), S. 440. J. Rawls unterscheidet in „The Law of Peoples“ zwischen idealer (S. 11 ff.) und nicht-idealer (S. 89 ff.) Theorie, wobei er beide für seine Vorstellung internationaler Gerechtigkeit zu verbinden versucht.

### 5.1.2 Normativer Individualismus<sup>356</sup>

Der normative Individualismus ist dadurch gekennzeichnet, dass die Rechtfertigung politischer Entscheidungen in letzter Instanz auf die betroffenen Menschen gegründet wird. Die normativ-individualistische Rückbindung staatlicher Herrschaft steht in der Tradition prominenter Philosophen wie *T. Hobbes*, *J. Locke*, *I. Kant*, *J. St. Mill* und *J. Rawls*.<sup>357</sup> Während der normative Individualismus im 16. und 17. Jahrhundert noch nicht voll entfaltet war, wird er später durch kollektive Elemente bewusst abgeschwächt. In der Theorie G. F. W. Hegels ist beispielsweise der Staat als höchste Form der Sittlichkeit das dominierende Element.<sup>358</sup> Seit Mitte des 20. Jahrhunderts fordern die sogenannten „Kommunitaristen“ eine stärkere Gemeinschaftsorientierung ein, weil individualistische Theorien zu einer Atomisierung politischer Gemeinschaften führen würden.<sup>359</sup>

Ausgangspunkt einer normativ-individualistischen Rechtfertigungstheorie ist die Überzeugung, dass nur ein Individuum normativer Bezugspunkt einer ethischen Rechtfertigung sein kann. Rechtfertigungsbedürftig sind nämlich nur solche politischen Entscheidungen, die aufgrund individueller Betroffenheit rechtfertigungsfähig sind. Eine letzte Betroffenheit kollektiver Entitäten scheidet hingegen aus, da Kollektive mangels originärer und nicht nur von ihren Mitgliedern

---

<sup>356</sup> Vgl. zum normativen Individualismus D. von der Pfordten, *Rechtsethik*, S. 229 ff., 281 ff., 293 ff.; ders., *Zeitschrift für philosophische Forschung* 54 (2000), S. 491 ff.; ders., *Rechtsethische Rechtfertigung – material oder prozedural?*, in: L. Schulz (Hg.), *Verantwortung zwischen materialer und prozeduraler Zurechnung*, S. 18 ff. Zur Terminologie vgl. auch W. Kersting, *Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrags*, S. 17. Allgemein zur Individualität v. Gerhardt, *Selbstbestimmung. Das Prinzip der Individualität*.

<sup>357</sup> T. Hobbes, *Leviathan*; I. Kant, *Metaphysik der Sitten*, *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre*; J. Locke, *Two Treatises of Government*; J. S. Mill, *On Liberty*; J. Rawls, *A Theory of Justice*. Diese simplifizierende Aneinanderreihung ist nur insofern erlaubt, als der normative Individualismus das verbindende Element der komplexen Theorien darstellt.

<sup>358</sup> G. F. W. Hegel, *Der geschichtliche Staat als Verkörperung der sittlichen Ordnung*, S. 208 ff.: „*Wenn der Staat mit der bürgerlichen Gesellschaft verwechselt und seine Bestimmung in die Sicherheit und den Schutz des Eigentums und der persönlichen Freiheit gesetzt wird, so ist das Interesse des Einzelnen als solcher der letzte Zweck, zu welchem sie vereinigt sind, und es folgt hieraus ebenso, dass es etwas Beliebiges ist, Mitglied des Staates zu sein. – Er hat aber ein ganz anderes Verhältnis zum Individuum; indem er objektiver Geist ist, so hat das Individuum selbst nur Objektivität, Wahrheit und Sittlichkeit, als es ein Glied desselben ist. Die Vereinigung als solche ist selbst der wahrhafte Inhalt und Zweck, und die Bestimmung der Individuen ist, ein allgemeines Leben zu führen; [...].*“

abgeleiteter Interessen keine letzte eigene Rechtfertigung verlangen können.<sup>360</sup> Folglich sind politische Entscheidungen gegenüber Kollektiven in letzter Instanz nicht rechtfertigungsfähig und -bedürftig.

Deshalb ist die Konstruktion von Gruppenrechten als originäre Rechte einer „Entität sui generis“<sup>361</sup> aus rechtsethischer Perspektive problematisch. Die kollektivistische Auffassung, dass Gruppen Träger nicht nur von Individuen abgeleiteter Rechte sein können, wurde bereits an anderer Stelle abgelehnt.<sup>362</sup> Aber auch die von Anhängern gemischt kollektivistisch-individualistischer Theorien vertretene mittelbare Rückführung von Gruppenrechten auf Individualinteressen vermag ihre ethische Bedeutung nicht zu begründen. Selbst wenn die Zugehörigkeit zu einer Gruppe das Wohlbefinden der Individuen steigern sollte, bleibt unklar, warum die Gruppe dadurch zu einer ethisch berücksichtigungsfähigen Entität mit eigenen Rechten werden soll.<sup>363</sup> Die Konstruktion originärer ethischer Gruppenrechte ist folglich abzulehnen.<sup>364</sup>

Die bloße Kategorisierung als normativ-individualistisch lässt noch keinen Rückschluss auf den Grad der individualistischen Prägung einer Theorie zu. Das Rechtfertigungsprogramm kann streng individualistisch<sup>365</sup> oder gemischt individualistisch-kollektivistisch<sup>366</sup> begründet sein, womit lediglich die

---

<sup>359</sup> Einen Überblick über die im Einzelnen sehr divergenten Auffassungen innerhalb der kommunitaristischen Diskussion verschafft z. B. die Darstellung von A. Honneth (Hg.), *Kommunitarismus*.

<sup>360</sup> Vgl. D. von der Pfordten, *Rechtsethik*, S. 282 f.

<sup>361</sup> Zur Terminologie vgl. O. Höffe, *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, S. 385.

<sup>362</sup> Siehe hierzu die Kritik an der kollektivistischen Version der Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts, oben D. I. 1.

<sup>363</sup> Siehe hierzu die Kritik an den Argumenten der gemischt kollektivistisch-individualistischen Version der Theorie des nationalen Selbstbestimmungsrechts, oben D. I. 2.

<sup>364</sup> Ebenso F. R. Tesón, der sich generell gegen die Terminologie der „Gruppenrechte“ wendet. In Wirklichkeit handele es sich hierbei um ein gesellschaftspolitisches Machtmittel zur Sicherung bedeutender kollektiver Ziele. Gruppenrechte hätten demzufolge lediglich die Funktion, Individualrechte, die mit diesen Zielen kollidieren, zu verdrängen. Sie seien deshalb nicht per se illegitim, nur sollten sie nicht als „Rechte“ bezeichnet werden, deren ursprüngliche Bedeutung gerade in der Abwehr staatlicher Eingriffe in die individuelle Freiheit liege. Gleichzeitig räumt er allerdings ein, dass diese eher konzeptionelle Kritik für normative Fragen nichts austrage, *A Philosophy of International Law*, S. 130 ff.

<sup>365</sup> Wie bei libertären Theoretikern, vgl. z. B. D. Gauthier, *Morals by Agreement*; R. Nozick, *Anarchy, State and Utopia*.

<sup>366</sup> Wie bei einigen Kommunitaristen, vgl. z. B. A. MacIntyre, *Whose Justice? Which Rationality?*; M. Walzer, *Spheres of Justice*.

Extrempositionen einer normativ-individualistischen Theorie gekennzeichnet sind. Zwischen diesen Polen findet sich ein Theorienspektrum, das mehr oder weniger individualistisch geprägt ist.

Eine normativ-individualistische Theorie ist nicht notwendig egoistisch. Die Berücksichtigung von Sozialbezügen und Gemeinschaftsbindungen der Individuen ist keinesfalls ausgeschlossen und erscheint sogar sinnvoll. Daher impliziert die legitimatorische Rückführung staatlicher Herrschaft auf die betroffenen Individuen entgegen der häufig vorgebrachten Kritik, Individualismus führe zu einer Atomisierung politischer Gemeinschaften, auch nicht die Vereinzelung von Menschen.<sup>367</sup>

## **5.2 Grundsatz der Sezessionsfreiheit**

Der normative Individualismus beruht auf der Vorstellung von Menschen als autonomen Individuen, die grundsätzlich frei wählen können, was sie tun oder unterlassen möchten. Vor diesem Hintergrund erscheint eine generelle Beschränkung der Sezessionsfreiheit, wie sie die Unrechtstheorie impliziert, problematisch. Sofern die Freiheit zur Veränderung eines bestehenden Staates durch Sezession aus der Autonomie des Menschen hergeleitet werden kann, muss eine normativ-individualistische Sezessionstheorie vom Grundsatz der Sezessionsfreiheit ausgehen.

Eine Theorie der politischen Philosophie, die die Interessen der von einer politischen Entscheidung betroffenen Individuen in das Zentrum ihres Rechtfertigungsprogramms stellt, beruht auf der Überzeugung, dass Menschen vernunftbegabt und selbstbestimmt sind. Nur wenn Menschen als verantwortlich und vernünftig handelnd vorgestellt werden, kann es auf ihre individuellen Interessen ankommen. Wären die Individuen irrational oder fremdbestimmt, würde dies gleichermaßen für ihre Interessen gelten. Die Berücksichtigung derartiger Interessen verbietet sich für eine Theorie, die nach der Gerechtigkeit politischer Entscheidungen fragt.

Begreift man Menschen als vernunftbegabt und selbstbestimmt, müssen sie zugleich frei wählen können, was sie tun oder unterlassen möchten. Freiheit ist die

---

<sup>367</sup> Vgl. D. von der Pfordten, Rechtsethik, S. 237 f.



Voraussetzung dafür, dass die Individuen unabhängig von äußeren Zwängen ihre Ziele und Überzeugungen verfolgen können. Aus diesem Grund muss eine gerechte politische Gemeinschaft so ausgestaltet sein, dass die individuelle Freiheit geschützt wird. Andernfalls könnten die Interessen der Bürger durch politische Entscheidungen ohne weiteres restringiert werden, was mit der Autonomie der Individuen nicht vereinbar ist.

Die Freiheit der Individuen *innerhalb* eines Staates muss gewährleistet sein. Fraglich ist, ob dies auch für die Freiheit *über* einen Staat gilt, das heißt die Freiheit, einen bestehenden Staat (durch Sezession) zu verändern.

Voraussetzung ist, dass Menschen nicht aus tatsächlichen oder ethischen Gründen an bestehende Staaten gebunden, sondern in ihrer Entscheidung über die Beibehaltung und Neugründung eines Staates frei sind. Die Existenz eines Staates muss auf den Interessen seiner Bürger beruhen, damit sie ihn auflösen oder verändern können, sobald ihr Interesse an der Aufrechterhaltung des Staates wegfällt (1).

Wird ein Staat *durch Sezession* verändert, ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass die territoriale Abspaltung sowohl die Teilung des Staatsgebiets als auch die des Staatsvolkes bewirkt. Die Sezessionsfreiheit besteht folglich nur dann, wenn Bürger die Wahl haben, aus dem Staat auszutreten und dabei ein Territorium „mitzunehmen“, sobald ihr Interesse an der Mitgliedschaft erlischt (2).

#### 5.2.1 Freiheit zur Veränderung bestehender Staaten

Bürger haben die Freiheit, über die Veränderung ihrer Staaten zu entscheiden, sofern die Existenz von Staaten Menschenwerk ist und keine ethische Pflicht zur Aufrechterhaltung eines Staates besteht. Das ist der Fall, wenn Staaten weder eine *reale Notwendigkeit* (a) noch eine *normative Notwendigkeit* (b) darstellen, sondern auf *Interessen* von Menschen beruhen (c).

##### 5.2.1.1 Reale Notwendigkeit

Ein Staat ist eine reale Notwendigkeit, wenn seine Bürger zwingend an diese kollektive Lebensform gebunden sind und überhaupt keine Wahl haben, ob sie in

dem Staat oder ohne den Staat leben wollen.<sup>368</sup> Da keine universell akzeptierte Autorität oder Regel besteht, die die fortdauernde Existenz eines Staates vorschreibt, kann ein Staat nur dann real notwendig sein, wenn seine Gründung und Beibehaltung auf einer *anthropologischen* Notwendigkeit beruht.<sup>369</sup>

Für die These der anthropologischen Notwendigkeit von Staaten spricht, dass Menschen seit jeher in Zusammenschlüssen mit anderen Menschen leben. Seit geraumer Zeit ist die Welt in Staaten und staatsähnliche Gebilde unterteilt, für einen wie auch immer gearteten „Naturzustand“ bleibt kein Raum.

Allerdings ist auch stets ein Vergehen und Entstehen von Staaten zu verzeichnen. Eine Gewähr für den Bestand eines bestimmten Staates existiert nicht. So ist die gegenwärtige Staatenwelt durch zahlreiche, teilweise folgenschwere Dissolutionen wie die der UdSSR oder Jugoslawiens gekennzeichnet. Wo Staaten zerfallen, entstehen ein oder mehrere neue Staaten. Diese empirische Tatsache zeigt, dass der Mensch jedenfalls nicht durch einen Trieb zur Gründung und Beibehaltung bestimmter Staaten ausgezeichnet ist. Insofern ist die Sezessionsfreiheit nicht aus anthropologischen Gründen ausgeschlossen.

Fraglich ist, ob sich etwas anderes ergibt, wenn die Sezessionisten die Abspaltung des Territoriums erstreben, um anschließend nicht einen eigenen unabhängigen Staat zu gründen, sondern weil sie auf eine andere Art zusammenleben wollen. Wenn Menschen den Wunsch entwickeln, ohne einen Staat zu leben, haben sie vor dem Hintergrund einer normativ-individualistischen Theorie auch die Freiheit, eine entsprechende Wahl zu treffen. Diese Wahl mag unvernünftig sein und letztlich ihren Interessen zuwiderlaufen. Dennoch kann sie nicht dadurch ausgeschlossen werden, dass Staaten für anthropologisch notwendig erklärt werden. Die Annahme der Notwendigkeit, trotz entgegenstehenden Willens in einem Staat leben zu müssen, bedarf einer besonderen Begründung, die nicht ersichtlich ist.

Die Existenz von Staaten ist Menschenwerk und nicht auf eine reale Notwendigkeit zurückzuführen.

---

<sup>368</sup> Ähnlich definiert D. von der Pfordten die „notwendige Realität“ politischer Herrschaft, Rechtsethik, S. 244.

<sup>369</sup> So Aristoteles, der den Menschen als πολιτικόν ζῷον darstellte, Politik, 1253a8: *„Daraus ergibt sich, dass der Staat zu den naturgemäßen Gebilden gehört und dass der Mensch von Natur ein staatenbildendes Lebewesen ist; derjenige, der auf Grund seiner Natur und nicht bloß aus Zufall außerhalb des Staates lebt, ist entweder schlecht oder höher als der Mensch [...]“*

#### 5.2.1.2 Normative Notwendigkeit

Die Beibehaltung eines Staates ist normativ notwendig, wenn sie auf einer selbständigen und unbedingten ethischen Pflicht beruht.<sup>370</sup>

Die Auffassung, politische Herrschaft sei normativ notwendig zu etablieren, vertrat bereits *I. Kant*: Der Übergang von einem natürlichen in einen rechtlichen Zustand wird als ethische Pflicht vorgestellt. Der rechtliche Zustand als einer der austeilenden Gerechtigkeit könne nur erreicht werden, wenn sich alle einem öffentlich gesetzlichen äußeren Zwang unterwerfen.<sup>371</sup>

Gegen diese Auffassung spricht, dass Individuen vor dem Hintergrund einer normativ-individualistischen Theorie grundsätzlich die Freiheit haben zu wählen, in welchem Zustand sie leben möchten. Warum sollte der einzelne verpflichtet sein, einen rechtlichen Zustand vorzuziehen, und damit seine individuelle Wahlfreiheit aufgeben? Kant würde wohl entgegnen, dass die individuelle Freiheit im Naturzustand eine wilde, gesetzlose sei. Erst die gesetzliche Abhängigkeit könne als Wiederfinden unverminderter Freiheit anerkannt werden.<sup>372</sup> Dennoch bleibt unklar, warum der einzelne dadurch verpflichtet werden kann, dass alle anderen ein bestimmtes Interesse haben. Dann würde er zum Mittel der Interessenbefriedigung der anderen. Außerdem müsste nachgewiesen werden, dass die Gewährleistung der Interessen der anderen gerade dadurch scheitert, dass der einzelne das Leben in einem anderen Zustand vorzieht. Das wäre nur dann der Fall, wenn nicht genügend andere in einem rechtlichen Zustand leben wollen mit der Folge, dass die Gründung einer politischen Gemeinschaft unmöglich wäre.<sup>373</sup> *O. Höffe* geht dennoch von einer Pflicht zur Staatenbildung aus, die er damit begründet, dass „es dem Menschen von der Vernunft geboten [sei], in einen Rechtszustand mit seinesgleichen einzutreten“.<sup>374</sup> Es ist jedoch nicht

---

<sup>370</sup> Vgl. zur Terminologie der „normativen Notwendigkeit“ politischer Herrschaft D. von der Pfordten, *Rechtsethik*, S. 245.

<sup>371</sup> I. Kant, *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre*, § 42, S. 124, Z. 27-31, S. 125, Z. 19-22; § 43, S. 126, Z. 2-25.

<sup>372</sup> I. Kant, *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre*, § 50, S. 135, Z. 6-12.

<sup>373</sup> Vgl. D. von der Pfordten, *Rechtsethik*, S. 249.

<sup>374</sup> O. Höffe, *Vernunft und Recht*, S. 41.

überzeugend, dass aus der Einsicht, die Gründung eines Staates sei vernünftig, eine entsprechende ethische Pflicht folgen soll.

Nach A. *Buchanans* Auffassung haben etablierte Staaten ein ethisches Recht auf territoriale Integrität, das er auf die Individualinteressen Schutz der physischen Existenz, Rechtssicherheit und Stabilität der Erwartungen einerseits sowie politische Partizipation andererseits gründet. Zur Durchsetzung entsprechender Individualrechte sei eine effektive Gerichtsbarkeit erforderlich, die wiederum eines klar begrenzten Territoriums bedürfe, auf das sich die politische Herrschaft erstrecke. Selbst wenn politische Herrschaft nur über Menschen und nicht über Territorien ausgeübt würde, hänge die effektive Ausübung politischer Herrschaft von der Etablierung und Aufrechterhaltung der Gerichtsbarkeit innerhalb eines bestimmten Gebietes ab. Diese würde durch stabile Staaten gewährleistet, so dass das Prinzip der territorialen Integrität ein ethisches Recht des Staates sei.<sup>375</sup>

Dem ist entgegenzuhalten, dass die Individuen zwar möglicherweise entsprechende Interessen haben, sich diese aber nicht nur in einem bestimmten, bestehenden Staat realisieren lassen. Deshalb läuft die Argumentation A. *Buchanans* leer, wenn nach einer Sezession sowohl der neu gegründete Staat als auch der Reststaat die Wahrung dieser Interessen gewährleisten können. Im Übrigen ist die Kritik an I. *Kants* Auffassung übertragbar: Wenn ein einzelner keine der von A. *Buchanan* bezeichneten Schutz- und Partizipationsinteressen hat, ist nicht ersichtlich, weshalb er sich zugunsten der Interessenbefriedigung anderer staatlichem Zwang unterwerfen sollte. Schließlich sind Staaten keine geeigneten Entitäten für die Zuschreibung originärer ethischer Interessen.<sup>376</sup> Ein Recht etablierter Staaten auf das Staatsgebiet ist folglich abzulehnen.

Die Gründung und Aufrechterhaltung eines Staates ist nicht normativ notwendig.

#### 5.2.1.3 Schutz- und Wohlfahrtsinteressen

Da ein Staat weder real noch normativ notwendig ist, beruht er auf den Interessen seiner Bürger. Fraglich ist, welche Interessen die Individuen mit der Gründung und Aufrechterhaltung eines Staates verfolgen. Da die ursprüngliche Entstehung von Staaten historisch nicht nachvollziehbar und die Bildung von Kollektiven so

---

<sup>375</sup> A. Buchanan, *Philosophy and Public Affairs* 26 (1997), S. 46 ff.

<sup>376</sup> Siehe hierzu die Überlegungen unter E. I. 2.

komplex ist, dass eine detaillierte Analyse – sofern sie überhaupt für möglich gehalten wird – an dieser Stelle nicht geleistet werden kann, ist die nachfolgende Darstellung stark simplifiziert. Für die Begründung der Sezessionsfreiheit genügt allerdings ein schematischer Überblick:

Vereinfacht gesagt, suchen vernünftige Individuen den Zusammenschluss in Staaten, weil sich viele individuelle Interessen nur gemeinsam mit anderen Individuen realisieren lassen. Das bedeutet nicht, dass – wie Grotius annahm – die Menschen durch ein natürliches Streben nach Vergemeinschaftung, einen *appetitus societatis*, ausgezeichnet sind.<sup>377</sup> Vielmehr ist der einzelne Mensch zu schwach, sich zu behaupten und letztlich zu erhalten, so dass er auf das Zusammenwirken mit anderen angewiesen ist. Nur deshalb sucht er die Geselligkeit und stellt seine egoistischen Interessen zurück.<sup>378</sup>

Die Befriedigung mancher Interessen ist nur durch Kooperation zu erreichen. Dies gilt insbesondere für langfristige Interessen, die von den Individuen zwar erkannt, regelmäßig aber nicht konsequent verfolgt werden, weil sie mit kurzfristigen Interessen kollidieren. Ein gesunder, junger Mensch, der seinen Lebensunterhalt durch ein Arbeitseinkommen sichern kann, wird beispielsweise sein Bedürfnis, auch für die Zukunft vorzusorgen, häufig hinter gegenwärtige Konsuminteressen zurückstellen, selbst wenn er dies als langfristig unvernünftig erkennt. Aber auch wenn er die Altersvorsorge konsequent betreiben möchte, kann er durch Krankheit oder einen Unfall arbeitsunfähig werden und infolge dessen weder jetzt noch später zur Sicherung seines Lebensunterhalts in der Lage sein.

Des Weiteren ist es dem einzelnen nicht möglich, sich effektiv vor Übergriffen auf seine Person oder sein Eigentum zu schützen. Vielleicht verfügt er über die körperliche Kraft oder die Sachmittel, sich gegen einen einzigen oder einige wenige Angreifer zur Wehr zu setzen. Letztlich verspricht aber seine individuelle Verteidigung stets weniger Erfolg als der gemeinschaftliche Schutz seiner Güter.

---

<sup>377</sup> So auch G. Sprenger, der die Existenz eines Geselligkeitstriebes zu Recht ablehnt, *Des Menschen Maß: der Andere*, in: R. Gröschner/M. Morlok (Hg.), *Recht und Humanismus*, S. 35; ders., *Die Bedeutung der Lehre von der Imbecillitas bei Samuel Pufendorf*, in: V. Fiorillo (Hg.), *Samuel Pufendorf. Filosofo del diritto e della politica*, S. 257 f.

<sup>378</sup> Zu der menschlichen Schwachheit (*imbecillitas*) und der daraus folgenden Geselligkeit aus vernünftiger Einsicht siehe ausführlich G. Sprenger, *Die Bedeutung der Lehre von der Imbecillitas bei Samuel Pufendorf*, in: V. Fiorillo (Hg.), *Samuel Pufendorf. Filosofo del diritto e della politica*, S. 251 ff.

Demzufolge lassen sich auch individuelle Sicherheitsinteressen besser gemeinsam mit anderen befriedigen.

Die zuvor beschriebenen Interessen sind exemplarisch gewählt und repräsentieren die beiden Gruppen von Individualinteressen, deren Befriedigung der Zusammenschluss von Menschen in Staaten dient. Hierbei handelt es sich einerseits um positive Interessen, die auf Förderung individueller Wohlfahrt gerichtet sind, und andererseits um negative Interessen auf umfassenden Schutz des Individuums und seiner Güter. Diese Gruppen von Interessen sind nicht trennscharf zu unterscheiden. Häufig sind Interessen sowohl positiver als auch negativer Art. So steht hinter dem Sicherheitsinteresse regelmäßig zugleich das Interesse auf Erhaltung materieller Güter und damit des ökonomischen Wohlstands.

Staaten sind weder real noch normativ notwendig, sondern dienen den Schutz- und Wohlfahrtsinteressen ihrer Bürger.<sup>379</sup> Da die Existenz von Staaten auf den Interessen von Menschen beruht, besteht die Möglichkeit, dass das Interesse der Bürger an der Aufrechterhaltung ihres Staates wegfällt. Als autonome Individuen haben sie die Freiheit, den Staat aufzulösen oder zu verändern.

#### 5.2.2 Freiheit zur Veränderung eines Staates durch Sezession

Der Grundsatz der Sezessionsfreiheit impliziert, dass eine Gruppe von Bürgern das prima facie Recht hat, aus dem Staat auszutreten (a) und dabei einen Teil des Staatsgebietes „mitzunehmen“ (b).

##### 5.2.2.1 Austrittsrecht

Eine Gruppe von Bürgern hat nur dann die Freiheit zur Veränderung eines Staates durch Sezession, wenn sie aus dem Staat austreten kann, sobald ihr Interesse an

---

<sup>379</sup> Die Befriedigung der Schutz- und Wohlfahrtsinteressen erfordert bisweilen nicht nur das gemeinsame Tätigwerden mehrerer Menschen, sondern auch die Anwendung von Zwang. In der Einsicht, dass Zwang bisweilen nötig ist, um größere Einschränkungen der individuellen Freiheit vermeiden zu können, wird politischen Gemeinschaften die Autorität verliehen, staatliche Zwänge auszuüben. Da die Gefahr der übermäßigen Restriktion individueller Freiheit besteht, die vor dem Hintergrund einer normativ-individualistischen Theorie nicht gerechtfertigt ist, bedarf es eines rechtlichen Rahmens, der Art und Ausmaß kollektiver Zwangsbefugnisse regelt. Für den Zweck dieser Untersuchung braucht hierauf aber nicht näher eingegangen zu werden.

der Mitgliedschaft erlischt. Ob ein Austrittsrecht besteht, hängt von der Beurteilung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat ab. Hält man Staaten lediglich für die Summe der sie konstituierenden Individuen, ist ein beliebiges Ein- und Austrittsrecht ohne weiteres zu rechtfertigen. Geht man allerdings davon aus, dass die Darstellung eines Staates als bloße Akkumulation von Individuen unzureichend ist, genügt der Interessenwegfall der Bürger möglicherweise nicht, um ein unbedingtes Austrittsrecht begründen zu können.

*Beliebiges Austrittsrecht.* Da die Vorstellung eines Staates als reine Zweckgemeinschaft einer mehr oder weniger unverbundenen Mehrheit von Individuen weder den tatsächlichen Gegebenheiten noch den individuellen Interessen entspricht, ist die Annahme eines beliebigen Ein- und Austrittsrechts ausgeschlossen.

Durch den Kollektivierungsprozess, der dazu dient, die Nachteile der Vereinzelung aufzufangen, entsteht ein Netz gegenseitiger Abhängigkeiten und Verpflichtungen.<sup>380</sup> Menschen profitieren von den Staaten, in denen sie leben. Im Regelfall können sie sich nicht ohne weiteres aus dem Geflecht vielfältiger Interdependenzen und sozialer Bindungen herauslösen. Dies gilt für politische, insbesondere aber für private Gemeinschaften und Gruppen, von denen Menschen maßgeblich geprägt werden.<sup>381</sup>

Schließlich ist die Befriedigung individueller Wohlfahrts- und Sicherheitsinteressen nur dadurch gewährleistet, dass die Individuen auf den fortdauernden Bestand des Staates vertrauen dürfen. Ein beliebiges Ein- und Austrittsrecht wird dem nicht gerecht.

---

<sup>380</sup> Ähnlich M. Walzer, *The Rights of Political Communities*, A Philosophy and Public Affairs Reader, S. 167 f.

<sup>381</sup> C. Konrath hat sich in einem bislang unveröffentlichten Manuskript für ein Referat auf der 9. Tagung des Jungen Forum Rechtsphilosophie vom 27.-29. April 2001 in Berlin mit dem „*Staat als Identitätsstifter*“ eingehend befasst. Treffend skizziert er „*die Bedeutung der Gemeinschaft, der Kommunikation und Konfrontation mit dem Anderen für die Entwicklung und Entfaltung von Identität*“ des Einzelnen z. B. wie folgt: „*Seine [des Menschen] Ausbildung, wie auch die Suche nach 'Identität', Kontinuität oder wie immer wir es jetzt auch benennen wollen, erfolgt aber zu einem wichtigen Teil in der Auseinandersetzung mit anderen und mit dem 'Anderen'. Das individuelle Gedächtnis ist als solches eminent sozial, wie Sprache und Bewusstsein überhaupt. Für die Herausbildung meines 'Selbst' ist so der Kontakt mit anderen wichtig. Gefühle und Affekte, Liebe, Interesse und Anteilnahme, aber auch Ablehnung, Misstrauen, Feindschaft, Schmerz, Schuld und Hass spielen eine wichtige Rolle.*“, S. 6.

*Bedingtes Austrittsrecht.* Ein kollektivistisches Verständnis eines Staates als von den Individuen unabhängige Entität mit der Folge, dass ein Austrittsrecht generell abzulehnen wäre, ist ebenso wenig einleuchtend. Vor dem Hintergrund einer normativ-individualistischen Theorie bleibt der Rekurs auf Individualinteressen zwingend. Kollektive können nicht wie ein Individuum handeln und insofern auch keine eigenen, ethisch berücksichtigungsfähigen Selbsterhaltungsinteressen geltend machen.<sup>382</sup>

Überzeugend ist hingegen ein kontraktualistisches Verständnis politischer Gemeinschaften, deren Legitimität von der individuellen Zustimmung ihrer Bürger abhängt. Dem kontraktualistischen Modell liegt die Vorstellung einer Art Gesellschaftsvertrag<sup>383</sup> oder – moderner formuliert – einer Gesellschaftsgründung im Urzustand, in dem die Teilnehmer unter einem Schleier des Nichtwissens agieren,<sup>384</sup> zugrunde. Danach muss politische Herrschaft durch die ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung der Individuen legitimiert werden.

Vertragsschlüsse zur Begründung eines Staates sind Denkmodelle und beruhen nicht auf historischen Ereignissen. Folglich ist auch die Zustimmung als Grundlage für die Rechtfertigung staatlicher Herrschaft letztlich eine Fiktion. Aus diesem Grund lehnen Gegner des Kontraktualismus das Zustimmungsmodell ab. Sie kritisieren, dass Zustimmung in Wirklichkeit selten existiere und deshalb

---

<sup>382</sup> Vgl. D. von der Pfordten, *Rechtsethik*, S. 282. Vgl. hierzu auch die Überlegungen unter E. I. 2.

<sup>383</sup> Z. B. T. Hobbes, *Leviathan*, 17., 18. Kapitel; J. Locke, *Two Treatises of Government*, §§ 95 ff.; J.-J. Rousseau, *Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechts*, S. 17 ff.

<sup>384</sup> J. Rawls, *A Theory of Justice*, Kapitel 3. Eine Sezessionstheorie steht allerdings jenseits von Rawls' Gerechtigkeitstheorie. Das Urzustandsmodell ist so ausgestaltet, dass nur Gerechtigkeitsfragen *innerhalb* einer politischen Gemeinschaft beantwortet werden können. Eine politische Gemeinschaft wird insofern als geschlossen angesehen, als ein Ein- oder Austrittsrecht nur durch Geburt oder Tod denkbar ist. Vgl. hierzu J. Rawls' eigene Ausführungen in *The Law of Peoples*, S. 26, und A. Buchanans Überlegungen in *Secession*, S. 5.

In „*The Law of Peoples*“ dehnt Rawls das Urzustandsmodell auf das Verhältnis zwischen verschiedenen politischen Gemeinschaften aus. Da politische Gemeinschaften („peoples“) als Entitäten im Urzustand vertreten sind, nicht aber deren Mitglieder, überträgt Rawls seine *innerhalb* einer politischen Gemeinschaft geltenden individualistischen Gerechtigkeitsvorstellungen nicht unmittelbar auf das Verhältnis *zwischen* politischen Gemeinschaften, J. Rawls, *The Law of Peoples*, S. 32 ff. Mit dem hier vertretenen normativ individualistischen Ansatz ist dies unvereinbar.



regelmäßig als stillschweigende konstruiert werde.<sup>385</sup> Hypothetische Verträge könnten aber nicht die Grundlage einer politischen Gemeinschaft bilden.

Dennoch verdienen die kontraktualistischen Modelle – jedenfalls hinsichtlich der Sezessionsproblematik – Zustimmung. Wenn die Rechtfertigung politischer Herrschaft notwendig mit Blick auf Individualinteressen erfolgt, kann die Frage, ob die aktuelle oder stillschweigende Zustimmung der Bürger eine Fiktion ist, dahinstehen. Für den Legitimitätsverlust genügt dann, dass Individuen die Zustimmung versagen, indem sie ihre Ablehnung der bestehenden politischen Herrschaft artikulieren. Dieses *schwache Zustimmungs-* bzw. *voluntaristische Modell* beruht auf der Überzeugung, dass eine einmal erteilte Zustimmung grundsätzlich widerruflich sein muss. Da Menschen ihre langfristigen Interessen nicht kennen, ist eine lebenslange Bindung an eine einmal getroffene Entscheidung nicht zu rechtfertigen. Wenn sich Interessen ändern oder wegfallen, müssen Individuen neu wählen können, andernfalls würde ihre Freiheit übermäßig restringiert.<sup>386</sup>

Da die Legitimität politischer Herrschaft letztlich von Individualinteressen abhängt, muss die freie Entscheidung über die Mitgliedschaft in einem Staat grundsätzlich gewährleistet sein. Deshalb können Bürger den Austritt aus einem Staat anstreben, wenn ihr Interesse an der Mitgliedschaft erlischt.

Das Recht auf Ausübung dieser Freiheit kann allerdings eingeschränkt sein, wenn hierdurch bestehende Verpflichtungen verletzt und die Interessen anderer Individuen beeinträchtigt werden. Die Frage der Einschränkungen eines Freiheitsrechts darf aber nicht mit seiner grundsätzlichen Anerkennung verwechselt werden.<sup>387</sup>

Sezessionisten haben das *prima facie* Recht auf Austritt aus einem Staat.

---

<sup>385</sup> Eine ausführliche Kritik des Zustimmungmodells findet sich z. B. bei D. Hume, *Of the Original Contract*, in: Ders., *The Philosophical Works*, Bd. 3, S. 443 ff.

<sup>386</sup> Die Unwiderruflichkeit einer einmal erteilten Zustimmung wurde von T. Hobbes oder J. Locke vertreten, T. Hobbes, *Leviathan*, 18. Kapitel, S. 136; 20. Kapitel, S. 155; J. Locke, *Two Treatises of Government*, Second Treatise, § 121.

<sup>387</sup> Zu den Einschränkungen der Sezessionsfreiheit siehe die nachfolgenden Überlegungen unter E. III.

### 5.2.2.2 *Recht auf territoriale Abspaltung*

Wenn ein Individuum nicht länger Bürger eines bestimmten Staates sein und aus diesem austreten will, kann es emigrieren, vorausgesetzt, ein anderer Staat erlaubt die Einreise.<sup>388</sup> Streben die Mitglieder einer Separatistengruppe den Austritt aus einem Staat an, weil ihr Interesse an der Aufrechterhaltung der politischen Gemeinschaft erloschen ist, bezwecken sie damit gleichzeitig die Abspaltung eines Teils des Staatsgebiets. Deshalb ist zu untersuchen, ob Sezessionisten nicht nur das *prima facie* Recht auf Austritt aus einem Staat haben, sondern zugleich das *prima facie* Recht auf „Mitnahme“ staatlichen Territoriums.

Insbesondere die Vertreter der Unrechtstheorie gehen davon aus, dass der Anspruch auf das von der Abspaltung betroffene Territorium von den Sezessionisten in besonderer Weise begründet sein müsse.<sup>389</sup> Wann aber ist ein Anspruch einer Gruppe von Menschen auf ein bestimmtes Gebiet begründet?

Soweit ersichtlich, existieren weder ein universell akzeptierter Text, der das Recht einer Gruppe auf ein bestimmtes Territorium festschreibt, noch „natürliche“ Grenzen, die einer Veränderung unzugänglich sind.<sup>390</sup> Staaten und ihre konkreten Grenzen sind vielmehr von Menschen geschaffen. Die Art und Weise der Grenzziehung ist aber nicht beliebig, sondern hängt von der tatsächlichen Beziehung einer Gruppe von Menschen zu dem betreffenden Territorium ab. Ein *prima facie* Recht auf ein bestimmtes Gebiet kann nur durch Gewohnheit begründet werden. Das setzt eine längerdauernde Besiedelung des Territoriums durch die Gruppe voraus, während derer die Menschen das Gebiet nutzen und durch politische, kulturelle, religiöse, ökonomische etc. Entscheidungen in besonderer Weise prägen.<sup>391</sup> Sie errichten Schulen, Universitäten, architektonisch

---

<sup>388</sup> Theoretisch ist auch denkbar, dass ein Individuum außerhalb eines Staates leben will. Praktisch fällt das gesamte auf der Erde bewohnbare Territorium gegenwärtig in die Gebietshoheit unterschiedlicher Staaten, so dass nur eine Emigration von einem Staat in einen anderen in Betracht kommt.

<sup>389</sup> Z. B. L. Brilmayer, *Yale Journal of International Law* 16 (1991), S. 177 ff.; A. Buchanan, *Secession*, S. 72; M. Moore, *The self-determination principle and the ethics of secession*, in: Dies. (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 5. Vgl. hierzu auch die Ausführungen unter D. II. 1.

<sup>390</sup> So auch I. S. Lustick, *Queen's Quarterly* 102 (1995), S. 59 f.

<sup>391</sup> D. Miller schildert die Entstehung symbolischer Bedeutung eines Territoriums für eine Gruppe von Menschen durch Gewohnheit und Übung, *Secession and the Principle of Nationality*, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 68; ders., *In Defence of Nationality*, in: P. Gilbert/P. Gregory

bedeutende sowie der Religionsausübung dienende Bauwerke, schaffen Infrastruktur, Landwirtschaft und Industrie, bilden Verwaltungseinheiten, ergreifen militär-strategische Verteidigungsmaßnahmen, nutzen das Territorium im Rahmen ihrer Sápulkralkultur usw. Eine in dieser Weise beschriebene tatsächliche Beziehung der Menschen zu einem bestimmten Territorium begründet ein *Siedlungsrecht*<sup>392</sup>.

Das Siedlungsrecht ist nicht historisch zu interpretieren, denn dies würde die Existenz eigentumsähnlicher Ansprüche auf bestimmte Gebiete suggerieren.<sup>393</sup>

Eine Gruppe von Menschen kann sich folglich nicht auf ein Siedlungsrecht berufen, wenn lediglich ihre Vorfahren, nicht aber sie selbst jemals auf dem Territorium lebte. Das bedeutet allerdings nicht, dass eine kurzzeitige Vertreibung der Menschen aus ihrem Gebiet zu einem Erlöschen ihres Siedlungsrechts führt. Dies gilt selbst dann, wenn infolge der Vertreibung die *äußeren Merkmale* des Siedlungsrechts wie Gebäude, Infrastruktur etc. zwischenzeitlich zerstört wurden. In derartigen Fällen sind die Orte der politischen, kulturellen, religiösen und ökonomischen Übung in der Erinnerung der Vertriebenen (man könnte dies als *inneres Merkmal* des Siedlungsrechts bezeichnen) noch so präsent, dass das durch Gewohnheit begründete Recht auf das Territorium trotz Zerstörung der äußeren Merkmale nicht erlischt.<sup>394</sup> Dauert die Vertreibung längere Zeit an mit der Folge, dass eine andere Gruppe von Menschen während dessen das Gebiet besiedelt, nutzt und prägt, ist hinsichtlich des Siedlungsrechts zu differenzieren: Sind die neuen Siedler bösgläubig, haben sie also in Kenntnis der Vertreibung das Gebiet zu Unrecht besiedelt, und machen die Vertriebenen nach wie vor ihren Anspruch auf das Territorium geltend, besteht deren Siedlungsrecht fort. Das gilt allerdings nur so lange, wie die innere Beziehung der Menschen zu dem Gebiet

---

(Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 20. Siehe hierzu auch die Überlegungen zu der territorialen Frage unter D. I. 2. a) aa) und bb).

<sup>392</sup> H. Beran bezeichnet den Anspruch einer Gruppe auf ein bestimmtes Gebiet als „*right of habitation*“, definiert dies aber vorwiegend über den Rechtsträger, A democratic theory of political self-determination for a new world order, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 35. Vgl. hierzu die Ausführungen unter D. II. 2. a) aa) und die kritischen Anmerkungen unter D. II. 2. a) bb).

<sup>393</sup> Die Qualifizierung eines Anspruchs auf ein bestimmtes Gebiet als spezielles Eigentümerrecht wurde bereits an anderer Stelle verworfen, vgl. hierzu die Überlegungen unter D. I. 2. a) bb) und D. II. 1. a) bb).

<sup>394</sup> Die Vertreibung verschiedener Bevölkerungsgruppen des ehemaligen Jugoslawiens im Zuge der Balkankriege mag als Beispiel für noch nicht untergegangene Siedlungsrechte dienen.

aufrechterhalten werden kann.<sup>395</sup> Die bloße Überlieferung von Vorfahren, die einst das Territorium besiedelten, genügt hierfür nicht.<sup>396</sup>

Separatisten, die das von der erstrebten Abspaltung betroffene Gebiet in der zuvor umschriebenen Weise besiedeln, nutzen und prägen, haben ein Siedlungsrecht und damit grundsätzlich die Freiheit, eine Sezession anzustreben. Das bedeutet aber keinesfalls, dass das Recht auf territoriale Abspaltung uneingeschränkt wäre. Der Wunsch der Sezessionisten, einen bestimmten Teil des staatlichen Territoriums abzuspalten, ist nur dann gerechtfertigt, wenn er mit den berechtigten Interessen anderer Individuen in Einklang steht.<sup>397</sup>

Sezessionisten haben das prima facie Recht auf Abspaltung des Gebiets, das sie besiedeln.

### **5.3 Einschränkungen der Sezessionsfreiheit**

Das Sezessionsinteresse der Separatisten kollidiert regelmäßig mit Interessen anderer Individuen. Da der extensive Freiheitsgebrauch der einen ohne Rücksicht auf die Freiheit der anderen rechtsethisch nicht zu rechtfertigen ist, muss ein Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen hergestellt werden. Die

---

<sup>395</sup> Das dürfte regelmäßig abzulehnen sein, wenn die Vertriebenen inzwischen ein neues Siedlungsrecht und damit einen Anspruch auf das nunmehr von ihnen besiedelte Gebiet erworben haben. Davon kann nicht ausgegangen werden, wenn die Vertriebenen in Flüchtlingscamps leben, selbst wenn diese auf eine gewisse Dauer angelegt sind.

<sup>396</sup> Die Feststellung, wann ein Siedlungsrecht erlischt, ist äußerst problematisch, da sie sich – sofern äußere Merkmale des Siedlungsrechts fehlen, was regelmäßig der Fall sein dürfte – auf ein inneres Merkmal, der lebendigen Erinnerung der Vertriebenen, gründet. Pragmatisch ist es, eine zeitliche Grenze zu ziehen, wenngleich diese letztlich willkürlich bleiben wird. Der Übergang von einem tatsächlichen zu einem bloß historischen Siedlungsrecht sollte jedenfalls bei Entstehung einer neuen Generation der Vertriebenen angenommen werden, so dass für das Erlöschen des Siedlungsrechts ein Zeitraum von zwanzig Jahren nach Vertreibung vorgeschlagen wird. Die neue Generation könnte das Siedlungsrecht lediglich auf die Erinnerung ihrer Eltern und Großeltern gründen, was nach der hier vertretenen Auffassung ausgeschlossen ist. Damit wären z. B. die Rückgabeforderungen der Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten Deutschlands nicht mehr gerechtfertigt.

<sup>397</sup> Insofern gilt das gleiche wie für das Austrittsrecht, siehe oben, E. I. 3. a): Die Frage der Einschränkungen eines Freiheitsrechts darf nicht mit seiner grundsätzlichen Anerkennung verwechselt werden. Zu den Einschränkungen der Sezessionsfreiheit in Hinblick auf die territoriale Frage siehe die nachfolgenden Überlegungen unter E. III. 1. b).

erforderliche Abwägung des Sezessionsinteresses mit den entgegenstehenden Interessen kann zu einer Einschränkung der Sezessionsfreiheit führen.

Allerdings bewirken nicht alle einer Sezession entgegenstehenden Interessen anderer Individuen eine Einschränkung der Sezessionsfreiheit. So kann nicht bereits das Interesse auf Fortbestand des Staates in seiner ursprünglichen Gestalt gegen eine Sezession geltend gemacht werden. Eine Sezession führt grundsätzlich zur Veränderung eines Staates X. Nach Abtrennung eines Teils Y verbleibt der Staat nicht als X-Y, sondern es entsteht der Staat Z mit verändertem Staatsvolk und -gebiet. Bei der Frage nach der rechtsethischen Rechtfertigung einer Sezession geht es also genau darum, ob ein Staat in seiner ursprünglichen Gestalt weiterbestehen soll oder nicht. Das Interesse auf Fortbestand des Staates ist das kontradiktorische Interesse, das zurückstehen muss, wenn sich eine Sezession in einem konkreten Fall als gerechtfertigt erweist.<sup>398</sup>

Stehen dem Sezessionsinteresse der Separatisten *berechtigte* Interessen gegenüber, bedarf es eines Ausgleichs der kollidierenden Interessen. Welche Interessen anderer Individuen zu berücksichtigen sind, wie eine Kollision der widerstreitenden Interessen aufzulösen ist und welche konkreten Einschränkungen sich daraus für die Sezessionsfreiheit ergeben, ist nachfolgend zu untersuchen.

Dabei sind zwei Betrachtungsweisen zu verbinden: Die *interne Perspektive* und die *externe Perspektive*.<sup>399</sup> Während die interne Perspektive die Interessen der Bürger innerhalb des von der Sezession betroffenen Staates in den Blick nimmt (1), bezieht sich die externe Perspektive auf die legitimen Interessen der Bürger der internationalen Staatengemeinschaft (2).

### 5.3.1 Interne Perspektive

Die Interessen, die innerhalb eines Staates bestehen, sind anderer Natur als diejenigen innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft. Hierbei handelt es

---

<sup>398</sup> So auch A. Buchanan, *Secession*, S. 92.

<sup>399</sup> Ähnlich C. Chwaszcza, die zwischen Binnen- und Außenperspektive differenziert, Sezession und Selbstbestimmung, in: P. Koller/K. Puhl (Hg.), *Current Issues in Political Philosophy*, S. 332 f.; dies., Selbstbestimmung, Sezession und Souveränität, in: Dies./W. Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, S. 468, und S. Caney, der das Sezessionsrecht durch „*internal constraint*“ und „*external constraint*“ begrenzt, *The Journal of Political Philosophy* 5 (1997), S. 370 f. Siehe zu letzterem auch die Ausführungen unter D. I. 1. b) aa).

sich zum einen um die Interessen, die die Bürger mit der Gründung und Aufrechterhaltung eines Staates abstrakt verfolgen – sogenannte *primäre Interessen* – (a), und zum anderen um diejenigen, die im Verlauf des Zusammenlebens in einem Staat konkret entstehen – sogenannte *sekundäre Interessen*. Letztere resultieren vorwiegend aus der praktischen Realisierung der primären Interessen, aber auch aus darüber hinausgehenden kollektiven Projekten (b).

Eine weitere Differenzierung ergibt sich aus den unterschiedlichen Interessenlagen der *Bürger des Reststaates* einerseits und der *Sezessionsgegner in dem von der Abspaltung betroffenen Territorium* andererseits. Ist die Unterscheidung dieser beiden Gruppen von Bürgern nicht erforderlich, weil ihre Interessenlagen nicht divergieren, werden sie allgemein als *andere Bürger* bezeichnet.

#### 5.3.1.1 Primäre Interessen

Staaten werden zu dem Zweck gegründet, den Bürgern Sicherheit, Rechtsgarantien, ökonomische Prosperität durch Arbeitsteilung, soziale Absicherung und dergleichen mehr zu gewähren. Diese Schutz- und Wohlfahrtsinteressen können in einem Staat nur durch wechselseitige Hilfeleistung und Unterstützung der Bürger befriedigt werden.<sup>400</sup> Indem einige Bürger sezedieren, bringen sie zum Ausdruck, die bestehenden Abhängigkeiten nicht länger anerkennen und ihre Interessen in einem eigenen oder anderen Staat befriedigen zu wollen. Dadurch können jedoch die Schutz- und Wohlfahrtsinteressen anderer Bürger beeinträchtigt werden.

Sofern der Wunsch der Sezessionisten, einen Teil des staatlichen Territoriums abzuspalten, auf das Einverständnis aller anderen Bürger des Staates stößt, kommt eine Interessenkollision von vornherein nicht in Betracht. Wird die Sezession hingegen einseitig – das heißt ausschließlich von den Separatisten – angestrebt, läuft sie den Interessen der übrigen Bürger dann zuwider, wenn deren Schutz und Wohlfahrt nach Auflösung des Staates nicht mehr gewährleistet sind.

In letzterem Fall ist zwischen den widerstreitenden Interessen ein Ausgleich herzustellen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass alle Bürger gemeinsam die

---

<sup>400</sup> Vgl. hierzu die Überlegungen unter E. II. 1. c).

Befriedigung ihrer Schutz- und Wohlfahrtsinteressen in dem Staat gesucht haben. Wenn ein Teil der Bürger auf die Aufrechterhaltung der Einheit des Staates vertraut hat und vertrauen durfte,<sup>401</sup> ist die Durchführung der von einem anderen Teil der Bürger einseitig erstrebten Sezession unter Verletzung der ursprünglich gemeinsamen Ziele ethisch nicht gerechtfertigt. Schließlich richten sich die Bürger in einem Staat, auf dessen Fortbestand sie vertrauen, ein, leisten ihren Anteil an der Befriedigung der Schutz- und Wohlfahrtsinteressen, treffen entsprechende Dispositionen für die Zukunft und unterlassen es gegebenenfalls sogar, andere Möglichkeiten zur Sicherung ihres Schutzes und ihrer Wohlfahrt wahrzunehmen. Das Interesse der Separatisten an der Ausübung ihrer Sezessionsfreiheit darf trotzdem nicht völlig unberücksichtigt bleiben. Im Rahmen einer normativ-individualistischen Theorie kann ein Sezessionsverbot nur ausnahmsweise gerechtfertigt sein, da ansonsten eine übermäßige Einschränkung der Autonomie der Separatisten droht.<sup>402</sup> Aus diesem Grund sind die anderen Bürger im Staat gehalten, die Befriedigung ihrer Schutz- und Wohlfahrtsinteressen – *soweit möglich und zumutbar* – auf andere Weise, z. B. durch Neuorganisation der politischen Gemeinschaft oder Anschluss an einen anderen Staat, sicherzustellen. Problematisch ist hingegen die Situation von Minderheiten, deren Mitglieder im Sezessionsgebiet leben und eine Sezession ablehnen, aber keine der vorgenannten Möglichkeiten haben. Da die Mitglieder einer Minderheit ihr Interesse an der Aufrechterhaltung des Staates in seiner bisherigen Form gegen eine Mehrheit von Separatisten nicht durchsetzen können, werden sie durch die Ausübung der Sezessionsfreiheit in ihrer Autonomie eingeschränkt.<sup>403</sup> Diese Bürger sind, sofern sie nicht emigrieren wollen, darauf angewiesen, die Befriedigung ihrer Schutz- und Wohlfahrtsinteressen gemeinsam mit den Sezessionisten sicherzustellen. Würde dies von den Separatisten abgelehnt und die Sezession dazu führen, dass die Mitglieder der Minderheit in dem von der Abspaltung betroffenen Territorium ohne Schutz und Wohlfahrt wären, ist die

---

<sup>401</sup> Siehe hierzu das nachfolgende Beispiel eines Sezessionsrechts.

<sup>402</sup> Siehe hierzu das nachfolgende Beispiel eines Sezessionsverbots.

<sup>403</sup> Hier besteht ein Dilemma (nachfolgend als „Minderheiten-Dilemma“ bezeichnet), weil nicht der Autonomie sowohl der Sezessionisten als auch der Sezessionsgegner in gleicher Weise Rechnung getragen werden kann. Die pragmatische, wenn auch nicht vollends befriedigende Lösung des „Minderheiten-Dilemmas“ besteht in der rekursiven Anwendung des Mehrheitsprinzips. Siehe hierzu die nachfolgenden Ausführungen über den Ausgleich widerstreitender territorialer Interessen unter E. III. 2. b).

Sezession ethisch nicht gerechtfertigt. Zumutbar ist hingegen ein gewisses Absinken des Schutz- und Wohlfahrtsniveaus, sofern alle Bürger des Sezessionsgebiets gleichermaßen davon betroffen sind. Ein Anspruch auf Fortbestand eines zu irgendeiner Zeit erreichten Schutz- und Wohlfahrtsniveaus ist nicht zu begründen, so dass auch entsprechende Interessen grundsätzlich hinter dem Sezessionsinteresse zurückstehen müssen. Etwas anderes ergibt sich allerdings dann, wenn die Schlechterstellung gravierend ist oder mit anderem Unrecht, z. B. einer Ungleichbehandlung, einhergeht. In diesen Fällen sind die berechtigten Interessen der Mitglieder der Minderheit zu berücksichtigen und mit dem Sezessionsinteresse der Separatisten abzuwägen. Eine Sezession ist danach unzulässig, wenn eine massive Verschlechterung des Schutzes und der Wohlfahrt oder eine einseitige Diskriminierung der Mitglieder einer Minderheit droht.<sup>404</sup>

Solange Schutz und Wohlfahrt der anderen Bürger gefährdet sind, ist das Sezessionsrecht nicht durchsetzbar, es sei denn, diese Bürger verzögern selbst schuldhaft die Realisierung zumutbarer Möglichkeiten zur Gewährleistung von Schutz und Wohlfahrt.<sup>405</sup> Mit dem Sezessionsrecht der Separatisten korrespondiert also die Pflicht der anderen Bürger im Staat, die Realisierung der Sezessionsfreiheit nicht zu behindern.<sup>406</sup> Sie müssen die ihnen möglichen und zumutbaren Maßnahmen ergreifen, um die in ihrer Sphäre befindlichen Hindernisse auszuräumen.

Ist die Gewährleistung von Schutz und Wohlfahrt der anderen Bürger im Staat<sup>407</sup> infolge der Sezession per se unmöglich oder unzumutbar, ist die Sezession dauerhaft unzulässig. Hinter dem Vorbehalt der Möglichkeit und Zumutbarkeit steht der Grundgedanke, dass niemand gezwungen sein darf, Verletzungen seiner

---

<sup>404</sup> Eine ähnliche Lösung des „Minderheiten-Dilemmas“ findet sich bei D. Philpott, In Defense of Self-Determination, *Ethics* 105 (1995), S. 378 ff.; siehe hierzu die Ausführungen unter D. II. 2. c).

Vgl. auch die Überlegungen zum Minderheitenschutz aus externer Perspektive unter E. III. 2. b).

<sup>405</sup> In praxi ist die Feststellung, wann die Neuorganisation einer politischen Gemeinschaft schuldhaft verzögert wird, problematisch. Praktikabel ist die Setzung einer Frist, die aber mehr oder weniger willkürlich bleibt.

<sup>406</sup> Ähnlich A. Margalit und J. Raz für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, *The Journal of Philosophy* 87 (1990), S. 460 f.

<sup>407</sup> Die Problematik, dass Separatisten eine Sezession anstreben, in deren Folge ausschließlich ihr eigener Schutz und ihre eigene Wohlfahrt gefährdet sind, ist eine der externen Perspektive und wird als solche unter E. III. 2. behandelt.



eigenen Interessen in Kauf zu nehmen. Die anderen Bürger im Staat sind folglich nicht verpflichtet, eine Sezession zu akzeptieren, die eine Gefährdung ihrer Schutz- und Wohlfahrtsinteressen zur Folge hätte oder die zu genau diesem Zweck erstrebt wird.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen ergeben sich folgende Beispiele eines Sezessionsrechts (soweit nicht weitere Einschränkungen aus interner oder externer Perspektive eine andere Bewertung nahe legen) und eines Sezessionsverbots:

*Sezessionsrecht.* Das Vertrauen der Bürger des Reststaates auf den Fortbestand des Staates in seiner bisherigen Form ist in den Fällen, die von der personalen Version der Unrechtstheorie erfasst werden, nicht schutzwürdig. Hierbei handelt es sich um Sezessionen nach Kolonisationen oder Annektionen<sup>408</sup> sowie nach eklatanten und evidenten Verletzungen der Menschenrechte der sezedierenden Bürger.<sup>409</sup>

Durch eine Annektion oder Kolonisation werden Menschen gegen ihren Willen zu einer politischen Gemeinschaft mit anderen gezwungen. Sie suchen nicht freiwillig die Befriedigung ihrer Schutz- und Wohlfahrtsinteressen in dem entstehenden Gesamtstaat. Die Vereinnahmung der Menschen in dem annektierten oder kolonisierten Territorium stellt vielmehr eine Verletzung genau dieser Interessen durch die anderen Bürger dar. Aus diesen Gründen dürfen die anderen Bürger grundsätzlich nicht darauf vertrauen, dass die Bürger des Kolonialgebiets oder annektierten Gebiets ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Staates haben.

Etwas anderes ergibt sich allerdings, wenn die Bürger des Kolonialgebiets oder annektierten Gebiets die politische Herrschaft des neuen Staates akzeptiert haben. Möglicherweise profitieren sie von der Zugehörigkeit zu einem größeren Staat, oder die Annektion oder Kolonisation liegt so lange zurück, dass sie ihre Ablehnung der bestehenden Herrschaft aufgegeben haben. Entscheidend ist darüber hinaus, dass die Bürger des Kolonialgebiets oder annektierten Gebiets freiwillig handeln und nicht gezwungen werden, jede Äußerung ihrer Ablehnung

---

<sup>408</sup> Beispiele erfolgreicher Sezessionen (1990/91) nach früheren Annektionen sind die Staaten Estland, Lettland und Litauen.

<sup>409</sup> Diese Fallgruppen rechtsethisch gerechtfertigter Sezessionen stellen zugleich Fallgruppen völkerrechtlich zulässiger Sezessionen dar, siehe oben, C. I. 4.

der politischen Herrschaft zu unterlassen. Nur unter diesen Umständen kann ein schutzwürdiges Vertrauen der anderen Bürger auf Aufrechterhaltung der Einheit des Staates entstehen.

Fraglich ist, ob ein schutzwürdiges Vertrauen in den Fortbestand des Staates auch durch bloßen Zeitablauf entstehen kann. Wenn eine Annektion oder Kolonisation bereits lange Zeit zurückliegt, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass der gemeinsame Staat auch in Zukunft fortbesteht. Andererseits kann das Vertrauen in die Aufrechterhaltung des Staates dadurch immer wieder erschüttert werden, dass die Nachkommen der Bürger des Kolonial- oder annektierten Gebiets die politische Herrschaft in Frage stellen. Wird die Ablehnung der politischen Herrschaft zwischenzeitlich nicht freiwillig und endgültig<sup>410</sup> aufgegeben, kann ein schutzwürdiges Vertrauen in den Fortbestand des Staates nicht entstehen. Das gilt selbst dann, wenn die Bürger des Kolonial- oder annektierten Gebiets die Vorteile der politischen Gemeinschaft mit den anderen Bürgern genutzt haben. Dieser Umstand kann lediglich zu Ausgleichspflichten, nicht aber zu einer Bleibepflicht führen.<sup>411</sup>

Werden Bürger Opfer evidenter und eklatanter Verletzungen ihrer Menschenrechte, ist deren Sezession grundsätzlich rechtsethisch gerechtfertigt. Da die Befriedigung der Schutz- und Wohlfahrtsinteressen dieser Bürger innerhalb des Staates nicht gewährleistet ist, entfällt für sie der Grund, an dem Zusammenschluss mit den übrigen Bürgern festzuhalten.<sup>412</sup> Unabhängig davon, ob

---

<sup>410</sup> Die genaue Bestimmung, wann eine Ablehnung endgültig aufgegeben ist, bereitet in praxi Probleme: Die Aufgabe der Ablehnung darf nicht nur vorübergehend sein, das heißt der Wunsch der betroffenen Bürger oder ihrer Nachkommen, die Annektion oder Kolonisation rückgängig zu machen, muss über einen gewissen Zeitraum gänzlich erloschen sein. Die Definition der Länge des Zeitraums wie auch die Feststellung, wann ein Wunsch mehrerer Bürger erlischt, bleibt mehr oder weniger pragmatisch.

<sup>411</sup> Ähnlich D. von der Pfordten (allerdings mit Bezug auf ein Auswanderungsrecht): Bei Nutzung der Vorteile einer politischen Gemeinschaft entstehe aus Fairnessgründen eine ethische Beitragspflicht, aber keine ethische Bleibepflicht, Rechtsethik, S. 251.

<sup>412</sup> Daraus folgt zum einen, dass die Sezession gerechtfertigt ist, wenn die Menschenrechtsverletzungen entweder andauern oder der begründete Verdacht besteht, dass sie sich in Zukunft wiederholen werden. Zum anderen wird man berücksichtigen müssen, dass das Vertrauen der betroffenen Bürger in die Funktionsfähigkeit des Staat durch die erlittenen Menschenrechtsverletzungen derart erschüttert sein dürfte, dass die anderen Bürger nicht auf ein Festhalten ihrer Mitbürger an der politischen Gemeinschaft hoffen können, selbst wenn die Verletzungshandlungen abgeschlossen sind. Voraussetzung ist dann aber, dass sich die Opfer der Menschenrechtsverletzungen so bald wie möglich von dem Staat abspalten. Andernfalls setzen

die anderen Bürger Schutzmaßnahmen gegen die Menschenrechtsverletzungen ihrer Mitbürger durch Fremde unterlassen oder selbst dieses Unrecht begehen, können sie nicht länger auf den Fortbestand des Staates vertrauen.<sup>413</sup>

*Sezessionsverbot.* Die Neuorganisation der politischen Gemeinschaft ohne den sezedierenden Teil der Bürger ist unmöglich, wenn die verbleibenden Bürger keinen Schutz und Wohlfahrt gewährleistenden Staat gründen oder sich zur Befriedigung ihrer Schutz- und Wohlfahrtsinteressen mit keinem anderen Staat vereinigen bzw. verbinden könnten. Sie ist unzumutbar, wenn die Sezessionisten selbst Schutz und Wohlfahrt der verbleibenden Bürger bedrohen. Das ist der Fall, wenn sie den Reststaat bekämpfen oder sich mit einem anderen Staat verbinden wollen, der den Reststaat bekämpft.

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Schema:

---

sie wiederum einen Vertrauenstatbestand, so dass die anderen Bürger von der Aufrechterhaltung des Staates ausgehen dürfen.

<sup>413</sup> Da die militärische Intervention im Kosovo mit dem Schutz der Kosovo-Albaner vor gravierenden Menschenrechtsverletzungen gerechtfertigt wurde, wäre nach der hier vertretenen Auffassung auch die Durchsetzung einer Sezession gerechtfertigt gewesen.

Einschränkungen des Sezessionsrechts:  
Interne Perspektive/Primäre Interessen

Wird die Sezession von den Separatisten *einseitig* erstrebt? (-)  
⇒ Sezessionsrecht (+)\*

↓(+)

Sind Schutz und Wohlfahrt der anderen Bürger im Staat nach Abspaltung gesichert? (+)  
⇒ Sezessionsrecht (+)\*

↓(-)

Genießen die anderen Bürger im Staat Vertrauensschutz? (-)  
⇒ Sezessionsrecht (+)\*

↓(+)

Ist es für die anderen Bürger im Staat möglich und zumutbar, ihre Schutz- und Wohlfahrtsinteressen auf andere Weise als durch Fortbestand des bisherigen Staates zu sichern? (+)  
⇒ Sezessionsrecht (+)\*

Aber: Durchsetzbarkeit?  
Grundsatz (-),  
d. h. Sezessionsrecht ist gehemmt,  
bis Schutz und Wohlfahrt der anderen Bürger im Staat gewährleistet sind  
Ausnahme: (+)  
wenn die anderen Bürger die Realisierung anderer Möglichkeiten zur Gewährleistung von Schutz und Wohlfahrt schuldhaft verzögern

↓(-)

Sezessionsrecht (-)

\*vorbehaltlich weiterer Einschränkungen, die sich aus interner wie externer Perspektive ergeben können

### 5.3.1.2 Sekundäre Interessen

In einem Staat wirken die Bürger zur Realisierung gemeinsamer Ziele in vielfältiger Weise zusammen. Es werden Investitionen getätigt, Wirtschafts- und Versicherungssysteme errichtet, Kulturgüter geschaffen und dergleichen mehr. Ein funktionsfähiger Staat ist deshalb durch zahlreiche Interdependenzen gekennzeichnet. Will sich ein Teil der Bürger von einem Staat abspalten und seinen Beitrag zu den kollektiven Projekten nicht länger leisten, muss ein Ausgleich mit den berechtigten gegenläufigen Interessen der anderen Bürger hergestellt werden. Wie die Interessen gegen- und miteinander abgewogen werden und welche Einschränkungen sich hieraus für die Sezessionsfreiheit ergeben, wird nachfolgend exemplarisch anhand der Kollision des Sezessionsinteresses der Separatisten mit ökonomischen und territorialen Interessen anderer Bürger untersucht.

*Ökonomische Interessen.* Sofern eine Sezession dazu führt, dass andere Bürger im Staat dadurch ökonomische Nachteile erleiden, dass sie im Vertrauen auf den Fortbestand des Staates nutzlose Investitionen getätigt haben, müssen diese ausgeglichen werden. Regelmäßig dürften Kompensationszahlungen der sezedierenden Bürger ausreichen, um die Interessenkollision aufzulösen.<sup>414</sup> Genügt der finanzielle Ausgleich nicht, sind andere vertragliche Absprachen, z. B. über Nutzungsrechte, zwischen den Sezessionisten und den anderen Bürgern im Staat denkbar. Sind die Separatisten nicht zu einem Ausgleich der ökonomischen Interessen ihrer Mitbürger bereit oder in der Lage, ist die Durchsetzung des Sezessionsrechts solange gehemmt, bis eine Einigung erfolgt ist, es sei denn, die anderen Bürger verzögern schuldhaft die Lösung der Interessenkollision. Ein Sezessionsverbot kommt nicht in Betracht, da ökonomische Interessen stets kompensationsfähig sind.<sup>415</sup>

---

<sup>414</sup> So auch D. Miller, *Secession and the Principle of Nationality*, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 68 f.

<sup>415</sup> So auch C. Wellmann, der darauf hinweist, dass die Pflicht zur Zahlung eines Ausgleichs für durch Sezessionen entstehende ökonomische Nachteile mit Unterhaltspflichten nach einer Scheidung vergleichbar seien; ebenso wenig wie die Gefahr, dass ein geschiedener Partner seinen Unterhaltspflichten nicht nachkommen könnte, eine Scheidung verhindere, rechtfertige die Gefahr, dass der abgespaltene Staat seine

Nichts anderes gilt, wenn die besondere Beschaffenheit des von der Sezession betroffenen Territoriums nach erfolgter Abspaltung die Ökonomie des Reststaates beeinträchtigen würde, was z. B. bei der Existenz von Bodenschätzen, die bisher gemeinsam verwertet wurden,<sup>416</sup> oder einer Enklavenbildung<sup>417</sup> denkbar ist. Praktisch mag der Ausgleich der widerstreitenden Interessen in diesen Fällen zu nicht unerheblichen Problemen führen. Dennoch ist ein Sezessionsverbot nicht gerechtfertigt, da auch derartige Interessenkollisionen durch Verträge oder sonstige Absprachen gelöst werden können.<sup>418</sup>

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Schaubild:

---

Ausgleichszahlungen nicht leisten könnte, ein Sezessionsverbot, *Philosophy and Public Affairs* 24 (1995), S. 146.

Anders H. Beran, der ein Sezessionsverbot für möglich hält, wenn das von der Sezession betroffene Territorium von kulturell, ökonomisch oder militärisch herausgehobener Bedeutung für den Staat ist, *Political Studies* 32 (1984), S. 30 f. Nach der hier vertretenen Auffassung besteht allenfalls die Möglichkeit, dass das Sezessionsrecht dauerhaft nicht durchsetzbar ist, nämlich dann, wenn die Separatisten die Kompensation der durch die Sezession entstehenden ökonomischen Nachteile ihrer Mitbürger endgültig verweigern.

Zu beachten ist allerdings, dass die Durchsetzung entsprechender vertraglicher Ansprüche sehr problematisch ist. Wenn die Sezession erst einmal von der Staatengemeinschaft anerkannt ist, handelt es sich hierbei um Ansprüche zwischen Staaten aus bilateralen Verträgen, für deren Durchsetzung lediglich die schwachen völkerrechtlichen Mechanismen zur Verfügung stehen. Deshalb sollte die Anerkennung der Sezession erst nach tatsächlicher Kompensation erfolgen. Siehe hierzu die Überlegungen unter F. III.

<sup>416</sup> Die Existenz von Bodenschätzen, insbesondere Kupfererz und Gold, war einer der Gründe, weshalb die Sezession Katangas von dem wirtschaftlich labilen Staat Kongo verhindert wurde. Vgl. hierzu die Überlegungen unter B. II.

<sup>417</sup> Vgl. auch A. Buchanans anschauliches Beispiel einer „*hole-of-the-donut*“ Sezession, *Secession*, S. 14.

<sup>418</sup> So auch S. Caney, *National Self-Determination and National Secession*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 174.

Einschränkungen des Sezessionsrechts:  
Interne Perspektive/Sekundäre Interessen/  
Ökonomische Interessen

Erleiden andere Bürger im Staat durch die	(-)	
Sezession einen ökonomischen Nachteil?	⇒	Sezessionsrecht (+)*

 $\Downarrow(+)$ 

Sind die Separatisten zur Kompensation (+)  
bereit und in der Lage? ⇒ Sezessionsrecht (+)\*

 $\Downarrow(-)$ 

Sezessionsrecht (+)\*

Aber: Durchsetzbarkeit?  
Grundsatz (-),  
d. h. Sezessionsrecht ist gehemmt,  
bis die Kompensation erfolgt ist  
Ausnahme: (+)  
wenn die Einigung über die Kompensation  
durch die Sezessionsgegner schuldhaft verzögert wird

\*vorbehaltlich weiterer Einschränkungen, die sich aus interner wie externer Perspektive ergeben können

*Territoriale Interessen.* Erheblich diffiziler erweist sich die gerechte Lösung widerstreitender territorialer Interessen. Das Interesse der Sezessionisten, einen Teil des staatlichen Territoriums abzuspalten, konfligiert regelmäßig mit dem Interesse der anderen Bürger an der Aufrechterhaltung der Hoheit des Staates über dieses Gebiet. In einem Staat können die vielfältigsten Interessen mit einem bestimmten Gebiet verbunden sein, wie militär-strategische, ästhetische, historische, kulturelle, naturräumliche, ökonomische usw. Die Lösung territorialer Interessenkollisionen hängt davon ab, wie man die Gebietshoheit eines Staates bewertet: Ist sie eine Art staatliches Eigentümerrecht oder die Summe der dem Staat übertragenen Eigentümerrechte der Bürger?

Da der Staat das Territorium als Repräsentant seiner Bürger verwaltet und verteidigt, ist die Annahme, die Gebietshoheit des Staates sei eine Art Eigentümerrecht, abzulehnen.<sup>419</sup> Umgekehrt können Bürger ebenso wenig einen Anspruch auf ein bestimmtes Territorium geltend machen, wenn sie lediglich Eigentümer der entsprechenden Ländereien sind.<sup>420</sup> Entscheidend ist vielmehr, ob die Separatisten ein Siedlungsrecht haben: Wird ein Territorium längere Zeit von ihnen besiedelt und in sonstiger Weise, z. B. ökonomisch oder kulturell genutzt, ist der Anspruch der Separatisten auf politische Herrschaft über das Gebiet gerechtfertigt.<sup>421</sup> Rein historische Ansprüche von Bürgern, die sich auf die Gebietshoheit ihrer Vorfahren berufen, das betreffende Territorium aber nicht mehr besiedeln, müssen dahinter zurückstehen.<sup>422</sup>

Erhebliche Probleme entstehen allerdings, wenn das von der Abspaltung betroffene Gebiet nicht nur von Sezessionisten, sondern auch von Sezessionsgegnern besiedelt wird (nachfolgend als „gemischte Siedlungsstruktur“ bezeichnet). Nach einer in der Literatur vertretenen Auffassung führt dieses praktische Problem zu einer Ablehnung des Sezessionsrechts.<sup>423</sup> Damit würde das

---

<sup>419</sup> Vgl. hierzu die Kritik an der territorialen Version der Unrechtstheorie, oben D. II. 1. a) bb).

<sup>420</sup> Ebd.

<sup>421</sup> Ähnlich M. Walzer, *The Rights of Political Communities*, S. 169.

<sup>422</sup> Vgl. zum Siedlungsrecht die Überlegungen unter E. II. 2. b).

Die Position, dass historische territoriale Ansprüche hinter dem Selbstbestimmungsrecht des auf dem betreffenden Gebiet siedelnden Volkes zurückstehen, findet sich auch im West Sahara-Gutachten des IGH, ICJ Reports 1975, 68, para 162. Zum West Sahara-Fall vgl. auch die Ausführungen unter B. III.

<sup>423</sup> M. Moore, *The self-determination principle and the ethics of secession*, in: Dies. (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 152 ff.



Interesse der in dem Sezessionsgebiet lebenden Bürger, die eine Abspaltung ablehnen, grundsätzlich höher gewichtet als das Sezessionsinteresse der Separatisten. Eine Begründung, weshalb das eine Interesse per se schwerer wiegt als das andere, ist jedoch nicht ersichtlich.

Deshalb ist von einer Gleichwertigkeit der Interessen auszugehen: Leben in dem betreffenden Territorium sowohl Bürger mit einem Interesse an der Durchsetzung einer Sezession als auch Bürger mit einem Interesse an der Verhinderung einer Sezession, kann eine gerechte Entscheidung nur mit Hilfe des Mehrheitsprinzips erfolgen.<sup>424</sup> Ein Sezessionsverbot ist gerechtfertigt, wenn mehr als die Hälfte der das von der Abspaltung betroffene Gebiet besiedelnden Bürger eine Sezession ablehnt. In diesem Fall überwiegt das kumulierte Interesse der Nichtsezessionisten das kumulierte Interesse der Sezessionisten. Umgekehrt ist eine Sezession – vorbehaltlich anderer Einschränkungen, die sich aus interner und/oder externer Perspektive ergeben können – gerechtfertigt, wenn die Mehrheit der Bürger, die in dem Sezessionsgebiet leben, die Abspaltung anstrebt.<sup>425</sup>

Der Nachteil der Mehrheitsentscheidung besteht darin, dass die in der Abstimmung unterliegenden Bürger in ihrer Autonomie eingeschränkt sind. Eine bessere Lösung dieses „Minderheiten-Dilemmas“ ist jedoch nicht ersichtlich, so

---

<sup>424</sup> A. A. K. Dowding, *Secession and Isolation*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 74 ff.: Die Anwendung des Mehrheitsprinzips führe nicht ohne weiteres zu gerechten Ergebnissen. Dowding erläutert dies anhand eines Beispiels, in dem drei Regionen eines Staates A, B und C unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich der Sezession oder Föderation mit den jeweils anderen Regionen haben. Unter der Prämisse, dass die Entscheidung einer Region über Sezession oder Föderation auf ein einfaches Ja oder Nein reduziert werden könne und ein Vetorecht gegen ungewollte Föderationen bestehe, könnten zwei Regionen föderieren, selbst wenn dies gegenüber der dritten aus historischen oder anderen Gründen ungerecht sei.

Auf die Schlüssigkeit dieses Arguments braucht nicht näher eingegangen zu werden, da hier nicht die Auffassung vertreten wird, eine Sezession sei schon dann gerechtfertigt, wenn eine entsprechende Mehrheit der Bevölkerung diese wünsche. Das Mehrheitsprinzip kommt ausschließlich für die Lösung territorialer Interessenkollisionen zur Anwendung. Für die Frage, ob eine Sezession aus anderen, nichtterritorialen Gründen ungerechtfertigt sein könnte, ist hiermit nichts gewonnen.

<sup>425</sup> Praktische Anwendung findet dieses Prinzip in den Sezessionsbestrebungen der Quebecer, die bereits zweimal in Referenden knapp unterlagen. Allerdings hat der Supreme Court Kanadas in seiner Entscheidung „Reference re Secession of Quebec“ eine klare Mehrheit der Bevölkerung Quebecs pro Sezession gefordert, um eine Verpflichtung der Bundesregierung und der übrigen Provinzen Kanadas zu Unabhängigkeitsverhandlungen begründen zu können. Vgl. zu den Sezessionsbestrebungen in Quebec die Ausführungen unter B. III.

dass die Anwendung des Mehrheitsprinzips letztlich als geringstes Übel erscheint.<sup>426</sup>

Darüber hinaus ist die Anwendung des Mehrheitsprinzips rekursiv mit der Folge, dass Nichtsezessionisten wiederum eine Sezession in dem von der Abspaltung betroffenen Gebiet anstreben können.<sup>427</sup> Voraussetzung ist, dass sie selbst die Mehrheit der eine erneute Sezession befürwortenden Siedler in dem Territorium darstellen, das sie abspalten wollen.<sup>428</sup> Auf diese Weise wird der individuellen Wahlfreiheit in größtmöglichem Umfang Rechnung getragen.<sup>429</sup>

Praktisch ließe sich eine Sezession dadurch realisieren, dass Separatisten sukzessive ein bestimmtes Territorium besiedeln, bis sie die Mehrheit in dem Gebiet stellen und die Abspaltung durchsetzen können. Grundsätzlich ist die Besiedelung eines Gebietes aus rechtsethischer Perspektive auch dann nicht zu beanstanden, wenn sie mit dem Ziel einer späteren Sezession erfolgt. Die Sezession ist kein per se zu missbilligendes Ziel, so dass die Besiedelung zu diesem Zweck ebenfalls nicht per se unzulässig ist. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass nur solche territorialen Interessen schutzwürdig sind, die aus dem tatsächlichen Verhältnis der Bürger zu dem von ihnen bewohnten Gebiet resultieren. Eine gezielte Fremdbesiedlung genügt diesen Anforderungen nicht ohne weiteres. Das Siedlungsrecht entsteht erst nach längerer Zeit durch tatsächliche Übung, das heißt ökonomische, kulturelle, politische und ähnliche Nutzung.<sup>430</sup> Die gezielte Fremdbesiedelung eines Gebietes, das sich ein Staat durch einen Unrechtstatbestand wie Annektion oder Kolonisation einverleibt hat, ist allerdings rechtsmissbräuchlich.<sup>431</sup> In diesem Fall nutzen die Bürger des neuen

---

<sup>426</sup> Das Minderheiten-Dilemma wird durch den Minderheitenschutz abgemildert. Siehe hierzu auch die Überlegungen zum Minderheiten-Dilemma unter E. III. 1. a) sowie zum Schutz von Minderheitenrechten unter E. III. 2. b).

<sup>427</sup> Äußerst problematisch ist daher die Haltung einiger Sezessionisten in Quebec, die ein Sezessionsrecht *innerhalb* Quebecs ablehnen.

<sup>428</sup> So auch H. Beran, *Political Studies* 32 (1984), S. 29.

<sup>429</sup> Ähnlich D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 380 („*self-determination within self-determination*“). Siehe hierzu auch die Ausführungen unter D. II. 2. c).

<sup>430</sup> Vgl. hierzu die Überlegungen unter E. II. 2. b).

<sup>431</sup> Demnach ist die Fremdbesiedelung der von Israel seit dem Sechs-Tage-Krieg im Jahre 1967 besetzten Gebiete als rechtsmissbräuchlich zu qualifizieren. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat sich in der Resolution 242 (1967) mit der Besetzung der Gebiete durch Israel befasst und die Wahrung der territorialen Integrität der betroffenen Länder angemahnt.

Mutterstaates ihr zu missbilligendes früheres Verhalten, nämlich die unrechtmäßige Eingliederung des Territoriums, aus.<sup>432</sup> Die Menschen in dem annektierten oder kolonisierten Gebiet haben keine Möglichkeit, sich vor der Fremdbesiedelung durch die Bürger des neuen Mutterstaates zu schützen, weil sie hiergegen keine Maßnahmen wie z. B. die Restriktion und Quotierung von Zuwanderung treffen können.

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Schaubild:

---

<sup>432</sup> Zum Tatbestand des Rechtsmissbrauchs durch Ausnutzen eines zu missbilligenden früheren Verhaltens aus rechtsdogmatischer Perspektive vgl. G. H. Roth, in: Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Band 2, § 242, Rn. 386 ff.

Einschränkungen des Sezessionsrechts:  
Interne Perspektive/Sekundäre Interessen/  
Territoriale Interessen

Haben die Separatisten auf dem von der	(-)
Abspaltung betroffenen Territorium	⇒ Sezessionsrecht (-)
ein Siedlungsrecht?	

 $\Downarrow(+)$ 

Besteht auf dem von der Sezession betroffenen	(-)	
Territorium eine gemischte Siedlungsstruktur?	⇒	Sezessionsrecht (+)*

 $\Downarrow(+)$ 

Bilden die Sezessionisten die	(+)
Mehrheit der Siedler?	⇒ Sezessionsrecht (+)*

 $\Downarrow(-)$ 

## Sezessionsrecht (-)

\*vorbehaltlich weiterer Einschränkungen, die sich aus interner wie externer Perspektive ergeben können

### 5.3.2 Externe Perspektive

Die Interessen der Bürger anderer Staaten führen zu einer weniger starken Begrenzung der Sezessionsfreiheit als die Interessen der Bürger des von der Sezession betroffenen Staates. Zwischen den Menschen, die in verschiedenen Staaten leben, bestehen zunächst keine Interdependenzen wie zwischen den Bürgern innerhalb eines Staates, die gemeinsam die Gewährleistung von Schutz und Wohlfahrt erstreben, und infolgedessen auch keine vergleichbaren Interessen. Ob die Bürger anderer Staaten dennoch berechnete Interessen gegen eine Sezession geltend machen können, hängt davon ab, wie das Verhältnis zwischen den Menschen, die in verschiedenen Staaten leben, beurteilt wird. Nur wenn die Bürger einiger oder aller Staaten miteinander in einer Weise in Verbindung stehen, dass sie von einer Sezession individuell betroffen sind, können rechtsethisch berücksichtigungsfähige Interessen der Bürger anderer Staaten dem Sezessionsinteresse der Separatisten entgegenstehen. Sind die Bürger verschiedener Staaten hingegen voneinander völlig unabhängig, kommt eine Einschränkung der Sezessionsfreiheit aus externer Perspektive nicht in Betracht.

*I. Kant* beschrieb die Welt als Ansammlung separierter Staaten, zwischen denen ein Naturzustand herrsche.<sup>433</sup> Dieser internationale Naturzustand besitzt allerdings den Charakter eines „Rechtsprovisoriums“<sup>434</sup>. Es ist eine moralische Pflicht, den Zustand des Friedens anzustreben und damit den Naturzustand als Zustand des Krieges zu überwinden. *I. Kants* Vorschlag eines „Föderalismus freier Staaten“<sup>435</sup> zur rechtlichen Überwindung des Naturzustands bleibt allerdings der vorherrschenden

---

<sup>433</sup> Staaten seien „(wie gesetzlose Wilde) von Natur in einem nicht-rechtlichen Zustande“, I. Kant, *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre*, § 54, S. 165, Z. 5 f.; ders., *Zum ewigen Frieden*, Zweiter Abschnitt, Zweiter Definitivartikel. V. Gerhardt hält dies für eine Beschreibung der Realität seiner Epoche, Immanuel Kants Entwurf „Zum ewigen Frieden“, S. 93, O. Asbach hingegen für eine juristische Fiktion, *Internationaler Naturzustand und Ewiger Friede*, in: D. Hüning/B. Tuschling (Hg.), *Recht, Staat und Völkerrecht bei Immanuel Kant*, S. 228.

<sup>434</sup> W. Kersting, *Weltfriedensordnung und globale Verteilungsgerechtigkeit*, in: R. Merkel/R. Wittmann (Hg.), *„Zum ewigen Frieden“*, S. 178.

<sup>435</sup> I. Kant, *Zum ewigen Frieden*, Zweiter Abschnitt, Zweiter Definitivartikel.

Doktrin der Staatensouveränität verhaftet, da andernfalls die Eigenständigkeit der bereits bestehenden Einzelstaaten bedroht wäre.<sup>436</sup>

Aus der Doktrin der Staatensouveränität, die dem neuzeitlichen Staatensystem vom Westfälischen Frieden (1648) bis zum zweiten Weltkrieg zugrunde liegt,<sup>437</sup> resultieren die Verbote, sich in innere Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen (innere Souveränität) und gewaltsam andere Staaten anzugreifen (äußere Souveränität).<sup>438</sup> Die Bürger eines Staates haben ein Interesse an der Beachtung des Souveränitätsprinzips durch die Bürger der anderen Staaten und auch durch sie selbst, da nur mit Hilfe dieses Reziprozitätsmechanismus der Frieden gesichert werden kann.<sup>439</sup>

Darüber hinausgehende Interessen zwischen Bürgern verschiedener Staaten wären danach nicht berücksichtigungsfähig. Folglich dürften die Interessen der Bürger eines Staates, auf dessen Souveränität der Untergang oder die Neugründung anderer Staaten ohne Auswirkung bleibt, nicht zu einer Einschränkung der Sezessionsfreiheit führen.

Gegen diese Auffassung ist zweierlei einzuwenden: Zum einen ist die Vorstellung voneinander unabhängiger Staaten, deren Bürger sich autark mit ihren Ressourcen versorgen, ihr Schicksal weitgehend selbständig gestalten und in denen die politische Herrschaft über Bürger und Territorium sakrosankt ist, in der Gegenwart eine Fiktion. Faktisch bestehen zahlreiche ökonomische, ökologische und eine Vielzahl anderer Austausch- und Kooperationsbeziehungen zwischen Staaten. Zum anderen erscheint es ethisch fragwürdig, wenn die Menschen innerhalb eines Staatsgebiets tun und lassen können, was sie wollen. In letzter

---

<sup>436</sup> O. Asbach, Internationaler Naturzustand und Ewiger Friede, in: D. Hünig/B. Tuschling (Hg.), *Recht, Staat und Völkerrecht bei Immanuel Kant*, S. 228; V. Gerhardt, Immanuel Kants Entwurf „Zum ewigen Frieden“, S. 91 ff.; W. Kersting, Weltfriedensordnung und globale Verteilungsgerechtigkeit, in: R. Merkel/R. Wittmann (Hg.), *„Zum ewigen Frieden“*, S. 184 f. O. Höffe bezeichnet Kants Vorstellung eines Völkerbundes deshalb als die eines „Ultraminimalstaats“, Völkerbund oder Weltrepublik?, in: Ders. (Hg.), *Zum ewigen Frieden*, S. 119; ders., Eine Weltrepublik als Minimalstaat, in: R. Merkel/R. Wittmann (Hg.), *„Zum ewigen Frieden“*, S. 163.

<sup>437</sup> O. Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, S. 70 ff.

<sup>438</sup> P. Koller, Einwanderung und Mitgliedschaft in politikphilosophischer Perspektive, S. 3 f.

<sup>439</sup> Zur Reziprozität im Völkerrecht ausführlich A. L. Paulus, Reziprozität im Völkerrecht, in: R. Jakob/W. Fikentscher (Hg.), *Korruption, Reziprozität und Recht*, S. 213 ff. Allgemein zur Reziprozität als Idee des Rechts H. Schelsky, Systemfunktionaler, anthropologischer und personfunktionaler Ansatz der Rechtssoziologie, in: Ders., *Die Soziologen und das Recht*, S. 127 ff.

Konsequenz bedeutete dies, dass niemand mit Sanktionen zu rechnen hätte, wenn in einem Staat massiv die Menschenrechte der Bürger verletzt würden.

Mit diesem Problem hat sich T. Pogge auseinandergesetzt und einen institutionellen Kosmopolitismus entwickelt, den er wie folgt beschreibt: „[...] all human beings are now participants in a single, global institutional scheme – involving such institutions as the territorial state and a system of international law and diplomacy as well as a world market for capital, goods, and services – that all human rights violations have come to be, at least potential, everyone’s concern“. <sup>440</sup>

Da die bestehende globale institutionelle Ordnung nicht notwendig, sondern von Menschen geschaffen ist, leitet Pogge hieraus die negative Pflicht ab, nicht in ungerechten Ordnungssystemen mitzuwirken. <sup>441</sup> Die Reichweite dieser Verpflichtung ist eindeutig international. <sup>442</sup>

Aus diesen Gründen ist es angemessener, die internationale Staatengemeinschaft als „differenziertes Gefüge interdependenter Gesellschaften“ <sup>443</sup> darzustellen. <sup>444</sup> Im Rahmen der Globalisierung versuchen die Bürger einiger oder aller Staaten gemeinsam, bestimmte politische, wirtschaftliche oder soziale Ziele zu erreichen. Zu diesem Zweck entstehen Staatenbündnisse, werden völkerrechtliche Verträge geschlossen und andere internationale Vereinbarungen getroffen. Die Realisierung der auf diese Weise formulierten gemeinsamen Interessen der Bürger verschiedener Staaten kann durch eine Sezession beeinträchtigt werden, z. B. weil die Separatisten angekündigt haben, Handelsabkommen innerhalb eines Staatenbündnisses oder Vereinbarungen über Grenzverläufe mit einem Nachbarstaat nach der Abspaltung nicht länger einhalten zu wollen.

---

<sup>440</sup> T. Pogge, *Cosmopolitanism and Sovereignty*, *Ethics* 103 (1992/93), S. 51.

<sup>441</sup> T. Pogge, *Cosmopolitanism and Sovereignty*, *Ethics* 103 (1992/93), S. 51 ff. Die Interpretation eines Begriffs in einem negativen und positivem Sinn stammt ursprünglich von Isaiah Berlin, der in seinem Aufsatz *Two concepts of liberty* zwischen positiver und negativer Freiheit differenziert, in: Ders., *Four Essays on Liberty*, S. 121 ff.

<sup>442</sup> R. Kreide, *Soziale Menschenrechte und Verpflichtungen*, in: M. Anderheiden/S. Huster/S. Kirste (Hg.), *Globalisierung als Problem von Gerechtigkeit und Steuerungsfähigkeit des Rechts*, S. 126.

<sup>443</sup> P. Koller, *Einwanderung und Mitgliedschaft in politikphilosophischer Perspektive*, S. 16.

<sup>444</sup> So auch W. Kersting, *Philosophische Friedenstheorie und internationale Friedensordnung*, in: Ders./C. Chwaszcza (Hg.), *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, S. 523 ff.; P. Koller, *Frieden und Gerechtigkeit in einer geteilten Welt*, in: R. Merkel/R. Wittmann (Hg.), *„Zum ewigen Frieden“*, S. 213 ff.; T. Pogge, *Cosmopolitanism and Sovereignty*, *Ethics* 103 (1992), S. 48 ff.

Derartige partikuläre Interessenkollisionen können durch Ausgleichszahlungen, Nutzungsrechte und andere völkerrechtliche Vereinbarungen aufgelöst werden. Sind die Separatisten nicht bereit oder in der Lage, den durch die Sezession entstehenden Nachteil der Sezessionsgegner zu kompensieren, ist das Sezessionsrecht nicht durchsetzbar.<sup>445</sup>

Erheblich weitergehende Einschränkungen der Sezessionsfreiheit aus externer Perspektive können aus der Kollision des Sezessionsinteresses der Separatisten mit den Interessen der Friedenssicherung und des Schutzes elementarer Menschen- und Bürgerrechte resultieren. Wenn man diese Interessen nicht nur für relativ, sondern für universell begründbar hält oder zumindest als normativ vernünftig anerkennt,<sup>446</sup> ist eine Abwägung mit dem Interesse der Separatisten erforderlich, sofern durch die Sezession der Frieden oder elementare Menschen- und Bürgerrechte gefährdet würden. Wie die Kollision des Sezessionsinteresses mit den Interessen der Friedenssicherung und des Schutzes elementarer Menschen- und Bürgerrechte aufzulösen ist und welche Einschränkungen sich für die Sezessionsfreiheit ergeben können, ist nachfolgend zu untersuchen.

#### *5.3.2.1 Friedenssicherung*

Seit dem Westfälischen Frieden von 1648 gelten das Souveränitätsprinzip und insbesondere die territoriale Integrität von Staaten als Stabilitätsfaktor für den Frieden. Vor dem Hintergrund der Doktrin der Staatensouveränität würde jede Sezession die Stabilität des internationalen Staatensystems erschüttern und damit zugleich den Weltfrieden gefährden, da durch eine Sezession stets die territoriale Integrität eines Staates tangiert ist.

Aber selbst wenn man von einer gewissen Friedensfunktion des Souveränitätsprinzips ausgehen kann, ist die territoriale Integrität eines Staates kein Selbstzweck. Die Beeinträchtigung der territorialen Integrität eines Staates

---

<sup>445</sup> Insofern sei auf die obigen Überlegungen zum Ausgleich ökonomischer Interessen der Sezessionsgegner aus interner Perspektive verwiesen, E. III. 1. b).

<sup>446</sup> Da universale Thesen äußerst problematisch zu begründen sind, werden hier nur sehr grundlegende menschliche Interessen als normativ vernünftig anerkannt. Exemplarisch hierfür sind die Sicherung des Friedens und der Schutz elementarer Menschen- und Bürgerrechte. Zum Diskussionsstand über die philosophische Begründung von Menschenrechten als universalen Normen vgl. J. F. Hinkmann, *Ethik der Menschenrechte*.



stellt nicht immer zugleich eine Bedrohung des Weltfriedens dar. Häufig entsteht eine Kriegsgefahr erst durch Aufrechterhaltung eines Staates, in dem Sezessionsbestrebungen verschiedener Gruppen zu Konflikten führen.<sup>447</sup> Staaten, deren territoriale Integrität nicht auf dem Willen der Bürger basiert, sind nur scheinbar stabil.<sup>448</sup> Erst wenn durch eine Sezession tatsächlich der Frieden gefährdet wird, ist eine Einschränkung der Sezessionsfreiheit rechtsethisch gerechtfertigt.

Eine generelle Friedensgefährdung durch Sezessionen wird teilweise damit begründet, dass erfolgreiche Abspaltungen regelmäßig weitere Sezessionsbestrebungen provozierten. Gruppen in anderen Staaten würden ermutigt, ebenfalls eine Sezession durchzusetzen (sogenannte „Domino Theory of Secession“<sup>449</sup>). Dies führe zu gewaltsamen Konflikten, einer Zersplitterung der Staatenwelt und infolge dessen zu internationaler Anarchie.<sup>450</sup>

Gegen dieses empirisch-pragmatische Argument spricht, dass faktisch nicht jede Sezession in der Vergangenheit weitere Sezessionsbestrebungen ausgelöst hat. Als Beispiele können die Sezession Norwegens von Schweden im Jahre 1905, Islands von Dänemark (1944) und Singapurs von Malaysia (1965) angeführt werden.<sup>451</sup> Aber selbst wenn andere Separatistenbewegungen entstehen würden, müsste dies nicht zwingend zugleich zu Instabilität und Kriegsgefahr führen.

---

<sup>447</sup> Beispiele hierfür sind der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, der aus Sezessionsbestrebungen entstanden ist, oder die terroristischen Aktivitäten im Baskenland, Nordirland sowie auf Korsika. U. Schneekener weist überdies darauf hin, dass es völlig ahistorisch sei, Abspaltungen bzw. Staatsgründungen vermeiden zu wollen, Das Recht auf Selbstbestimmung, S. 124.

<sup>448</sup> So auch S. Caney, National Self-Determination and National Secession, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 172 f.; H.-J. Heintze, Vorwort, in: Ders. (Hg.), *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, S. 7.

<sup>449</sup> Zur Terminologie vgl. H. Beran, *Political Studies* 32 (1984), S. 27. Die Befürchtung, eine erfolgreiche Sezession könnte einen Präzedenzfall schaffen, führte insbesondere in Katanga und Biafra dazu, dass die Vereinten Nationen eine ablehnende Haltung gegenüber den möglichen Staatenabspaltungen einnahmen. Vgl. zu den erfolglosen Sezessionsbestrebungen in Katanga und Biafra die Ausführungen unter B. II.

<sup>450</sup> Vgl. hierzu A. Buchanan, *Secession*, S. 102 („*Threat of Anarchy*“); L. C. Buchheit, *Secession*, S. 28 („*The Fear of Balkanization*“); T. M. Franck, *The Empowered Self*, S. 21 ff.; M. Freeman, *The priority of function over structure – A new approach to secession*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 17; K. S. Shehadi, *Ethnic Self-Determination and the Break-up of States*, S. 49 ff.

<sup>451</sup> Siehe S. Caney, National Self-Determination and National Secession, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 172. Skeptisch auch M. Freeman, der die „*fears of 'Balkanisation'*“ für übertrieben hält, *The priority of function over structure – A new approach to secession*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 25.

Abgesehen von der Möglichkeit, dass Sezessionsbestrebungen friedlich verlaufen können, müsste erst gezeigt werden, dass der Weltfrieden durch die Entstehung vieler Kleinstaaten tatsächlich eher bedroht wäre als durch das gegenwärtige Staatensystem.<sup>452</sup> Nur dann wäre eine Einschränkung der Sezessionsfreiheit gerechtfertigt.

Die Frage, ob durch Zersplitterung der Staatengemeinschaft der Weltfrieden gefährdet würde, kann hier nicht generell beantwortet werden. Eine detaillierte Untersuchung dieser Problematik müsste geographische, historische, kulturelle, ethnische, militärische usw. Aspekte verbinden. Sie würde ein eigenes Buch füllen und kann folglich hier nicht geleistet werden. Pragmatisch erscheint eine Differenzierung zwischen Klein- und Mikrostaaten, wobei letztere durch kommunale Strukturen gekennzeichnet sind. Damit könnten allerdings Stadtstaaten wie Andorra, Monaco oder Liechtenstein nicht entstehen, obwohl sie offensichtlich keine Gefahr für den Frieden darstellen. Man mag argumentieren, dass die friedliche Existenz dieser Stadtstaaten nur durch den Schutz größerer Nachbarstaaten möglich ist. Dem ist aber entgegenzuhalten, dass in der gegenwärtigen Staatengemeinschaft auch zwischen großen Staaten Sicherheitsbündnisse, wie z. B. die Nato, bestehen, ohne die der Frieden möglicherweise nicht geschützt werden könnte. Außerdem könnte sich eine überwiegend aus Mikrostaaten bestehende Region in einer Weise organisieren, dass ihre Sicherheit durch Zusammenschluss mehrerer Mikrostaaten ebenso gut wie durch den Schutz eines großen Staates gewährleistet wäre.

Würde durch die Zersplitterung der Staatengemeinschaft der Weltfriede tatsächlich gefährdet, müsste man zur Vermeidung von Instabilität durch Sezessionen für die Bildung eines unabhängigen Staates eine gewisse Größe des Territoriums und der Zahl der Sezessionisten fordern.<sup>453</sup> Als Anhaltspunkt könnte

---

<sup>452</sup> Vgl. hierzu die differenzierten Ausführungen von E. W. Bornträger, *Borders, ethnicity and national self-determination*, S. 76 ff.: Die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit von Staaten hänge nicht von ihrer Größe ab. In Europa hätten die kleinsten Staaten, wie Island, Luxemburg, die Schweiz und Liechtenstein, das höchste Pro-Kopf-Einkommen, und außerhalb Europas z. B. die Scheichtümer Singapur und Brunei. Außerdem schreite die Internationalisierung der Ökonomie voran. Schließlich würden kleine Staaten heutzutage ein deutlich geringeres Risiko als in früheren Zeiten tragen, annektiert oder in sonstiger Weise angegriffen zu werden.

<sup>453</sup> B. Schoch bezeichnet diese Anforderung als „Schwellenprinzip“, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 39 (1994), S. 1362.

etwa die Größe Luxemburgs dienen, das zwar ein kleiner Staat, nicht aber ein Mikrostaat ist.

Dementsprechend wäre eine Sezession nicht gerechtfertigt, wenn der durch die Abspaltung entstehende Staat territorial oder personal zu klein würde, es sei denn, die Separatisten erstrebten die Verbindung mit einem anderen Staat.

Sofern der von dem Sezessionsbestreben betroffene Staat nach der Abspaltung zu klein würde, wäre das Sezessionsrecht solange nicht durchsetzbar, wie eine Verbindung des Reststaates mit einem anderen Staat unmöglich oder unzumutbar bliebe. Da die anderen Bürger im Staat die Pflicht haben, die Sezessionsfreiheit der Separatisten nicht zu behindern, müssen sie die ihnen möglichen und zumutbaren Maßnahmen ergreifen, um das in ihrer Sphäre befindliche Hindernis auszuräumen.<sup>454</sup> Andernfalls könnten sie die Autonomie der Sezessionisten übermäßig einschränken. Deshalb ist die Sezession gerechtfertigt, wenn die anderen Bürger schuldhaft die mögliche und zumutbare Verbindung mit einem anderen Staat verzögern oder unterlassen.

#### *5.3.2.2 Schutz elementarer Menschen- und Bürgerrechte*

Eine Sezession kann zu einer Verletzung elementarer Menschen- und Bürgerrechte führen, wenn nach der Abspaltung ein nicht überlebensfähiger oder ein Unrechtsstaat entsteht.

*Nicht überlebensfähiger Staat.*<sup>455</sup> Eine Sezession ist nur dann gerechtfertigt, wenn nach der Abspaltung sowohl der neu entstehende als auch der verbleibende Staat überlebensfähig sein werden. Würde durch eine Sezession ein Zustand herbeigeführt, in dem die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bürger in einem Staat nicht länger gewährleistet ist, ist die Abspaltung hingegen unzulässig.<sup>456</sup> Wäre allein der Reststaat nach einer Sezession nicht überlebensfähig, sind dessen Bürger allerdings gehalten, andere Wege zur Sicherung ihrer

---

<sup>454</sup> Vgl. hierzu auch die Überlegungen aus interner Perspektive unter E. III. 1. a).

<sup>455</sup> Eine Sezession ist auch aus interner Perspektive nicht gerechtfertigt, wenn Schutz und Wohlfahrt der anderen Bürger im Staat nicht gewährleistet sind, vgl. hierzu die Überlegungen unter E. III. 1. a).

<sup>456</sup> Ähnlich H. Beran, A democratic theory of political self-determination for a new world order, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 36 f.

Grundbedürfnisse zu finden, sofern dies möglich und zumutbar ist. Ein praktisches Beispiel für diese Konstellation ist die erfolglose Sezessionsbestrebung Katangas von Kongo: Es gab Befürchtungen, dass die Ökonomie Kongos nach der Abspaltung des wohlhabenden Katangas zusammenbrechen würde.<sup>457</sup> Da aber nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Bürger des Staates Kongo längerfristig ihre Grundbedürfnisse auch ohne Katanga hätten sichern können, war die Verhinderung der Sezession Katangas nicht gerechtfertigt.

*Unrechtsstaat.* Problematischer ist der Fall zu beurteilen, in dem die Sezessionisten die Gründung eines Unrechtsstaates anstreben. Ein Sezessionsverbot lässt sich nicht – jedenfalls nicht ohne den Vorwurf des Paternalismus – damit begründen, dass sich eine Mehrheit der Staaten zur Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte bekannt hat. Hält man jedoch zumindest basale Menschen- und Bürgerrechte für universell und unverzichtbar, kommt ein Sezessionsrecht für eine Gruppe von Bürgern, die massive und evidente Verletzungen dieser Rechte planen und auch in der Lage sind, diese zu realisieren, nicht in Betracht. Selbst wenn die Sezessionisten die Überzeugung von der Notwendigkeit elementarer Gerechtigkeitsstandards nicht teilen, können sie sich im Rahmen der *normativ-individualistischen Theorie der Sezession von Staaten* nicht auf die Sezessionsfreiheit berufen: Die Sezessionsfreiheit, die aus der Vorstellung des Menschen als autonomes Wesen hergeleitet wurde, darf nicht dazu führen, dass durch eine Sezession die Autonomie anderer Menschen verletzt wird.<sup>458</sup> Deshalb ist auch unerheblich, ob die Bürger des Unrechtsstaates ausreisen dürfen oder einen Verzicht auf den Schutz ihrer Menschen- und Bürgerrechte erklärt haben.<sup>459</sup> Wenngleich in beiden Fällen der Akt der Unterwerfung unter das Regime, das die Autonomie seiner Bürger missachtet, freiwillig und damit selbst Ausdruck individueller Selbstbestimmung wäre, kann eine Sezession unter diesen Umständen nicht gerechtfertigt werden. Die normativ-individualistische Sezessionstheorie, die auf der Überzeugung des Menschen als autonomes Individuum basiert, würde ihr eigenes Fundament aushöhlen, wenn sie eine zu Verletzungen der Autonomie führende Sezession legitimierte. Pointiert

---

<sup>457</sup> Vgl. hierzu auch die Ausführungen unter B. II.

<sup>458</sup> Ähnlich D. Philpott, *Ethics* 105 (1995), S. 372, Fn. 38, und S. 375, Fn. 45.

<sup>459</sup> Hinsichtlich des Ausreiserechtes anders A. Buchanan, *Secession*, S. 60.

formuliert, ist die Ausübung individueller Selbstbestimmung zur Untergrabung individueller Selbstbestimmung nicht gerechtfertigt. Möglicherweise könnte aus diesem Grund die Sezession Kaschmirs ungerechtfertigt sein. Ziel der Abspaltung Kaschmirs von Indien ist die Gründung eines muslimisch-fundamentalistischen Staates. Da in muslimisch-fundamentalistischen Staaten wie Afghanistan oder Sudan erhebliche Menschenrechtsverletzungen, z. B. Steinigungen oder Beschneidungen von Frauen, zu verzeichnen sind, würde sich Indien zu Recht der Sezession Kaschmirs widersetzen, wenn dort die Gründung eines vergleichbaren Unrechtsregimes zu erwarten wäre.

Allerdings bereitet die Feststellung, wann ein Staat ein Unrechtsstaat ist, nicht unerhebliche Probleme. Die Rechtsstaatlichkeit einer politischen Gemeinschaft ist eine graduelle Angelegenheit.<sup>460</sup> Deshalb kann eine Sezession nur solange unzulässig sein, wie tatsächlich Verletzungen elementarer Menschen- und Bürgerrechte drohen. Sofern jedenfalls minimale Gerechtigkeitsstandards erfüllt werden, ist eine positive Rechtsentwicklung abzuwarten.<sup>461</sup> Bis zur Stabilisierung der Menschenrechtssituation in dem von der erstrebten Abspaltung betroffenen Gebiet ist das Sezessionsrecht nicht durchsetzbar.

Würde der Reststaat infolge einer Sezession ein Unrechtsstaat, wäre dies primär den Bürgern dieses Staates zuzurechnen.<sup>462</sup> Nur wenn die Lage der Instabilität unmittelbar durch die Abspaltung verursacht würde, ist das Sezessionsrecht gehemmt, bis der Schutz elementarer Menschen- und Bürgerrechte gewährleistet ist. Verzögern oder verweigern die Bürger des Reststaates schuldhaft die Erfüllung minimaler Gerechtigkeitsstandards, kann dies nicht zu Lasten der Separatisten gehen. Das Sezessionsrecht ist dann durchsetzbar; für eintretende Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen sind nicht die Sezessionisten, sondern die Bürger dieses Staates selbst verantwortlich.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ergeben sich folgende Beispiele ungerechtfertigter Sezessionen:

---

<sup>460</sup> Ähnlich W. Kymlicka zur Frage der Liberalität einer Kultur, *States, Nations and Cultures*, S. 43.

<sup>461</sup> So auch D. Philpott, der allerdings als weitere Einschränkung fordert, dass der durch die Sezession entstehende Staat nicht weniger liberal sein dürfe als der bisherige Gesamtstaat, von dem er abgespalten wurde, *Ethics* 105 (1995), S. 371 ff.; vgl. hierzu auch die Ausführungen unter D. II. 2. c). Mit einem moderaten Universalismus ist diese weitergehende Einschränkung unvereinbar, weil paternalistisch.

<sup>462</sup> Anders D. Miller, *In Defence of Nationality*, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 27.

*Gefahr eines Eroberungskriegs.* Erstreben die Separatisten die Sezession, um einen Eroberungskrieg gegen einen anderen Staat führen zu können, ist die Abspaltung unzulässig.<sup>463</sup> Voraussetzung ist allerdings, dass tatsächlich eine Kriegsgefahr droht. Verfügen die Separatisten nicht über die militärischen Möglichkeiten, Krieg gegen einen anderen Staat zu führen, ist eine Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten infolge der Sezession ausgeschlossen.

*Gefahr der Verletzung von Minderheitenrechten.*<sup>464</sup> Eine Sezession ist auch dann nicht gerechtfertigt, wenn sie zu einer Unterdrückung von Minderheiten in dem neu entstehenden Staat führen würde.<sup>465</sup> Dies gilt bereits dann, wenn eine auf Tatsachen gegründete Prognose ergibt, dass die Sezessionisten nicht die Gewähr dafür bieten, die elementaren Menschen- und Bürgerrechte der Minderheiten zu schützen.<sup>466</sup>

Zusammenfassend ergeben sich folgende Schaubilder:

---

<sup>463</sup> Handelt es sich bei dem bedrohten Staat um den nach der Abspaltung verbleibenden Teil des ursprünglich gemeinsamen Staates, ist die Sezession auch aus interner Perspektive nicht gerechtfertigt. Vgl. hierzu die Überlegungen unter E. III. 1. a).

<sup>464</sup> Bei Verletzung von Minderheitenrechten ist die Sezession auch aus interner Perspektive nicht gerechtfertigt. Vgl. hierzu die Überlegungen unter E. III. 1. a).

<sup>465</sup> Ähnlich H. Beran, A democratic theory of political self-determination for a new world order, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 54; A. Heraclides, Security Dialogue 25 (1994), S. 288 f.; J. Mayall, Political Studies 47 (1999), S. 486. Ausführlich zu drohenden Verletzungen der Minderheitenrechte infolge von Sezessionen J. McGarry, „Orphans of Secession“: National Pluralism in Secessionist Regions and Post-Secession States, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 215 ff.

<sup>466</sup> D. Miller, Secession and the Principle of Nationality, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 69 ff.; ders., In Defence of Nationality, in: P. Gilbert/P.Gregory (Hg.), *Nations, Cultures and Markets*, S. 27; vgl. hierzu auch die Ausführungen unter D. I. 2. a).

Einschränkungen des Sezessionsrechts:  
Externe Perspektive/Partikulare Interessen  
- wie Interne Perspektive/Sekundäre Interessen/Ökonomische Interessen -

Einschränkungen des Sezessionsrechts:  
Externe Perspektive/Universale Interessen/  
Friedenssicherung und Schutz elementarer Menschen- und Bürgerrechte

Entsteht durch die Sezession *auf dem von der Abspaltung betroffenen Gebiet* ein..

.. Mikrostaat?**	(+)
	⇒ Sezessionsrecht (-)
↓(-)	
.. nicht überlebensfähiger Staat?	(+)
	⇒ Sezessionsrecht (-)
↓(-)	
.. Unrechtsstaat?	(+)
	⇒ Sezessionsrecht (-)
↓(-)	
Sezessionsrecht (+)*	

\*vorbehaltlich weiterer Einschränkungen, die sich aus interner wie externer Perspektive ergeben können

\*\*hierauf kommt es nur an, wenn man der Auffassung folgt, durch Entstehung vieler Mikrostaaten würde der Weltfriede gefährdet

Entsteht durch die Sezession *auf dem Gebiet des Reststaates* ein..

.. Mikrostaat, (+)  
ohne dass eine Verbindung mit einem ⇒ Sezessionsrecht (-)  
anderen Staat möglich und zumutbar ist?\*\*

⇓(-)

.. nicht überlebensfähiger Staat, (+)  
ohne dass die Sicherung der Überlebensfähigkeit ⇒ Sezessionsrecht (-)  
auf andere Weise als durch Fortbestand des  
bisherigen Staates möglich und zumutbar ist?

⇓(-)

.. Unrechtsstaat? (+)  
⇒ Sezessionsrecht (+)\*  
Aber: Durchsetzbarkeit?  
Grundsätzlich (-),  
wenn unmittelbare Verursachung durch die  
Abspaltung  
Ausnahme (+),  
wenn Bürger des Reststaates die Erfüllung  
minimaler Gerechtigkeitsstandards schuldhaft  
verzögern oder verweigern

⇓(-)

Sezessionsrecht (+)\*

\*vorbehaltlich weiterer Einschränkungen, die sich aus interner wie externer Perspektive ergeben können

\*\*hierauf kommt es nur an, wenn man der Auffassung folgt, durch Entstehung vieler Mikrostaaten würde der Weltfriede gefährdet



## 5.4 Ausübung der Sezessionsfreiheit als Gruppenrecht

Wenngleich der Grundsatz der Sezessionsfreiheit normativ-individualistisch begründet wurde, ist zu berücksichtigen, dass es sich bei dem Sezessionsrecht um ein Gruppenrecht handelt, das nur kollektiv ausgeübt werden kann. Was Gruppenrechte auszeichnet (1), welche Gruppen Träger des Sezessionsrechts sind (2) und wer in welchem Verfahren über eine Sezession entscheiden darf (3), ist nachfolgend zu untersuchen.

### 5.4.1 Sezessionsrecht als Gruppenrecht

Im Zusammenhang mit dem in den jeweiligen Art. 1 der beiden Menschenrechtspakte verankerten Selbstbestimmungsrecht der Völker, aus dem das Sezessionsrecht völkerrechtsdogmatisch hergeleitet wird, hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ausgeführt, dass es sich hierbei um ein Gruppenrecht und nicht um ein Individualrecht handele.<sup>467</sup> Was zeichnet Gruppenrechte aus und ermöglicht damit die Abgrenzung zu Individualrechten?

Zunächst sei daran erinnert, dass die Konstruktion genuin ethischer Gruppenrechte bereits an anderer Stelle abgelehnt wurde.<sup>468</sup> Im Rahmen einer normativ-individualistischen Theorie können Gruppen nicht Träger originärer, sondern lediglich von Individuen abgeleiteter Rechte sein. Dabei ist unerheblich, ob die Gruppenrechte unmittelbar oder mittelbar auf Individualinteressen zurückgeführt werden. In jedem Fall sind Kollektive kein Selbstzweck und ein Eigenwert von Gruppen ist ausgeschlossen.<sup>469</sup>

Im Gegensatz dazu ist die Differenzierung zwischen Individual- und Gruppenrechten aus positivrechtlicher Perspektive weitgehend unproblematisch. Juristische Personen des Privatrechts und teilweise auch des öffentlichen Rechts<sup>470</sup> können sich gemäß Art. 19 Abs. 3 GG auf Grundrechte berufen, soweit

---

<sup>467</sup> BT-Drucks. 11/7961, 3.

<sup>468</sup> Vgl. hierzu die Überlegungen unter E. I. 2.

<sup>469</sup> Ähnlich O. Höffe, Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, S. 386.

<sup>470</sup> Grundsätzlich können sich juristische Personen des öffentlichen Rechts nicht auf Grundrechte berufen, BVerfGE 21, S. 362, 369 ff.; 68, S. 193, S. 205 ff. Nur wenn sich die Grundrechtsberechtigung ausnahmsweise auf den zugewiesenen Funktions- und Aufgabenbereich beziehen kann, steht der Erstreckung des Grundrechtsschutzes auf juristische Personen des öffentlichen Rechts nichts entgegen, B. Pieroth/B. Schlink, Grundrechte, Rn. 154 ff. Dies gilt für Universitäten bzgl. Art. 5 Abs. 3 GG (BVerfGE 15, S.

diese ihrem Wesen nach auf sie anwendbar sind, und auch das Zivilrecht hält eine Vielzahl von Bestimmungen bereit, nach denen juristischen Personen Rechtssubjektivität zukommt<sup>471</sup>. Neben Staaten sind unter bestimmten Voraussetzungen auch internationale Organisationen, wie z. B. die UNO, NATO oder OECD,<sup>472</sup> und andere Kollektive, wie z. B. der Heilige Stuhl oder das Internationale Komitee vom Roten Kreuz,<sup>473</sup> als Völkerrechtssubjekte anerkannt.<sup>474</sup> Juridische Rechte werden insbesondere dann Gruppen zugeschrieben, wenn sie Güter mit kollektivem Charakter wie den Frieden oder die Umwelt betreffen, deren Schutz allen oder jedenfalls den meisten Gruppenmitgliedern zugute kommt.<sup>475</sup> Diese Güter sind unteilbar, so dass die Ausübung der Gruppenrechte zwingend kollektiv erfolgt,<sup>476</sup> in der Regel im Wege politischer Repräsentation. Nur insofern sind Gruppenrechte nicht als bloße Kumulation der individuellen Rechte der Mitglieder zu verstehen.<sup>477</sup>

Das Sezessionsrecht ist ein Gruppenrecht, weil eine Sezession, mit der die Gründung eines unabhängigen Staates oder die Verbindung mit einem anderen Staat erstrebt wird, stets zu einer Veränderung politischer Gemeinschaften führt, die definitionsgemäß einen kollektiven Charakter haben: Die Funktionen einer politischen Gemeinschaft können nur durch Zusammenwirken mehrerer Menschen wahrgenommen werden.<sup>478</sup> Überdies betrifft eine Sezession einen Teil des staatlichen Territoriums und damit ein Gut, das als staatliches Territorium

---

256, S. 262), öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten bzgl. Art. 5 Abs. 1 GG (BVerfGE 59, S. 231, S. 255; 78, S. 101, S. 102 f.) sowie Religionsgemeinschaften bzgl. Art. 4 Abs. 1 und 2 GG (BVerfGE 19, S. 1, S. 5).

<sup>471</sup> Z. B. §§ 21 ff. BGB (eingetragener Verein); §§ 80 ff. BGB (Stiftung); § 89 BGB (juristische Person des öffentlichen Rechts); § 1 AktG (Aktiengesellschaft); § 13 GmbHG (Gesellschaft mit beschränkter Haftung).

<sup>472</sup> K. Ipsen, Völkerrecht, §§ 6, 27 ff.

<sup>473</sup> K. Ipsen, Völkerrecht, § 1, Rn. 13.

<sup>474</sup> K. Ipsen, Völkerrecht, 2. Kapitel, S. 51 ff., mit weiteren Nachweisen.

<sup>475</sup> Ähnlich, aber mit Bezug auf den ökonomisch geprägten Begriff der öffentlichen Güter J. Hinkmann, Menschenrechte, S. 18 und O. Höffe, Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, S. 386.

<sup>476</sup> Ebd.

<sup>477</sup> A. Buchanan, Secession, S. 76 f.

<sup>478</sup> E. Klein formuliert für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dass es „*seinem Tatbestand nach die Existenz einer bestimmten homogenen Gruppe voraussetzt*“ und deshalb ein Kollektivrecht sei, Politische Studien 34 (1983), S. 638. Im Ergebnis auch K. Doehring, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundsatz des Völkerrechts, S. 25 und 38.

nicht individuell parzellierbar ist,<sup>479</sup> sondern allen der in dem Gebiet lebenden Menschen dient.

#### 5.4.2 Träger des Sezessionsrechts

Träger des Sezessionsrechts als Gruppenrecht können nur Kollektive sein. Welche Gruppen sich auf das Sezessionsrecht berufen können, ist umstritten:

Nach Auffassung insbesondere der Vertreter kollektivistisch geprägter Sezessionstheorien,<sup>480</sup> die Gruppen als ethnisch, kulturell oder sozio-ökonomisch homogene Einheiten („ethnos“)<sup>481</sup> darstellen und an die Mitgliedschaft hohe Anforderungen knüpfen, kommen nicht alle Kollektive als Träger des Sezessionsrechts in Betracht. Teilweise werden nur „Nationen“ als Rechtsträger akzeptiert,<sup>482</sup> teilweise auch andere Kollektive wie „ethnic communities“<sup>483</sup> oder „encompassing groups“<sup>484</sup>.

Gegen den Begriff der Nation spricht, dass er als Erfindung der amerikanischen und französischen Revolution erst Ende des 18. Jahrhunderts und damit später entstanden ist als das Phänomen der Sezession selbst. Historisch hat sich der Nationenbegriff vom idealistischen zum romantisch überhöhten entwickelt. Während der frühe Nationalismus von den Ideen der Freiheit und Gleichheit beseelt war, ist der späte Nationalismus durch die Loyalität seiner Anhänger zu Blut, Sprache und Kultur gekennzeichnet.<sup>485</sup> Gegenwärtige Definitionsversuche des Begriffs „Nation“ beinhalten weitere normative Begriffe wie Ethnizität, Rasse,

---

<sup>479</sup> Vgl. hierzu auch die Überlegungen unter E. III. 1. b).

<sup>480</sup> Siehe oben, D. I.

<sup>481</sup> Zur Terminologie vgl. P. B. Lehning, *Theories of Secession: an introduction*, in: Ders. (Hg.), *Theories of Secession*, S. 9; U. Schneekener, *Das Recht auf Selbstbestimmung*, S. 36 ff.

<sup>482</sup> D. Miller, *Secession and the Principle of Nationality*, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 69; S. Caney, *The Journal of Political Philosophy* 5 (1997), S. 352. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass Miller und Caney den Begriff „Nation“ unterschiedlich definieren, siehe hierzu auch die Ausführungen unter D. I. 2. a) aa) und b) aa). Für eine Begrenzung der Rechtssubjektivität auf Nationen auch K. Nielsen, *University of Toronto Law Journal* 48 (1998), S. 253 ff.; ders., *Dalhousie Review* 76 (1996), S. 217 ff.

<sup>483</sup> V. van Dyke, *World Politics* 29 (1976/77), S. 344. Siehe hierzu auch die Ausführungen unter D. I. 1.

<sup>484</sup> A. Margalit/J. Raz, *The Journal of Philosophy* 87 (1990), S. 447 f. Siehe auch die Ausführungen unter D. I. 2. b).

<sup>485</sup> Siehe T. M. Franck, *The Empowered Self*, S. 20, 54, der zu dem Schluss kommt, dass es weder eine wirkliche Nation noch eine wirkliche Unabhängigkeit gibt.

Geschichte, Kultur, Sprache, Religion, Selbstidentifikation usw., deren Interpretation wiederum umstritten ist.<sup>486</sup> Letztlich wird man feststellen müssen, dass es sich hierbei um ein Konstrukt handelt.<sup>487</sup> Damit soll nicht geleugnet werden, dass der Begriff der Nation in der Wirklichkeit eine erhebliche Bedeutung entfaltet hat.<sup>488</sup> Als entscheidendes Kriterium für die Rechtssubjektivität einer Gruppe ist er aber nicht zuletzt aufgrund seiner Unbestimmtheit abzulehnen.

Das gleiche gilt für andere Kollektive. Eine distinkte Definition dieser Gruppen existiert nicht. Ihre Identifikation als Träger des Sezessionsrechts erfolgt mit Hilfe bestimmter objektiver und/oder subjektiver Kriterien.<sup>489</sup> Wenngleich sich die verschiedenen Definitionen ähneln, besteht die Gefahr, dass die konkrete Art und Weise, eine Gruppe zu definieren, präjudiziert, ob eine Sezession gerechtfertigt ist oder nicht.

Darüber hinaus bleibt unklar, welche Gruppen akzeptiert werden können. Möglicherweise verstoßen einige kollektive Werte und Praktiken bestimmter Gruppen gegen elementare Gerechtigkeitsvorstellungen der übrigen Weltbevölkerung. Häufig wird die Betonung einer Gruppenidentität jedenfalls dazu führen, dass Andere, Fremde exkludiert werden.<sup>490</sup> Zudem wird übersehen, dass Gruppen regelmäßig nicht homogen sind.<sup>491</sup>

Entscheidend ist schließlich, dass die kollektivistische Einschränkung der Sezessionsfreiheit über den Rechtsträger mit einer normativ-individualistischen Theorie nicht vereinbar ist. Die Definition des Rechtsträgers als „ethnos“ beruht

---

<sup>486</sup> Ähnlich F. R. Tesón, A Philosophy of International Law, S. 135 f.; I. S. Lustick, Queen's Quarterly 102 (1995), S. 60.

<sup>487</sup> Allgemein zur Konstruktion sozialer Wirklichkeit J. Searle, The Construction of Social Reality.

<sup>488</sup> Ähnlich C. Konrath, der den Staat (bzw. eine Nation) „als etwas Konstruiertes, als eine Erfindung, eine IMAGI-NATION entlarvt“, ohne aber seine Wirkkraft zu leugnen, Der Staat als Identitätsstifter?, S. 13. A. A. P. Gilbert, der zwischen bloß vorgestellten und wirklichen Nationen differenziert, indem er zusätzliche Faktoren, wie z. B. das Führen eines gemeinsamen Lebens mit gemeinsamen Zielen, definiert, anhand derer er wirkliche Nationen identifizieren will, Communities real and imagined: good and bad cases for national secession, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 208 ff.

<sup>489</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen zu den kollektivistischen Sezessionstheorien, D. I.

<sup>490</sup> E. Gellner formuliert diese Gefahr drastisch in Nations and Nationalism, S. 2: „It follows that a territorial political unit can only become ethnically homogeneous, in such cases, if it either kills, or expels, or assimilates all non-nationals.“

<sup>491</sup> Darauf weist auch M. Freeman hin, The priority of function over structure – A new approach to secession, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 19.

auf der Annahme, dass die Zugehörigkeit zu in dieser restriktiven Weise ausgezeichneten Gruppen nicht der unmittelbaren Wahlfreiheit des Individuums unterliege. Entgegen dieser Auffassung kann der Mensch als vernunftbegabtes und selbstbestimmtes Individuum auch seine Gruppenzugehörigkeit frei wählen. Dabei wird nicht geleugnet, dass Kollektive eine bedeutende Rolle für die Identitätsbildung des Einzelnen spielen. Dennoch muss dem autonomen Individuum die Freiheit verbleiben, zwischen verschiedenen Möglichkeiten der Entwicklung und Entfaltung von Identität auszuwählen und sich für die Mitgliedschaft in einer oder mehreren Gruppen zu entscheiden.<sup>492</sup>

Besondere Anforderungen an den Träger des Sezessionsrechts ergeben sich allein aus den zuvor entwickelten Grenzen der Sezessionsfreiheit, andernfalls droht eine übermäßige Einschränkung des Sezessionsrechts und damit der individuellen Autonomie über das Rechtssubjekt. Gruppen können sich demnach auf ein Sezessionsrecht berufen, wenn sie die folgenden kumulativen Voraussetzungen erfüllen:

- *Siedlungsrecht.*<sup>493</sup> Die Abspaltung eines Territoriums von einem Staat gegen den Willen der dort seit längerer Zeit lebenden Menschen ist grundsätzlich nicht gerechtfertigt. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass nur die Mitglieder einer Gruppe, die ein bestimmtes Gebiet besiedeln und mit dem Territorium tatsächlich verbunden sind, eine Sezession anstreben können.<sup>494</sup>
- *Hinreichende Größe.*<sup>495</sup> Sofern die Annahme, durch Entstehung zahlreicher Mikrostaaten würde der Weltfrieden gefährdet, verifiziert werden könnte, müsste eine Gruppe, die mit der Sezession die Gründung eines unabhängigen Staates anstrebt, durch eine hinreichend große Mitgliederzahl sowie territoriale Ausdehnung ausgezeichnet sein.

---

<sup>492</sup> Ähnlich T. M. Franck, *The Empowered Self*, z. B. S. 101, 278.

<sup>493</sup> Siehe E. II. 2. b).

<sup>494</sup> Ein „geographischer Libertarismus“ ist ausgeschlossen. Vereinzelte Individuen können nicht ein beliebiges Territorium, das sie selbst nicht besiedeln, von einem Staat abspalten. Zur Terminologie („*geographical libertarianism*“) vgl. D. Philpott, der den geographischen Libertarismus mit der zutreffenden Begründung zurückweist, dass Bürger aus praktischen Gründen zusammenleben müssten, weil nur durch ihr Zusammenwirken Staaten funktionieren könnten, *Ethics* 105 (1994/95), S. 368 f. Siehe hierzu auch die Ausführungen unter D. II. 2. c).

<sup>495</sup> Siehe E. III. 2. a).

Problematisch ist, dass der Ethnizität einer Gruppe im Rahmen der normativ-individualistischen Sezessionstheorie keine entscheidende Bedeutung zukommt, reale Sezessionsbestrebungen häufig aber ethnisch motiviert sind.<sup>496</sup> Da Ethnizität als legitimierende Grundlage für ein Sezessionsrecht abzulehnen ist,<sup>497</sup> erscheint die Möglichkeit der Rechtfertigung einer ethnisch motivierten Sezession zweifelhaft.

Allerdings ist fraglich, ob die Motive, die dem Wunsch nach territorialer Abspaltung zugrundeliegen, für die Beurteilung der rechtsethischen Rechtfertigung einer Sezession überhaupt relevant sind. Diese Auffassung vertreten *A. Margalit und J. Raz*: Das Sezessionsrecht müsse aus den richtigen Gründen ausgeübt werden, um es gegen Missbrauch zu schützen.<sup>498</sup> Dem ist entgegenzuhalten, dass eine Sezession trotz „falscher Motive“ nach den zuvor entwickelten Maßstäben gerechtfertigt sein kann.<sup>499</sup> In diesem Fall sind die Gründe, aus denen die Separatisten eine Sezession anstreben, irrelevant.

Eine Konstellation dieser Art wäre eine konsensuale Sezession unter Einhaltung aller völkerrechtlicher Verpflichtungen, die von den Sezessionisten aus ökonomischen Gründen erstrebt wurde. Ein Beispiel für eine Sezessionsbestrebung aus ökonomischen Gründen ist die in Norditalien. Die Sezession Norditaliens zum Zwecke der Besitzstandswahrung wäre gerechtfertigt, wenn aus interner wie externer Perspektive keine Bedenken bestünden.

---

<sup>496</sup> Zur Inkompatibilität ethnisch motivierter Sezessionen mit liberal-demokratischen Sezessionstheorien siehe auch M. Freeman, *The priority of function over structure – A new approach to secession*, in: P. Lehning (Hg.), *Theories of Secession*, S. 18.

<sup>497</sup> T. W. Pogge beschäftigt sich in: W. Kymlicka/I. Shapiro (Hg.), *Ethnicity and Group Rights*, S. 187 ff., ausführlich mit der Frage, ob ethnische Gruppen vor anderen einen ethisch begründeten Anspruch auf Gruppenrechte geltend machen können. Er lehnt dies mit der Begründung ab, dass die Unterscheidung ethnischer von anderen Gruppen in vielerlei Hinsicht vage sei und die Privilegierung bestimmter Gruppen den Gleichbehandlungsgrundsatz verletze. A. A. S. J. Anaya, a. a. O., S. 222 ff., der die besondere Bedeutung bestimmter Gruppen mit dem Argument des Kulturerhalts sowie dem Schutz vor Unrecht legitimieren will.

<sup>498</sup> A. Margalit/J. Raz, *The Journal of Philosophy* 87 (1990), S. 459.

<sup>499</sup> Aus rechtsdogmatischer Perspektive ist ein subjektives Element nicht unbedingt erforderlich, um einen Rechtsmissbrauch bejahen zu können, H. Heinrichs, in: Palandt Bürgerliches Gesetzbuch, § 242, Rn. 43; P. Mader, *Rechtsmissbrauch und unzulässige Rechtsausübung*, S. 107; M. Vollkommer, in: O. Jauernig (Hg.), *Bürgerliches Gesetzbuch*, § 242, Rn. 35. Umgekehrt kann ein subjektives Element in Gestalt eines *dolus malus* vorliegen, ohne dass der objektive Tatbestand eines Rechtsmissbrauchs erfüllt ist, z. B. weil durch die Handlung der einen Partei die andere Partei keinen Nachteil erleidet.

Möglich ist auch, dass eine große Gruppe von Bürgern in einem Staat eine im Übrigen gerechtfertigte Sezession anstrebt, um dadurch eine kleinere Gruppe von Bürgern auszuschließen.<sup>500</sup> Wird das Sezessionsrecht hingegen missbraucht, um rechtsethisch nicht gerechtfertigte Ziele zu erreichen, ist es regelmäßig zugleich aus interner oder externer Perspektive eingeschränkt. Eine zusätzliche Bewertung der Motive, die zu der Sezessionsinitiative geführt haben, ist nicht erforderlich.<sup>501</sup> Ein Beispiel hierfür wäre die Sezession einer großen Mehrheit der Bürger, die den Ausschluss einer kleinen Gruppe bewirkt und mit dem Ziel angestrebt wurde, die Annexion des abgespaltenen Territoriums durch einen dritten Staat zu ermöglichen. Diese Sezession wäre sowohl aus interner als auch aus externer Perspektive unzulässig, da ansonsten die berechtigten Schutz- und Wohlfahrtsinteressen der Mitglieder der kleinen Gruppe sowie das Interesse anderer Menschen an der Sicherung des Weltfriedens und dem Schutz der Menschenrechte missachtet würden.

#### 5.4.3 Verfahren

Die prozeduralen Fragen sind nicht lediglich pragmatischer Natur: Wenngleich die *normativ-individualistische Theorie der Sezession von Staaten* primär eine materiale Form der rechtsethischen Rechtfertigung darstellt, ist eine strikte Trennung von prozeduralen Elementen nicht möglich.<sup>502</sup> Als materiale Rechtfertigungstheorie, die auf die Interessen der beteiligten Individuen rekurriert, impliziert sie das Erfordernis eines fairen Verfahrens, in concreto die freie und gleichberechtigte Teilnahme an der Diskussion sowie an der Abstimmung über die angestrebte Sezession. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass die Individuen ihre

---

<sup>500</sup> A. A. D. Philpott, der in diesem „unlösbaren“ Fall der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts eine Sezession für rechtsethisch nicht gerechtfertigt hält, *Ethics* 105 (1994/95), S. 380 f., Fn. 55.

<sup>501</sup> Die Ablehnung eines Sezessionsrechts wegen Rechtsmissbrauchs ist grundsätzlich als letztes Korrektiv des Sezessionsrechts denkbar. Da aber bereits die durch Sezessionen entstandenen Nachteile für andere Bürger aus interner und externer Perspektive entfaltet wurden, ist ein darüber hinausgehendes Ungleichgewicht, das ein Unbilligkeitsempfinden hervorrufen und einen Rechtsmissbrauch begründen könnte, an dieser Stelle nicht ersichtlich. Zur Notwendigkeit eines Korrektivs subjektiver Rechte in Gestalt von Regeln über den Rechtsmissbrauch vgl. P. Mader, *Rechtsmissbrauch und unzulässige Rechtsausübung*, § 5, S. 71 ff.

<sup>502</sup> Zum Verhältnis von materialer und prozeduraler Rechtfertigung im Rahmen des normativen Individualismus vgl. D. von der Pfordten, *Rechtsethische Rechtfertigung – material oder prozedural?*, in: L. Schulz (Hg.), *Verantwortung zwischen materialer und prozeduraler Zurechnung*, S. 17 ff., und den kritischen Kommentar von Rainer Forst im selben Band, S. 45 ff.

tatsächlichen Interessen realisieren und artikulieren können. Wie das Sezessionsverfahren auszugestalten ist und wer daran teilnehmen darf, wird nachfolgend skizziert.

*Verfahren.* Die Grundsätze eines fairen Verfahrens, das zu einer gerechten Abstimmung über eine Sezession führt, können aus der Idee des idealen Diskurses im Sinne der Diskursethik<sup>503</sup> gewonnen werden. Zwar wird die Situation eines idealen Diskurses in praxi nicht zu erreichen sein. Dennoch ergeben sich sinnvolle Anhaltspunkte zur Ausgestaltung eines fairen Verfahrens. So muss einer gerechten Abstimmung über eine Sezession ein freier, gleichberechtigter und wahrhafter Diskurs vorausgehen. Nur dann ist eine informierte Abstimmung der Teilnehmer und damit eine Realisierung ihrer tatsächlichen Interessen möglich. Im Abstimmungsverfahren muss gewährleistet sein, dass die Teilnehmer gleichberechtigt und frei von äußeren Zwängen wählen können.

*Teilnehmer.* Abstimmungsberechtigt sind nicht alle Bürger des von der Sezession betroffenen Staates, sondern nur die Bürger, die in dem von der angestrebten Abspaltung betroffenen Gebiet seit längerer Zeit siedeln<sup>504</sup> und der Einsicht in politische Zusammenhänge fähig sind<sup>505</sup>.

Praktisch wird die Frage der Abstimmungsberechtigten im Rahmen der Unabhängigkeitsbestrebung West Saharas. Dort bereitet zum einen die Erfassung der Stimmen der Angehörigen von Nomadenstämmen Probleme und zum anderen

---

<sup>503</sup> Zur Idee des idealen Diskurses siehe vor allem die Literatur der Begründer der Diskursethik K.-O. Apel, *Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft und die Grundlagen der Ethik*, in: Ders., *Transformation der Philosophie*, S. 358 ff.; ders., *Diskursethik vor der Problematik von Recht und Politik*, in: Ders./M. Kettner (Hg.), *Zur Anwendung der Diskursethik in Politik, Recht und Wissenschaft*, S. 29 ff., und J. Habermas, *Diskursethik – Notizen zu einem Begründungsprogramm*, in: Ders., *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*, S. 53 ff.; ders., *Die Einbeziehung des Anderen*, S. 11 ff.

<sup>504</sup> Die Bestimmung der erforderlichen Dauer der Besiedelung ist problematisch. Praktikabel ist die Setzung einer Mindestdauer, die mehr oder weniger willkürlich bleibt, aber für den Ausgang des Referendums entscheidend sein kann! So auch H. Beran, *Who should be entitled to vote in self-determination referenda?*, in: E. Elgar (Hg.), *Terrorism, protest, and power*, S. 157.

<sup>505</sup> Pragmatisch wäre das Erfordernis eines bestimmten Wahlalters, das dem Mindestalter für die aktive Wahlberechtigung in dem betreffenden Staat entsprechen sollte.



die Abgrenzung der Siedler von Fremdsiedlern. Da bisher keine Lösung gefunden wurde, konnte das geplante Referendum noch nicht durchgeführt werden.<sup>506</sup>

Will eine Gruppe ihr Sezessionsrecht ausüben, kommt es allein auf die Stimmen der Gruppenmitglieder an, die damit ihren Wunsch nach einer Sezession artikulieren. Mit der Abstimmung wird also lediglich festgestellt, ob die Mitglieder einer Gruppe mehrheitlich eine Sezession anstreben. Ein Plebiszit kann eine Sezession nicht alleine legitimieren, die Frage ihrer rechtsethischen Rechtfertigung muss vielmehr nach den oben entwickelten Grundsätzen der Abwägung aller Interessen der von der Sezession betroffenen Individuen beantwortet werden.

Das Plebiszit steht folglich am Beginn einer Sezession. Praktische Relevanz erhielt diese Auffassung in der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes Kanadas „Reference re Secession of Quebec“: Wenn eine deutliche Mehrheit der Wähler in Quebec eine Sezession favorisierte, würde dies eine Verpflichtung der anderen Bürger im Staat Kanada begründen, über die Möglichkeiten einer Sezession zu verhandeln.<sup>507</sup>

Entgegen der Auffassung des Obersten Gerichtshofes Kanadas genügt im Rahmen der normativ-individualistischen Theorie der Sezession von Staaten die absolute Mehrheit der das Territorium besiedelnden, wahlberechtigten Bürger.<sup>508</sup>

Anderer Ansicht sind A. Margalit und J. Raz: Da die Gefahr bestehe, dass das Abstimmungsergebnis durch eine lediglich temporäre Popularität der Sezessionsbestrebung verfälscht sein könnte, sei eine überwältigende Stimmenmehrheit pro Sezession erforderlich.<sup>509</sup> Hierbei handelt es sich aber nicht primär um eine ethische, sondern um eine Frage der pragmatischen Umsetzung eines rechtsethisch gerechtfertigten Sezessionsrechts. Als solche findet sie erst in Teil F Berücksichtigung, wo es um Probleme der rechtsdogmatischen Adaption der normativ-individualistischen Theorie der Sezession von Staaten geht.<sup>510</sup>

---

<sup>506</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen unter B. III.

<sup>507</sup> Reference re Secession of Quebec, 411 [para 54], 420, 425 ff. [paras 69, 76, 88 ff.]. Vgl. hierzu auch die Ausführungen unter B. III.

<sup>508</sup> Vgl. hierzu die ausführlichen Überlegungen unter E. III. 1. b).

<sup>509</sup> A. Margalit/J. Raz, The Journal of Philosophy 87 (1990), S. 458

## **5.5 Zusammenfassung: Normativ-individualistische Theorie der Sezession von Staaten**

Die normativ-individualistische Theorie der Sezession von Staaten basiert auf dem Grundsatz der Sezessionsfreiheit, der aus der Autonomie der Menschen hergeleitet wird, und damit auf der Wahltheorie.<sup>510</sup> Die Sezessionsfreiheit gilt allerdings nicht uneingeschränkt, sondern findet ihre Grenzen in den berechtigten Interessen der Sezessionsgegner in dem Sezessionsgebiet, den Bürgern des Reststaates (interne Perspektive) und der Weltgemeinschaft (externe Perspektive).

Aus interner Perspektive können dem Sezessionsinteresse der Separatisten insbesondere die primären Schutz- und Wohlfahrtsinteressen, aber auch die sekundären, aus dem praktischen Zusammenleben in einem Staat resultierenden Interessen der anderen Bürger entgegenstehen. Nach Abwägung des Sezessionsinteresses mit den partikularen Interessen aus völkerrechtlichen Vereinbarungen und den universellen Interessen der Friedenssicherung und des Menschenrechtsschutzes aus externer Perspektive können sich weitere Einschränkungen der Sezessionsfreiheit ergeben.

Das Sezessionsrecht ist ein Gruppenrecht, das nur kollektiv ausgeübt werden kann. Als Träger des Sezessionsrechts kommen ausschließlich Kollektive in Betracht, die ein Siedlungsrecht haben. Hält man eine Friedensgefährdung durch die Entstehung vieler Mikrostaaten für wahrscheinlich, muss die Gruppe darüber hinaus durch eine hinreichend große Mitgliederzahl sowie territoriale Ausdehnung ausgezeichnet sein.

Zur Feststellung, ob die Mitglieder einer Gruppe mehrheitlich eine Sezession anstreben, bedarf es eines fairen Verfahrens. Einer informierten Abstimmung muss ein freier und gleichberechtigter Diskurs vorangehen. Abstimmungsberechtigt sind nur die Bürger, die in dem von der Abspaltung betroffenen Gebiet leben und ein Siedlungsrecht haben sowie der Einsicht in politische Zusammenhänge fähig sind. Das Abstimmungsverfahren muss den

---

<sup>510</sup> Zu diesem und anderen Problemen der pragmatischen Umsetzung eines rechtsethisch gerechtfertigten Sezessionsrechts siehe unten, Teil F. III.

<sup>511</sup> Vgl. zu der Herleitung der Sezessionsfreiheit aus der Autonomie der Menschen insbesondere die liberal-demokratische und die kantianische Version der Wahltheorie, D. II. 2. a) und c).

Anforderungen genügen, die an eine freie und gleichberechtigte Wahl zu stellen sind.

## **6      Rechtsdogmatische Adaption der normativ-individualistischen Theorie der Sezession von Staaten**

Damit die in Teil E entwickelte normativ-individualistische Theorie der Sezession von Staaten zur Anwendung kommen kann, bedarf es eines Brückenschlags von der Rechtsethik zur Rechtsdogmatik. Zu diesem Zweck wird nachfolgend untersucht, welche Möglichkeiten zur rechtsdogmatischen Adaption der Sezessionstheorie in Gestalt eines *positivierten normativ-individualistischen Sezessionsrechts* bestehen.

Voraussetzung ist zunächst, dass die *Positivierung eines Sezessionsrechts* entgegen vielfältig geäußerter Einwände nicht für generell unzulässig gehalten wird (I.).

Da ein Sezessionsrecht sowohl Norm des Völkerrechts als auch Norm des Verfassungsrechts sein kann, ist anschließend zwischen völkerrechtlicher und verfassungsrechtlicher Perspektive zu differenzieren:

Aus *völkerrechtlicher Perspektive* stellt sich die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Positivierung des normativ-individualistischen Sezessionsrechts als Völkerrechtsnorm möglich wäre. Zur Beantwortung dieser Frage wird die in Teil C. I. dargestellte völkerrechtsdogmatische Lösung der Sezessionsproblematik aufgegriffen und untersucht, wie das Völkerrecht auszugestalten wäre, um ein Sezessionsrecht gewährleisten zu können, das den Grundsätzen der normativ-individualistischen Theorie der Sezession von Staaten genügt (II. 1.).

Aus *verfassungsrechtlicher Perspektive* ist mit Bezug auf die in Teil C. II. entwickelte Rechtsauffassung zu prüfen, wie ein normativ-individualistisches Sezessionsrecht in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland implementiert werden könnte (II. 2.).

Abschließend wird ein *Verfahren* zur Durchsetzung rechtsethisch gerechtfertigter Sezessionen vorgeschlagen (III.).

## 6.1 Positivierung eines Sezessionsrechts

Teilweise wird vertreten, dass die Positivierung eines Sezessionsrechts grundsätzlich abzulehnen sei.<sup>512</sup> Die Gegner eines geschriebenen Sezessionsrechts begründen ihre Auffassung mit der Gefahr des Rechtsmissbrauchs.<sup>513</sup> Das Sezessionsrecht würde zu ethnischen Unruhen führen, die Aussicht auf Kompromisse verschlechtern und die Gefahr politischer Instabilität sowie sachfremder Erwägungen für politische Entscheidungen erhöhen.<sup>514</sup>

Zwar erscheint es nicht unrealistisch, dass der strategische Einsatz von Sezessionsdrohungen die Weltpolitik sowie die Innenpolitik eines Staates nachteilig beeinflussen könnte. Allerdings besteht die Gefahr des Missbrauchs eines Rechts stets, dies ist keine Besonderheit des Sezessionsrechts. Die Positivierung eines Sezessionsrechts wäre nur dann unzulässig, wenn die dadurch entstehenden negativen Konsequenzen außer Verhältnis zu den erzielten Vorteilen stünden. Das ist jedoch nicht der Fall: Einerseits lassen sich Sezessionsbestrebungen nicht durch Negierung eines Sezessionsrechts unterdrücken und sind auch nicht stets mit Bürgerkrieg, Minderheitenverletzungen und der Unterminierung politischer Prozesse verbunden. Andererseits sind von einem institutionalisierten Sezessionsrecht positive Wirkungen auf Sezessionen zu erwarten, denn mit Hilfe eines an Form- und Verfahrensbedingungen geknüpften Sezessionsrechts könnten gerechtfertigte Sezessionsbestrebungen gefördert und ungerechtfertigte Sezessionsbestrebungen erschwert werden.<sup>515</sup> Im Übrigen würde verhindert, dass der unkontrollierte Ablauf einer Sezession nachteilige Folgen

---

<sup>512</sup> So z. B. Cass R. Sunstein, nach dessen Auffassung die Verfassungen von Staaten generell kein Sezessionsrecht beinhalten sollten, *Approaching democracy: a new legal order for Eastern Europe – Constitutionalism and secession*, in: C. Brown (Hg.), *Political Restructuring in Europe*, S. 12.

<sup>513</sup> Cass R. Sunstein, *Approaching democracy: a new legal order for Eastern Europe – Constitutionalism and secession*, in: C. Brown (Hg.), *Political Restructuring in Europe*, S. 11 ff.; ähnlich argumentiert A. Buchanan für eine Einschränkung des Sezessionsrechts im Völkerrecht, *Philosophy and Public Affairs* 26 (1997), S. 43 („[...] *Perverse Incentives*“).

<sup>514</sup> Cass R. Sunstein, *Approaching democracy: a new legal order for Eastern Europe – Constitutionalism and secession*, in: C. Brown (Hg.), *Political Restructuring in Europe*, S. 12. Die Gefahr des Rechtsmissbrauchs durch strategischen Einsatz von Sezessionsdrohungen durch eine Minderheit sieht auch A. Buchanan, *Secession*, S. 100.

<sup>515</sup> Ähnlich D. Philpott, *Self-Determination in Practice*, in: M. Moore (Hg.), *National Self-Determination and Secession*, S. 84 ff.

verursacht.<sup>516</sup> Schließlich kann die Anwendung der Regeln des Rechtsmissbrauchs lediglich die Funktion eines Korrektivs zur Einschränkung eines subjektiven Rechts einnehmen, aber keinesfalls ein subjektives Recht als solches eliminieren.<sup>517</sup>

Aus diesen Gründen ist die Positivierung eines Sezessionsrechts nicht generell abzulehnen.

## **6.2 Normativ-individualistisches Sezessionsrecht**

### **6.2.1 Völkerrechtliche Perspektive**

Die Positivierung des normativ-individualistischen Sezessionsrechts als Norm des Völkerrechts wäre nur unter der Voraussetzung eines grundsätzlichen Auffassungswandels in der Völkerrechtsdogmatik möglich:

Da das Sezessionsrecht aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker hergeleitet wird, können sich bisher nur als Volk identifizierbare Gruppen auf das Selbstbestimmungsrecht respektive Sezessionsrecht berufen. Träger eines normativ-individualistischen Sezessionsrechts wären hingegen alle Gruppen, deren Mitglieder mehrheitlich das von der Abspaltung betroffene Territorium besiedeln und ein Siedlungsrecht haben. Eine derartige Erweiterung der Rechtssubjektivität ist mit dem Volksbegriff unvereinbar.

Ähnlich restriktiv sind gegenwärtig die materiellen Voraussetzungen einer völkerrechtmäßigen Sezession ausgestaltet. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker erfährt durch Abwägung mit dem Prinzip der Staatensouveränität so starke Einschränkungen, dass das Sezessionsrecht nur als eine Art Notwehrrecht verbleibt.<sup>518</sup> Zwar gilt auch das normativ-individualistische Sezessionsrecht, das auf dem Grundsatz der Sezessionsfreiheit basiert, nicht uneingeschränkt. Es findet seine Grenzen aber nicht in dem abstrakten, kollektivistischen Prinzip der Souveränität der Staaten, sondern in den konkreten, individualistisch begründeten

---

<sup>516</sup> So auch D. Weinstock, *The Journal of Political Philosophy* 9 (2001), S. 196 ff. Die Autoren der Verfassung eines zukünftigen multinationalen Staates seien deshalb gut beraten, ein Sezessionsrecht aufzunehmen, a. a. O., S. 202.

<sup>517</sup> Zur Funktion der Regeln des Rechtsmissbrauchs als Korrektiv vgl. P. Mader, *Rechtsmissbrauch und unzulässige Rechtsausübung*, § 5, S. 71 ff.

<sup>518</sup> Siehe oben, C. I. 3. a).

Rechten anderer Gruppen und Individuen und kann deshalb im Einzelfall stärker oder weniger stark eingeschränkt sein.

Soll die normativ-individualistische Theorie der Sezession von Staaten zur Geltung gelangen, müsste das Völkerrecht stärker individualistisch interpretiert werden. Entscheidende Kriterien für die Rechtmäßigkeit von Sezessionen wären dann weniger die Volksqualität der sezedierenden Gruppe und die Beachtung des Souveränitätsprinzips als vielmehr die Bewahrung des Weltfriedens und die Sicherung der Menschenrechte.<sup>519</sup>

Bemerkenswert ist, dass das Spannungsverhältnis zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der territorialen Integrität der Staaten in der neueren völkerrechtlichen Literatur zum Sezessionsrecht im europäischen Kontext bereits durch eine verstärkte demokratische, menschen- und minderheitenrechtliche Betrachtungsweise gelöst wird.<sup>520</sup> Das kollektivistische Selbstbestimmungsrecht erhält durch diese Bezugnahme auf Menschen- und Minderheitenrechte eine individualistische Ausprägung.<sup>521</sup>

Vor dem Hintergrund der normativ-individualistischen Theorie der Sezession von Staaten erscheint es sinnvoll, die rechtsdogmatische Verbindung des Sezessionsrechts mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gänzlich zu lösen. Die rechtsethische Untersuchung in den Teilen D und E hat gezeigt, dass eine kollektivistische Begründung des Sezessionsrechts über das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Identifikation gerechtfertigter Sezessionen ungeeignet ist. Eine Ausdifferenzierung des abstrakten Selbstbestimmungsrechts in konkrete, individualistisch interpretierte Gruppenrechte würde die Transparenz der Argumentation auch in der

---

<sup>519</sup> Ähnlicher Auffassung ist L. M. Frankel, der die Prinzipien der Souveränität und territorialen Integrität als Elemente einer unmodern werdenden staatenzentrierten Völkerrechtsdogmatik bezeichnet und dessen praktischer Vorschlag dahingeht, die Einmischung der VN in innere Angelegenheiten eines Staates zum Schutze der Menschenrechte als eine Art Mediation und Diplomatie zugunsten gerechter, friedlicher Lösungen zu interpretieren, *Houston Journal of International Law* 14 (1992), S. 541, 545.

<sup>520</sup> Siehe oben, C. I. 3. b).

<sup>521</sup> Auf diese Entwicklung hat mich Prof. D. von der Pfordten aufmerksam gemacht. Ich danke ihm für diesen Hinweis. Ähnlich auch A. Pfennig, *Recht auf Sezession?*, *Demokratie und Recht* 23 (1992), S. 453.

Rechtsdogmatik erhöhen und damit die Beurteilung von Sezessionen als gerechtfertigt oder ungerechtfertigt eher ermöglichen.<sup>522</sup>

#### 6.2.2 Verfassungsrechtliche Perspektive

Ein normativ-individualistisches Sezessionsrecht ist prinzipiell mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vereinbar. Allein die Missachtung berechtigter Interessen der von der Sezession betroffenen Bürger kann zu einem Verfassungsverstoß führen. Durch ein Sezessionsrecht wird folglich nur dann die Treuepflicht verletzt, wenn die Separatisten ohne Rücksicht auf die Interessen der anderen Bürger ihren Austritt aus der Bundesrepublik erklären dürfen. Ist das Sezessionsrecht hingegen an die Voraussetzung einer Abwägung mit den Rechten anderer Bürger geknüpft, kommt eine Verletzung der Treuepflicht nicht in Betracht.<sup>523</sup>

Es ist eine Vielzahl von Gründen denkbar, aus denen ein Sezessionsrecht die Treuepflicht verletzen könnte, z. B. weil berechnete sicherheitspolitische oder ökonomische Interessen der Bürger des Reststaates der Sezession entgegenstehen.<sup>524</sup>

Nicht berücksichtigungsfähig sind hingegen die in Teil C. II. 1. dargestellten Bundesinteressen, die mit dem Sezessionsinteresse kollidieren:

Da eine Sezession zwingend mit der Veränderung des Bundesstaates einhergeht, ist ein Ausgleich des Sezessionsinteresses mit dem Interesse an der Aufrechterhaltung der Staatlichkeit des Bundes unmöglich. Das Interesse an der Aufrechterhaltung der Staatlichkeit des Bundes in der bisherigen Form ist lediglich das kontradiktorische Interesse, das dem Sezessionsinteresse entgegensteht. Als solches muss es zurückstehen, wenn das Sezessionsrecht im Übrigen verfassungsmäßig ist.<sup>525</sup> Die Verletzung der Treuepflicht wegen Missachtung der Staatlichkeit durch eine einseitige Sezession ist folglich nicht ohne weiteres begründet.

---

<sup>522</sup> Ähnlich A. Buchanan, der das Prinzip der Selbstbestimmung lediglich für eine Art Platzhalter hält, Secession, S. 50.

<sup>523</sup> Vgl. hierzu die Überlegungen unter C. II.

<sup>524</sup> Diese Gründe entsprechen den Einschränkungen der Sezessionsfreiheit aus interner Perspektive, die in E. III. 1. entwickelt wurden.

<sup>525</sup> Vgl. hierzu die einführenden Überlegungen unter E. III.

Die Annahme einer Pflichtverletzung wegen Verstoßes gegen das Selbstbestimmungsrecht des Staatsvolkes der Bundesrepublik ist mit der normativ-individualistischen Theorie der Sezession von Staaten ebenso wenig vereinbar. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist als kollektivistische Begründung sowohl für als auch gegen ein Sezessionsrecht abzulehnen.<sup>526</sup>

Ein Sezessionsrecht, das seine Grenzen in den Rechten anderer findet, ist bei normativ-individualistischer Interpretation mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vereinbar.<sup>527</sup>

### 6.3 Prozedurale Möglichkeiten

Das Sezessionsrecht sollte an die Erfüllung prozeduraler Voraussetzungen geknüpft sein, damit gerechtfertigte Sezessionen durchgesetzt und ungerechtfertigte Sezessionen verhindert werden können.

*Zuständigkeit der Vereinten Nationen.* Die geeignete Institution zur Begleitung von Sezessionsbestrebungen sind die Vereinten Nationen als internationale Organisation, die gemäß Art. 1 Ziffer 1 der Charta der Vereinten Nationen (VN-Charta) insbesondere dem Ziel der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit verpflichtet ist.<sup>528</sup> Da 185 von 192 Staaten der Welt Mitglieder der VN sind, handelt es sich um eine *Weltorganisation*,<sup>529</sup> die die Durchsetzung gerechtfertigter und Verhinderung ungerechtfertigter Sezessionen am ehesten zu gewährleisten vermag. Sinnvoll erscheint die Einrichtung einer

---

<sup>526</sup> Vgl. hierzu die obigen Überlegungen, F. II. 1.

<sup>527</sup> Dies ist vor allem dann plausibel, wenn man die Ausgestaltung des Grundgesetzes selbst für normativ-individualistisch hält. Vgl. z. B. E.-W. Böckenförde, *Recht, Staat, Freiheit*, S. 58: „In der heutigen Rechtsordnung [Rechtsordnung westlich-demokratischer Staaten, Anm. der Verfasserin] wird der Mensch grundsätzlich als einzelnes Individuum vorausgesetzt und in Blick genommen. Das in ihr wirkende Bild vom Menschen ist das des einzelnen, auf sich gestellten Individuums, das zwar auch in sozialen und anderen Gemeinschaftsbeziehungen lebt, aber als solches diesen Beziehungen vorausliegt.“ G. Dürig ist der Auffassung, dass das Grundgesetz der „mittleren Linie des Personalismus“ folge und damit zwischen Individualismus und Kollektivismus liege, in: T. Maunz/G. Dürig, *Kommentar zum GG*, Art. 1 Abs. 1, Rn. 47 ff.

<sup>528</sup> Für die Zuständigkeit der VN auch M. Eisner, *Harvard International Law Journal* 33 (1992), S. 419; L. M. Frankel, *Houston Journal of International Law* 14 (1992), S. 545. Allgemein zur Sezessionsproblematik in der internationalen Politik A. Heraclides, *The Self-Determination of Minorities in International Politics*.

<sup>529</sup> Zur Terminologie vgl. V. Epping, *Die Vereinten Nationen*, in: K. Ipsen (Hg.), *Völkerrecht*, § 32, Rn. 1.



besonderen Kommission der Vereinten Nationen (nachfolgend als „Sezessionskommission“ bezeichnet), die sich ausschließlich mit Sezessionsbestrebungen befasst.<sup>530</sup> Mitglieder einer Sezessionskommission sollten Vertreter von Staaten sein, die nicht *unmittelbar* in die jeweilige Sezessionsbestrebung involviert sind. Daher sollte ausgeschlossen sein, dass z. B. Nachbarstaaten, die von einer Sezession profitieren würden, über die Frage der rechtsethischen Rechtfertigung mitbestimmen könnten.

*Verfahren zur Durchsetzung gerechtfertigter und Verhinderung ungerechtfertigter Sezessionen.* Zunächst muss sichergestellt werden, dass die Sezessionskommission be- und entstehende Sezessionskonflikte zur Kenntnis nimmt. Deshalb sollten *Petitionen* sezedierender Gruppen an die Vereinten Nationen erlaubt sein.<sup>531</sup> Mit dem Petitionsrecht würde die Pflicht der Sezessionskommission korrespondieren, sich mit der Sezessionsbestrebung zu befassen und Fakten zur Beurteilung ihrer Rechtfertigung zusammenzutragen. Zu diesem Zweck wären die Vereinten Nationen zu ermächtigen, die Sezessionsbewegung vor Ort zu beobachten und ein Plebiszit in dem von der erstrebten Abspaltung betroffenen Gebiet zu initiieren und durchzuführen.<sup>532</sup> Dabei ist zu bedenken, dass das Abstimmungsergebnis durch eine zeitweilige Popularität der Sezessionsbewegung verfälscht sein könnte. Um sicherzustellen, dass die Bevölkerung des von der erstrebten Abspaltung betroffenen Gebietes die Sezession tatsächlich wünscht, könnte der Region zunächst ein *Autonomiestatus* als Übergangsstufe zur Unabhängigkeit verliehen werden.<sup>533</sup> Nach Ablauf eines zuvor definierten Zeitraumes, z. B. nach drei Jahren, müsste ein zweites Plebiszit unter Aufsicht der Vereinten Nationen durchgeführt werden. Würden sich die

---

<sup>530</sup> Die Einrichtung einer derartigen Kommission ist gemäß Art. 7 Abs. 2 der Charta der Vereinten Nationen möglich.

<sup>531</sup> Ähnlich L. M. Frankel, *Houston Journal of International Law* 14 (1992), S. 546.

<sup>532</sup> Für ein Plebiszit unter Beobachtung der VN auch M. Eisner, *Harvard International Law Journal* 33 (1992), S. 421 ff. Kritisch zu Eisners Modell P. Hilpold, *ZöR* 54 (1999), S. 559 f. In der Vergangenheit fanden bereits einige Referenden unter Aufsicht der VN statt, z. B. in Togo (1956) und Kamerun (1961). Eine umfassende völkerrechtsdogmatische Darstellung gebietsbezogener Referenden findet sich bei A. Peters, *Das Gebietsreferendum im Völkerrecht*.

Bürger der autonomen Region wiederum für eine Unabhängigkeit aussprechen, ist sie ihnen – vorbehaltlich der Erfüllung aller weiteren formellen und materiellen Voraussetzungen – zu gewähren.

Nach Begutachtung und Bewertung der durch die Beobachtung der Sezessionsbewegung gewonnenen Erkenntnisse müsste die Sezessionskommission eine Empfehlung aussprechen.<sup>534</sup> Hält die Sezessionskommission einen Ausgleich aller widerstreitenden Interessen für möglich, sollte sie Vorschläge über Art und Umfang der erforderlichen Kompensationsleistungen, den Zeitraum bis zur Anerkennung der Unabhängigkeit eines gegebenenfalls neu entstehenden Staates sowie Aufbauhilfen und Schutzmaßnahmen unterbreiten.

Bei der Frage der Kompensationsleistungen ist zu beachten, dass die Durchsetzung entsprechender Ansprüche problematisch ist, sobald die Sezession abgeschlossen ist. Denn dann besteht die Pflicht zur Kompensation zwischen unabhängigen Staaten und ist als solche eine aus bilateralen völkerrechtlichen Verträgen, so dass lediglich die schwachen völkerrechtlichen Instrumentarien zur Durchsetzung der Ansprüche des einen Staates gegen den anderen zur Verfügung stehen. Deshalb erscheint es sinnvoll, an die Anerkennung als Staat und auch der Sezession, mit der kein unabhängiger Staat erstrebt wird, die Voraussetzung einer teilweise erfolgten Kompensation zu knüpfen.

Falls ein Interessenausgleich generell unmöglich erscheint, würde die Sezessionskommission ein Verbot der Sezession aussprechen und gleichzeitig Maßnahmen zur Friedenssicherung und zum Schutz der Menschenrechte treffen.

Fraglich ist, ob auch Gewalt zur Verhinderung oder Durchsetzung einer Sezession angewendet werden dürfte. Eine mit militärischen Mitteln durchgeführte Intervention durch die Vereinten Nationen kommt wohl nur in Ausnahmefällen, als ultima ratio in Betracht. Voraussetzung wäre zunächst, dass gewaltsame Auseinandersetzungen innerhalb des von der Sezession betroffenen Staates nicht durch Sanktionen und andere friedensschaffende Maßnahmen der Vereinten

---

<sup>533</sup> Für eine Autonomie als Vorstufe zur Sezession auch H.-J. Heintze, *Der Staat* 36 (1997), S. 424. Ein praktisches Beispiel für einen Staat, der nach einiger Zeit der Autonomie (1983-93) unabhängig wurde, ist Eritrea.

<sup>534</sup> Ähnlich M. Eisner, *Harvard International Law Journal* 33 (1992), S. 420; L. M. Frankel, *Houston Journal of International Law* 14 (1992), S. 547 ff.; A. Heraclides, *Security Dialogue* 25 (1994), S. 291.

Nationen verhindert werden könnten.<sup>535</sup> Des Weiteren müsste eine Prognose ergeben, dass die durch internationale Streitkräfte ausgeübte Gewalt ein erheblich geringeres Ausmaß hätte als die durch den Bürgerkrieg entstehende. Schließlich wäre eine militärische Intervention abzulehnen, wenn unverhältnismäßige Konsequenzen, z. B. der Einsatz von Atomwaffen, drohten. Dies mag im Einzelfall unbefriedigend sein, weil eine gerechtfertigte Sezession nicht unterstützt werden könnte. Gleichwohl wäre eine Intervention „um jeden Preis“ unzulässig: Das Verfahren zur Durchsetzung gerechtfertigter und Verhinderung ungerechtfertigter Sezessionen darf die Ziele der Sicherung des Weltfriedens und des Schutzes der Menschenrechte nicht konterkarieren.

#### **6.4 Zusammenfassung: Rechtsdogmatische Adaption der normativ-individualistischen Theorie der Sezession von Staaten**

In Zusammenschau mit den Anforderungen der normativ-individualistischen Theorie der Sezession von Staaten ergibt sich folgendes *vereinfachtes Schaubild* der Voraussetzungen eines normativ-individualistischen Sezessionsrechts:

##### **1. Formelle Voraussetzungen**

- Verfahren
  - Durchführung eines Plebiszits
    - \* innerhalb des von der erstrebten Abspaltung betroffenen Territoriums,
    - \* unter internationaler Beobachtung,
    - \* in dem die absolute Mehrheit der Siedler für die Sezession stimmt.
  - Begutachtung und Zustimmung durch Sezessionskommission
- Frist
  - Setzung einer Frist ermöglicht u. U. erst die Erfüllung der materiellen Voraussetzungen

##### **2. Materielle Voraussetzungen**

---

<sup>535</sup> Ähnlich K. Doehring, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundsatz des Völkerrechts, S. 35.

- Subjektiv (Rechtsträger)
    - Die sezedierende Gruppe hat ein Siedlungsrecht.
  - Objektiv
    - Innerstaatliche Voraussetzungen
      - \* Primäre Interessen: Schutz- und Wohlfahrt gesichert
      - \* Sekundäre Interessen: Nachteile kompensiert
    - Überstaatliche Voraussetzungen
      - \* Partikulare Interessen: Nachteile kompensiert
      - \* Universale Interessen:
        - Friedenssicherung (kein Mikrostaat)
        - Gewährleistung elementarer Menschen- und Bürgerrechte (kein überlebensunfähiger Staat; kein Unrechtsstaat)
3. Schranke
- Verhältnismäßigkeit (keine Durchsetzung einer gerechtfertigten oder Verhinderung einer ungerechtfertigten Sezession „um jeden Preis“)

## **Schlussbemerkung**

Sezessionsbestrebungen sind immer mit politischen Krisen und häufig mit gewaltsamen Auseinandersetzungen verbunden. Deshalb stellen sie national wie international unerwünschte Erscheinungen dar.

Die Diskussionen um Unabhängigkeitsbewegungen können den komplexen Anforderungen, die die Spaltung einer politischen Gemeinschaft mit sich bringt, kaum gerecht werden. Das Geflecht ethnischer, ökonomischer, historischer, ökologischer, kultureller, religiöser und vieler anderer Interessen in einer Weise aufzulösen, die für alle Parteien – die Sezessionisten, die anderen Bürger in dem von der Abspaltung betroffenen Staat sowie die Weltgemeinschaft – akzeptabel ist, erscheint als schier unlösbare Aufgabe. Umso wichtiger ist es, die Argumente, die zu einer Entscheidung für oder gegen eine Sezession führen, dezidiert zu benennen und zu begründen. Eine generelle Beschränkung des Sezessionsrechts, die nicht nur der Völkerrechtsdogmatik, sondern auch der Unrechtstheorie zugrunde liegt, erfüllt dieses Erfordernis nur dann, wenn sie

plausibel begründet werden kann. Mit der Anerkennung der Sezessionsfreiheit wird dies bestritten.

Die normativ-individualistische Theorie der Sezession von Staaten ist, richtig verstanden, nicht zugunsten rücksichtsloser Separatistenbewegungen zu instrumentalisieren. Der Grundsatz der Sezessionsfreiheit im Sinne dieser Theorie erfährt die Einschränkungen, die aus interner wie externer Perspektive entfaltet wurden: Die Sezessionsfreiheit findet ihre Grenzen in den berechtigten Interessen der anderen, nämlich der Sezessionsgegner in dem von der Abspaltung betroffenen Gebiet, der Bürger des Reststaates und der Weltgemeinschaft.

## Literaturverzeichnis

- Althusius, Johannes: *Politica methodice digesta, atque exemplis sacris et profanis illustrata*, 1614. Faksimiledruck der 3. Auflage, Aalen 1961
- Antonello, Paola: *Nigeria gegen Biafra? Falsche Alternativen oder über die Verschärfung der Widersprüche im Neokolonialismus*, Berlin 1969
- Apel, Karl-Otto: *Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft und die Grundlagen der Ethik*, in: Ders., *Transformation der Philosophie*, Frankfurt am Main 1973, S. 358-435
- Apel, Karl-Otto: *Diskursethik vor der Problematik von Recht und Politik: Können die Rationalitätsdifferenzen zwischen Moralität, Recht und Politik selbst noch durch die Diskursethik normativ-rational gerechtfertigt werden?*, in: Ders./M. Kettner (Hg.), *Zur Anwendung der Diskursethik in Politik, Recht und Wissenschaft*, Frankfurt am Main 1992, S. 29-61
- Aristoteles: *Politik*, übersetzt und mit erklärenden Anmerkungen versehen von E. Rolfes, mit einer Einleitung von G. Bien, Hamburg 1981
- Armbruster, Hubert: *Selbstbestimmungsrecht*, in: H.-J. Schlochauer (Hg.), *Wörterbuch des Völkerrechts*, Bd. 3, Berlin 1962, S. 250-255
- Aronovitch, Hilliard: *Why Secession is Unlike Divorce*, *Public Affairs Quarterly* 14 (2000), S. 27-37
- Asbach, Olaf: *Internationaler Naturzustand und Ewiger Friede. Die Begründung einer rechtlichen Ordnung zwischen Staaten bei Rousseau und Kant*, in: D. Hüning/B. Tüschling (Hg.), *Recht, Staat und Völkerrecht bei Immanuel Kant*, Berlin 1998, S. 203-232
- Asenbauer, Haig E.: *Zum Selbstbestimmungsrecht des armenischen Volkes von Berg-Karabach*, Wien 1993

- Bauer, Hartmut: Die Bundestreue, Tübingen 1992
- Bayer, Hermann-Wilfried: Die Bundestreue, Tübingen 1961
- Beran, Harry: A Liberal Theory of Secession, Political Studies 32 (1984), S. 21-31
- Beran, Harry: More Theory of Secession: A Response to Birch, Political Studies 36 (1988), S. 316-323
- Beran, Harry: Who should be Entitled to Vote in Self-determination referenda?, in: E. Elgar (Hg.), Terrorism, protest, and power, Aldershot 1990, S. 152-166
- Beran, Harry: Border Disputes and the Right of National Self-Determination, History of European Ideas 16 (1993), S. 479-486
- Beran, Harry: The Place of Secession in Liberal Democratic Theory, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), S. 47-65
- Beran, Harry: A democratic theory of political self-determination for a new world order, in: P. Lehning (Hg.), S. 32-59
- Berlin, Isaiah: Two Concepts of Liberty, in: Ders., Four Essays on Liberty, Oxford 1969
- Bernárdez, Santiago T.: The „Uti Possidetis Juris Principle“ in Historical Perspective, in: K. Ginter/G. Hafner/W. Lang/H. Neuhold/L. Sucharipa-Behrmann (Hg.), Völkerrecht zwischen normativem Anspruch und politischer Realität, Festschrift für Karl Zemanek zum 65. Geburtstag, Berlin 1994, S. 417-437 (*zitiert*: FS Karl Zemanek)
- Bernhardt, Rudolf: Interpretation in International Law, in: R. Bernhardt (Hg.), Encyclopedia of Public International Law, Instalment 7, 1984, S. 318-327
- Birch, Anthony H.: Another Liberal Theory of Secession, Political Studies 32 (1984), S. 596-602
- Bleckmann, Albert: Staatsrecht. Grundlagen, Staatszielbestimmungen und Staatsorganisationsrecht des Bundes, Köln 1993
- Blumenwitz, Dieter/  
Meissner, Boris: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die deutsche Frage, Köln 1984

- Böckenförde, Ernst-W.: Recht, Staat, Freiheit, Frankfurt am Main 1991
- Bornträger, Ekkehard W.: Borders, ethnicity and national self-determination, Wien 1999
- Brilmayer, Lea: Secession and Self-Determination: A Territorial Interpretation, Yale Journal of International Law 16 (1991), S. 177-202
- Brownlie, Ian: International Law in the Second Half of the Twentieth Century, in: E. G. Bello/B. A. Ajibola (Hg.), Essays in honour of Judge Taslim Olawale Elias, Vol. I, Contemporary International Law and Human Rights, Dordrecht 1992, S. 3-20 (*zitiert*: FS Taslim Olawale Elias, Vol. I)
- Brühl-Moser, Denise: Die Entwicklung des Selbstbestimmungsrechts der Völker unter besonderer Berücksichtigung seines innerstaatlich-demokratischen Aspekts und seiner Bedeutung für den Minderheitenschutz, Basel 1994
- Buchanan, Allan: Towards a Theory of Secession, Ethics 101 (1991), S. 322-342
- Buchanan, Allan: Secession – The Morality of Political Divorce from Fort Sumter to Lithuania and Quebec, Boulder/San Francisco/Oxford 1991
- Buchanan, Allan: Self-Determination and the Right to Secede, Journal of International Affairs 45 (1991/92), S. 347-364
- Buchanan, Allan: Theories of Secession, Philosophy and Public Affairs 26 (1997), S. 31-61
- Buchanan, Allan: Self-Determination, Secession, and the Rule of Law, in: R. McKim/J. McMahan (Hg.), The Morality of Nationalism, Oxford 1997, S. 301-323
- Buchheit, Lee C.: Secession – The Legitimacy of Self-Determination, New Haven/London 1978
- Caney, Simon: Self-Government and Secession: The Case of Nations, The Journal of Political Philosophy 5 (1997), S. 351-372



- Caney, Simon: National Self-Determination and National Secession: Individualist and Communitarian Approaches, in: P. Lehning (Hg.), S. 151-181
- Carment, David: The International Dimensions of Ethnic Conflict: Concepts, Indicators, and Theory, Journal of Peace Research 30 (1993), S. 137-150
- Cassese, Antonio: The Self-Determination of Peoples, in: L. Henkin (Hg.), The International Bill of Rights – The Covenant on Civil and Political Rights, New York 1981, S. 92-113
- Cassese, Antonio: Self-determination of peoples, Cambridge 1995
- Castellino, J.: The secession of Bangladesh in international law, Asian Yearbook of International Law 7 (1997), S. 83-104
- Chwaszcza, Christine: Sezession und Selbstbestimmung, in: P. Koller/K. Puhl (Hg.), Current Issues in Political Philosophy: Justice in Society and World Order, Wien 1997, S. 332-344
- Chwaszcza, Christine: Selbstbestimmung, Sezession und Souveränität. Überlegungen zur normativen Bedeutung politischer Grenzen, in: C. Chwaszcza/W. Kersting (Hg.), Politische Philosophie der internationalen Beziehungen, Frankfurt am Main 1998, S. 467-501
- Crawford, James: The Creation of States in International Law, Oxford 1979
- Crawford, James: Some Conclusions, in: Ders. (Hg.), The Rights of Peoples, Oxford 1988, S. 159-175
- Cuntz, Eckart: Verfassungstreue der Soldaten. Zur politischen Treuepflicht im Soldatenverhältnis aus historischer, dogmatischer und rechtsvergleichender Sicht, Berlin 1985
- Degenhart, Christoph: Staatsrecht I, Staatsorganisationsrecht, 16. Auflage, Heidelberg 2000
- de Zayas, Alfred: Selbstbestimmungsrecht und Vereinte Nationen, in: H.-J. Heintze (Hg.), S. 144-176

- Doehring, Karl: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundsatz des Völkerrechts, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, *Heft 14*, Karlsruhe 1974
- Doehring, Karl: Formen und Methoden der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), S. 61-71
- Doehring, Karl: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: B. Simma (Hg.), Charta der Vereinten Nationen: Kommentar, München 1991, S. 15-32
- Doehring, Karl: Selbstbestimmungsrecht und Intervention dritter Staaten, Politische Studien, *Sonderheft 6* (1993), Selbstbestimmungsrecht und Frieden, S. 43-51
- Dowding, Keith: Secession and Isolation, in: P. Lehning (Hg.), S. 71-91
- Dürig, Günter: Art. 1 Abs. 1, in: T. Maunz/G. Dürig, Kommentar zum Grundgesetz, Loseblattausgabe, München 1958 ff.
- Eisner, Michael: A Procedural Model for the Resolution of Secessionist Disputes, Harvard International Law Journal 33 (1992), S. 407-425
- Elsner, Bernd Roland: Die Bedeutung des Volkes im Völkerrecht. Unter besonderer Berücksichtigung der historischen Entwicklung und der Praxis des Selbstbestimmungsrechts der Völker, Berlin 2000
- Epping, Volker: Regionale Internationale Organisationen, in: K. Ipsen (Hg.), S. 451-474
- Ewin, R. E.: Peoples and Secession, Journal of Applied Philosophy 11 (1994), S. 225-230
- Fenet, Alain: Erythrée – Le droit pour une indépendance, in: A. Fenet/Cao-Huy-Thuan/Tran-Van-Minh (Hg.), La question de l'Erythrée, Droit international et politique des deux grands, Paris 1979, S. 11-50
- Ferencz, Benjamin B.: Wege zum Weltfrieden: Was bisher getan wurde, was zu tun wäre, was man jetzt tun kann, Frankfurt am Main 1989

- Fisch, Jörg: Das Selbstbestimmungsrecht – Opium für die Völker, in: E. Reiter (Hg.), S. 11-33
- Forst, Rainer: „Normativer Individualismus“: Substantielle Grundlage einer prozeduralen Rechtfertigung des Rechts, in: L. Schulz (Hg.), Verantwortung zwischen materialer und prozeduraler Zurechnung, Stuttgart 2000, S. 45-54
- Franck, Thomas M.: The Empowered Self, Oxford 1999
- Frankel, Lawrence M.: International Law of Secession: New Rules for a New Era, Houston Journal of International Law 14 (1992), S. 521-564
- Freeman, Michael: Nationalism, Liberalism and Democracy, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), S. 83-91
- Freeman, Michael: The priority of function over structure – A new approach to secession, in: P. Lehning (Hg.), S. 12-31
- Frey, Dieter: Selbstbestimmungsrecht, Sezession und Gewaltverbot, in: I. Seidl-Hohenveldern/H. J. Schrötter (Hg.), Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik – Völkerrechtliche Fragen zu internationalen Konfliktbegrenzungen, Köln u. a. 1994, S. 31-74
- Gauthier, David: Morals by Agreement, Oxford 1986, 1988
- Gauthier, David: Breaking Up: An Essay on Secession, Canadian Journal of Philosophy 24 (1994), S. 357-372
- Gellner, Ernest: Nations and Nationalism, Oxford 1983
- George, David: The Ethics of National Self-Determination, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), S. 67-82
- Gerard-Libois, Jules: Katanga secession, Madison u. a. 1966
- Gerhardt, Volker: Immanuel Kants Entwurf „Zum ewigen Frieden“. Eine Theorie der Politik, Darmstadt 1995
- Gerhardt, Volker: Selbstbestimmung. Das Prinzip der Individualität, Stuttgart 1999
- Gilbert, Paul/  
Gregory, Paul: Nations, Cultures and Markets, Aldershot u. a. 1994
- Gilbert, Paul: Communities real and imagined: good and bad cases for national secession, in: P. Lehning (Hg.), S. 208-226

- Gloria, Christian: Die völkerrechtliche Anerkennung, in: K. Ipsen (Hg.), S. 222-242
- Gornig, Gilbert: Der Inhalt des Selbstbestimmungsrechts, Politische Studien, *Sonderheft 6* (1993), Selbstbestimmungsrecht und Frieden, S. 11-29
- Grotius, Hugo: De jure belli ac pacis libri tres, 1625. Übers. von J. H. v. Kirchmann, Berlin 1869
- Gusy, Christoph: Selbstbestimmung im Wandel – Von der Selbstbestimmung durch den Staat zur Selbstbestimmung im Staat, AVR 39 (1992), S. 385-410
- Habermas, Jürgen: Diskursethik – Notizen zu einem Begründungsprogramm, in: Ders., Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln, Frankfurt am Main 1983, S. 127-206
- Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt am Main 1996
- Hampson, Fañçoise J.: Staatsbürgerschaft, Ethnizität, Nationalität: Haben Nationen ein Recht auf Staatenbildung?, in: H.-J. Heintze (Hg.), S. 60-72
- Hastedt, Heiner: Der Wert des Einzelnen. Eine Verteidigung des Individualismus, Frankfurt am Main 1998
- Haverland, Christine: Secession, in: R. Bernhardt (Hg.), Encyclopedia of Public International Law, Instalment 10, 1987, S. 384-389
- Hegel, G. W. F.: Der geschichtliche Staat als Verkörperung der sittlichen Vernunft, in: Ders., Grundlinien der Philosophie des Rechts, 4. Auflage, Hamburg 1955
- Heinrichs, Helmut: § 242, in: Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, 2. Buch, 60. Auflage, München 2001
- Heintze, Hans-Joachim: Selbstbestimmungsrecht der Völker – Herausforderung der Staatenwelt, Bonn 1997
- Heintze, Hans-Joachim: Autonomie, Selbstbestimmungsrecht der Völker und Minderheitenschutz, Der Staat 36 (1997), S. 399-425
- Heintze, Hans-Joachim: Völker im Völkerrecht, in: K. Ipsen (Hg.), S. 341-386

- Heraclides, Alexis: The self-determination of minorities in international politics, London 1991
- Heraclides, Alexis: Secessionist Conflagration. What Is to Be Done?, Security Dialogue 25 (1994), S. 283-293
- Herzog, Roman: Art. 20, in: T. Maunz/G. Dürig, Kommentar zum Grundgesetz, Loseblattausgabe, München 1958 ff.
- Hilpold, Peter: Sezession und humanitäre Intervention – völkerrechtliche Instrumente zur Bewältigung innerstaatlicher Konflikte?, Zeitschrift für öffentliches Recht 54 (1999), S. 529-602
- Hilpold, Peter: Die Conch Republik – Szenen einer (nicht ganz ernstgemeinten Sezession), Jura 2000, S. 118-123
- Hinkmann, Jens F.: Ethik der Menschenrechte. Eine Studie zur philosophischen Begründung von Menschenrechten als universalen Normen, Marburg 2002
- Hobbes, Thomas: Leviathan, 1651. Hg. von R. Tuck, Cambridge 1996
- Höffe, Otfried: Völkerbund oder Weltrepublik?, in: Ders. (Hg.), Zum ewigen Frieden, Berlin 1995, S. 109-132
- Höffe, Otfried: Vernunft und Recht. Bausteine zu einem interkulturellen Rechtsdiskurs, Frankfurt am Main 1996
- Höffe, Otfried: Eine Weltrepublik als Minimalstaat. Zur Theorie internationaler politischer Gerechtigkeit, in: R. Merkel/R. Wittmann (Hg.), „Zum ewigen Frieden“. Grundlagen, Aktualität und Aussichten einer Idee von Immanuel Kant, Frankfurt am Main 1996, S. 154-171
- Höffe, Otfried: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München 1999
- Hofmann, Hasso: Grundpflichten als verfassungsrechtliche Dimension, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (VVDStRL) 41 (1983), S. 42 ff.
- Honneth, Axel: Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, 3. Auflage, Frankfurt am Main/New York 1995

- Hume, David: Of the Original Contract, 1748. In: The Philosophical Works, Bd. III, Nachdruck Aalen 1964, S. 443-460
- Ipsen, Knut: Völkerrecht, Ein Studienbuch, 4. Auflage, München 1999
- Joseph, Sarah: Resolving Conflicting Claims of Territorial Sovereignty and External Self-Determination, Part 1: A Proposed Formula, The International Journal of Human Rights 3 (1999), S. 40-61
- Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden, 1795. In: Kant's gesammelte Schriften. Hg. von der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften. Band VIII. Berlin 1907. Nachdruck 1968
- Kant, Immanuel: Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, 1797. Neuauflage des ersten Teils der Metaphysik der Sitten. Hg. von B. Ludwig, Hamburg 1998
- Kersting, Wolfgang: Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrags, Darmstadt 1994
- Kersting, Wolfgang: Weltfriedensordnung und globale Verteilungsgerechtigkeit. Kants Konzeption eines vollständigen Rechtsfriedens und die gegenwärtige politische Philosophie der internationalen Beziehungen, in: R. Merkel/R. Wittmann (Hg.), „Zum ewigen Frieden“. Grundlagen, Aktualität und Aussichten einer Idee von Immanuel Kant, Frankfurt am Main 1996, S. 172-212
- Kersting, Wolfgang: Philosophische Friedenstheorie und internationale Friedensordnung, in: C. Chwaszcza/Ders. (Hg.), Politische Philosophie der Internationalen Beziehungen, Frankfurt am Main 1998, S. 523-554
- Klein, Eckart: Selbstbestimmungsrecht – Idee und Aufgabe, Politische Studien 34 (1983), S. 635-647
- Kimminich, Otto: Rechtscharakter und Inhalt des Selbstbestimmungsrechts, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), S. 37-46

- Kimminich, Otto: Die Renaissance des Selbstbestimmungsrechts nach dem Ende des Kolonialismus, in: G. Brunner/T.Schweisfurt/A. Uschakow/K. Westen (Hg.), Sowjetsystem und Ostrecht, Festschrift für Boris Meissner zum 70. Geburtstag, Berlin 1985, S. 601-615
- Kimminich, Otto: Die Staatensouveränität wird durchlässig, Vereinte Nationen 41 (1993), S. 5-10
- Kimminich, Otto: Einführung in das Völkerrecht, 6. Auflage, Tübingen 1997
- Kirk-Greene, A. H. M.: Crisis and Conflict in Nigeria. A Documentary Sourcebook 1966-69, London 1971
- Kiss, Alexandre: The Peoples' Right to Self-Determination, HRLJ 7 (1986), S. 165-175
- Klein, Eckart: Vereinte Nationen und Selbstbestimmungsrecht, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), S. 107-122
- Koller, Peter: Frieden und Gerechtigkeit in einer geteilten Welt, in: R. Merkel/R. Wittmann (Hg.), „Zum ewigen Frieden“. Grundlagen, Aktualität und Aussichten einer Idee von Immanuel Kant, Frankfurt am Main 1996, S. 213-238
- Koller, Peter: Einwanderung und Mitgliedschaft in politikphilosophischer Perspektive, unveröffentlichtes Manuskript eines Vortrags, gehalten an der Universität Erfurt am 27. Oktober 1999
- Konrath, Christoph: Der Staat als Identitätsstifter?, bislang unveröffentlichtes Manuskript eines Vortrags, gehalten auf der 9. Tagung des Jungen Forum Rechtsphilosophie vom 27.-29. April 2001 in Berlin
- Kreide, Regina: Soziale Menschenrechte und Verpflichtungen, in: M. Anderheiden/S. Huster/S. Kirste (Hg.), Globalisierung als Problem von Gerechtigkeit und Steuerungsfähigkeit des Rechts, *ARSP-Beiheft* 79, Stuttgart 2001, S. 121-144
- Kristan, Ivan: Zerfall der jugoslawischen Föderation, in: J. Kramer (Hg.), Föderalismus zwischen Integration und

- Sezession: Chancen und Risiken bundesstaatlicher Ordnung, Baden-Baden 1993, S. 73-83
- Kymlicka, Will: States, Nations and Cultures, Assen 1997
- Lehning, Percy B.: Theories of Secession, London/New York 1998
- Locke, John: Two Treatises of Government, 1690. Hg. von Peter Laslett, Cambridge 1960, student edition 1988
- Luchterhandt, Otto: Grundpflichten als Verfassungsproblem in Deutschland. Geschichtliche Entwicklung und Grundpflichten unter dem Grundgesetz, Berlin 1988
- Luchterhandt, Otto: Das Recht Berg-Karabaghs auf staatliche Unabhängigkeit aus völkerrechtlicher Sicht, AVR 31 (1993), S. 30-81
- Lustick, Ian S.: What Gives a People Rights to a Land?, Queen's Quarterly 102 (1995), S. 53-70
- MacIntyre, Alasdair: Whose Justice? Which Rationality?, Notre Dame 1988
- Mader, Peter: Rechtsmißbrauch und unzulässige Rechtsausübung, Wien 1994
- Marauhn, Thilo: Anspruch auf Sezession?, in: H.-J. Heintze (Hg.), S. 105-121
- Marauhn, Thilo: Der aktuelle Fall: Die Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeitsbestrebungen der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien – Das Selbstbestimmungsrecht im Wandel –, HuV I 4 (1991), S. 107-114
- Margalit, Avishai/  
Raz, Joseph: National Self-Determination, The Journal of Philosophy 87 (1990), S. 439-461
- Maunz, Theodor/  
Zippelius, Reinhold: Deutsches Staatsrecht, 30. Auflage, München 1998
- Mayall, James: Sovereignty, Nationalism, and Self-Determination, Political Studies 47 (1999), S. 474-502
- McGarry, John: „Orphans of Secession“: National Pluralism in Secessionist Regions and Post-Secession States, in: M. Moore (Hg.), S. 215-232



- Meissner, Boris: Die marxistisch-leninistische Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), S. 89-106
- Mill, John Stuart: On Liberty, 1859. In: Ders., Utilitarianism. Hg. von Mary Warnock, Glasgow 1962, S. 251-321
- Miller, David: The Ethical Significance of Nationality, Ethics 98 (1987/88), S. 647-662
- Miller, David: In Defence of Nationality, in: P. Gilbert/P. Gregory (Hg.), S. 15-32
- Miller, David: On Nationality, Oxford 1995
- Miller, David: Secession and the Principle of Nationality, in: M. Moore (Hg.), S. 62-78
- Mohr, Manfred: Abgrenzung von Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz, in: H.-J. Heintze (Hg.), S. 122-141
- Moore, Margaret: National Self-Determination and Secession, New York 1998
- Moore, Margaret: Introduction: The Self-Determination Principle and the Ethics of Secession, in: Dies. (Hg.), S. 1-13
- Münch, Ingo von: Verselbständigung von Staatsteilen, in: H.-J. Schlochauer (Hg.), Wörterbuch des Völkerrechts, Berlin 1962, S. 523-528
- Münch, Ingo von: Das Recht auf Sezession, in: J. Furkes/K.-H. Schlarp (Hg.), Jugoslawien: Ein Staat zerfällt, Hamburg 1991, S. 193-199
- Murswiek, Dietrich: Offensives und defensives Selbstbestimmungsrecht – Zum Subjekt des Selbstbestimmungsrechts der Völker, Der Staat 23 (1984), S. 523-548
- Murswiek, Dietrich: Die Problematik eines Rechts auf Sezession – neu betrachtet, AVR 31 (1993), S. 307-332
- Negash, Tekeste: Eritrea and Ethiopia. The federal experience, New Brunswick 1997
- Neuhold, Hanspeter: Die völkerrechtliche Dimension des Zerfalls Jugoslawiens: Rückblick und Ausblick, in: E. Reiter (Hg.), S. 147-175

- Neuhold, Hanspeter/  
Hummer, Waldemar/  
Schreuer, Christoph: Österreichisches Handbuch des Völkerrechts, Bd. 2:  
Materialienteil, 3. Auflage, Wien 1997
- Nielsen, Kai: Against Partition, Dalhousie Review 76 (1996), S. 217-  
222
- Nielsen, Kai: Liberal Nationalism, Liberal Democracies, and  
Secession, University of Toronto Law Journal 48  
(1998), S. 253-295
- Norman, Wayne: The Ethics of Secession as the Regulation of  
Secessionist Politics, in: M. Moore (Hg.), S. 34-61
- Nozick, Robert: Anarchy, State and Utopia, New York 1974
- O'Brian, Conor Cruise: To Katanga and back: A UN case history, London 1962
- Oeter, Stefan: Selbstbestimmungsrecht im Wandel – Überlegungen  
zur Debatte um Selbstbestimmung, Sezessionsrecht  
und „vorzeitige“ Anerkennung, ZaöRV 52 (1992), S.  
741-775
- Partsch, Karl Josef: Selbstbestimmung, in: R. Wolfrum (Hg.), Handbuch  
Vereinte Nationen, München 1991, S. 745-752
- Partsch, Karl Josef: Von der Souveränität zur Solidarität: Wandelt sich das  
Völkerrecht?, EuGRZ 18 (1991), S. 469-475
- Pateman, Roy: Eritrea: Even the Stones Are Burning, Lawrenceville  
1998
- Paulus, Andreas L.: Reziprozität im Völkerrecht, in: R. Jakob/W. Fikentscher  
(Hg.), Korruption, Reziprozität und Recht, Bern 2000, S.  
213-233
- Peters, Anne: Das Gebietsreferendum im Völkerrecht. Seine  
Bedeutung im Licht der Staatspraxis nach 1989, Baden-  
Baden 1995
- Pfennig, Armin: Recht auf Sezession?, Demokratie und Recht 23  
(1992), S. 446-455
- v. d. Pfordten, Dietmar: Rechtsethik, in: Julian Nida-Rümelin (Hg.), Angewandte  
Ethik, Stuttgart 1996, S. 200-289

- v. d. Pfordten, Dietmar: Rechtsethische Rechtfertigung – material oder prozedural?, in: L. Schulz (Hg.), Verantwortung zwischen materialer und prozeduraler Zurechnung, *ARSP-Beiheft 17* (2000), S. 17-44
- v. d. Pfordten, Dietmar: Normativer Individualismus versus normativer Kollektivismus in der Politischen Philosophie der Neuzeit, *Zeitschrift für philosophische Forschung* 54 (2000), S. 491-513
- v. d. Pfordten, Dietmar: *Rechtsethik*, München 2001
- Philpott, Daniel: In Defense of Self-Determination, *Ethics* 105 (1994/95), S. 352-385
- Philpott, Daniel: Self-Determination in Practice, in: M. Moore (Hg.), S. 79-102
- Platon: *Der Staat*, Werke in acht Bänden, Bd. IV, übersetzt von F. Schleiermacher, bearbeitet von D. Kurz, Darmstadt 1971
- Pogge, Thomas: Cosmopolitanism and Sovereignty, *Ethics* 103 (1992), S. 48-75
- Pool, David: Eritrean Nationalism, in: I. M. Lewis (Hg.), *Nationalism and Self-Determination in the Horn of Africa*, London 1986, S. 175-193
- Pufendorf, Samuel: *De officio hominis et civis juxta legem naturalem*, 1673. Hg. und übersetzt von K. Luig, Frankfurt am Main 1994
- Ramcharan, B. G.: Individual, collective and group rights: History, theory, practice and contemporary evolution, *IJGR* 1993, S. 27-43
- Rawls, John: *A Theory of Justice*, Cambridge 1971
- Rawls, John: *The Law of Peoples*, Cambridge u. a. 1999
- Reiter, Erich: *Grenzen des Selbstbestimmungsrechts – Die Neuordnung Europas und das Selbstbestimmungsrecht der Völker*, Wien 1996
- Ress, Georg: Auslegung der Charta, in: B. Simma (Hg.), *Charta der Vereinten Nationen: Kommentar*, München 1991, S. XLV-LXVI

- Rössel, Karl: Wind, Sand und (Mercedes-)Sterne. Westsahara. Der vergessene Kampf für die Freiheit, Bad Honnef u. a. 1991
- Roth, Günter H.: § 242, in: Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 2. Band, 4. Auflage, München 2001
- Rousseau, Jean-Jacques: Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart 1974
- Roxin, Claus: Strafrecht, Allgemeiner Teil, Band I, 2. Auflage, München 1994
- Rustemeyer, Ann: Wilsons Fourteen Points, in: R. Bernhardt (Hg.), Encyclopedia of Public International Law, Instalment 7, 1984, S. 539-542
- Schachter, Oscar: Micronationalism and Secession, in: U. Beyerlin/M. Bothe/R. Hofmann/E.-U. Petersmann (Hg.), Recht zwischen Umbruch und Bewahrung, Festschrift für Rudolf Bernhardt, Berlin u. a. 1995, S. 179-186 (*zitiert: FS Rudolf Bernhardt*)
- Schelsky, Helmut: Systemfunktionaler, anthropologischer und personfunktionaler Ansatz der Rechtssoziologie, in: Ders., Die Soziologen und das Recht, Opladen 1980, S. 95-146
- Schneckener, Ulrich: Das Recht auf Selbstbestimmung. Ethno-nationale Konflikte und internationale Politik, Hamburg 1996
- Schoch, Bruno: Selbstbestimmung und Sezession. Herausforderung für die Staatengemeinschaft, Blätter für deutsche und internationale Politik 39,2 (1994), S. 1355-1367
- Schweisfurth, Theodor: Ausgewählte Fragen der Staatensukzession im Kontext der Auflösung der UdSSR, AVR 32 (1994), S. 99-129
- Scowen, Reed: Time to say goodbye. The case for getting Quebec out of Canada, Toronto 1999
- Searle, John R.: The Construction of Social Reality, London u. a. 1995
- Seifert, Frank-Florian: Das Selbstbestimmungsrecht der Sri Lanka-Tamilen zwischen Sezession und Integration, Stuttgart 2000

- Shehadi, Kamal S.: Ethnic Self-determination and the Break-up of States, London 1993
- Sisson, Richard/  
Rose, Leo E.: War and secession: Pakistan, India, and the creation of Bangladesh, New Delhi 1990
- Smend, Rudolf: Ungeschriebenes Verfassungsrecht im monarchischen Bundesstaat, in: Festgabe für Otto Mayer, Tübingen 1916, S. 245 ff. (*zitiert*: FS Otto Mayer)
- Sprenger, Gerhard: Des Menschen Maß: der Andere. Gedanken zu Humanität und Recht, in: R. Gröschner/M. Morlok (Hg.), Recht und Humanismus, Baden-Baden 1997, S. 25-52
- Sprenger, Gerhard: Die Bedeutung der Lehre von der Imbecillitas bei Samuel Pufendorf. Einige anthropologische Anmerkungen, in: V. Fiorillo (Hg.), Samuel Pufendorf. Filosofo del diritto e della politica, 1996, S. 251-267
- Stern, Klaus: Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Band 1, 2. Auflage, München 1984
- Stober, Rolf: Grundpflichten und Grundgesetz, Berlin 1979
- Sunstein, Cass R.: Approaching democracy: a new legal order for Eastern Europe – Constitutionalism and secession, in: C. Brown (Hg.), Political Restructuring in Europe – Ethical Perspectives, New York 1994, S. 11-49
- Tabouillot, Werner von: Der Grüne Marsch im Lichte des Völkerrechts: Ein Beitrag zum territorialen Status der ehemaligen spanischen Sahara, München 1990
- Taucar, Christopher E.: Canadian federalism and Quebec sovereignty, New York u. a. 2000
- Tesón, Fernando R.: A Philosophy of International Law, Colorado/Oxford 1998
- Thornberry, Patrick: The Democratic or Internal Aspect of Self-Determination with some remarks on Federalism, in: C. Tomuschat (Hg.), Modern Law of Self-Determination, Dordrecht 1993, S. 101-138

- Tomuschat, Christian: Self-Determination in a Post-Colonial World, in: Ders. (Hg.), *Modern Law of Self-Determination*, Dordrecht 1993, S. 1-20
- Thürer, Daniel: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, AVR 22 (1984), S. 113-137
- Thürer, Daniel: Entwicklung, Inhalt und Träger des Selbstbestimmungsrechts, in: E. Reiter (Hg.), S. 34-60
- Thürer, Daniel: Self-Determination, in: R. Bernhardt (Hg.), *Encyclopedia of Public International Law*, Instalment 8, 1985, S. 470-476
- Thürer, Daniel: Das Subjekt des Selbstbestimmungsrechts, *Politische Studien, Sonderheft 6* (1993), Selbstbestimmungsrecht und Frieden, S. 30-39
- Van Dyke, Vernon: Justice as Fairness: For Groups?, *The American Political Science Review* 69 (1975), S. 607-614
- Van Dyke, Vernon: The Individual, the State and Ethnic Communities in Political Theory, *World Politics* 29 (1976/77), S. 343-369
- Van Dyke, Vernon: Collective Entities and Moral Rights: Problems in Liberal-Democratic Thought, *The Journal of Politics* 44 (1982), S. 21-40
- Veiter, Theodor: Die Entwicklung des Selbstbestimmungsrechts, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), S. 9-36
- Vollkommer, Max: § 242, in: O. Jauernig (Hg.), *Bürgerliches Gesetzbuch*, 9. Auflage, München 1999
- Walzer, Michael: *Spheres of Justice. A Defense of Pluralism and Equality*, New York 1983
- Walzer, Michael: The Rights of Political Communities, *A Philosophy and Public Affairs Reader* 1985, S. 165-194
- Weinstock, Daniel: Constitutionalizing the Right to Secede, *The Journal of Political Philosophy* 9 (2001), S. 182-203
- Wellmann, Christoph: A Defense of Secession and Political Self-Determination, *Philosophy and Public Affairs* 24 (1995), S. 142-171

- Wolff, Heinrich Amadeus: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz, Tübingen 2000
- Wooldridge, F.: Uti possidetis Doctrine, in: R. Bernhardt (Hg.), Encyclopedia of Public International Law, Instalment 10, 1987, S. 519-521
- Young, Crawford: Politics in the Congo: Decolonization and Independence, Princeton 1965
- Young, Robert Andrew: The secession of Quebec and the future of Canada, Montreal u. a. 1998
- Young, Robert Andrew: The struggle for Quebec. From referendum to referendum?, Montreal u. a. 1999
- Zieger, Gottfried: Gebietsveränderungen und Selbstbestimmungsrecht, in: D. Blumenwitz/B. Meissner (Hg.), S. 73-88
- Zülch, Tilman/  
Gürcke, Klaus: Soll Biafra überleben? Dokumente, Berichte, Analysen, Kommentare, 2. Auflage, Berlin 1969

## Anhang

### I. Gegenwärtige Sezessionsbestrebungen in Europa

Nachfolgend sind die von politischen Parteien gestützten Sezessionsbewegungen in Europa aufgeführt. Die Parteien haben sich zu der Europäischen Freien Allianz (EFA)<sup>1</sup> zusammengeschlossen und versuchen, ihre Ziele als Fraktionsgemeinschaft (mit den Grünen) im Europaparlament durchzusetzen.<sup>2</sup>

Betroffener Staat	Erstrebter Staat
Belgien	Flandern Wallonien
Dänemark <sup>3</sup>	Faröer Inseln
Frankreich	Elsaß Bretagne Okzitaniern (teilw. Italien, Spanien) Savoyen
Griechenland	Nord-Zypern
Großbritannien	Nordirland Schottland Wales
Italien	Korsika Padanien Sardinien Südtirol
Niederlande	Friesland
Spanien	Baskenland Katalonien

---

<sup>1</sup> Die Parteien der EFA sind unter [www.emabonn.de/infoschul/eurogruenpartner.htm](http://www.emabonn.de/infoschul/eurogruenpartner.htm) aufgelistet.

<sup>2</sup> Quelle: R. Luyken, Schafft zwei, drei, viele Staaten. Schotten, Basken, Okzitanier... Europas Sezessionisten arbeiten an der EU der 61. Eine Vision, DIE ZEIT Nr. 12 vom 15. März 2001, S. 12 f.

<sup>3</sup> Quelle: NJW Heft 10 (2001), S. L II.



## II. Durch Sezession entstandene Staaten der Vereinten Nationen

Nachfolgend werden die Staaten aufgelistet, die infolge ihrer Unabhängigkeit nach einer Sezession Mitglied der Vereinten Nationen wurden. Die überwiegende Zahl der Staaten ist unmittelbar im Anschluss an die Unabhängigkeit den VN beigetreten, einige wenige erst nach längerer Zeit.

Daneben sind Vereinigungen von Staaten, die Mitglieder der UN sind/waren, aufgeführt.

### 1. Afrika

#### a) Dekolonisierung in Afrika

<b>Staat</b>	<b>Unabhängigkeit</b>	<b>Ehem. Staatsmacht</b>	<b>Beitritt VN</b>
Äquatorialguinea	1968	Spanien	12.11.1968
Algerien	1962	Frankreich	08.10.1962
Angola	1975	Portugal	01.12.1976
Benin	1960	Frankreich	20.09.1960
Botswana	1966	Großbritannien	17.10.1966
Burkina Faso	1960	Frankreich	20.09.1960
Burundi	1962	UN-Treuhandgebiet unter belgischer Verwaltung	18.09.1962
Cote d'Ivor	1960	Frankreich	20.09.1960
Demokratische Republik Kongo (ehem. Zaire)	1960	Belgien	20.09.1960
Dschibuti	1977	Frankreich	20.09.1977
Gabun	1960	Frankreich (Kolonialföde- ration Äquatorialafrika)	20.09.1960
Gambia	1965	Großbritannien	21.09.1965
Ghana	1957 (Zusammen- schluß Brit.-Togos mit der brit. Kolonie Goldküste)	UN-Treuhandgebiet unter brit. Verwaltung	08.03.1957
Guinea	1958	Frankreich (Teil Franz.- Westafrikas als Franz.- Guinea)	12.12.1958

Guinea-Bissau	1974 (Anerkennung durch Portugal)	Portugal	17.09.1974
Kamerun	1960 (Französisch Kamerun; 1961 Angliederung des südl. Brit.-Kamerun)	Frankreich/ UN Treuhandgebiet unter britischer Verwaltung	20.09.1960
Kap Verde	1975	Portugal	16.09.1975
Kenia	1963	Großbritannien	16.12.1963
Komoren	1975	Frankreich	12.11.1975
Kongo	1960	Frankreich	20.09.1960
Lesotho	1966	Großbritannien	17.10.1966
Libyen	1951	Italien (bis 1947)	14.12.1955
Madagaskar	1960	Frankreich	20.09.1960
Malawi	1964	Großbritannien	01.12.1964
Mali	1960	Frankreich (seit 1959 Mali-Föderation mit Senegal)	28.09.1960
Marokko	1956	Frankreich/Spanien	12.11.1956
Mauretanien	1960	Frankreich	27.10.1961
Mauritius	1968	Großbritannien	24.04.1968
Mosambik	1975	Portugal	16.09.1975
Namibia	1990	Südafrika	23.04.1990
Niger	1960	Frankreich (Teil Franz.-Westafrikas)	20.09.1960
Nigeria	1960 (1961 Angliederung des nördl. Brit.-Kamerun)	UN-Treuhandgebiet unter brit. Verwaltung	07.10.1960
Ruanda	1962 (Trennung von Burundi)	UN-Treuhandgebiet unter belgischer Verwaltung	18.09.1962
Sambia	1964	Großbritannien (bis 1963 Teil der Zentralafrikanischen Föderation)	01.12.1964
Sao Tomé und Príncipe	1975	Portugal	16.09.1975
Senegal	1960	Frankreich (seit 1959 Mali-Föderation mit Franz.-Sudan)	28.09.1960
Seychellen	1976	Großbritannien	21.09.1976
Sierra Leone	1961	Großbritannien	27.09.1961
Simbabwe	1980	Großbritannien (bis 1963 Teil der Zentralafrikanischen Föderation)	25.08.1980

Somalia	1960 (Brit.-Somaliland; Angliederung Ital.-Somalilands)	Großbritannien/UN-Treuhandgebiet unter ital. Verwaltung	20.09.1960
Sudan	1956	Ägypten (bis 1951 anglo-ägypt. Kondominium)	12.11.1956
Swasiland	1968	Großbritannien	24.09.1968
Togo	1960 (Franz.-Togo)	UN-Treuhandgebiet unter franz. Verwaltung	20.09.1960
Tschad	1960	Frankreich (Teil der Kolonialföderation Äquatorialafrika)	20.09.1960
Tunesien	1956	Frankreich	12.11.1956
Uganda	1962	Großbritannien	25.10.1962
Vereinigte Rep. Tansania	1961	UN-Treuhandgebiet unter brit. Verwaltung	14.12.1961
Zentralafrikanische Rep.	1960	Frankreich (Teil der Kolonialföderation Äquatorialafrika als Ubangi-Schari)	20.09.1960

## b) Erfolgreiche Sezession in Afrika

<b>Staat</b>	<b>Unabhängigkeit</b>	<b>Ehem. Staatsmacht</b>	<b>Beitritt VN</b>
Eritrea	1993	Äthiopien	28.05.1993

## c) Staatenvereinigung in Afrika

Ägypten und Syrien haben sich infolge eines Plebiszits am 21. Februar 1958 zu der Vereinigten Arabischen Republik zusammengeschlossen. Am 13. Oktober 1961 wurde Syrien wieder ein unabhängiger Staat.

## 2. Dekolonisierung in Amerika

<b>Staat</b>	<b>Unabhängigkeit</b>	<b>Ehem. Staatsmacht</b>	<b>Beitritt VN</b>
Antigua und Barbuda	1981	Großbritannien	11.11.1981
Bahamas	1973	Großbritannien	18.09.1973
Barbados	1966	Großbritannien	09.12.1966
Belize	1981	Großbritannien	25.09.1981
Dominika	1978	Großbritannien (seit 1967 Mitglied d. Westind. Staaten)	18.12.1978
Grenada	1974	Großbritannien (seit 1967 Mitglied d. Westind. Staaten)	17.09.1974
Jamaika	1962	Großbritannien (seit 1958 Mitglied d. Westind. Staaten)	18.09.1962
St. Kitts and Nevis	1983	Großbritannien	23.09.1983
St. Lucia	1979	Großbritannien	18.09.1979
St. Vincent und die Grenadinen	1979	Großbritannien	16.09.1980
Surinam	1975	Niederlande	04.12.1975
Trinidad und Tobago	1962	Großbritannien	18.09.1962

### 3. Asien

#### a) Dekolonisierung in Asien

<b>Staat</b>	<b>Unabhängigkeit</b>	<b>Ehem. Staatsmacht</b>	<b>Beitritt VN</b>
Bahrain	1971	Großbritannien	21.09.1971
Brunei Daressalam	1984	Großbritannien	21.09.1984
Indonesien	1949	Niederlande	28.09.1950
Israel	1948	Großbritannien	11.05.1949
Jordanien	1948	Großbritannien	14.12.1955
Kambodscha	1955	Frankreich	14.12.1955
Katar	1971	Großbritannien	21.09.1971
Kuwait	1961	Großbritannien	14.05.1963
Laotische Volksdem. Rep.	1954	Frankreich	14.12.1955
Malediven	1965	Großbritannien	21.09.1965
Myanmar (ehem. Burma)	1947	Seit 1886 Teil Brit.-Indiens, ab 1942 Besetzung durch Japaner	19.04.1948
Oman	1970	Großbritannien	07.10.1971
Pakistan	1947	Großbritannien	30.09.1947
Sri Lanka	1948	Großbritannien	14.12.1955
Vereinigte Arab. Emirate	1971	Großbritannien	09.12.1971

#### b) Erfolgreiche Sezessionen in Asien

<b>Staat</b>	<b>Unabhängigkeit</b>	<b>Ehem. Staatsmacht</b>	<b>Beitritt VN</b>
Bangladesh	1971/72	Pakistan	17.09.1974
Singapur	1965	Malaysia	21.09.1965

### c) Zerfall der UdSSR<sup>4</sup>

<b>Staat</b>	<b>Unabhängigkeit</b>	<b>Beitritt VN</b>
Armenien	1991	02.03.1992
Aserbaidshan	1991	02.03.1992
Georgien	1991	31.07.1992
Kasachstan	1990	02.03.1992
Kirgisien	1991	02.03.1992
Republik Moldau	1991	02.03.1992
Tadschikistan	1991	02.03.1992
Turkmenien	1991	02.03.1992
Usbekistan	1991	02.03.1992

### d) „De-facto-Sezession“<sup>5</sup> in Asien

<b>Staat</b>	<b>Ehem. Staatsmacht</b>
Taiwan	China

### e) Staatenvereinigungen in Asien

Jemen und Demokratischer Jemen zu Republik Jemen (22. Mai 1990); Lossagung Südjemens von Mai bis Juli 1994

---

<sup>4</sup> Art. 72 der Verfassung der UdSSR vom 7. Oktober 1977 einhielt ein Sezessionsrecht. Das Selbstbestimmungsrecht wurde in der Sowjetischen Rechtslehre allerdings im Sinne eines „Recht[s] auf Vollendung des Klassenkampfes und der Herstellung (nur!) der sogenannten sozialistischen Gerechtigkeit“ interpretiert, K. Doehring, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundsatz des Völkerrechts, S. 12, so daß das Sezessionsrecht eher theoretischer Natur war, a. a. O., S. 31. Zur marxistisch-leninistischen Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht siehe B. Meissner, in: Ders./D. Blumenwitz (Hg.), S. 89 ff.

<sup>5</sup> Zur Terminologie vgl. A. de Zayas, in: H.-J. Heintze (Hg.), Selbstbestimmungsrecht der Völker, S. 164.

#### 4. Dekolonisierung in Australien und Ozeanien

<b>Staat</b>	<b>Unabhängigkeit</b>	<b>Ehem. Staatsmacht</b>	<b>Beitritt VN</b>
Fidschi	1970	Großbritannien	13.10.1970
Kiribati	1979	Britische Kolonie	14.09.1999
Marshall-Inseln	1991	UN-Treuhandgebiet unter Verwaltung der USA	17.09.1991
Mikronesien	1991	UN-Treuhandgebiet unter Verwaltung der USA	17.09.1991
Nauru	1968	UN-Treuhandgebiet unter australischer Verwaltung	14.09.1999
Palau	1994	UN-Treuhandgebiet unter Verwaltung der USA	15.12.1994
Papua-Neuguinea	1975	UN-Treuhandgebiet unter australischer Verwaltung	10.10.1975
Salomonen	1978	Großbritannien	19.09.1978
Samoa	1962	UN-Treuhandgebiet unter neuseeländischer Verwaltung	15.12.1976
Tonga	1970	Britisches Protektorat	14.09.1999
Tuvalu	1978	Britische Kolonie	05.09.2000
Vanuatu	1980	Brit.-franz. Kondominium	15.09.1981

## 5. Europa

### a) Dekolonisierung in Europa

<b>Staat</b>	<b>Unabhängigkeit</b>	<b>Ehem. Staatsmacht</b>	<b>Beitritt VN</b>
Andorra	1993	Franko-span. Kondominium	28.07.1993
Malta	1964	Großbritannien	01.12.1964
Zypern	1960	Großbritannien	20.09.1960

### b) Zerfall der Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawiens<sup>6</sup>

<b>Staat</b>	<b>Unabhängigkeit</b>	<b>Beitritt VN</b>
Bosnien-Herzegowina	1991/92	22.05.1992
Die ehem. Jugoslawische Republik	1991/92	08.04.1993
Jugoslawien (Serbien und Montenegro)	1991/92	01.11.2000
Kroatien	1991/92	22.05.1992
Slowenien	1991/92	22.05.1992

### c) Zerfall der UdSSR<sup>7</sup>

<b>Staat</b>	<b>Unabhängigkeit</b>	<b>Beitritt VN</b>
Estland	1990/91	17.09.1991
Lettland	1990/91	17.09.1991
Litauen	1990/91	17.09.1991

---

<sup>6</sup> Teil I der Präambel der jugoslawischen Verfassung vom 21. Februar 1974 sah die Möglichkeit der Sezession vor.

<sup>7</sup> Art. 72 der Verfassung der UdSSR vom 7. Oktober 1977 einhielt ein Sezessionsrecht. Das Selbstbestimmungsrecht wurde in der Sowjetischen Rechtslehre allerdings im Sinne eines „Recht[s] auf Vollendung des Klassenkampfes und der Herstellung (nur!) der sogenannten sozialistischen Gerechtigkeit“ interpretiert, K. Doehring, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundsatz des Völkerrechts, S. 12, so daß das Sezessionsrecht eher theoretischer Natur war, a. a. O., S. 31. Zur marxistisch-leninistischen Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht siehe B. Meissner, in: Ders./D. Blumenwitz (Hg.), S. 89 ff.



#### d) Zerfall der Tschechoslowakei<sup>8</sup>

<b>Staat</b>	<b>Unabhängigkeit</b>	<b>Beitritt VN</b>
Slowakische Republik	1993	19.01.1993
Tschechische Republik	1993	19.01.1993

#### e) Staatenvereinigung in Europa

3. Oktober 1990: Beitritt der DDR zur BRD

---

<sup>8</sup> Die Präambel sowie Art. 1 Abs. 2 des Verfassungsgesetzes über die tschechoslowakische Föderation vom 27. Oktober 1968 sah die Möglichkeit der Sezession vor.

### III. Landkarten

Bangladesh

<http://www.erdkunde-online.de/0163.htm>

Eritrea

<http://www.erdkunde-online.de/0423.htm>

Katanga

[http://www.lib.utexas.edu/maps/africa/congo\\_demrep\\_pol98.jpg](http://www.lib.utexas.edu/maps/africa/congo_demrep_pol98.jpg)

Biafra

<http://users.erols.com/mwhite28/biafra.htm>

<http://www.erdkunde-online.de/1213.htm>

West Sahara

<http://www.netzwerk-afrika-deutschland.de/index1.htm>

Quebec

<http://listingsca.com/Quebec/maps.asp>

<http://www.erdkunde-online.de/0753.htm>